

# Das Blättchen

**Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft**

Wolfgang Schwarz ..... „Generale für Frieden und Abrüstung“

Occasional Papers

General (ret.) Nino Pasti: Militärischer Kräftevergleich  
– Wirklichkeit und Propaganda, Occasional Papers Nr. 2

Generals (ret.) M.H. von Meyenfeldt et al.:  
Plädoyer für eine realistische Sicherheitspolitik, Occasional Papers Nr. 4

Major General (ret.) Günter Vollmer:  
Streitkräfte in der alternativen Verteidigung, Occasional Papers Nr. 7

Major General (ret.) Michiel H. von Meyenfeldt:  
Überlegungen zur Abschreckung, Occasional Papers Nr. 8

Dokumente

Appell an die KSZE in Madrid, Mai 1981

Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister,  
an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO, November 1981

Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung,  
unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung, Juni 1982

---

---

**29. Jahrgang (XXIX) Sonderausgabe** 19. Januar 2026

Erscheint montags: 14- (Jan-Apr, Sep-Dez) oder 21-täglich (Mai-Aug).  
[www.das-blaettchen.de](http://www.das-blaettchen.de)

<b>Wolfgang Schwarz: „Generale für Frieden und Abrüstung“</b> .....	<b>1</b>
<b>Occasional Papers</b>	
<b>General (ret.) Nino Pasti: Militärischer Kräftevergleich –Wirklichkeit und Propaganda, Occasional Papers Nr. 2</b> .....	<b>12</b>
<b>Generals (ret.) M.H. von Meyenfeldt et al.: Plädoyer für eine realistische Sicherheitspolitik, Occasional Papers Nr. 4</b> .....	<b>54</b>
<b>Major General (ret.) Günter Vollmer: Streitkräfte in der alternativen Verteidigung, Occasional Papers Nr. 7</b> .....	<b>86</b>
<b>Major General (ret.) Michiel H. von Meyenfeldt: Überlegungen zur Abschreckung, Occasional Papers Nr. 8</b> .....	<b>120</b>
<b>Dokumente</b>	
<b>Appell an die KSZE in Madrid, Mai 1981</b> .....	<b>148</b>
<b>Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister, an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO, November 1981</b> .....	<b>150</b>
<b>Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung, Juni 1982</b> .....	<b>158</b>
<b>Impressum</b> .....	<b>167</b>

## „Generale für Frieden und Abrüstung“ – nicht nur als Reminiszenz

von Wolfgang Schwarz

*Wie können [...] Offiziere, deren Karriere von neuen Waffensystemen  
und von erhöhten statt reduzierten Militärbudgets abhängt,  
Doktrinen akzeptieren, die ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen?*

The New York Times,  
1982, in einer Betrachtung zu „Generals for Peace“<sup>[1]</sup>

Die *New York Times* war sichtlich aus dem Häuschen, denn *genau dies* taten die „Generale für Frieden und Abrüstung“ in den 1980er Jahren: Sie stellten die Interessen ihrer Völker an Frieden und das existenzielle Erfordernis, eine militärische Austragung des damaligen Ost-West-Konfliktes sowie insbesondere einen Atomkrieg zu verhindern, über die von dem US-Blatt benannten traditionellen Interessen ihres Berufsstandes.

\*

Anfang der 1980er Jahre waren die Spannungen im Ost-West-Verhältnis erneut auf einem Höhepunkt. Am 12. Dezember 1979 hatte die NATO ihren sogenannten Doppelbeschluss gefasst: Ab 1983 sollten in Westeuropa – zusätzlich zu den bereits vorhandenen Tausenden von taktischen US-Atomwaffensystemen – weitere, neuartige nukleare Trägersysteme stationiert werden:

- 464 Marschflugkörper vom Typ BGM-109G in Belgien, der BRD, Italien und den Niederlanden sowie
- 108 Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II in der BRD.

Die Stationierung sollte, so hieß es, ein Gegengewicht zur Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen – unter anderem in der DDR – schaffen, in deren Reichweite ganz Westeuropa lag und in denen westliche Staatsmänner wie der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Mittel sahen, einen Atomkrieg auf Europa zu begrenzen, also unter Ausklammerung der Territorien der USA und UdSSR zu führen.

In Moskau wiederum betrachtete man die Pershing II wegen ihrer sehr kurzen, deutlich unter zehn Minuten liegenden Vorwarnzeit und ihrer angenommenen hohen Treffgenauigkeit als enthauptungs- und somit erstschlagsfähiges Waffensystem. Bestätigt sehen konnte man sich in Moskau überdies durch Ansichten zur Führbarkeit eines Atomkrieges, die damals in den USA kursierten, aber auch durch regierungsamtliche Washingtoner Verlautbarungen:

- Colin S. Gray und Keith Payne[2], zwei US-Strategen, empfahlen 1980: „Wenn die amerikanische nukleare Stärke die außenpolitischen Ziele der USA unterstützen soll, müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, einen Atomkrieg rational zu führen.“[3] Konkret: „Die beängstigendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung [...] ihres politischen Systems. Daher sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, wichtige Führungskader, ihre Kommunikationsmittel und einige der Instrumente der inneren Kontrolle zu zerstören. Die UdSSR mit ihrer starken Zentralisierung der Macht [...] dürfte für einen solchen Angriff besonders anfällig sein. Die Sowjetunion könnte ihre Funktionsfähigkeit verlieren, wenn ihre Sicherheitsbehörde, der KGB, schwer geschwächt würde. Wenn die Moskauer Bürokratie beseitigt, beschädigt oder isoliert werden könnte, würde die UdSSR möglicherweise in Anarchie zerfallen [...]“.[4]
- Diese Denkschule hatte im Frühjahr 1982, wie die *New York Times* am 30.05. jenes Jahres berichtete, Eingang in die sogenannte *Fiscal Year 1984-1988 Defense Guidance* der Reagan-Administration gefunden – samt Orientierung auf „Enthauptung, womit Schläge gegen die politische und militärische Führung der Sowjetunion sowie gegen Kommunikationslinien gemeint“.[5]
- Eugene Rostow, der damalige Leiter der US-Arms Control and Disarmament Agency (Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde) erklärte ernsthaft: Japan habe „den Atomangriff nicht nur überlebt, sondern hat danach eine Zeit der Blüte erlebt“.[6].
- George Bush, damals bereits früherer US-Botschafter bei den UN, später CIA-Chef und dann US-Präsident, hatte im Januar 1980 der *Los Angeles Times* auf die Frage „Wie gewinnt man einen Atomkrieg?“ zu Protokoll gegeben: „Sie verfügen über die Überlebensfähigkeit Ihrer Kommando- und Kontrollstrukturen, die Überlebensfähigkeit Ihres industriellen Potenzials, den Schutz eines Teils Ihrer Bevölkerung und die Fähigkeit, dem Gegner mehr Schaden zuzufügen, als er Ihnen zufügen kann. Auf diese Weise kann man als Sieger hervorgehen [...]“.[7]

Die sowjetische Führung betrachtete zu jener Zeit einen überraschenden US-Atomangriff als real bestehende Bedrohung, und der sowjetische Geheimdienst KGB unter Juri Andropow, der 1983 zum Partei- und Staatschef aufstieg, suchte in einer seiner umfassendsten verdeckten internationalen Operationen überhaupt fieberhaft nach empirischen Belegen für einen bevorstehenden Angriff, um diesem gegebenenfalls zuvorzukommen.[8] Darüber hinaus legte sich die sowjetische Führung eine Art atomare Totmanneinrichtung zu, ein *Perimeter* (auch *mjortwaja ruka*, tote Hand) genanntes System, das im Falle der Ausschaltung der politischen und militärischen Führung des Landes durch einen US-Überraschungsangriff die automatische Auslösung eines atomaren Gegenschlages mit allen noch verfügbaren Waffen gewährleisten sollte.[9]

Die Atomkriegsgefahr war fast mit Händen zu greifen, und die sowjetische Invasion in Afghanistan, die am 25. Dezember 1979 begann, hatte zusätzlich Öl ins Feuer der Ost-West-Konfrontation gegossen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich vor allem in Westeuropa eine Friedensbewegung mit Massencharakter, in deren Zentrum der Kampf gegen das nukleare Stationierungsvorhaben des NATO-Doppelbeschlusses stand. Der „Krefelder Appell“ vom 16. November 1980, der die Bundesregierung aufforderte, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa zu revidieren, wurde in den folgenden drei Jahren von vier Millionen Menschen unterzeichnet. Zu Massendemonstrationen ab 1981 kam es:

- am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten: über 300.000 Menschen unter dem Motto „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen“;
- am 21. November 1981 in Amsterdam: 400.000 Teilnehmer;
- am 10. Juni 1982 in Bonn: 500.000 Teilnehmer;
- am 12. Juni 1982 mit der *No Nukes Rally* in New York City: 1.000.000 Teilnehmer;
- am 22. Oktober 1983 bundesweit: 1,3 Millionen Teilnehmer;
- am 29. Oktober 1983 in verschiedenen westeuropäischen Hauptstädten: Den Haag (550.000), Lissabon (200.000), Kopenhagen (100.000), Wien (70.000) ...

1981, zu Beginn dieser Proteste, wurde ein Buch, das im westdeutschen Pahl-Rugenstein-Verlag erschien, zu einem bis dato beispiellosen Achtungszeichen – Titel: „Generale für den Frieden“[10]. Acht hohe Ex-Militärs aus acht NATO-Staaten nahmen in sehr persönlichen Interviews Stellung zu Fragen wie:

- Dient die Militärpolitik noch der Kriegsverhütung?
- Ist die Forderung nach militärischem Gleichgewicht zu einem Fetisch, zu einem Motor des Wettrüstens geworden?
- Brauchen wir eine „Entmilitarisierung“ der Sicherheitspolitik?
- Ist Abrüstung möglich?

Die Interviewten waren:

- General a.D. Wolf Graf von Baudissin (BRD), als ehemaliger Oberst der deutschen Wehrmacht 1950 Mitverfasser der „Himmeroder Denkschrift“, der Blaupause für die Aufstellung Bundeswehr; letzte militärische Verwendung in höheren NATO-Stäben; seit 1971 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH);
- General a.D. Francisco da Costa Gomes (Portugal), einer der führenden Köpfe der Offiziersbewegung, die am 25. April 1974 das faschistische Salazar-Regime gestürzt hatte; nachmaliger Staatspräsident;
- Brigadegeneral a.D. Michael Harbottle (Großbritannien), zuletzt Stabschef der UN-Friedenstruppen auf Zypern;
- General a.D. Georgios Koumanakos (Griechenland), in seiner letzten militärischen Funktion Erster Stellvertreter des Generalstabschefs der Streitkräfte Griechenlands;
- Admiral a.D. John Marshall Lee (USA), während der SALT I-Verhandlungen im amerikanischen Amt für Rüstungskontrolle und Abrüstung tätig;



- General a.D. M. H. von Meyenfeldt (Niederlande), bis zu seiner Pensionierung Gouverneur der Königlichen Militärakademie in Breda;[11]
- General a.D. Nino Pasti (Italien), zuletzt Stellvertreter des Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa für den Bereich Kernwaffen und Vorsitzender des Obersten Rates der italienischen Streitkräfte;
- Admiral a.D. Antoine Sanguinetti (Frankreich), zuletzt Oberbefehlshaber der französischen Mittelmeerflotte.

Interviewer war Gerhard Kade, ein westdeutscher Wirtschaftswissenschaftler, der sich gegen Ende der 1970er Jahre der Friedensforschung zugewandt hatte.[12] Zur Entstehungsgeschichte des Buches schreibt Kade: „Die Idee [...] wurde in jenen denkwürdigen Tagen des Frühsommers 1978 geboren, da in New York die Vereinten Nationen ihre Sondersitzung zur Abrüstung abhielten, während zur gleichen Zeit auf dem NATO-Gipfel in Washington über das Langzeitprogramm der Westlichen Allianz beschlossen wurde. [...] es war [...] ein ganz konkretes Ereignis während dieser Sondersitzung, das zu der Idee führte, als Friedensforscher das Gespräch zu suchen mit Männern, die kraft ihrer Ausbildung und ihrer oft über Jahrzehnte reichenden persönlichen Erfahrungen in hohen militärischen Positionen in der Lage sind, die Öffentlichkeit über die wirklichen Zusammenhänge zu informieren [...]: Es war die Rede des ehemaligen amerikanischen Konteradmirals Gene La Rocque, der [...] unter anderem ausführte: ‚In wachsendem Maße wird die gesamte Menschheit von einem Nuklearkrieg bedroht. Solange sich nicht alle Regierungen dieser Realität stellen, kann und wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen unter Einsatz von Kernwaffen geführten 3. Weltkrieg geben.“[13]

Die Publikation des Buches wurde gewissermaßen zur Ouvertüre einer sich unter inhaltlicher und organisatorischer Federführung Kades entwickelnden und verbreiternden Bewegung westlicher „Generale für Frieden und Abrüstung“.

Schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt brachte die *New York Times* zentrale Anliegen der Bewegung zutreffend auf den Punkt: „Das konkrete Programm der Generale fordert den Abzug der sowjetischen und amerikanischen Truppen aus Europa, den Verzicht der Supermächte auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, eine Zusage, die die Sowjetunion bereits gemacht hat, die Entfernung von Atomwaffen aus dem Ausland, einschließlich Westdeutschland, den Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen auf dem Schlachtfeld, da ein taktischer Einsatz zu einem strategischen Schlagabtausch führen würde, sowie ein Moratorium der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten für die Entwicklung neuer Atomwaffen.“[14]

Ab 1984 kam es beim Internationalen Institut für den Frieden in Wien, dessen Vizepräsident Gerhard Kade war, zu jährlichen Begegnungen *der Generale*, auch mit – aus dem aktiven Dienst geschiedenen – Berufskollegen aus dem Osten. 1986, beim vierten diese Treffen, waren mit Ausnahme der DDR und Rumäniens Vertreter aller anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages beteiligt (zur Teilnehmerliste [hier klicken](#)).

\*

*Exkurs in spätere Zeiten:* Unter „Generale für den Frieden“ heißt es heute bei *Wikipedia* (Stand: 18.11.2025): „Organisiert wurde die Gruppe von dem als ‚Geschäftsführer‘ tätigen Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Gerhard Kade, der als Hochschullehrer an der Technischen Hochschule Darmstadt [...] und unter dem Decknamen ‚Super‘ zugleich als inoffizieller Mitarbeiter für das MfS tätig war. Westmitarbeiter der Staatssicherheit hatten die Aufgabe, der Friedensbewegung einen antiamerikanischen Einschlag zu geben und die Meinung zu verbreiten, US-amerikanische Raketen gefährdeten den Weltfrieden, während sowjetische Raketen diesem dienen. Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ergaben 1993, dass die Gründung der Gruppe auf eine Initiative der Hauptverwaltung A der Staatssicherheit zurückging.“

Die Idee zur Gründung der Organisation kam ursprünglich vom sowjetischen Geheimdienst KGB und der DDR-Staatssicherheit. Kade arbeitete auch für den KGB unter dem Tarnnamen ‚Robust‘.

Der DDR-Geheimdienst sammelte Daten und erstellte Reden und Vorträge für die Generale, die zum Teil später wörtlich gehalten wurden.

Jährlich wurde die Organisation von der [sic!] MfS mit 100.000 DM unterstützt. Diese wurden laut dem Chef der Hauptverwaltung A des MfS, Markus Wolf, in Form einer Spende durch das *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft* (IPW) ausgezahlt.“[15]

Die Urfassung dieses Eintrages muss aus den 2000er Jahren stammen, denn in der bei *Wikipedia* zu jedem Eintrag möglichen Diskussion wurde bereits am 22.04.2008, also vor inzwischen fast 18 Jahren, dessen dürftige Substanz moniert: „Irgendwie erweckt der Artikel [...] den Eindruck, als seien die beteiligten Offiziere Marionetten der DDR gewesen. Was weiß man denn genau? Wußten die davon? In welcher Form geschah das? Ansonsten diskreditiert diese vage Formulierung vermutlich rechtschaffene NATO Generale und Admirale. Im Internet geistern diverse Artikel dazu, aber was ist denn gesichert?“[16]

Geändert wurde am Eintrag seither offenbar nichts, denn unter der *Wikipedia*-Standardrubrik *Qualitätsmängel* findet sich schließlich folgendes Fazit vom Sommer 2025: „Übler Artikel, der eigentlich entfernt gehört. überhaupt keine sachliche Information.“[17]

In den 1998 erschienenen Erinnerungen von HVA-Chef Markus Wolf findet sich folgende Darstellung: Die HVA habe auch „Anteil an der Propagandaschlacht“, gehabt, „die zwischen den Blöcken tobte. Eine kleine Friedensgruppe war für uns dabei besonders interessant. Sie nannte sich ‚Generale für den Frieden‘. 1981 hatten sich neun[18] ehemals hohe Militärs aus verschiedenen Nato-Ländern zusammengefunden, weil sie fürchteten, daß die atomare Hochrüstung vor allem des Westens zum nuklearen Inferno führen könne. [...] Die neun Militärs gewannen [...] schnell einen herausragenden Status in der Friedensbewegung. [...] Kopf und Motor, vergleichbar einem Geschäftsführer der Gruppe, war der ehemalige Offizier der Bundesmarine Gerhard Kade. Er hatte den Dienst schon Jahre zuvor quittiert, war Historiker an der Universität Hamburg und Publizist geworden. [...] Ein großes Problem der ‚Generale für den Frieden‘ war die Finanzierung ihrer Aktivitäten. Sie mußten ihre Reisen zu den gemeinsamen Treffen, zu Vorträgen und Diskussionen weitgehend selber finanzieren. Sie hatten keine Mittel, ihre Analysen und Forderungen zu publizieren. Das war unsere Chance. [...] Kurz nach ihrer Gründung meldete mir ein Mitarbeiter, daß es seiner Abteilung gelungen sei, über eine Quelle in Hamburg an den Organisator der Friedensgenerale, Gerhard Kade, heranzukommen. Der ehemalige Marineoffizier schien bereit zu Gesprächen mit Abgesandten der DDR. [...] Nach einigen Begegnungen und Gesprächen bekam Kade den Decknamen Super, der auch seine Bedeutung für uns ausdrückte. [Eine Verpflichtungserklärung Kades als IM/Informeller Mitarbeiter der Stasi ist nach Kenntnis des Autors des vorliegenden Beitrages allerdings nicht aktenkundig – W.S.] Kade war in den Gesprächen sehr schnell auf das Problem der ‚Generale für den Frieden‘ gekommen, die mangelnden finanziellen Ressourcen. Er meinte, ein jährlicher Zuschuß von 100.000 DM würde der Gruppe die Öffentlichkeitsarbeit entscheidend erleichtern. Ich bewilligte die Summe, die selbstverständlich nicht von der HVA, sondern teilweise vom Institut für Politik und Wirtschaft[19] als Spende ausgezahlt wurde. [...] Unsere jährliche Spende war nicht die einzige Unterstützung aus dem Osten. Gleichzeitig mit uns bemühte sich auch der KGB um eine Verbindung zu Kade und informierte mich darüber. Offenbar gelang es Kade daraufhin, den KGB zu bewegen, einen sowjetischen General dazu abzukommandieren, daß er sich um Aufnahme in die ‚Generale für den Frieden‘ bewarb, denn das war tatsächlich der Fall. Dies bedeutete allerdings keineswegs, daß die Gruppe nun das Sprachrohr Moskaus gewesen wäre. Kade mußte die von ihm eingebrachten Vorstellungen mit der ganzen Gruppe diskutieren, und die eigenwilligen Persönlichkeiten waren kaum manipulierbar. Dennoch erkannte man in Erklärungen der Generale den Einfluß wieder, den wir über Kade ausübten.“[20]

Allerdings irritiert die von Wolf skizzierte Vita Kades: Ex-Bundesmarineoffizier? Historiker? Universität Hamburg?

Wolfs Erinnerungen sind knapp zehn Jahre nach Ende des ersten Kalten Krieges erschienen, Kade war bereits verstorben. Allein deswegen kann meines Erachtens ausgeschlossen werden, dass der Ex-Geheimdienstchef mit seinen Angaben vorsätzlich eine falsche Fährte legen wollte. Es dürfte sich vielmehr um eine Personenverwechslung handeln. Dafür spricht, dass es einen Offizier (anderen Namens) der Bundesmarine, der mit der HVA kooperierte, tatsächlich gegeben hat, und dass über eine direkte, persönliche Verbindung von Wolf und Kade, die ersterer bei seiner Offenlegung gewiss vermerkt hätte, nichts bekannt ist, auch kein diesbezüglicher Aktenfund.

Was die HVA-Dotationen an *die Generale* anbetrifft, so erinnerte sich der damit betraute Mitarbeiter des IPW dem Autor gegenüber, dass diese Mittel *den Generalen* jeweils über

die Arbeitsgruppe des Ministerrates beim IPW zugeleitet wurden. Zudem nicht in jährlichen pauschalen Tranchen in der von Wolf genannten Höhe, sondern gegen Kostennachweise im Zusammenhang mit Aktivitäten wie etwa den Wiener Generalstreffen oder den regelmäßigen Publikationen der Gruppe; siehe dazu weiter unten.

Seitens Wolfs soll es intern auch die Weisung gegeben haben jegliche Abschöpfung *der Generale* zu unterlassen, respektive zu verhindern, um keine Veranlassung zur Diskreditierung der Gruppe zu liefern. Das sei, so vermerkte der Mittelsmann beim IPW gegenüber dem Autor, sozusagen die „Geschäftsgrundlage“ für beide Seiten gewesen. Da Wolf in seinen Erinnerungen eine solche Weisung jedoch nicht erwähnt und der Autor eine zweite bestätigende Quelle dafür nicht gefunden hat, kann diese Information trotz ihrer inhärenten Logik nicht als gesichert gelten.

Im Jahre 2004 berichtete *Die Welt*: „Der ehemalige Stasi-Oberst [sic!] Günter Bohnsack [B. brachte es nur bis zum Oberstleutnant – W.S.] sagte der WELT, dass die Idee zur Gründung dieser Organisation [der Generalsbewegung – W.S.] ursprünglich vom sowjetischen Geheimdienst KGB und der Stasi gekommen sei. ‚Es gab verschiedene Aktionen gegen den Nachrüstungsbeschluss der Nato unter dem Sammelbegriff ‚Mars‘. Die Gründung der Organisation ‚Generäle für den Frieden‘ war eine davon‘, erklärte Bohnsack. Der im Westen residierende HVA-Mann Gerhard Kade, der offiziell als Friedensforscher auftritt, habe die Verbindungen zu den Generälen gehalten. Kade, der bei der Stasi den Decknamen ‚Super‘ hatte, habe auch für den KGB gearbeitet. Sein Tarnname dort: ‚Robust‘.“[21]

Bei früherer Gelegenheit hatte Bohnsack die Urhebererschaft an der Generalsbewegung gar sich selbst zugeschrieben: „*Die Bewegung ‚Generäle für den Frieden‘ nach dem NATO-Doppelbeschluss war auch von mir.*“[22]

Im Jahre 2012 gab der *Spiegel*-Autor Peter Wensierski im Hinblick auf Bohnsack zu bedenken: „[...] zu seinen Aufgaben gehörte die Desinformation. Mit entsprechender Vorsicht sind wohl auch seine heutigen Aussagen zu bewerten.“[23]

\*

Nach 1990 hat es verschiedentlich Versuche gegeben, *die Generale* zu kriminalisieren – der Leitidee folgend, dass deren „Verhalten nach den Regeln ihres Berufsstandes ohne Weiteres auch als Verrat betrachtet werden könnte“[24]. Doch zu praktisch-juristischen Konsequenzen kam es nicht. Auch der Ansatz der Bundesanwaltschaft, *die Generale* zum Bestandteil eines Spionagevorwurfes im Prozess gegen Markus Wolf zu machen, in dem Wolf schließlich zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden ist, wurde fallengelassen.[25]

Fakt bleibt: Keiner der Generale ist je juristisch behelligt worden. Dasselbe gilt für Gerhard Kade. Gemessen an den üblichen Erfahrungen nach der deutschen „Vereinigung“ kann man davon ausgehen, dass der exzellente internationale Ruf der Generalsbewegung diese Art Abrechnung von Deutschen mit Deutschen in diesem Falle verhindert hat.

\*

Praktisch nichts findet man heute im Internet darüber, mit welchen sicherheitspolitischen Positionen die Generalsbewegung im Rahmen der Friedensbewegung seinerzeit auftrat. (Wegen dieses Defizits entstand der vorliegende Beitrag.) Quellen dafür wären teilweise in Bibliotheken oder antiquarisch durchaus zu erschließen. Das betrifft zunächst die beiden Buchpublikationen, die auf *Generale I* folgten:

- *Generale gegen Nachrüstung* (Herausgegeben von „Generale für Frieden und Abrüstung“), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1983.[26]
- „Generale für Frieden und Abrüstung“: Sicherheit für Westeuropa. Alternative Sicherheits- und Militärpolitik, Verlag Rasch und Röhring, Hamburg 1985.

Ob die insgesamt acht sogenannten Occasional Papers, in denen *die Generale* in unregelmäßiger Folge zu sicherheitspolitischen Fragen Stellung nahmen ([hier klicken](#)), außer im Archiv des Autors des vorliegenden Beitrages noch anderweitig auffindbar wären, entzieht sich dessen Kenntnis; vier der Papers werden im Rahmen dieser Sonderausgabe dokumentiert:

- General (ret.) Nino Pasti: Militärischer Kräftevergleich – Wirklichkeit und Propaganda, Occasional Papers Nr. 2.
- Generals (ret.) H. von Meyenfeldt et al.: Plädoyer für eine realistische Sicherheitspolitik, Occasional Papers Nr. 4.
- Major General (ret.) Günter Vollmer: Streitkräfte in der alternativen Verteidigung, Occasional Papers Nr. 7.
- Major General (ret.) Michiel H. von Meyenfeldt: Überlegungen zur Abschreckung, Occasional Papers Nr. 8.

Ebenfalls dokumentiert werden ein Appell und zwei Memoranden der Generals-Bewegung:

- Appell an die KSZE in Madrid, Mai 1981;
- Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister, an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO, November 1981;
- Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung, Juni 1982.

\*

Ausweislich Occasional Paper Nr. 8 umfasste die Gruppe zum Zeitpunkt der Veröffentlichung 17 hohe Ex-Militärs aus neun NATO-Staaten – [hier klicken](#).

1986 stieß der von den nicht nur in der DDR sehr bekannten Dokumentaristen Heynowski & Scheumann gedrehte Dokumentarfilm „Die Generale“<sup>[27]</sup> – Gerhard Kade wirkte als Berater mit – auf ein breites Echo. Sowohl in der DDR<sup>[28]</sup>, als auch international. Der Streifen war ein Gemeinschaftswerk mit Filmproduzenten aus Großbritannien, den Niederlanden und Griechenland. Gedreht wurde in Wien, am Ort der jährlichen Generals-Treffen. In seinen „Wiener Impressionen“, die die begleitende Buchpublikation einleiten, vermerkte Walter Heynowski: „Von der ersten bis zur letzten Tonaufnahme gilt, was dankenswerterweise der ‚Daily Telegraph‘ nach der Londoner Premiere des Films schrieb, als er Brigadier Michael Harbottle mit diesen Worten zitierte: ‚Es ist uns nichts in den Mund gelegt worden. Es sind unsere persönlichen Standpunkte.‘ Und Michael Harbottle weiter: ‚Wenn eine amerikanische Firma uns diesen Film vorgeschlagen hätte, wir hätten auch dann mit Freuden zugesagt.‘“<sup>[29]</sup>

1987 wurden die „Generale für Frieden und Abrüstung“ von den Vereinten Nationen als „Peace Messenger“ („Friedensbotschafter“) geehrt – [hier klicken](#).

\*

Auch heute sind wieder, wenn auch vereinzelt, Stimmen ehemaliger Militärs, hohe und höchste Dienstgrade eingeschlossen, zu vernehmen, die auf der Grundlage ihrer professionellen Kompetenz und jahrzehntelangen Erfahrungen vor den Risiken der Konfrontation und Hochrüstung, auf die sich der kollektive Westen gegenüber Russland und China eingeschworen hat, eindringlich warnen ...

PS: Am 30. Oktober 1984 beschäftigten die „Generals For Peace“ das britische Oberhaus. In einer Fragestunde wurde erörtert, ob deren „Aktivitäten mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit der freien Welt vereinbar“<sup>[30]</sup> seien.

Die Vertreterin der Regierung, eine Baroness Young, Staatsministerin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen, und Mitglieder des Hohen Hauses bemühten sich redlich, die Generals-Bewegung als Trojanisches Pferd des Weltfriedensrates, „einer berüchtigten sowjetischen Frontorganisation“<sup>[31]</sup>, und Gerhard Kade als „eine hochrangige Persönlichkeit im sowjetischen Propagandaapparat“<sup>[32]</sup> in Misskredit zu bringen.

Allerdings gab es auch kräftig Gegenwind:

- Oberhausmitglied Lord Brockway fragte, ob der Ministerin bekannt sei, dass das Ziel der Generale „darin besteht, einen Atomkrieg mit all seinen Gefahren für die Menschheit zu verhindern? Ist das nicht das erklärte Ziel der Regierung, und sollte diese Organisation daher nicht begrüßt werden?“[33]
- Oberhausmitglied Lord Cledwyn of Penrhos wollte mit Blick auf Michael Harbottle wissen, ob der Ministerin bewusst sei, „dass der britische Offizier unter diesen Generalen ein Offizier mit einer herausragenden Laufbahn ist, unabhängig davon, welche Ansichten er zu Strategie oder Rüstung vertritt? Wäre es nicht völlig falsch, in diesem Haus den Eindruck zu erwecken, dass wir ihn alle als Maulwurf, als kommunistischen Spion oder als Handlanger der Kommunisten betrachten? Hat er nicht das Recht, seine Meinung zu diesen Themen zu äußern, ohne so gebrandmarkt zu werden?“[34]
- Den Vogel ab schoss Lord Jenkins of Putney, ebenfalls Oberhausmitglied, der einwarf, „dass die edlen Lords, wenn sie statt dieser etwas aufwieglerischen Frage und Antwort das Dokument ‚Generals for Peace and Disarmament‘ läsen, das in der Bibliothek erhältlich ist, feststellen würden, dass die von den Generalen für den Frieden vorgeschlagenen Maßnahmen in vielerlei Hinsicht fast identisch mit denen von Her Majesty’s Opposition[35] sind?“ Das Protokoll registrierte an dieser Stelle als Reaktion des Hohen Hauses: „Edle Lords: Oh!“[36]

[1] – ‚Generals for Peace‘ push case at U.N., *The New York Times*, 27.06.1982; <https://www.nytimes.com/1982/06/27/world/generals-for-peace-push-case-at-un.html> – aufgerufen am 18.11.2025.

[2] – Beide gehörten seinerzeit zum *professional staff* (Fachpersonal) des Hudson Institutes. Gray erhielt später (1982 – 1987) einen Beraterjob bei der Reagan-Administration, Payne brachte es gar bis zum stellvertretenden US-Verteidigungsminister (2002 – 2003).

[3] – Colin S. Gray / Keith Payne: Victory Is Possible, *Foreign Policy*, No. 39 (Summer, 1980), S. 14.

[4] – Ebenda, S. 21.

In einem Nachruf auf den 2020 verstorbenen Gray bescheinigte Payne diesem: „[...] seine klugen Ratschläge haben der Sicherheitspolitik der USA enorm geholfen“. Und: „Colin hatte kein Vertrauen in die Vorstellung, dass der Einsatz von Atomwaffen, einmal begonnen, begrenzt bleiben würde oder dass ein Atomkrieg einem politischen Ziel dienen könnte.“ Den Essay „Victory is possible“ erwähnte Payne dabei nur indirekt – in einem Verweis darauf, dass der provokative Titel eines gewissen Artikels ohne Zustimmung der Autoren, ja nicht einmal mit deren Kenntnis zustande gekommen sei („an article’s provocative title created without the authors’ permission, or even knowledge“). Die Kritik, Grays „Ziel sei nicht Abschreckung, sondern vielmehr die Planung, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen“, gewesen, wies Payne zurück. (Keith B. Payne: On Deterrence, Defence, and Arms Control – In Honor of Colin S. Gray, *Naval War College Review*, Volume 74, Number 1 Winter 2021; <https://digital-commons.usnwc.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=8163&context=nwc-review> – aufgerufen am 18.11.2025) Diese Weißwaschung lässt sich allerdings anhand des Originalbeitrages ohne Weiteres ins Reich der Legenden verweisen: <https://www.jstor.org/stable/1148409>; – aufgerufen am 13.01.2026. Seinerzeit veröffentlichten die *Blätter für deutsche und internationale Politik* auch eine Übersetzung des Essays ins Deutsche – zum Volltext [hier klicken](#).

[5] – R. Halloran: Pentagon draws up first strategy for fighting a long nuclear war, *The New York Times*, 30.05.1982 – <http://www.nytimes.com/1982/05/30/world/pentagon-draws-up-first-strategy-for-fighting-a-long-nuclear-war.html?pagewanted=all>; aufgerufen am 18.11.2025.

[6] – Zit. nach Edward M. Kennedy/Mark O. Hatfield: Stoppt die Atomrüstung, Hamburg 1982, S. 18.

[7] – Robert Scheer: Bush Assails Carter Defense Strategy, *Los Angeles Times*, 24.01.1980 (zur Kopie hier klicken); zit. durch Jack Beatty: Bush Has a Lot More Than His Manhood to Prove in Race for Presidency, *Los Angeles Times*, 29.04.1989; <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1987-04-29-me-1262-story.html> – aufgerufen am 04.01.2026.

[8] – Die Operation, für die auch Geheimdienste verbündeter Staaten eingespannt wurden, trug die Code-Bezeichnung „RJaN“ (russische Abkürzung für Atomraketenangriff). Werner Grossmann, Nachfolger von Markus Wolf als Chef der HVA, berichtete später: „Das Ziel bestand darin, alle verfügbaren Quellen – auch die der befreundeten Dienste – zu nutzen, um festzustellen, wann ein nuklearer Angriff der USA erfolgen soll, von wo und mit welchen Schlägen. Die Maßnahme hatte der damalige KGB-Chef Yuri Andropow initiiert und mit Generalsekretär Leonid Breschnew abgestimmt. So waren wir aufgefordert, ständig Informationen zu diesem Thema nach Moskau zu liefern. Irgendwann fragte mich Mielke, über dessen Schreibtisch die Informationen wie üblich liefen, ob es nicht mal was Neues zu berichten gäbe? Er lese seit langem immer wieder das Gleiche. Die Informationen, die wir im Gegenzug aus Moskau bekamen, wurden ebenfalls immer redundanter. Wir wussten inzwischen, dass [...] NATO-Manöver nicht genutzt werden sollten, um die sozialistischen Staaten anzugreifen. Uns lagen verlässliche Informationen vor. Aber die sowjetischen Genossen waren und blieben skeptisch, obwohl unsere Quellen, vom Bundeskanzleramt über den BND bis hin zur NATO-Zentrale selbst, stets ein umfassendes Lagebild lieferten. [...] Wir wollten das ganze ‚RJaN‘-Projekt ad acta legen. Gelegenheit dazu bot ein Arbeitsbesuch von Krjutschkow [damals stellvertretender Vorsitzender des KGB; ab 1988 dessen Chef; im August 1991 zusammen mit anderen KPdSU-Altakadem scheidender Putschist gegen den russischen Präsidenten Michail Gorbatschow – W.S.] in Berlin. Es muss im Jahr 1987 gewesen sein. Ich habe mit Mielke abgesprochen, den sowjetischen Genossen auf das Thema anzusprechen und Moskau vorzuschlagen, nur noch dann zu informieren, wenn es wirklich etwas Neues zu berichten gäbe. Doch ich fand bei ihm kein Gehör. [...] nach seiner Rückkehr in Moskau beendete er ‚RJaN‘ nicht, sondern intensivierte die Arbeit.“ (Werner Grossmann mit Peter Böhm: *Der Überzeugungstäter*, Berlin 2017, S. 190 f.)

[9] – Dazu ausführlicher Sarcasticus: Dead Hand 2.0, *Das Blättchen*, 24/2019.

[10] – Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1981; nachfolgend genannt: Generale I.

[11] – Von Meyenfeldt wurde später zum Vorsitzenden der Gruppe *Generale für Frieden und Abrüstung* gewählt.

[12] – Kade, Jahrgang 1931, stammte aus Westberlin, absolvierte dort die Schule und ein Studium. Danach schlug er zunächst eine wirtschaftswissenschaftliche Laufbahn ein. Von 1966 bis 1978 war er Inhaber eines Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie, später umbenannt in „Politische Ökonomie und Planung“, an der TH Darmstadt. In jener Zeit machte sich Kade einen Namen als pointierter Kritiker der bürgerlichen Nationalökonomie. *Der Spiegel* (Ausgabe 36/1969; <https://www.spiegel.de/politik/zerstoerung-der-vernunft-a-a6f32100-0002-0001-0000-000045522387> – Aufruf am 18.12.2025.) dokumentierte unter der Überschrift „Zerstörung der Vernunft“ aus einer Publikation Kades unter anderem folgende Passage: „Wo man Probleme der Preisbildung jenseits von Machtfragen ansiedelt, wo Wachstumsprobleme mit tautologischen Gleichgewichtsmodellen behandelt werden, wo Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung mit funktionalistischen Modellen immunisiert und für die gesellschaftliche Praxis entschärft werden, wo die Analyse von Ausbeutungsphänomenen als Sünde wider den Geist der ‚aufgeklärten Marktwirtschaft‘ gilt, muß es in der Selbstzufriedenheit eines mathematischen Formalismus enden, der die Auflösbarkeit von Gleichungssystemen mit dem Entwurf überprüfbarer Theorien und mit der Suche nach strengsten Prüfbedingungen für solche Theorien verwechselt.“ Ab 1978 widmete sich Kade vorzugsweise der marxistischen Friedensforschung. Zu Kades friedenspolitischen Publikationen zählten neben Generale I weitere Bücher – darunter:

- Die Bedrohungslüge. Zur Legende der „Gefahr aus dem Osten“, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980;
- Die Amerikaner und wir, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983;
- Die Russen und wir, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983;
- Vom Nutzen des Sternenkriegs: Legenden und Wirklichkeit, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987.

Kade war Mitglied des Weltfriedensrates, Vizepräsident des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien und Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit der BRD (KOFAZ). Wegen der Mitarbeit im „kommunistisch dominierten“ (O-Ton *Wikipedia*, [https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard\\_Kade](https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Kade); – Aufruf am 18.12.2025) KOFAZ war Kade 1978 aus der SPD ausgeschlossen worden.

Mit 64 Jahren ist Gerhard Kade am 4. Dezember 1995 verstorben.

Rudolf Hickel und Jörg Huffschild würdigten den wissenschaftlichen Kollegen und Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in einem ausführlichen Nachruf; darin hieß es unter anderem: „Die intellektuelle und politische Landschaft Deutschlands ist um einen kritischen Geist und aufklärerischen Wissenschaftler ärmer geworden. Von seinem wissenschaftlichen Werdegang her ist Kade Ökonom mit traditioneller Ausbildung. Das Werk, mit dem er die Fachwelt schon früh einerseits beeindruckte, andererseits aber in nie verziehener Weise vor den Kopf stieß, war seine 1962 erschienene Habilitationsschrift über die ‚Grundannahmen der Preistheorie‘. Die dort vorgetragene Kritik an der Realitätsleere und dem tautologischen Charakter der mikroökonomischen Modelltheorie können als nach wie vor aktuelle und vernichtende Kritik an zeitgenössischen Nobelpreisträgern der Chicagoer Schule wie Milton Friedman oder Gary S. Becker gelesen werden. Sie schmerzte die Zunft umso mehr, als sie nicht aus den Reihen marxistischer oder sonstiger systemkritischer Theoretiker kam, sondern von einem gründlichen und auch formal brillant formulierenden bürgerlichen Ökonomen – der damit allerdings auch weitgehend zur persona non grata im etablierten Wissenschaftsbetrieb wurde.“ (*Blätter für deutsche und internationale Politik* 02/1996; <https://www.blaetter.de/ausgabe/1996/februar/zum-tode-von-gerhard-kade> – Aufruf am 18.12.2025.)

[13] – Gerhard Kade: Generale für Frieden und Abrüstung – eine Selbstverständlichkeit?, in: Generale I, S. 325 ff.

[14] – ‚Generals for Peace‘ push case at U.N., a.a.O.

[15] – Wikipedia: Generale für den Frieden; [https://de.wikipedia.org/wiki/Generale\\_f%C3%BCr\\_den\\_Frieden#cite\\_note-1](https://de.wikipedia.org/wiki/Generale_f%C3%BCr_den_Frieden#cite_note-1) – aufgerufen am 18.11.2025.

[16] – [https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Diskussion:Generale\\_f%C3%BCr\\_den\\_Frieden&oldid=45190994](https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Diskussion:Generale_f%C3%BCr_den_Frieden&oldid=45190994) – aufgerufen am 18.11.2025.

[17] – [https://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:Generale\\_f%C3%BCr\\_den\\_Frieden#Qualit%C3%A4tsm%C3%A4ngel](https://de.wikipedia.org/wiki/Diskussion:Generale_f%C3%BCr_den_Frieden#Qualit%C3%A4tsm%C3%A4ngel) – aufgerufen am 18.11.2025.

[18] – Zu den acht Interviewten in Kades Generale I zählte Wolf noch den Ex-Bundeswehrgeneral Gert Bastian hinzu, der kurz nach der Gründung der Gruppe dazugestoßen war.

[19] – Gemeint ist das IPW – Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR.

[20] – Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1998, S. 341 ff.

[21] – Dirk Banse / Michael Behrendt: Der Stasi-Maulwurf von Bonn, *welt.de*, 28.04.2004; <https://www.welt.de/print-welt/article310082/Der-Stasi-Maulwurf-von-Bonn.html> – aufgerufen am 18.11.2025 – aufgerufen am 18.11.2025.

[22] – Frank Zappe / Moritz Schwarz: „Gezielt in die Medien eindringen“ (Interview mit Günter Bohnsack), *Junge Freiheit*, 31.03.2000; <https://www.jf-archiv.de/archiv00/140yy07.htm> – aufgerufen am 29.12.2025.

[23] – Peter Wensierski: Klara und die Detektive, *spiegel.de*, 04.03.2012; <https://www.spiegel.de/politik/klara-und-die-detektive-a-24cd589b-0002-0001-0000-000084251203?context=issue> – aufgerufen am 28.12.2025.

[24] – Jürgen Maruhn / Manfred Wilke (Hrsg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, Olzog Verlag, München 2002, S. 140.

[25] – Vgl. Klaus Marxen / Gerhard Werle (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Band 4/1. Teilband Spionage, Verlag De Gruyter, Berlin 2004, S. 478 f.

[26] – Von diesem Buch gab es auch zwei fremdsprachige Ausgaben mit einem Vorwort von Gene La Rocque – in Englisch (The Arms Race to Armageddon. A Challenge to US/NATO Strategy, Berg Publishers Ltd, Leamington Spa 1984) und in Spanisch (Generales por la Paz: La OTAN al descubierto, Deitorial Debate, Madrid 1985).

[27] – Mit Interviews mit der Ex-Generale Bastian (BRD), Christie (Norwegen), Gomes (Portugal), Harbottle (Großbritannien), Koumanakos (Griechenland), Meyenfeldt (Niederlande), Pasti (Italien) und Sanguinetti (Frankreich).

[28] – Anlässlich der Ausstrahlung im Fernsehen der DDR vermerkte Horst Schötzki, Redakteur der politischen Monatszeitung *Horizont*, in der *Weltbühne*: „Das Beispiel der Generale, denen es gewiß nicht leichtfiel, Ansichten und Zielvorstellungen, in denen sie sich in Jahrzehnten ihres militärischen Lebens bewegten, als unhaltbar zu revidieren und dies auch öffentlich zu sagen, ist ermutigend. Es ist auch ein Bekenntnis zu einer weltweiten Koalition der Vernunft [...]“ (*Weltbühne* 40/1986; zum Volltext [hier klicken](#).)

[29] – Heynowski & Scheumann / Gerhard Kade: Die Generale, Verlag der Nation, Berlin 1986, S. 45. – Das Buch enthält die kompletten Tonprotokolle der Wiener Aufnahmen, die für die Wiedergabe im Film naturgemäß gekürzt werden mussten.

[30] – „Generals For Peace“, Organisation: Security, 30 October 1984, <https://api.parliament.uk/historic-hansard/lords/1984/oct/30/generals-for-peace-organisation-security> – aufgerufen am 20.11.2025.

[31] – Ebenda.

[32] – Ebenda.

[33] – Ebenda

[34] – Ebenda.

[35] – Die Redewendung „Her Majesty’s Opposition“ bezeichnet in Großbritannien die jeweils größte politische Oppositionspartei im Parlament, die die Regierung zwar kritisch prüft, aber dennoch Loyalität gegenüber dem Staat und der Monarchie übt. Das war seinerzeit die Labour Party.

[36] – „Generals For Peace“ Organisation: Security, a.a.O.



---

**GENERALS FOR PEACE AND DISARMAMENT**

---

**OCCASIONAL PAPERS**

**Nr. 2**

**GENERAL (ret.)**

**NINO PASTI**

**MILITÄRISCHER KRÄFTEVERGLEICH**

**- WIRKLICHKEIT UND PROPAGANDA -**

---

## 1. Die amerikanische Propaganda und die CIA

George F. Kennan, ein hohes Ansehen genießender Experte auf dem Gebiet der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, schreibt in seinem Buch "Im Schatten der Atombombe" (Köln, 1982) auf Seite 30/31:

"Hier (in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen) will es scheinen, als hätten die großen Vereinfacher den Sieg davongetragen. Die daraus resultierenden Wahrnehmungsverzerrungen sind in den Vereinigten Staaten wie anderswo so tief im öffentlichen Bewußtsein verwurzelt, daß man auf eine baldige Korrektur nicht zu hoffen wagt. Großen Teilen der Bevölkerung hier und in Europa ist mittlerweile glauben gemacht worden, daß die sowjetische Führung seit Ende des zweiten Weltkrieges von dem Wunsch besessen ist, in Westeuropa einzufallen und von diesem Vorhaben (in zähneknirschender Wut, wie wir annehmen müssen) nur durch die Androhung eines nuklearen Vergeltungsschlages 'abzuschrecken' war. Eine Abwandlung dieser in der Bundesrepublik sehr verbreiteten angeblichen Wahrheit ist die Überzeugung, daß die sowjetische Seite im Falle eines Verzichts auf die Androhung eines nuklearen Gegenschlages die westeuropäischen NATO-Länder zwar nicht unmittelbar angreifen, aber sie einer Reihe nuklearer Erpressungen aussetzen würde, woraufhin diesen Ländern angesichts der überwältigenden konventionellen Überlegenheit der Sowjets keine andere Wahl bliebe, als zu 'kapitulieren'. Diese Auffassung wird bestärkt durch den Mythos, der weithin Glauben findet, die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion in Mitteleuropa sei so unaufhaltsam vorangetrieben worden und habe so ein ungeheures Ausmaß erreicht, daß sich heute nicht mehr vorstellen lasse, wie die NATO-Staaten ihr Vergleichbares entgegensetzen könnten.

Alle diese Annahmen und Szenarien sind entweder ziemlich unzutreffend oder höchst unwahrscheinlich. Aber sie sind heute im öffentlichen Bewußtsein so tief verwurzelt und so weit verbreitet, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nichts, was ich oder irgendeine andere Privatperson sagen könnte, ein Umdenken

auf diesem Gebiet herbeiführen könnte. Nur einem bedeutenden Staatsmann und politischem Führer, der sich mit dem Gewicht und der Autorität äußerte, die ein so hohes Regierungsamt verleiht (in den Vereinigten Staaten müßte es wohl der Präsident sein), könnte es gelingen, die öffentliche Meinung in allen diesen Punkten zu verändern, und dafür scheint mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die geringste Aussicht zu bestehen."

Damit hat Kennan vollkommen recht. Denn Präsident Reagan hat sich eine gigantische Propagandamaschinerie geschaffen, allerdings nicht mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zum "Umdenken" zu bewegen. Vielmehr soll die dafür ausgebaute USIA (United States Information Agency) die von George Kennan beschriebenen "Mythen" noch verstärken.

Der höchst ehrenwerte Direktor der USIA, Charles Wick, sagte in einer Ansprache vor dem Rat für Internationale Angelegenheiten (World Affairs Council) von Los Angeles am 18. April 1985:

"Die USIA ist Amerikas Waffenarsenal im Krieg der Ideen, und der Direktor der USIA ist der wichtigste Berater des Präsidenten, des Außenministers und des Nationalen Sicherheitsrates zu außenpolitischen Fragen. ... Die USIA hat 214 Zweigstellen in 129 Ländern. Sie verfügt über 33 Bibliotheken und 103 zwischenstaatliche Zentren in 89 Ländern. Sie vergibt das Eisenhower-, Hubert-Humphrey- und Fulbright-Stipendium. Sie führt Programme durch, in deren Rahmen Künstler und Redner auftreten. Von ihr werden jährlich 18 bis 20 große Ausstellungen in der ganzen Welt durchgeführt. Sie verfügt über Auslandspressezentren in Washington, New York und, nun auch hier, in Los Angeles, die Tausende von Journalisten bei ihrer Arbeit unterstützen. Unser Etat für 1986 belief sich auf 796 Mio \$, und für 1986 ist vorgesehen, den Etat um weitere 22 Prozent aufzustocken."

Unter der Reagan-Administration wurde der Etat der USIA seit 1981 verdoppelt. Der Direktor der USIA bezeichnet die USIA als "das Waffenarsenal im Krieg der Ideen"; eine treffendere Definition würde wohl lauten: "Waffenarsenal im Krieg der Lügen".

Wenn mit dem "Krieg der Ideen" nicht ganz die von Reagan gewünschten Ergebnisse erzielt werden, erhält die USIA Verstärkung



durch die CIA. Zugestandenermaßen wurde der Einsatz der CIA zu kriminellen Zwecken allerdings nicht erst von Präsident Reagan erfunden. Arthur M. Schlesinger, einer der bedeutendsten zeitgenössischen Historiker der USA, schreibt in seinem Buch "The Dynamic of World Power - Western Europe", (Die Dynamik der Weltmacht - Westeuropa. Eine Dokumentargeschichte der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, 1945-1973; New York, Chelsea House, 1973) auf Seite XXXVII:

"Ein Ergebnis der Abneigung Eisenhowers gegen begrenzte Kriege bestand darin, daß die CIA die Armee als Instrument der amerikanischen Einmischung ablöste. ... Das stärkte die Überzeugung der amerikanischen Regierung, daß sie sowohl in der Lage sei als auch das Recht habe, über das Schicksal anderer Nationen zu entscheiden."

Während der Reagan-Administration hat dann die Kombination von CIA und Propaganda Ergebnisse gezeitigt, die in der "International Herald Tribune" vom 27. Juli 1987 so beschrieben wurden:

"Wenn nötig, scheute sich Mr. Casey (der ehemalige CIA-Direktor) nicht, Geheiminformationen selbst zu erzeugen, die in das Bild der Politik paßten. ... Der Direktor, der Admiral, der Oberst und andere begannen, den Kongreß, ihre Kollegen in der Exekutive, den Präsidenten und sogar sich selbst mit Lügen und Täuschungen zu bombardieren. Durch die widersprüchlichen Zeugenaussagen und das Vernichten von Beweisen wurde es unmöglich, den Hergang der Ereignisse zuverlässig zu rekonstruieren. Direkt verurteilt hat der Präsident die Schuldigen dafür allerdings nicht."

Wenn zur Zeit die Massenmedien in der Welt die Iran-Contra-Affaire breit publizieren, dann dürfen wir nicht vergessen, daß das "Recht zu lügen" nicht erst von Oberst North oder irgendeinem anderen Mitarbeiter der Reagan-Administration erfunden worden ist. Es ist vielmehr schon vor langer Zeit institutionalisiert worden. Arthur M. Schlesinger schreibt in seinem Buch "The Imperial Presidency" (Präsidentschaft eines Weltreiches; Boston, Houghton Mifflin, 1973) auf Seite 3:

"Je länger das System der Geheimhaltung die Regierung beherrschte, desto mehr nahm sich die Regierung das Recht zu lügen."

Man beachte: Schlesingers "The Imperial Presidency" wurde bereits 1973 veröffentlicht !



## 2. Die Kernfrage: Wahrheit oder falsche Propaganda?

Im Jahresbericht 1986 des US-Verteidigungsministeriums an den Kongreß schreibt Verteidigungsminister Caspar Weinberger auf S. 15:

"Durch ehrgeizige und kontinuierliche Investitionen in ihrem militärischen Bereich - bei zeitgleichen Kürzungen unserer eigenen Verteidigungsausgaben in den 70er Jahren - ist es der UdSSR gelungen, wesentliche Komponenten des generellen globalen militärischen Gleichgewichts zu ihren Gunsten zu verändern. Beispielsweise haben die Sowjets bis 1981 in fast jeder Hinsicht der strategischen Rüstungen einen Vorsprung erzielt."

Im Jahresbericht 1987 schreibt Weinberger auf S. 74:

"Irregeleitete Kritiker haben manchmal unser Bestreben, glaubhafte Optionen für Reaktionen unsererseits zu entwickeln, um die Sowjets von Aggressionen abzuschrecken, mit der böswilligen Absicht verwechselt, einen begrenzten Krieg zu führen. Einige sind sogar so weit gegangen, umsichtige Planung mit nicht vorhandenem Gespür für die Greuel des Atomkrieges zu vermischen. Niemand, der so viel Unterweisungen zu Kernwaffen erhalten hat, wie ich, kann nur den geringsten Zweifel an der absoluten Notwendigkeit hegen, einen Atomkrieg zu vermeiden."

Entsprechen solche Erklärungen der Wahrheit? Würden dann die enormen Steigerungen des Verteidigungshaushaltes der USA gerechtfertigt sein, um ein vernünftiges militärisches Gleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufrechtzuerhalten; würde so ein drohender Atomkrieg vermieden? Oder sind sie falsche Propaganda mit der Absicht, die öffentliche Meinung und die Friedensbewegung einzulullen, und so die ungehinderte Vorbereitung auf einen begrenzten, gewinnbaren Atomkrieg durch die USA zu gestatten?

Das Gigantische der von der Reagan-Administration und der CIA in Gang gesetzten Propagandamaschinerie rechtfertigt eine so grundsätzliche Fragestellung.

Im Folgenden werde ich darauf antworten, wobei ich mich

ausschließlich auf offizielle Dokumente der USA und der NATO stütze, die über jeden Verdacht erhaben sind, sowjetisches Propagandamaterial zu sein.

### 3. Die Antwort

#### 3.1. Verteidigungsbudgets

Das "World Armament and Disarmament SIPRI Yearbook 1985" (Stockholm) enthält auf Seite 270 eine Tabelle, die eine zusammenfassende Übersicht zu den Militärausgaben in der Welt (auf Grundlage fester Preise) gibt. Daraus ist ersichtlich, daß der Verteidigungshaushalt der USA immer erheblich über dem der UdSSR lag. Das Gesamtbudget der NATO betrug kontinuierlich das Doppelte von dem des Warschauer Paktes. (Siehe Tabelle 1 im Anhang)

In der gleichen Publikation lesen wir auf Seite 14:

"Die Militärausgaben (USA) sind seit 1980 tatsächlich rapide gestiegen, nämlich real um ca. 8,5 %. ... Nach einer Steigerung von real 40% in den vergangenen vier Jahren ist von der Administration geplant, die Militärausgaben in den nächsten fünf Finanzjahren um weitere 40% zu steigern."

Das SIPRI ist weltweit als ein objektives und zuverlässiges Institut anerkannt.

Bei einer Erklärung vor der Presse am 22. Februar 1986 informierte der damalige Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, die Medienvertreter, daß eine von der CIA erarbeitete Analyse, die im November des Vorjahres in den Hearings vorgetragen worden war, durch einen Unterausschuß des Gemeinsamen Wirtschaftsausschusses des Kongresses freigegeben wurde.- In dieser Analyse sei man zu dem Schluß gekommen, daß die sowjetischen Militärausgaben von 1976 bis 1983 jährlich um etwa 2% gestiegen seien. Die neue Analyse besage, daß der Rückgang



einer jährlichen Wachstumsrate von 4 bis 5% auf lediglich 2% auf "stagnierende" Rüstungsbeschaffung durch den Kreml zurückzuführen sei.

Nach den Erhebungen des SIPRI und der Analyse der CIA entspricht es also nicht der Wahrheit, daß die Vereinigten Staaten jemals bei den Militärausgaben von der Sowjetunion überflügelt worden wären: Insbesondere nicht in den Jahren 1976 bis 1983, als es gemäß Darstellung Weinbergers der UdSSR angeblich gelungen sei, "die wesentlichen Komponenten des allgemeinen militärischen Gleichgewichts zu ihren Gunsten zu verändern". Das Gegenteil trifft zu!

### 3.2. Kernwaffen - Allgemeines

Präsident Carter schreibt in seinem Buch "Keeping Faith" (Vertrauen behalten, Memoiren von Präsident James Carter; Toronto, New York, London: Bantam) auf Seite 214:

"Sehr häufig standen die Vereinigten Staaten in der ersten Reihe des technologischen Fortschritts. Wir waren die ersten, die über Atommunition, Langstreckenraketen, unterseebootgestützte Raketen, Mehrfachsprengköpfe auf der gleichen Startvorrichtung und miniaturisierte Schaltkreise, die eine größere Zerstörung mit kleineren Waffen ermöglichten, verfügten."

Gestützt auf ihre tatsächliche oder angebliche technologische Überlegenheit haben es die Vereinigten Staaten immer versucht, eine - jedenfalls aus sowjetischer Sicht - gefährliche nukleare Überlegenheit über die Sowjetunion zu erreichen. So wurde das Wettrüsten angeheizt.

Der Direktor des National Security Program beim "Institute for Policy Studies" in Washington, William M. Arkin, schreibt in einem Artikel der "International Herald Tribune" am 31. Juli 1987:

"Seit 1945 sind in den Produktionsanlagen der USA 60.000 nukleare Sprengköpfe von 71 verschiedenen Kategorien hergestellt worden. Die Sprengköpfe sind für alle denkbaren militärischen Einsatzzwecke ausgelegt, für den Einsatz als Bomben, Atomminen, Artilleriegeschosse, Panzerfaust, Atomtorpedo, Luft-Luft-Raketen oder in Flugkörpern der verschiedensten Art. Heute befinden sich 25.000 Gefechtsköpfe im Arsenal der USA. Die restlichen sind außer Dienst gestellt, und das spaltbare Material wurde wieder aufbereitet. Im Bereich des Energieministeriums werden täglich etwa fünf neue Sprengköpfe hergestellt. Dafür werden etwa vier außer Dienst gestellt. Die hohe Produktionsrate während der Reagan-Administration (ca. 4.000 Kernsprengköpfe können jetzt jährlich das Montageband verlassen) bedeutet, daß über 11.000 der 25.000 im Arsenal des Pentagon befindlichen Sprengköpfe neue Modelle sind. ... Eines der größten Probleme besteht darin, daß die vom Energieministerium betriebenen Kernwaffenschmieden nicht den strikten Auflagen des Umweltschutzes unterliegen und im wesentlichen zu sich selbst regulierenden Mechanismen geworden sind. Worüber die Amerikaner ebenfalls besorgt sein sollten ist, daß sich auch die 'nationale Sicherheit' in einen sich selbst regulierenden Mechanismus verwandelt hat. Ministerien planen und führen ihre Programme geheim durch, wobei vorausgesetzt wird, daß die Interessen des Ministeriums mit den nationalen Interessen identisch sind."

Wie ich in den nächsten Kapiteln zeigen werde, war die bis zum Wahnsinn vorangetriebene Kernwaffenproduktion notwendig, um es - nach Auffassung der US-Administration - den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen, nicht aber um ihn zu vermeiden!

### 3.3. Die Nuklearstrategie der USA: Von der Abschreckung zur Atomkriegsführungs- und Siegstrategie

Während der Kuba-Krise 1963 war sich Präsident Kennedy der Tatsache bewußt, daß eine direkte Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion katastrophale Folgen haben würde, weil beide Mächte bereits über ein ausreichendes Kernwaffenpotential verfügten, um den jeweils anderen zu vernichten. So bewies Präsident Kennedy Klugheit und Einsicht, denen ein gleiches Maß an Klugheit und Einsicht durch Chruschtschow entgegengebracht wurde. Die Vereinigten Staaten wurden sich der neuen nuklearen Realität voll bewußt und änderten ihre Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion radikal.



Am 10. Juni 1963 hielt Präsident Kennedy in der American University of Washington eine ebenso mutige wie realistische Rede. Er sagte:

"Unterziehen wir unsere Einstellung zum kalten Krieg einer Prüfung, wobei wir immer daran denken sollten, daß wir kein Streitgespräch führen, in dem es darum geht, strittige Punkte zu sammeln! Wir sind nicht hier, um Schuld zuzumessen oder mit dem Finger auf jemanden zu zeigen. ... Wir wollen unser System keinem Volk aufzwingen, wir sind aber bereit und in der Lage, mit jedem Volk auf der Erde in einen friedlichen Wettbewerb zu treten."

Damit begann die neue Phase der Entspannung und der friedlichen Koexistenz; Verteidigungsminister McNamara erhielt den Auftrag, eine Strategie auszuarbeiten, die den Ausbruch eines nuklearen Krieges verhindern sollte.

In dessen Finanzjahresbericht an den Kongreß 1969 heißt es:

"Nachdem ich mich in den letzten sieben Jahren mit diesem Problem auseinandergesetzt habe, bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß wir kräftemäßig über ein gesichertes Vernichtungspotential verfügen müssen. Darunter verstehe ich die Fähigkeit, jederzeit und unter allen vorhersehbaren Umständen jedem beliebigen einzelnen Aggressor oder jeder Gruppe von Aggressoren selbst nach einem Überraschungsangriff noch ein unannehmbares Maß an Schaden zufügen zu können. Diese Grundkonzeption kann vielfältig ergänzt werden; letztlich geht es aber um folgendes: Die Abschreckung beruht auf der eindeutigen und gegenwärtig existierenden Fähigkeit, den Angreifer als lebensfähige Nation des 20. Jahrhunderts zu vernichten und auf der festen Entschlossenheit, diese Mittel als Vergeltung für einen nuklearen Angriff gegen uns oder unsere Verbündeten einzusetzen und nicht auf der Fähigkeit, den uns zugefügten Schaden zu begrenzen." (Seite 47)

"Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, daß sich durch schadensbegrenzende Maßnahmen allein, egal wie umfangreich sie sein mögen, irgendetwas an dieser Lage ändern könnte. ... Unter diesen Umständen ist es sicherlich für beide Seiten sinnvoll zu versuchen, das Moment des Wettrüstens zu bremsen, das beiden Seiten so riesige finanzielle Opfer abverlangt und keinen Zuwachs an Sicherheit verspricht." (Seite 53)

Es ist bekannt, daß diese Strategie unter der Bezeichnung "Mutual Assured Destruction - MAD" (Gegenseitig garantierte Vernichtung) bzw. Strategie gezielter Kernschläge gegen Städte bezeichnet wurde, weil die Städte des Gegners das Ziel der jeweiligen Vergeltungsschläge waren.

In seinem Buch "The Vantage Point" (Günstiger Ausgangspunkt; Lyndon Baines Johnson, New York: Holt Rinehart and Winston, 1971) schreibt Präsident Johnson auf Seite 456:

"In meinem Bericht zur Lage der Nation vom 8. Januar 1964 kündigte ich unsere Absicht an, unsere Produktion von angereichertem Uran um 25% zu senken: 'Wir legen vier Plutoniumreaktoren still.' Und ich fuhr fort: 'Wir schließen zahlreiche kleinere militärische Einrichtungen.' Und in diesem Geiste fordern wir heute unsere Gegner auf, gleiches zu tun."

Und auf Seite 466 schreibt er:

"Zeitgleich mit meiner Mitteilung heute (20. April 1964) wird der Vorsitzende Chruschtschow in Moskau um 14 Uhr unserer Zeit eine Erklärung veröffentlichen, in der die Verpflichtung enthalten ist, Schritte zur Schaffung einer friedlicheren Welt zu unternehmen. Er hat zugesagt, den Bau von zwei neuen großen Atomreaktoren für die Plutoniumproduktion in den nächsten Jahren auszusetzen, die Produktion von Uran U 235, das für die Herstellung von Kernwaffen benötigt wird, drastisch zu senken und mehr spaltbares Material für friedliche Zwecke bereitzustellen."

Ich halte es für wichtig hervorzuheben, daß eine Vereinbarung von einer solchen militärischen Tragweite durch den einfachen Austausch von Briefen zwischen den führenden Repräsentanten der beiden Großmächte erzielt werden konnte, ohne dazu ein offizielles Dokument oder einen besonderen Kontrollapparat zu benötigen. Dennoch wurde die Vereinbarung eingehalten.

In seinem Bericht an den Kongress zum Haushaltsjahr 1975 schreibt Verteidigungsminister James P. Schlesinger, nachdem er die Abschreckung als "eine gefährliche Illusion" und die Entspannung als "ein ziemlich ähnliches Trugbild" bezeichnet



hatte, auf Seite 38:

"Eine Bedrohung verbündeter Streitkräfte in einem solchen Ausmaß, daß sie die Aussicht auf nukleare Vergeltung abschreckt, erfordert sowohl eine Reaktion, die selektiver ist als lediglich das Zerstören von Ballungsgebieten, als auch eine Vorausplanung, die dieser weniger massiven Reaktion angepaßt ist. Nukleare Bedrohung gegen unsere strategischen Kräfte, ob nun begrenzt oder massiv, kann durchaus eine Option erforderlich machen, bei der den Kräften des Angreifers mit gleichen Mittel zu begegnen ist."

Kurz gesagt, durch Schlesinger wurde die Zielplanung für die Kernwaffen verändert. Nunmehr sollten nukleare Schläge nicht mehr allein gegen Städte geführt werden, sondern gegen militärische Einrichtungen, insbesondere die in gehärteten Stellungen befindlichen bodengestützten Interkontinentalraketen, wodurch die Produktion von Erstschlagwaffen, wie im nächsten Abschnitt gezeigt, gefördert wurde. Wenn die Vereinigten Staaten über ausreichend Erstschlagwaffen verfügen, um die sowjetische strategische Nuklearstreitmacht zerstören zu können, würde es für die USA möglich, einen nuklearen Krieg zu führen und zu gewinnen. Das scheint wohl auch Schlesingers Grundgedanke zu sein, wenn er auf Seite II-1 schreibt:

"Er (der Gegner) muß davon überzeugt werden, daß wir bei einer hinreichenden Provokation tatsächlich Vergeltungsangriffe führen werden. Und wir müssen uns unsererseits sowohl materiell als auch psychologisch darauf vorbereiten, Angriffe zu starten, sonst wird die Wirksamkeit der Abschreckung untergraben."

Hier muß zusätzlich betont werden, daß unter "hinreichender Provokation" nicht etwa ein sowjetischer Erstschlag verstanden wird!

Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld schreibt in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1978 dazu:

"Ein wichtiges Ziel der gesicherten Vergeltungsmission sollte darin bestehen, die Fähigkeit der UdSSR erheblich zu verzögern, sich von einem nuklearen Schlagabtausch zu erholen und den Stand einer Militär- und Industriemacht des 20. Jahrhunderts schneller wieder zu erreichen als die Vereinigten Staaten." (Seite 68)

Um dieses "wichtigen Zieles" willen ist nach der Schlesinger-Doktrin ein amerikanischer Erstschlag gegen "verschiedene andere bedeutsame Ziele" notwendig.

Zu diesem Thema schreibt Verteidigungsminister Harold Brown im Jahre 1979 in seinem Finanzjahresbericht an den Kongreß:

"Mit anderen Worten: unser Gesamtbedarf an strategischen Gefechtsköpfen... berücksichtigt auch die Notwendigkeit eines gewissen, nach dem Krieg verbleibenden Potentials." (Seite 59)

Die Vereinigten Staaten stellen nicht nur die Kernwaffen her, um einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen, sondern vielmehr auch, um nach einem solchen Krieg die stärkste Macht zu bleiben!

Im Juli 1980 erließ Präsident Carter die "Presidential Directive No. 59". Sie war nichts anderes als die verschlüsselte Anweisung für die Führung "eines längerdauernden und begrenzten Atomkrieges".

Als im Januar 1981 im amerikanischen Senat die Bestätigung der Nominierung von General Haig als Außenminister der USA debattiert wurde, unterstützte der General in seinem Beitrag nachdrücklich den

"Willen des amerikanischen Präsidenten, gemeinsam mit unseren Verbündeten, alle notwendigen Schritte, einschließlich des Einsatzes von Kernwaffen, zu unternehmen, um unsere vitalen Interessen zu gewährleisten... Es gibt Dinge, für die wir Amerikaner gewillt sein müssen zu kämpfen... Unser Engagement für den Frieden wird nicht dadurch gefördert, daß wir auf das Recht verzichten, militärische Macht gegen die skrupellosesten Mitglieder der internationalen Gemeinschaft einzusetzen."

Mit der Bestätigung Haigs im Amt des Außenministers wurde es offizielle amerikanische Politik, auf den Atomkrieg zu setzen.



Anlässlich des Jahrestages der "Heritage Foundation" am 3. Oktober 1983 sagte Präsident Reagan:

"Der Kampf, der heute in der Welt tobt, ist im wesentlichen der Kampf zwischen Freiheit und Totalitarismus, zwischen dem, was recht ist und dem, was unrecht ist. ... Das Ziel der freien Welt darf nicht mehr negativ, also als Widerstand gegen den sowjetischen Expansionismus, ausgedrückt werden. Das Ziel der freien Welt muß vielmehr positiv formuliert werden. Wir müssen die Offensive ergreifen mit einer nach vorn orientierten Strategie der Freiheit."

In seinem Jahresbericht zum Haushaltsjahr 1986 schreibt Verteidigungsminister Weinberger:

"Sollte die Abschreckung versagen, muß die USA-Strategie darauf gerichtet sein, den Konflikt zum frühest möglichen Zeitpunkt und zu den günstigsten Bedingungen für die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die sicherheitspolitische Zielstellung zu beenden. 'Günstig' heißt, daß wir den Krieg gewinnen müssen, falls er uns aufgezwungen wird. Dem Aggressor darf nicht gestattet werden, aus seiner Aggression Nutzen zu ziehen." (Seite 27)

Nach Auffassung Weinbergers sind die Vereinigten Staaten auch in der Lage, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen !

#### 3.4. Zu den strategischen Kernwaffen

In seinem Bericht an den Kongreß zum Haushaltsjahr 1969 schreibt Verteidigungsminister McNamara auf Seite 52:

"Der Brutto-Detonationswert ist kein zuverlässiger Indikator für das Vernichtungspotential einer Offensivkraft, ... ist die Anzahl der auf den Startrampen befindlichen Raketen allein kein geeigneteres Maß. Viel wichtiger ist die überlebende Anzahl von individuell zielbaren, einsetzbaren, zuverlässigen Gefechtsköpfen. ... Was die Anzahl individuell zielbarer, überlebensfähiger, treffgenauer und zuverlässiger Gefechtsköpfe angeht, so sind unsere strategischen Streitkräfte denen der Sowjetunion überlegen."

McNamara bestätigt also, daß die Zahl der einzeln zielbaren Gefechtsköpfe der Schlüsselfaktor für die Bewertung des strategischen Kernwaffenpotentials ist.

Fünf Verteidigungsminister: McNamara, Clifford, Schlesinger, Rumsfeld und Brown, haben in ihren Berichten an den Kongreß festgestellt, daß seit 1969 die Anzahl an strategischen atomaren Gefechtsköpfen der USA immer erheblich größer als die der UdSSR war. (Tabelle 2)

Verteidigungsminister Schlesinger schreibt in seinem Bericht an den Kongreß zum Haushaltsjahr 1975 auf Seite 41:

"Ich würde nachlässig sein, wenn ich nicht weitere Forschung und Entwicklung im Bereich der Treffgenauigkeit und des verbesserten Stärke-Masse-Verhältnisses unserer Sprengköpfe empfehlen würde. ... für ein effizienteres Potential zur Vernichtung gehärteter Ziele als wir heute in unseren Flugkörpern und Bombern dislozieren."

Potential zur Vernichtung gehärteter Ziele bedeutet nichts anderes als die Herstellung von Kernwaffen für den Erstschlag. Solche Waffen sind notwendig, um die von Schlesinger entwickelte Strategie (s. vorstehenden Abschnitt) zur Führung eines nuklearen Krieges in Realität umzusetzen.

Die "International Herald Tribune" schreibt in ihrer Ausgabe vom 12./13. Januar 1974 unter der Überschrift "U.S. to target Soviet military bases" (USA zielen auf sowjetische Militärbasen):

"(Das Pentagon) arbeitet an einem noch genaueren Raketenlenksystem, das mit einem noch effizienteren Kernsprengkopf gekoppelt werden kann. Mr. Schlesinger sagt, daß er in diesem Sommer seine Bestätigung für die Arbeiten an dem Lenksystem gegeben hat. ... In der Vergangenheit sind solche Arbeiten wegen der starken Ablehnung von Seiten des Kongresses gestrichen worden. Die Gegner des Projekts befürchten, diese Entwicklungen könnten den Russen suggerieren, daß sich die Vereinigten Staaten eine Erstschlagsstreitmacht aufbauen, die in der Lage ist, sowjetische Raketen in ihren unterirdischen Silos zu zerstören, und somit die Spirale des Wettrüstens weiterdrehen."



Verteidigungsminister Harold Brown schreibt in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1981 auf Seite 124:

"So, wie die strategischen Modernisierungsprogramme erfüllt werden, gewinnen die Vereinigten Staaten an Vorsprung, und das sowjetische Detonationsstärke-Äquivalent schwindet oder verschwindet ganz, und das trotz erheblicher sowjetischer Modernisierung."

Im Bericht des nächsten Jahres, also 1982, heißt es auf Seite 29:

"Die Fähigkeit der ALCM (luftgestützter Marschflugkörper), die modernste sowjetische Luftverteidigung zu durchdringen, leitet sich aus der Kombination von fünf grundlegenden Technologien ab: Steuerung, Gefechtskopf, Antrieb, geringe Sichtbarkeit und Mikroelektronik. Das Gesamtergebnis ist ein so kleines Waffensystem, daß die B-52 davon 20 an Bord nehmen kann, daß auch sehr stark gehärtete Ziele vernichtet werden können, wobei lediglich ein kleiner Sprengkopf zum Einsatz kommt. Das Durchdringen der sowjetischen Luftabwehr erfolgt für uns zuverlässiger durch viele kleine ALCMs als durch wenige große B-52. Außerdem lassen sich die ALCMs sehr schlecht orten und verfolgen. Die ALCMs könnten, wenn sie erst einmal disloziert sind, die milliardenteure Luftverteidigung der Sowjets zu einem altmodischen System werden lassen."

Die Marschflugkörper sind Waffen für den atomaren Erstschlag. Aus diesem Grunde läßt die Reagan-Administration tausende dieser Waffensysteme herstellen, verbessert sie mit der Stealth-Technologie und stationiert sie auf Überwasser- und Unterwasserschiffen, in Bombern und mobilen Bodenstationen. Hierzu muß betont werden, daß Präsident Reagan jegliche Reduzierung der ALCMs ausgeschlossen hat.

In dem von den Vereinten Stabschefs erarbeiteten Dokument "The United States Military Posture for Fiscal Year 1983" (Militärische Konzeption für das Haushaltsjahr 1983) heißt es auf Seite 73:

"Ein Nachfolger für die Trident I (C-4) befindet sich im fortgeschrittenen Stadium der Entwicklung. Bei der Trident II (D-5) handelt es sich um einen Flugkörper, dessen Treffgenauigkeit so hoch ist, daß ein Potential zur Zerstörung von gehärteten Zielen erreicht wird. Damit wird die Wirksamkeit von SLBM (U-Boot-gestützten Flugkörpern) gegen eine

ganze Palette von Zielen gesteigert. Die D-5 wird 1989 einsatzbereit sein."

Bei der Trident II (D-5) handelt es sich um eine weitere Waffe für den atomaren Erstschlag im Arsenal der Vereinigten Staaten.

Verteidigungsminister Caspar Weinberger schreibt in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1983 auf Seite 139:

"Mit nicht einmal 15% unserer Verteidigungsausgaben der nächsten fünf Jahre wird das Programm Präsident Reagans uns die größte Steigerung bei starken strategischen Einsatzmitteln geben, die effektiver sind als die Mittel, die je ein Präsident der Vereinigten Staaten geplant und finanziert hat."

Während des Treffens in Reykjavik hat die Verhandlungsdelegation der UdSSR der USA eine Aufstellung der strategischen Waffen beider Seiten übergeben. Danach sind im Besitz der UdSSR 10.000 Sprengköpfe, im Besitz der USA 14.800. Diese Zahlen sind von der Reagan-Administration nie bestritten worden!

### 3.5. Sowjetischer Erstschlag

Offiziell wird der enorme Ausbau der amerikanischen nuklearen Streitkräfte mit dem Argument begründet, daß damit das Abschreckungspotential geschaffen wird, um einen sowjetischen Erstschlag zu unterbinden. Doch wäre die Annahme eines sowjetischen Erstschlags wirklich realistisch?

Da die Vereinigten Staaten ungehindert Zugang zu den Weltmeeren haben, konzentrieren sie 50% ihrer strategischen Gefechtsköpfe auf Raketen, die sich an Bord von Unterseebooten befinden, sogenannte SLBM (unterseebootgestützte Flugkörper). Diese sind praktisch "unverwundbar", wie in den folgenden



offiziellen amerikanischen Äußerungen erklärt wird:  
In der Ansprache Präsident Carters zur Lage der Nation am  
23. Januar 1979 heißt es:

"Das amerikanische Abschreckungspotential bleibt stark, auch nach der SALT-II-Vereinbarung. Beispielsweise befinden sich an Bord eines einzigen unserer relativ unverwundbaren Poseidon-Unterseeboote - das sind lediglich zwei Prozent unserer atomaren Gesamtstreitmacht an Flugzeugen und landgestützten Flugkörpern - eine so hohe Zahl an Gefechtsköpfen, daß alle großen und mittleren Städte der Sowjetunion damit in Schutt und Asche gelegt werden könnten."

Im Bericht zum Haushaltsjahr 1980 von Harold Brown lesen wir auf Seite 15:

"Auch ohne die Minuteman (die amerikanischen ICBMs) würde noch eine große Zahl Gefechtsköpfe für einen starken Zweitschlag unsererseits überleben, vielleicht tausende von Sprengköpfen. Wir würden nicht nur eine breite Palette von Zielen bekämpfen, sondern auch in den industriellen Ballungsgebieten der Sowjets katastrophale Schäden anrichten können. Es ist schwer, sich vorstellen zu wollen, daß die Sowjets annehmen könnten, sich durch das Einleiten eines solchen tödlichen Schlagabtauschs bedeutende Vorteile verschaffen zu können."

In "Military Posture F.Y. 1983" steht auf Seite 21:

"Untersuchungen haben ergeben, daß ein sowjetischer Schlag gegen US-Raketenstellungen einen großen Teil der US-ICBM-Waffen zerstören könnte, wenn die USA den Angriff abwarten, bevor sie reagieren. Die Sowjets müßten jedoch dann mit den SLBM-Waffen der USA, die auf See sicher und dem Angriff entgangen sind, und den bemannten Bombern rechnen, die bei der ersten bestätigten Meldung des Angriffs gestartet werden, damit sie der Zerstörung entgehen."

Ein Erstschlag wäre Selbstmord der Sowjets! Das ist der Grund, weshalb "die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages wie auch jedes seiner Teilnehmerstaaten... der Aufgabe untergeordnet (ist), keinen Krieg - weder einen mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen geführten - zuzulassen". Diese Erklärung, von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses

der Warschauer Vertragsstaaten in Berlin vom 28./29. Mai 1987 abgegeben, ist absolut glaubhaft, weil lebensnotwendig für die Sowjetunion.

### 3.6. Zum amerikanischen Erstschlag

Da die Sowjetunion nicht über direkten Zugang zu den Weltmeeren verfügt, hat sie etwa 70% ihrer strategischen atomaren Gefechtsköpfe auf landgestützten Interkontinentalraketen konzentriert, 20% auf U-Booten, und 5% werden von Langstreckenbombern transportiert.

Wie in der zitierten Ausgabe von "Military Posture" festgestellt, könnte ein von den USA geführter Erstschlag "einen Großteil davon vernichten".

Am 8. Januar 1986 informierte die "International Herald Tribune" ihre Leser, daß Admiral James W. Warkins in einem vom "United States Naval Institute" unter der Überschrift "The Maritime Strategy" (Die Strategie der Seestreitkräfte) veröffentlichten Artikel zu der Feststellung gelangte, daß "der Einsatz von Seestreitkräften zur Veränderung des nuklearen Gleichgewichts zugunsten der Vereinigten Staaten potentiellen Nutzen bringt, wenn - noch vor dem tatsächlichen Einsatz von Kernwaffen durch eine der beiden Seiten - die sowjetischen Raketen-U-Boote zerstört werden."

Der Artikel "The Maritime Strategy" wurde von Verteidigungsminister Weinberger für die Veröffentlichung freigegeben und hat somit offiziellen Charakter. Es ist eine deutliche Bestätigung für die amerikanische Doktrin vom Erstschlag, wenn in dem Artikel von der "Vernichtung der sowjetischen Raketen-U-Boote... vor dem tatsächlichen Einsatz von Kernwaffen durch eine der beiden Seiten" gesprochen wird. Das Potential, um die sowjetischen U-Boote auf hoher See vernichten zu können, ist den USA so wichtig, daß eigens ein "Geheimplan" für die "im Ernstfall erfolgende Stationierung von Kernwaffen im Ausland" erarbeitet wurde. In einem Bericht schreibt William M. Arkin, Direktor des "National Security Program" am "Institute for Policy Studies" in Washington, daß es Pläne der Amerikaner



für den Ernstfall gibt, die die Stationierung von Tiefenbomben zur U-Boot-Bekämpfung in folgenden Ländern vorsehen: auf den Azoren, den Bermudas, in Kanada, auf Diego Garcia, Island, den Philippinen, Puerto Rico und in Spanien.

Im Bericht zum Haushaltsjahr 1986 schreibt Verteidigungsminister Weinberger auf Seite 167:

"Die Fähigkeit, feindliche U-Boote in großen Abschnitten der Ozeane ausfindig zu machen, ist für die Aufgabe, eine große sowjetische U-Boot-Flotte zu bekämpfen, von wesentlicher Bedeutung. Ortsfeste Tiefsee-Beobachtungssysteme haben dabei lange eine Schlüsselrolle gespielt. Um unsere Möglichkeiten zur Beobachtung von U-Booten zu verbessern wird im Programm der Haushaltsjahre 1986 - 1990 die Finanzierung von zwei neuen Systemen fortgesetzt, wobei es sich bei dem einen um ein mobiles System und bei dem anderen um ein schnell aus der Luft verlegbares System zur Unterstützung unserer stationären Einrichtungen handelt."

Dazu muß bemerkt werden, daß die Sowjetunion ihrerseits nicht über die Möglichkeiten verfügt, ähnliche Systeme zu dislozieren weil die Ozeane von den Vereinigten Staaten beherrscht werden. Das ist auch der Grund, weshalb die amerikanischen U-Boote "auf hoher See sicher und unverwundbar" sind, wie in "Military Posture F.Y. 1983" dargelegt. Die sowjetischen U-Boote würden dagegen durch einen amerikanischen Erstschlag vernichtet werden können.

Auch bei den Bombern spricht die Geographie gegen die Sowjetunion. Um ihre Ziele in den Vereinigten Staaten erreichen zu können, müßten die sowjetischen Bomber riesige Land- und Seegebiete überfliegen, die von den Vereinigten Staaten oder ihren Verbündeten beherrscht werden. Es ist relativ einfach, sie abzufangen und zu vernichten.

Folglich sind die Vereinigten Staaten mit einem Erstschlag in der Lage, den größten Teil der strategischen Nuklearstreitmacht der UdSSR zu vernichten!

### 3.7. Sternenkrieg

Weshalb der Begriff "Sternenkrieg" der Sache angemessener ist als der irreführende Begriff "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) werde ich weiter unter erklären.

In seiner Fernsehrede an die Nation am 23. März 1983 sagte Präsident Reagan:

"Teilen Sie mit mir eine Vision der Zukunft, die Hoffnung bietet. Sie besteht darin, daß wir ein Programm in die Wege leiten, um der schrecklichen sowjetischen Raketenbedrohung mit Maßnahmen zu begegnen, die defensiv sind. Wollen wir uns auf eben die Stärken unserer Technologie besinnen, die unsere große industrielle Basis hervorgebracht und uns die Lebensqualität geschenkt hat, der wir uns heute erfreuen."

Eine erste Anmerkung: Zunächst einmal wird mit dem Sternenkrieg (wenn es damit in einer ziemlich fernen Zukunft möglich sein sollte, alle sowjetischen Erstschlagsraketen vollständig zu vernichten) nicht die Gefahr des nuklearen Krieges überhaupt beseitigt, weil Präsident Reagan ja auf Marschflugkörpern und Bombern mit Bomben sowie luftgestützten Raketen besteht. Diese Waffen sind in keiner Weise weniger gefährlich als die ballistischen Raketen. Eine zweite Anmerkung sei gestattet: Das Prinzip des Sternenkrieges ist das genaue Gegenteil von dem, worauf der ABM-Vertrag (SALT I) beruht. Die SALT-I-Vereinbarung sichert das Potential für einen vernichtenden Zweitschlag als Vergeltungsmaßnahme. Dadurch wird der nukleare Krieg unmöglich. Dieses Zweitschlagspotential würde durch den Sternenkrieg vernichtet. Damit wird der nukleare Krieg möglich. Der real vorbereitete "Sternenkrieg" wird unweigerlich das Ende des ABM-Vertrages sein. Somit bliebe bei den Mächten kein einziges ratifiziertes Kernwaffen-Abkommen.

Es war schon sehr bald klar geworden, daß mit dem "Sternenkrieg" nicht alle Raketen vernichtet werden können, die die Sowjetunion bei einem Erstschlag abfeuern könnte. Damit war das erklärte Ziel der Sternenkriegsinitiative schon wertgemindert.



Am 23. September 1985 gewährte Verteidigungsminister Weinberger im Pentagon führenden Journalisten ein Interview. Als das Problem aufgeworfen wurde, daß SDI die Effektivität von maximal 90% nicht überschreiten könnte, erklärte Weinberger:

"Aber man darf doch dabei nicht die abschreckende Wirkung auf den Gegner vergessen. Denken Sie doch einmal, welches Plus an Abschreckung sich ergibt, wenn die Sowjets genau wissen, daß sie einfach keinen Erstschlag führen könne, der uns kampfunfähig machen würde, weil von diesem Erstschlag 90% verloren geht. Denn, im wesentlichen heißt ja Abschreckung insgesamt, dem Gegner bewußt zu machen, daß er einfach keinen kampfunfähig machenden Schlag führen kann, daß das Potential zur Vergeltung vorhanden ist und daß, wenn dieses Potential abgefeuert würde, dem Gegner selbst enorme Schäden durch die Vergeltung zugefügt würden."

Mit dieser Äußerung wird nichts anderes gesagt, als daß man hinsichtlich des Sternenkriegsprinzips eine totale Kehrtwendung gemacht hat. Das Grundprinzip lautet nicht mehr "Verteidigung", wie dies noch von Präsident Reagan in seiner Vision erträumt wurde, sondern die Absicherung der Abschreckung im Rahmen der "Mutual Assured Destruction - MAD", wie sie von McNamara entwickelt wurde. Doch wenn es um Abschreckung als Vehikel für die MAD geht, benötigt man keine Sternenkriegswaffen, weil ja nach einem sowjetischen Erstschlag den Vereinigten Staaten noch eine in die Tausende gehende Zahl strategischer Kernwaffen für einen Zweitschlag zur Verfügung stünden, wie das von vielen offiziellen Stellen der USA betont wird.

Diese Ungereimtheiten lösen sich in Nichts auf, wenn wir das tatsächliche Ziel des Sternenkrieges begreifen. Zwar wären die Amerikaner mit einem Erstschlag in der Lage, den größten Teil der sowjetischen strategischen Kernwaffen zu zerstören, doch es ist unmöglich, alle zu vernichten. Weder eine qualitative noch quantitative Verbesserung der strategischen Kernwaffen der USA kann gewährleisten, daß nach einem erfolgten amerikanischen Erstschlag nur so wenige sowjetische Kernwaffen verbleiben würden, daß der in einem Vergeltungsschlag damit anzurichtende Schaden "akzeptabel" wäre. Sternenkrieg - nach einem Erstschlag! - das ist die letzte Sprosse in der Stufenleiter der nuklearen Eskalation und nach der offiziellen amerikanischen

Doktrin, der Weg, um den nuklearen Krieg gewinnbar zu machen.

Sternenkriegswaffen sind im Weltraum stationierte Waffen, die über ein erhebliches Zerstörungspotential verfügen, weil sie die sowjetischen Raketen sofort nach deren Start vernichten müssen. Die für den Sternenkrieg erforderlichen Waffen sind Erstschlagswaffen, die hochwichtige Ziele am Boden zerstören können. Dieses Potential ist von großer Bedeutung für die sofortige "Enthauptung" der Zentren der politisch-militärischen Führung, den sogenannten C3I-Zentren (Command, Control, Communication Intelligence). Mit der unmittelbaren Ausschaltung der sowjetischen C3I-Zentren würde die Sowjetunion verstummen und erblinden. Damit wäre es für sie unmöglich, einen Vergeltungsschlag gegen die Vereinigten Staaten zu führen.

Welche Konsequenz hat das? Wenn das Sternenkriegsprogramm nicht bald gestoppt wird, wird die Sowjetunion gezwungen sein, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und es wird ein beschleunigtes Wett-rüsten im Kosmos und auf der Erde geben, wodurch Instabilität und Risiko zunehmen.

Darum ist "Sternenkrieg" zutreffend und der Begriff "Strategische Verteidigungsinitiative" irreführende Propaganda!

### 3.8. Mittelstreckenwaffen - INF

Präsident Carter schreibt in seinen Memoiren (aus denen bereits zitiert wurde) auf Seite 214:

"Wir ziehen es vor, nur von einem gleichen Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu sprechen. Aus Moskaus Perspektive sieht das Aufgebot jedoch viel furchterregender aus: Nicht nur die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten Frankreich und Großbritannien, sondern auch ein scheinbar unversöhnlicher chinesischer Gegner."



Und weiter auf Seite 232:

"Ich erkenne ihr Problem bei der Konfrontation mit vier potentiellen nuklearen Gegnern - USA, Großbritannien, Frankreich und China -, während wir mit Ausnahme der Sowjetunion und vielleicht in geringem Maße Chinas keinen derartigen Gegner haben."

In dem Bestreben, ein Gegengewicht zu den französischen, britischen und chinesischen Waffen herzustellen, begann die Sowjetunion Anfang der 60er Jahre SS-4 und SS-5 mit einer "europäischen" Reichweite zu stationieren. Bei keiner Aufrechnung der strategischen Kernwaffen zwischen den USA und der UdSSR ist das französische, britische und chinesische Potential berücksichtigt worden. Im Jahre 1977 leitete dann die Sowjetunion die Ablösung der alten SS-4 und SS-5 durch die neue SS-20 ein. Der Grund für diese Erneuerung wurde von Richard Perle, dem damaligen Stellvertretenden Verteidigungsminister, am 18. April 1984 auf einer Pressekonferenz genannt:

"Durch die gesamten 70er Jahre hindurch und praktisch auch bereits seit den 60er Jahren verfügte die Sowjetunion über ein Potential an Mittelstreckenraketen vom Typ SS-4 und SS-5. Technologisch waren sie veraltet. Da es sich bei ihnen um mit Flüssigbrennstoff angetriebene Raketen handelte, benötigte man lange Zeit, um sie aufzutanken. Ihre Treffgenauigkeit war sehr gering. Abweichungen konnten bis zu einer Meile vom Ziel betragen. Für die wichtigen Einrichtungen, von denen das Potential der nuklearen Vergeltung in Europa abhängig war, also die Kernwaffenlager der NATO, stellten sie keine ernsthafte Bedrohung dar. ... Im Jahre 1977 begannen dann die Sowjets mit der Stationierung ihrer SS-20".

Seit 1982/83 hat die Sowjetunion langsam eine neue Generation von Kurzstreckenwaffen, die SS-21/22/23, mit einer Reichweite von 150 bis 1000 km eingeführt, die die alten FROG, SS-12 und SCUD ablösten. Diese Veränderung erfolgte vermutlich in dem Bestreben, der neuerlichen, nicht gerechtfertigten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa durch die NATO Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Der Stellvertretende Sekretär für Rüstungskontrollfragen im "Bureau of Policy-Military Affairs", Generalmajor William Burns, erklärte in seiner Aussage vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses zu Rüstungskontrollfragen:

"Wenn heute ein Vertrag über INF nach dem Doppelnull-Konzept realisiert würde, würden die Vereinigten Staaten lediglich bodengestützte Trägermittel für etwas mehr als 300 Gefechtsköpfe abbauen müssen, während die Sowjets Trägermittel für etwa 1500 Gefechtsköpfe abbauen müßten. Somit würden etwa für jeden Gefechtskopf der Amerikaner fünf sowjetische verschwinden müssen. ... Dieses Potential (4000 nukleare Gefechtsköpfe in Europa) in Verbindung mit den seegestützten Systemen, die dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) zur Verfügung stehen, und die boden-, luft- und seegestützten Systeme unserer Verbündeten gewährleisten, daß ein mächtiges Abschreckungspotential verbleibt."  
(zit. nach: United States Information Service, USA Botschaft, Rom, Jahrgang X, Nr. 143 vom 30. Juli 1987)

Mit der "Doppelnull-Lösung" hat Gorbatschow seine Einwilligung zur einseitigen Abrüstung durch die Sowjetunion gegeben, weil der UdSSR damit keine Kernwaffen verbleiben, um der weiter bestehenden Bedrohung durch die französischen, britischen und chinesischen Kernwaffen zu begegnen.

### 3.9. Konventionelle Streitkräfte

In seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1969 schreibt Verteidigungsminister McNamara:

"Zwar geben Vergleiche der Personalstärke allein keinen völligen Aufschluß über die militärische Stärke, doch geben sie, meine ich, vernünftige erste Anhaltspunkte für die Einschätzung der relativen Möglichkeiten der Landstreitkräfte. ... Mit Ausnahme Norwegens sind die Streitkräfte der NATO und des Paktes in allen anderen Regionen von der Personalstärke her etwa gleich. Die NATO hat ca. 900.000 Mann in allen Regionen des europäischen Kontinents. Im Vergleich dazu hat der Warschauer Pakt 960.000 Mann. ... Bei den Luftstreitkräften sind unsere relativen Potenzen weitaus größer als ein einfacher Vergleich der Zahlen ergeben würde."



Im Bericht des Verteidigungsministers James P. Schlesinger zum Haushaltsjahr 1975 heißt es auf Seite 8:

"Es wird manchmal behauptet, daß die NATO nicht über eine konventionelle Option, die mehr als der Auslöser für einen nuklearen Krieg sein könnte, verfügt und sich mehr auch nicht leisten könne. Das sehe ich nicht so. ... Die NATO verfügt über eine einsatzbereite, an Personal starke, qualitativ hochwertige militärische Streitmacht. Ihr Kampfwert ist beträchtlich und wächst weiter."

Verteidigungsminister Harold Brown erklärt in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1980 auf Seite 101:

"Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die NATO für die nicht-nukleare Verteidigung des europäischen Zentralabschnitts bereits über beachtliche Land- und taktische Luftstreitkräfte verfügt. Nach groben Schätzungen hat das Bündnis gegenwärtig den Großteil dessen beschafft, was erforderlich ist, um sich mit Erfolg, auch gegen den größten Angriff, zu dem der Warschauer Pakt ohne umfangreiche und zeitaufwendige Mobilisierung in der Lage ist, zu verteidigen, wobei die Phase einer Monate dauernden Mobilisierung, wenn sie effektiv genutzt wird, wahrscheinlich für die NATO gewinnbringender ist als für den (Warschauer) Pakt."

Ein Jahr später schreibt Verteidigungsminister Brown in seinem Bericht zum Haushaltsjahr 1981 auf Seite 102:

"Obwohl die Kampfkraft der GSSD (Sowjetische Streitkräfte in Deutschland) wesentlich erhöht wurde, fehlen uns weiterhin genaue Angaben über ihre Gefechtsbereitschaft und die Fähigkeit, sie aufrecht zu erhalten. Etwa 20% der Unteroffiziere und Mannschaften sind Rekruten, die alle sechs Monate in andere Divisionen verlegt werden. Einige von ihnen haben die Grundausbildung noch nicht absolviert, wenn sie in die Divisionen kommen. Teile der Versorgungseinrichtungen, darunter ältere LKWs, werden von Mai bis Oktober in die UdSSR verlegt, wo sie bei der Ernte eingesetzt werden. Rückwärtige Dienste für die Armee und Front verfügen in Friedenszeiten über weniger Personal, aber die Mobilisierung zum Ausbau dieser Fähigkeiten wird geübt."

Die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte gehören sicher zu den besten in Europa. Aber man muß kein Militärexperte sein, um zu begreifen, daß es sich bei ihnen nicht um Angriffskräfte handelt.

Im Bericht für das Haushaltsjahr 1982 schreibt Brown auf Seite 72:

"Die Truppenstärke der Verbündeten ist größer als allgemein erkannt wird. Fast 1.000.000 Soldaten dienen aktiv im Zentralabschnitt (inclusive Frankreich) und noch einmal 600.000 Mann an den Flanken. Die vollständige Mobilisierung der Reserven würde die Zahlen auf 2,5 Millionen bzw. eine Million Mann bringen."

In "Military Posture for F.Y. 1979", der militärischen Konzeption für das Haushaltsjahr, heißt es auf Seite 13:

"Ein Angriff, ohne Verstärkungen heranzuführen, ist für den Warschauer Pakt aus verschiedenen Gründen ein hochriskantes Unterfangen, zu denen nicht zuletzt die geringe Kampfkraft zu Beginn des Angriffs, die Aufrechterhaltung der Gefechtsbereitschaft der angreifenden Kräfte und der mögliche Verlust von noch nicht entfalteteten Kräften auf ihrem Wege zur Sicherung der angreifenden Kräfte gehört."

In der Ausgabe 1981 von "Military Posture" lesen wir auf Seite 19:

"Die NATO verfügt über einen zahlenmäßigen Vorteil bei Kampfflugzeugen, die zum Angriff eingesetzt werden können (Bomber, Jäger und Mehrzweckflugzeuge)... wohingegen der Luftverteidigung bei den taktischen Luftstreitkräften des Warschauer Paktes verhältnismäßig stärkere Aufmerksamkeit geschenkt wird."

In "Military Posture" für das Haushaltsjahr 1982 heißt es auf Seite 33:

"Der Warschauer Pakt hingegen hat darüber hinaus eigene wichtige strategische Verpflichtungen, durch die das Abschreckungspotential der NATO-Streitkräfte ergänzt wird. Diese Verpflichtungen machen der Führung des Paktes bewußt, daß ein rascher Erfolg eines konventionellen Angriffs auf Westeuropa alles andere als gesichert ist. Die Sowjetunion unterhält große Kräfte an der sowjetisch-chinesischen Grenze, und im Kriegsfall würde man aus Besorgnis, daß die Chinesen eine 'zweite Front' eröffnen könnten, keine sehr große Bereitschaft verspüren, diese Kräfte nach Europa zu verlegen."



Eine bemerkenswerte Äußerung findet sich bei Verteidigungsminister Brown in dessen Bericht zum Haushaltsjahr 1981. Wir lesen auf Seite 101:

"Die sowjetischen Bodentruppen umfassen etwa 1,8 Millionen Mann im Gegensatz zu dem US-Heer und dem Marineinfanteriekorps, die knapp eine Million Männer und Frauen zählen. Da die Sowjets über mehr als 170 aktive Divisionen im Vergleich zu unseren 19 verfügen, ist klar, daß ihre Divisionsstärke viel geringer bzw. kleiner als unsere sein müssen. Außerdem halten die Sowjets den größten Teil ihrer Divisionen auf einem Stand, der unter der vollen Gefechtsbereitschaft liegt. Nur etwa ein Drittel von ihnen sind voll ausgerüstete, aktive Einheiten, die in erster Linie in Osteuropa und entlang der chinesisch-sowjetischen Grenze stationiert sind. Die übrigen zwei Drittel weisen eine reduzierte Stärke auf bzw. bestehen nur aus Stammmannschaften. Sie verfügen über einen unterschiedlichen Anteil von Personal im aktiven Dienst und Ausrüstungen; im Kriegsfall müßten sie mit Reservisten aufgefüllt werden. Wahrscheinlich haben diese seit ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst kaum oder gar keine militärische Ausbildung erhalten. In jedem Jahr werden jedoch über 900.000 Mann der Bodentruppen in der UdSSR aus dem aktiven Dienst entlassen, wodurch im Verlauf der letzten 5 Jahre eine Reserve von etwa 4 Millionen Mann, die über militärische Erfahrungen bei den Landstreitkräften verfügen, geschaffen wurde."

Diese Mitteilung ist aus vielen Gründen bedeutsam:

1. Mit weniger als dem Doppelten an Bodentruppen soll die Sowjetunion in der Lage sein, fast neunmal mehr Divisionen aufzustellen als die USA! Das ist ein Beweis dafür, daß sich die Größe der amerikanischen von der sowjetischen Division unterscheidet und daß man sie nicht vergleichen kann.
2. Nicht einmal die Mobilisierung von vier Millionen unvollkommen ausgebildeter Soldaten würde ausreichen, um den sowjetischen eine mit den amerikanischen Divisionen vergleichbare Truppenstärke zu verleihen. Dazu wären nämlich über sechs Millionen Mann erforderlich.
3. Die sowjetischen Bodentruppen sind nicht für den Angriffskrieg konzipiert, sie sind defensive Streitkräfte.

Das sind ganz simple Feststellungen, und es ist erstaunlich, daß seit 1980 die Vergleiche zwischen den sowjetischen und amerikanischen Bodentruppen stets auf der Grundlage der Divisionen angestellt werden und nicht auf der Grundlage der Zahl der Soldaten, wie das seinerzeit McNamara vorschlug.

Warum man solche absurden Vergleiche anstellt, ist auch einfach zu erklären. In der vom "International Institute of Strategic Studies" (IISS), London, (Internationales Institut für Strategische Studien) publizierte Studie "The Military Balance 1979-80" (Das Militärische Gleichgewicht 1979-80) heißt es auf Seite 109:

"Personalstärke-Vergleiche werden als nicht sehr wertvoll empfunden. Wir versuchen deshalb auch nicht mehr, solche Vergleiche anzustellen. ...Gesamtstärken an Gefechtspersonal sind ebenfalls ein sehr irreführender Schlüssel zum Potential und werden deshalb nicht verfolgt."

Doch der wahre Grund dieser Absage ist ein anderer. Mit dem Vergleich der militärischen Personalstärken ist es nicht nur unmöglich, die konventionelle Überlegenheit der Sowjets nachzuweisen, sondern es würde dadurch auch offensichtlich, daß es eine erhebliche ständige konventionelle Überlegenheit der NATO gibt. Um die öffentliche Meinung irrezuführen, hat das IISS schon vor langer Zeit damit begonnen, nicht vorhandene sowjetische Divisionen zu "erfinden".

In "The Military Balance 1964-65" wird festgestellt, daß die Sowjetunion über 2.200.000 Mann in 140 Divisionen an Bodentruppen verfügt. In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zahl der sowjetischen Divisionen, obgleich die Zahl der Soldaten rückläufig war. In "The Military Balance 1984-85" wird festgestellt, daß die sowjetischen Bodentruppen 1.840.000 Mann umfaßten und sich die Zahl der Divisionen auf 193 belaufe. Nach IISS war die Sowjetunion in der Lage, innerhalb von 20 Jahren die Gesamtzahl der Soldaten um 360.000 zu vermindern und gleichzeitig 53 neue Divisionen aufzustellen!



Doch damit noch nicht genug: die Sowjetunion hat zusätzlich zu den neuen Divisionen noch die Zahl der Soldaten pro Division um ca. 20% erhöht! (s. Tabelle 3)

Nach meinem Wissen geschah ein solches "Wunder" in der Geschichte der Menschheit das letzte Mal, als "fünf Brote und zwei Fische" genügten, um 5.000 Menschen satt zu machen. (Vgl. Johannes 6,1)

Die Gründe für das "Wunder" liegen auf der Hand. Zunächst wird durch die "jährliche Erhöhung" der Zahl der sowjetischen Divisionen der Öffentlichkeit glauben gemacht, daß die konventionellen Kräfte der Sowjets ständig ausgebaut werden, obwohl das Gegenteil der Fall ist. Dann rechtfertigt die gefälschte höhere Zahl sowjetischer Divisionen wiederum auch die steigenden Zahlen von Panzern, Geschützen und militärischer Ausrüstungen, weil ja jede Division auch ausgestattet sein muß. Wahrscheinlich trifft auch hier das Gegenteil zu. Das IISS ist weder objektiv noch zuverlässig. Es ist vielmehr ein wichtiger Bestandteil des Propaganda-Instrumentariums des Pentagon!

Noch ein letzter Gedanke zu den konventionellen Kräften und dem "International Institute of Strategic Studies".

Auf Seite 124 von "The Military Balance 1981-82" findet sich eine Tabelle, mit der Bodentruppen der NATO in Europa (einschließlich amerikanischer Streitkräfte) und des Warschauer Paktes (einschließlich sowjetischer Streitkräfte in Europa) verglichen werden. Der Tabelle ist zu entnehmen, daß die NATO 454.000 Soldaten mehr in Europa hat als der Warschauer Pakt. Mit einer solchen personellen Überlegenheit der NATO läßt sich schwerlich die angebliche Gefahr eines konventionellen Angriffs der Sowjets auf Westeuropa rechtfertigen, der nicht von den konventionellen Kräfte der NATO abzuwehren wäre. Also beginnt man im IIS, die Statistik zu fälschen.

Als Spanien 1983 der NATO beitrug, erhöhte sich die Zahl des Militärpersonalbestandes der NATO um weitere 255.000 Mann.

Da die Personalstärke aller anderen Bodentruppen im Bereich der NATO und des Warschauer Paktes gleichermaßen konstant geblieben war, erhöhte sich die personelle Überlegenheit der NATO auf etwa 700.000 Mann. Völlig unberechtigt wurden die Angaben für die NATO vom IISS vermindert. (Weil "The Military Balance" die militärischen Kräfte aller Staaten aufführt, fällt es nicht schwer, dem IISS auf die Schliche zu kommen). Weil aber dieser Trick nicht ausreicht, um die bestehende Überlegenheit der NATO in eine Unterlegenheit umzuwandeln, wurde durch das IISS die Zahl der in Europa stationierten sowjetischen Soldaten eben ständig "erhöht". Schließlich verstieg man sich beim IISS zu der absurden Position, daß die Sowjetunion in ganz Asien nur noch über ein 123.000 Mann zählendes Kontingent verfüge. Unter diesen 123.000 Mann befanden sich zudem die angeblich mindestens 100.000 Mann zählenden Einheiten in Afghanistan. (s. Tabellen 4 und 5)

Abschließend ist also festzustellen, daß die konventionellen Streitkräfte der NATO in Europa denen des Warschauer Vertrages überlegen sind. Und die NATO-Strategie, daß das Bündnis zuerst Kernwaffen in Europa einsetzen werden müsse, entbehrt jeder Grundlage.

### 3.10. Die Atlantische Allianz

Im zweiten Band seiner Memoiren schreibt Präsident Truman auf Seite 332:

"Unsere Außenpolitik wurde von einigen Menschen fälschlicherweise als Eindämmungspolitik bezeichnet. Das war nicht richtig. Wir wollten viel mehr. Wir setzten uns für eine geeinte, freie und blühende Welt ein."

In Trumans Wortschatz bedeutet "frei" nichtkommunistisch.



Am 15. Januar 1953 erklärte John Foster Dulles bei der Übernahme des Amtes des Außenministers:

"Eine Politik, deren einziges Ziel darin besteht, Rußland in den heutigen Grenzen 'einzudämmen'... muß scheitern, weil sich eine rein defensive Politik nie gegen eine aggressive Politik durchsetzen kann. Wenn unsere einzige Politik darin besteht, zu bleiben, wo wir sind, werden wir zurückgedrängt werden. Nur wenn wir die Hoffnung auf Befreiung wachhalten, indem wir jede sich bietende Gelegenheit nutzen, wird es uns gelingen, die schreckliche Gefahr, die die Welt beherrscht, die uns so große Opfer aufbürdet und uns mit so großer Angst vor der Zukunft erfüllt, zu bannen."

Es ist nicht zutreffend, daß die Amerikaner nach dem zweiten Weltkrieg zunächst eine Politik der "Eindämmung" betrieben. Ihre Politik war immer aggressiv, und das Ziel bestand in der "Befreiung" der Welt von der "schrecklichen Gefahr" des Kommunismus.

Es ist unsinnig glauben zu wollen, daß die Sowjetunion nach Ende des zweiten Weltkrieges die Invasion Europas vorbereitete, nachdem sie in eben diesem Krieg fürchterliche Verluste hatte hinnehmen müssen - 20 Millionen Tote und die Zerstörung eines großen Teiles des entscheidenden nationalen Reichtums. Die Vereinigten Staaten andererseits waren nach Ende des Krieges zum mächtigsten Land der Welt geworden. Nicht ein einziger Schuß war auf ihrem Territorium gefallen. Lediglich 352.899 Tote hatte man im gesamten Krieg zu beklagen - einer von 60 im Vergleich mit der Sowjetunion. Die Industrie, die Landwirtschaft, der Handel funktionierten unbeeinträchtigt. Schließlich hatten die USA alles getan, um im Besitz des Monopols der Atombombe zu bleiben. Unter solchen Bedingungen das Atlantische Bündnis als ein "Bündnis zur Verteidigung" rechtfertigen zu wollen, ist eine Beleidigung des öffentlichen Bewußtseins!

Nicht einmal Truman, der "Erfinder" des Atlantischen Bündnisses hat es jemals als rein "defensiv" verstanden. In seinen Memoiren spricht er in Band 2 auf Seite 287 von

"einem offensiven Verteidigungsbündnis zur Erhaltung des Friedens im nordatlantischen Raum, aber ohne automatische Bestimmung für den Krieg."

Wie man daraus sehen kann, steht die offensive Zielstellung des Atlantischen Bündnisses an erster Stelle. Das Bündnis war notwendig, um die "Menschheit vom Kommunismus zu befreien".

Tatsächlich gab es einen einfachen Grund für die Bildung der Allianz. Damals gab es außer dem Flugzeug kein anderes atomares Trägermittel. Die Bomber hatten begrenzte Reichweiten. Um die Sowjetunion vernichten zu können, benötigten die Vereinigten Staaten einen Ring von Luftwaffenstützpunkten, von denen aus die Bomber ihre tödliche Last auf das Territorium der Sowjetunion tragen konnten. Die Allianz gab den Vereinigten Staaten die notwendigen Stützpunkte. Wozu diese notwendig waren, hatte Präsident Truman genau definiert. Bereits zum Tag der Marine am 27. Oktober 1945 sagte er in seiner Ansprache:

"Außer dem Recht, die für unseren Schutz notwendigen Stützpunkte einzurichten, wollen wir nichts, was anderen Mächten gehört."

Zufälligerweise bedeutet das "Recht", in anderen Ländern Stützpunkte einzurichten, auch das Recht, die Außenpolitik dieser Staaten zu kontrollieren und zu entscheiden, auf deren Territorium sich die Stützpunkte befinden.

Die Atlantische Allianz trat mit der Ratifizierung des Vertrages am 20. August 1949 in Kraft. Am 24. August 1949 wurde von der Sowjetunion erstmals eine Kernwaffe getestet. Das amerikanische Kernwaffenmonopol war gebrochen, und die europäischen NATO-Verbündeten lehnten strikt den Einsatz der Atombombe durch die Vereinigten Staaten ab, weil sie fürchteten, die Sowjetunion könnte auf ihrem Territorium Vergeltung üben. Als Truman erklärte, daß er bereit sei, in Korea Kernwaffen einzusetzen, reagierte das britische Parlament mit Vehemenz.



Präsident Truman schreibt dazu in seinen Memoiren auf Seite 451:

"In London unterzeichneten einhundert Labour-Abgeordnete einen Brief an Premierminister Attlee, in dem sie gegen den möglichen Einsatz der Atombombe protestierten. ... Niemandem, der den Bericht der Debatte liest, kann der Umstand entgehen, daß die Briten wirklich ernsthaft besorgt waren."

Noch eine letzte Bemerkung: Wie schon von Präsident Truman erklärt, hat die Atlantische Allianz "keine automatische Bestimmung für den Krieg". Häufig wird nur der erste Teil des Artikel 5 des Vertrages zitiert, der lautet:

"Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird;..."

Doch der Artikel 5 geht noch weiter:

"sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten."

Das bedeutet, daß die Entscheidung, ob gegen die Sowjetunion Krieg geführt wird oder nicht, allein von den Vereinigten Staaten getroffen wird und den europäischen Staaten keine Möglichkeit bleibt, darauf Einfluß zu nehmen. Entscheiden sich die Vereinigten Staaten für den Krieg, dann werden die NATO-Stützpunkte, die in Wirklichkeit amerikanische Stützpunkte sind, zu Zielobjekten sowjetischer Reaktionen. Entscheiden sie sich gegen den Krieg, können die europäischen Staaten allein praktisch keinen Krieg führen. Wenn wir die NATO-Militärdoktrin der "flexiblen Reaktion" untersuchen, begreifen wir das wahre Ziel des Atlantischen Bündnisses. Bei der "flexiblen Reaktion" geht man von folgendem Szenarium aus: Der Warschauer Pakt

greift mit konventionellen Mitteln die NATO in Europa an, weil er angeblich gegenüber der NATO über eine starke Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte verfügt. Die Vereinigten Staaten kommen zur Entscheidung, daß die NATO die Aggression nicht mit konventionellen Mitteln allein aufhalten kann und daß man taktische oder Gefechtsfeld-Kernwaffen einsetzen muß, auch wenn der Warschauer Pakt solche Waffen noch nicht eingesetzt hat. Also: Ersteinsatz von Kernwaffen durch die NATO. Die Sowjetunion ihrerseits ist gezwungen, mit gleichen Waffen zu reagieren. Das unmittelbare Ergebnis des Einsatzes von taktischen bzw. Gefechtsfeld-Kernwaffen wäre eine völlige Zerstörung Europas. (Lassen wir uns nicht durch Bezeichnungen täuschen: taktische oder Gefechtsfeld-Kernwaffen haben ein Vielfaches der nuklearen Detonationsstärke der über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben.) Danach könnte es eine abschließende Phase geben, in der interkontinentale Kernwaffen eingesetzt werden.

Als Europäer kann ich bei dem Gedanken, daß ich als Toter wahrscheinlich nicht begraben werde, weil niemand mehr in Europa da ist, der die Millionen Toten begraben könnte, keinerlei Freude empfinden. Auch der Gedanke, daß Hunderte und aber Hunderte Millionen Menschen in der Welt umkommen werden und wahrscheinlich die ganze Menschheit von unserem Planeten ausgelöscht wird, erfreut mich nicht. Als Europäer möchte ich eine Militärdoktrin, die für die Verteidigung, nicht für die Vernichtung Europas gemacht ist.

Die "Flexible Reaktion" beruht auf der irrigen Annahme, daß der Warschauer Pakt im konventionellen Bereich viel stärker ist als die NATO. Das trifft nicht zu, wie ich oben nachgewiesen habe.

In jedem Falle ist jedoch eine Doktrin unmöglich zu rechtfertigen, die nach der offiziellen Lesart der NATO - der Warschauer Pakt ist stärker als die NATO - die völlige Vernichtung Europas verursachen würde. Die einzige Rechtfertigung für eine scheinbar



selbstmörderische Doktrin besteht darin, daß die NATO-Regierungen sehr wohl wissen, daß von dem Warschauer Vertrag weder eine konventionelle noch eine nukleare Bedrohung ausgeht und daß die Amerikaner schon immer vom Atlantischen Bündnis aus einen nuklearen Krieg gegen die Sowjetunion entfesseln wollten und auch jetzt noch diese Absicht haben. Die "flexible Reaktion" ist eine Doktrin zur Irreführung der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Stationierung und des Einsatzes von Kernwaffen in Europa!



#### 4. Schlußfolgerungen

Das Recht zu lügen wurde durch die amerikanische Administration vor langer Zeit institutionalisiert. Die offiziellen amerikanischen Erklärungen kann man daher nicht für bare Münze nehmen. Man muß sie sehr genau prüfen.

Der Militärhaushalt der NATO belief sich stets auf etwa das Zweifache des Haushalts des Warschauer Vertrages.

Die Vereinigten Staaten haben stets neue, technologisch verbesserte Kernwaffen gebaut mit der Absicht, ein kritisches nukleares Übergewicht gegenüber der Sowjetunion zu erzielen. Der Sowjetunion ist es gelungen, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit die gleichen Arten von Kernwaffen in geringerer, aber dennoch ausreichender Stückzahl zu produzieren, um dieses kritische amerikanische Übergewicht zu vermeiden. Die Kernwaffen der Sowjetunion haben den nuklearen Weltkrieg verhindert.

Die Vereinigten Staaten haben ihre nukleare Strategie seit 1975 verändert. Sie ist nicht mehr auf Abschreckung, sondern auf die Führung eines Kernkrieges orientiert. Weinberger hat es deutlich gesagt: Im Falle eines Atomkrieges müssen wir siegen.

Die Vereinigten Staaten verfügten stets und verfügen auch jetzt über mehr strategische Kernwaffen als die Sowjetunion.

Ein Erstschlag würde für die Sowjets Selbstmord bedeuten. Ein amerikanischer Erstschlag, der durch geeignete Sternenkriegsoperationen ergänzt wird, würde den Atomkrieg für die USA gewinnbar machen.

Der "Sternenkrieg" ist die letzte Sprosse auf der Leiter der nuklearen Eskalation der Amerikaner. Er ist notwendig, um einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

Die "Doppelnul-Lösung" bedeutet einseitige Abrüstung durch die Sowjetunion, weil ihr dann keine Kernwaffen blieben, um den französischen, britischen und in Europa stationierten amerikanischen sowie in Asien stationierten chinesischen Kernwaffen zu begegnen.

Es gibt in Europa gegenüber dem Warschauer Vertrag mit den sowjetischen Truppen in Europa, etwa 700.000 Soldaten mehr auf der NATO-Seite.

Das "Internationale Institut für Strategische Studien" in London ist weder objektiv noch zuverlässig. Es ist ein wichtiges Instrument der amerikanischen Propagandamaschinerie.

Das Territorium des Atlantischen Bündnisses ist der Ausgangspunkt für einen amerikanischen Atomkrieg, und die europäischen NATO-Verbündeten haben keine Möglichkeit, einen Atomkrieg in Europa zu verhindern, wenn sich die Vereinigten Staaten entscheiden, mit Kernwaffen anzugreifen.



Tabelle 1

Militärausgaben: Vergleich zwischen  
NATO und Warschauer Pakt

(Nach: "World Armament and Disarmament SIPRI Yearbook. 1985",  
Seite 270)

Tabelle 7A.1. Zusammenfassende Übersicht über die Militärausgaben in der Welt; Angaben in US \$ zu 1980 gültigen Preisen und Wechselkursen.

	1975	1976	1977	1978	1979	
USA	139.277	131.712	137.126	137.938	138.796	
andere NATO	99.643	101.601	103.290	107.047	109.368	
Gesamt NATO	238.920	233.313	240.416	244.985	248.164	
UdSSR	122.400	124.200	126.100	128.000	129.900	
andere WP	11.066	11.557	11.871	12.216	12.375	
Gesamt WP	133.466	135.757	137.971	140.216	142.275	
	1980	1981	1982	1983	1984	Share of 1984 total %
USA	143.981	153.884	167.711	179.615	200.329	30,9
andere NATO	112.297	113.132	116.058	119.140	121.815	18,8
Gesamt NATO	256.278	267.016	283.769	298.755	322.144	49,6
UdSSR	131.800	133.800	135.800	137.900	142.000	21,9
andere WP	12.479	12.643	13.054	13.847	14.222	2,2
Gesamt WP	144.279	146.443	148.854	151.747	156.222	24,1

Seit 1976 liegen die Militärausgaben der NATO mehr als das Doppelte höher als die des Warschauer Paktes.



Tabelle 2

Strategische Kernwaffen der USA und der UdSSR

(Nach: "Department of Defense Annual Reports")

Verteidigungsminister	Jahr	Strategische Kernsprengköpfe	
		USA	UdSSR
McNamara HJ 1969, S. 54	1967	4,500	1,000
Clifford HJ 1970, S. 42	1968	4,200	1,200
Schlesinger HJ 1975, S. 50	1973	6,784	2,200
	1974	7,940	2,600
Schlesinger HJ 1976, S. 19	1975	7,650	2,800
Rumsfield HJ 1978, S. 58	1976	8,400	3,300
	1977	8,500	4,000
Brown HJ 1979, S. 47	1978	9,000	4,000
	1979	9,000	4,500
Brown HJ 1980, ". 71	1979	9,200	5,000
Brown HJ 1981, S. 77	1980	9,200	6,000
Brown HJ 1982, S. 53	1981	9,000	7,000

- Im von Harold Brown gefertigten Jahresbericht des Verteidigungsministeriums zum Haushaltsjahr 1981 heißt es auf S. 124: "In dem Maße wie die Programme zur Modernisierung des strategischen Potentials der USA ablaufen, wächst der amerikanische Vorteil, und das sowjetische Gleichgewicht an Detonationsstärke verringert sich oder verschwindet. Das geschieht trotz erheblicher Modernisierung bei den Sowjets."

- Im Jahresbericht Caspar Weinbergers an den Kongress zum Haushaltsjahr 1983 heißt es auf S. I/39: "Präsident Reagans Programm zum Ausbau der strategischen Streitkräfte... wird uns die größte Steigerung bei starken strategischen Einsatzmitteln geben, die effektiver sind als die Mittel, die je ein Präsident der Vereinigten Staaten geplant und finanziert hat".

Tabelle 3

Das "Wunder" von "The Military Balance"

Wie die Sowjetunion in der Lage ist, mit einer geringeren Gesamtzahl von Soldaten immer mehr Divisionen mit immer größerer Personalstärke aufzustellen.

(Die folgenden Angaben sind der vom Internationalen Institut für Strategische Studien in London herausgegebenen Dokumentation, "The Military Balance", entnommen.)

Jahr	Gesamtzahl Soldaten	Divisionen	Soldaten pro Panzer	Division Mot.Sch.
1964-65	2.200.000	140		
1965-66	2.000.000	140		
1966-67	2.000.000	140		
1967-68	2.000.000	140	9.000	10.500
1968-69	2.000.000	140	8.500	10.500
1969-70	2.000.000	148	8.500	10.500
1970-71	2.000.000	157	8.250	10.000
1971-72	2.000.000	160	8.400	10.500
1972-73	2.000.000	164	9.000	10.000
1973-74	2.050.000	164	9.000	10.750
1974-75	1.800.000	167	9.500	12.000
1975-76	1.825.000	166	9.500	12.000
1976-77	1.825.000	168	11.000	14.000
1977-78	1.825.000	168	11.000	12.700
1978-79	1.825.000	169	11.000	13.000
1979-80	1.825.000	173	11.000	13.000
1980-81	1.825.000	173	11.000	14.000
1981-82	1.825.000	173	11.000	14.000
1982-83	1.825.000	180	11.000	14.000
1983-84	1.800.000	191	11.000	14.000
1985-85	1.840.000	193	11.000	14.000

Das Internationale Institut für Strategische Studien ist weder objektiv noch zuverlässig!



Die Lügen des Internationalen Instituts für Strategische Studien:

Soldaten der Landstreitkräfte in Europa (in Tausend)  
(nach: "The Military Balance")

Seite	Jahr	nicht-amerikanische NATO-Streitkräfte in Europa	UdSSR-Streitkräfte in Europa
124	1981-82	1902 (1905)	881
132	1982-83	1906 (2177) +)	871
138	1983-84	1764 (2150)	871
152	1984-85	1550 (2144)	1143
186	1985-86	1871 (2194)	1871
226	1986-87	1641 (2216)	1868

+ ) Der Zuwachs an Streitkräften der NATO in Europa gegenüber dem Vorjahr ergab sich durch den Beitritt Spaniens zur NATO

Spalte 1: enthält zusammengefaßte Angaben, die Tabellen aus "The Military Balance" entnommen wurden;

Spalte 2: enthält die Angaben, die sich durch Addition der Zahlen (Klammer) ergaben, die in der gleichen Ausgabe von "The Military Balance" für die Streitkräfte der verschiedenen Landstreitkräfte Europas angegeben wurden.

Die Angaben zu der Personalstärke der Landstreitkräfte, die sich in den Tabellen und im Textteil der Ausgabe von "The Military Balance 1981-82" befinden, sind gleich. Es gibt in beiden Fällen eine Überlegenheit der NATO von ca. 450.000 Mann gegenüber dem Warschauer Pakt unter Einbeziehung der in Europa stationierten sowjetischen Kontingente. Als die Öffentlichkeit sich dieser Tatsache bewußt wurde, begann das Institut zu betrügen, indem willkürlich die Mannschaftsstarke der NATO verringert (vgl. Spalten 1 und 2) und die der in Europa stationierten sowjetischen Truppen in absurder Weise erhöht wurden (s. Tabelle 5).

Mit dem Beitritt Spaniens zur NATO erhöhte sich die Überlegenheit auf etwa 650.000 Mann. Weil die Personalstärke der in Europa bestehenden Landstreitkräfte in den Jahren kaum schwankt, bleibt diese Überlegenheit wahrscheinlich in vorhersehbarer Zukunft bestehen.

Ein mit konventionellen Mitteln vorgetragener Angriff des Warschauer Paktes in Europa ist undenkbar und würde ohne den Einsatz von Kernwaffen durch die NATO leicht abzuwehren sein.

Das Internationale Institut für Strategische Studien ist weder objektiv noch zuverlässig!

Tabelle 5

Die Lügen des Internationalen Instituts für Strategische Studien:

Die absurde Stationierung von Soldaten der sowjetischen Landstreitkräfte (in Tausend)  
(nach: "The Military Balance")

Seite	Jahr	Gesamtmann- schaftsstärke d.sowj.LaSK	in Europa stationierte sowj. LaSK	in Asien stationierte sowj. LaSK
124	1981-82	1.825	881	944
132	1982-83	1.825	871	954
138	1983-84	1.800	871	929
152	1984-85	1.840	1.143	679
186	1985-86	1.995	1.871	124
226	1986-87	1.991 +)	1.868	123

+) In der Ausgabe von "The Military Balance 1986-87" heißt es auf S. 31:

"Mittlerweile ist bestätigt worden, daß nunmehr die gesamten Kampfhubschrauber der Luftwaffe von den Landstreitkräften zu der eigenen Unterstützung übernommen wurden. Damit haben sich bei den jeweils für die Teilstreitkräfte ausgewiesenen Zahlen Veränderungen ergeben."

Der für 1984-85 ausgewiesene Zuwachs an Soldaten in der UdSSR bezieht sich jedoch nicht auf die Mannschaftsstärke der Landstreitkräfte sondern der Luftstreitkräfte.

Die Verlegung von einer Million Angehöriger der Landstreitkräfte aus Asien nach Europa in der Zeit von 1983-84 zu 1985-86 hat sich "unbemerkt" vollzogen. Schließlich stieg die Zahl damit von 871.000 auf 1.871.000 ! Es hat tatsächlich gar keine Verlegung gegeben, außer in den gefälschten Statistiken des "Internationalen Instituts für Strategische Studien". Es ist absurd, glauben zu wollen, daß die Sowjetunion in Asien ganze 123.000 Mann stationiert haben soll, unter denen sich sogar noch die angeblich 100.000 oder mehr Mann in Afghanistan stationierten Soldaten befinden!

Das Internationale Institut für Strategische Studien ist weder objektiv noch zuverlässig!



**OCCASIONAL PAPERS**

**Nr. 4**

**GENERALS (ret.)**

**M. H. von Meyenfeldt**

**A. Mackie**

**R. A. Capellos**

**C. Constantinides**

**PLÄDOYER FÜR EINE  
REALISTISCHE  
SICHERHEITSPOLITIK  
DER NATO**

**— Ein Beitrag des Westens zur Diskussion  
mit dem Warschauer Pakt —**

Wir stehen heute am Beginn eines langen, an Mühen und Widrigkeiten reichen Weges zu einer kernwaffenfreien und auch weitgehend konventionell abgerüsteten Welt. Den ersten Schritt taten die USA und die Sowjetunion mit ihrem im Dezember 1987 abgeschlossenen Vertrag zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen. Beide Mächte bekundeten ihre Entschlossenheit, diesen Weg mit einer 50%igen Reduzierung der strategischen Atomwaffen und weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen fortsetzen zu wollen.

Präsident Reagan verwies in einer Rede vor dem Washingtoner Zentrum für Strategische und Internationale Studien im Dezember 1987 auf die über den unmittelbaren Abrüstungseffekt hinausgehende Bedeutung des INF-Vertrages. Er betonte, daß es heute nötig sei, "echte Zusammenarbeit in bilateralen Fragen" zu entwickeln.

Der Präsident erinnert uns mit Recht daran, daß über Jahrhunderte das Sicherheitsdenken der Staaten auf Mißtrauen und Argwohn beruhte und in unserer Zeit geradezu von Zwietracht und Haß bestimmt wird. Dazu hat seine Administration, besonders in ihren ersten Amtsjahren, erheblich beigetragen. In ihrem Sicherheitsstreben vervollkommneten die Großmächte und Militärblöcke ihre Kriegsszenarien, häuften immer größere Vernichtungsvorräte an und gingen gar das Risiko der Selbstvernichtung im Falle eines Versagens ihrer Abschreckungsdoktrin ein.

Die heute so lebensnotwendige "echte Zusammenarbeit" erfordert hingegen ein behutsames und konsequentes Herangehen an die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates. Militärische und nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit müssen in ihrer wechselseitigen Bedingtheit gesehen und in politische Lösungen eingebunden werden. Paradoxerweise haben weder NATO noch Warschauer Pakt trotz jahrzehntelangen übertriebenen Sicherheitsdenkens ein Gesamtkonzept, in dem alle sicherheitspolitischen Interessen, die Bewertung von Krieg und Streitkräften sowie rüstungs- und abrüstungspolitische Ziele fixiert sind. Einen Ansatz dazu sehen wir im Beschluß des



Warschauer Paktes vom Mai 1987 "Über die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages".

Auf dem NATO-Gipfeltreffen im März dieses Jahres in Brüssel wurde mehrfach das Fehlen eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts beklagt, in dem weitere Abrüstungsziele, eine Neubestimmung des Militärischen in der Außenpolitik der Bündnispartner sowie der Verteidigungsauftrag und die Struktur der Streitkräfte des Bündnisses definiert werden müssen. Leider ergriffen die Staats- und Regierungschefs der NATO keine Initiative zu einem solchen Konzept.

Sicherheitspolitische Gesamtkonzepte von Staaten und Militärbündnissen müssen die Einheitlichkeit und Begrenztheit unseres Lebensraumes berücksichtigen. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß der weitere Bestand und Fortschritt der Menschheit nur durch kooperatives Handeln aller Staaten gewährleistet werden kann. Weitere Abrüstungsschritte bedürfen des Dialogs über Sicherheitsinteressen, Militärstrategien und über Wege zur Überwindung des Abschreckungsdenkens. Gerade letzteres, das potentielle Aggressoren zum Angriff auf souveräne Staaten abhalten soll, wurde zu einem Motor für das bereits Jahrzehnte andauernde Wettrüsten, das wiederum zu einer existenzbedrohenden Gefahr für die Welt wurde.

Von dieser Erkenntnis ließen sich auch Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow leiten, als sie in ihrer Washingtoner Gipfel-erklärung ihre Verantwortung für die Verhinderung von Konfrontation, für die Begünstigung dauerhafterer und stabilerer Beziehungen zwischen ihren Ländern bekundeten. Sie vereinbarten einen aktiven Dialog als Beitrag zur Errichtung einer noch sichereren Welt. Wir sehen im Angebot der Warschauer Vertragsstaaten vom Mai 1987, in eine vergleichende Diskussion über Militärdoktrinen einzutreten, eine bisher ungenutzte Chance, bilaterale und multilaterale Fragen der Sicherheit zwischen den Staaten und Militärbündnissen zu klären.

Es gibt zwei wesentliche Gründe, die für einen solchen Dialog sprechen. Das ist erstens die Tatsache, daß Sicherheit mit mili-

tärischen Mitteln heute nicht mehr einseitig zu realisieren ist und eine Verständigung über die jeweiligen Militärdoktrinen die Grundlage für ein gemeinsames und kooperatives Herangehen beider Bündnissysteme an die Gewährleistung ihrer Sicherheit darstellt. Zum zweiten bietet ein solcher Dialog die Chance, eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten unseres westlichen Bündnisses in den Grundfragen ihrer Sicherheits- und Militärpolitik herzustellen, einen breiten und tragfähigen Konsens zu erreichen, die Erosion unseres Bündnisses aufzuhalten und es als Instrument einer realistischen Sicherheitspolitik zu stärken. Aus unserer Sicht sind für einen solchen Dialog einige Voraussetzungen und Inhalte zu klären.

### 1. Was kann, was sollte verglichen werden?

Der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci erklärte am 15. März bei seiner Ankunft in der Schweiz, daß er mit seinem sowjetischen Amtskollegen Dmitri Jasow außer über Fragen der Abrüstung und regionaler Konflikte auch über die Militärdoktrinen beider Seite sprechen wolle. Das ist die erste zustimmende Reaktion eines führenden Verteidigungspolitikers der NATO zu dem seit fast einem Jahr vorliegenden Angebot des Warschauer Paktes, in vergleichende Konsultationen über die Militärdoktrinen beider Bündnisse einzutreten. Die bisherige ablehnende Haltung der NATO zu diesem Vorschlag des Ostens, wie auch die zögerliche und noch unverbindliche Hinwendung der USA zu diesem Thema in Bern belegen, daß die Chancen für eine solche Debatte bisher noch schlecht stehen. Hinderlich wirken alte Bedrohungsvorstellungen, die immer noch unterentwickelte Kultur der Diskussion konträrer Standpunkte und der Einfluß von Leuten auf beiden Seiten, die in einer solchen Offenlegung sicherheitspolitischer Ziele und Grundsätze eine Gefährdung ihrer außen- und militärpolitischen Handlungsfreiheit sehen. Aber selbst, wenn guter Wille auf beiden Seiten vorausgesetzt werden könnte, bliebe ein Hemmnis das unterschiedliche Verständnis vom Gegenstand, der zu vergleichen ist.

Der Warschauer Pakt versteht unter Militärdoktrin "ein System grundlegender Anschauungen zur Verhinderung eines Krieges, zum



militärischen Aufbau und der Vorbereitung unserer Länder und ihrer Streitkräfte auf die Abwehr einer Aggression sowie zu den Methoden der Führung des bewaffneten Kampfes zum Schutze des Sozialismus".<sup>1</sup>

Diese neueste Definition zeigt, daß es sich bei der Militärdoktrin des Warschauer Paktes um die verbindliche staatliche Auffassung vom Charakter möglicher kriegesischer Konflikte, ihrer Verhütung oder ihrer militärischen Austragung handelt, die inhaltlich den sich wandelnden staatspolitischen Zielen folgt. Die östliche Seite verweist dabei auf zwei Seiten ihrer Militärdoktrin. Eine politische Dimension umfaßt die sicherheits- und militärpolitischen Ziele des jeweiligen Staates oder Bündnisses, die Ansichten über den Charakter möglicher Kriege und deren Einfluß auf Streitkräfteentwicklung und Verteidigungsanforderungen an das Land sowie die Abrüstungsziele. Die militärische Seite der Militärdoktrin betrifft die Methoden der Kriegführung (die wiederum von der Strategie beeinflusst werden), Aufbau, Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte sowie die Vorbereitung des Hinterlandes auf den Krieg. Wesentlich inspiriert vom preußischen General Clausewitz hat die sowjetische Militärwissenschaft ein Begriffsgebäude geschaffen, das nicht nur das militärische Denken in allen Ostblockstaaten beherrscht, sondern auch maßgeblich Militärpolitik, Strategie und Streitkräfteentwicklung dieser Länder beeinflusst. Das berechtigt uns zu der Annahme, daß die nationalen Militärdoktrinen der einzelnen Paktstaaten in ihren politischen Aussagen mit der im Mai vergangenen Jahres beschlossenen Bündnisdoktrin übereinstimmen.

Im militärischen Denken der USA und Westeuropas kennen wir solche eindeutigen und einheitlichen militärdoktrinären Auffassungen nicht. Es gibt zu zahlreiche und zu unterschiedliche Interpretationen dessen, was die Warschauer Paktstaaten mit Militärdoktrin umschreiben.

39 Jahre verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der NATO, Existenz einer integrierten Kommandostruktur und enge Beziehungen auf allen Ebenen des militärischen Lebens haben nicht vermocht,

die herrschende Begriffsvielfalt zu überwinden, wenn man von einer engen Anlehnung an amerikanisches strategisches Denken absieht. In der Politik und im militärischen Alltag begnügen wir uns mit dem Strategiebegriff, dessen Geltung unterschiedlich weit ausgelegt wird, was aber zugleich zu Mißverständnissen führen kann, sobald der Rahmen eines konkreten militärstrategischen Konzepts überschritten wird. Andere, die militärpolitischen Ziele, Rüstungs- wie Rüstungskontrollabsichten, Auftrag und Entwicklung der Streitkräfte umfassende Begriffe sind in den Bündnisländern u. a.: Sicherheitsstrategie, Verteidigungsdoktrin, Strategische Doktrin, Gesamtstrategie.

Bereits im Übergang zu den 60er Jahren wurde in vielen Ländern die Notwendigkeit eines über die Belange der militärischen Landesverteidigung hinausgehenden Gesamtkonzepts diskutiert. Präsident Kennedy vereinigte 1961 politische und militärische Vorstellungen seiner Administration über Kriegsverhinderung und -führung, über die Rolle nuklearer Waffen, über das Zusammenspiel von Diplomatie und militärischer Macht in der Außenpolitik, die faktisch eine "Strategische Doktrin der Vereinigten Staaten" bildeten.

Auch in Europa kam man zu ähnlichen Überlegungen. Der heutige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, betonte Anfang der 80er Jahre, "Sicherheitspolitische Ziele können in einer so komplexen Welt nur durch das umfassende Netzwerk einer Gesamtstrategie erreicht werden".<sup>2</sup> Einbezogen wissen wollte er in eine solche Gesamtstrategie außenpolitische Komponenten, wirtschafts-, rechts- und innenpolitische Fragen, die die Sicherheitslage und die Verteidigungsfähigkeit der BRD und des Bündnisses betreffen. Trotz solcher Ansätze blieben sicherheitspolitische Fragen in den Bündnisstaaten im allgemeinen der Außenpolitik vorbehalten, während sich die Militärpolitik mit strategischen Konzepten für den Verteidigungsfall, mit Richtlinien für die Rüstungs- und Streitkräfteentwicklung und dergleichen beschäftigte. Dieses rein militärfachliche Denken in Verteidigungsfragen führte weiterhin ein gefährliches Eigenleben, dessen bedenklichster Aspekt in der Illusion besteht, auch unter den Bedingungen des Atomzeitalters einen Krieg



nach überkommenen militärischen Mustern vorbereiten und führen zu können. Dieses Denken wurde in militärischen Führungskreisen bis heute nicht überwunden. Natürlich zwangen die rasante militärtechnische Entwicklung, die Ausweitung militärischer Handlungsräume, die immer umfassendere Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher Reserven durch die Rüstungswirtschaft zur intensiveren Untersuchung sicherheitspolitischer Konsequenzen, die auch in Doktrinen Eingang fanden. Als solche sind zu zählen:

- Kriegsbildvorstellungen;
- Theorien der Gesamtverteidigung;
- Richtlinien für die Entwicklung von Rüstungen und Streitkräften;
- Strategische Konzepte.

Diese wurden in allen Bündnisländern, jene ohne oder mit nur kleinen Streitkräftekontingenten oder ohne eigene Rüstungswirtschaft ausgenommen, in amtlichen Richtlinien oder Gesetzen fixiert. Neben Fragen, die sich allen Staaten gleichermaßen stellen, wie z. B. die Haltung zur Führbarkeit oder Nichtakzeptanz eines Krieges mit Nuklearwaffen, werden die Überlegungen für sicherheitspolitische Gesamtkonzepte von den jeweiligen besonderen Interessen eines Landes bestimmt.

Solche sind bei Bündnispartnern in der NATO beispielsweise:

- Von der geschichtlichen Entwicklung der Länder bestimmte militärische Verpflichtungen, wie die Überseeinteressen Großbritanniens und Frankreichs;
- Der Besitz oder Nichtbesitz atomarer Waffen;
- Ihre Rolle auf dem europäischen Kriegsschauplatz;
- Das technische Niveau und ökonomische Potential der nationalen Rüstungsproduktion und deren internationaler Verbund.

Diese und andere Faktoren bewirken unterschiedliche Inhalte in den nationalen Konzepten. Das Erfordernis, die bündnisgemeinsamen

sicherheitspolitischen Ziele und Absichten zu bestimmen, führten zu einer Reihe von NATO-Konzepten.

Dazu zählen vor allem:

- Der Harmel-Bericht von 1967, in dem sich die NATO nach dem Prinzip "Sicherheit und Entspannung" zu Verhandlungen mit den Warschauer Pakt-Staaten bekennt;
- Die Washingtoner Erklärung über die West-Ost-Beziehungen von 1984;
- Das Strategische Konzept der "flexiblen Erwiderung" (Direktive MC 14/3).

Den Anforderungen eines sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts werden diese dennoch nicht gerecht. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Unterzeichnung des "Vertrages über die Beseitigung der Nuklearraketen mittlerer und kürzerer Reichweite" durch Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow im Dezember 1987 in Washington beklagten zahlreiche Regierungsvertreter von NATO-Staaten das Fehlen eines Abrüstungskonzepts der NATO. Einige forderten dringlich ein "Sicherheits- und abrüstungspolitisches Gesamtkonzept".

Wir gehen ebenfalls davon aus, daß es jetzt darauf ankommt, umfassende Sicherheitsstrategien zu entwickeln, die für beide Pakt-systeme verhandelbar sein müssen. Sie können entscheidend sein für die Vertrauensbildung. Denn nur unter der Vorgabe an Vertrauen können wir heutzutage darüber sprechen, das Blockdenken abzubauen und schließlich die gegeneinander gerichteten militärischen Systeme zu überwinden.

Ein Schritt auf dem Wege dahin wäre ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept des Bündnisses. Wir sollten uns keinesfalls von konservativen Meinungen abhalten lassen, die kategorisch erklären: "Die NATO braucht kein neues militärstrategisches Konzept".<sup>3</sup> Bei seiner Ausarbeitung ist natürlich zu fragen, ob in Washington konzipierte Doktrinen für europäische Verhältnisse brauchbar sind.



Zu überlegen ist, ob eine amerikanische Präsidentendirektive die Politik eines Bündnisses prägen kann, dessen Hauptfront in Europa, nicht in den USA liegt. Weiter ist zu prüfen, ob ein transatlantisches Bündnis es aushält, wenn die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich militärische Integrationsprozesse ansteuern, die innerhalb und außerhalb des Bündnisses als problematisch betrachtet werden.

Wir stellen fest, daß im Hinblick auf die Politik und Konzepte des NATO-Bündnisses mehr Fragen und Ungewißeheiten als klare Antworten und konstruktive Ansätze zu verzeichnen sind. So unterschiedlich die Motive der atlantischen Politiker sind, die ein Gesamtkonzept des Bündnisses fordern, so vielgestaltig sind auch die inhaltlichen Vorstellungen.

Wir meinen, daß dieses auf einige wesentliche Aspekte der Sicherheit des Bündnisses und seiner Beziehungen zum Warschauer Pakt Antwort geben sollte. Solche Grundpositionen könnten aus den nachstehenden Fragen abgeleitet werden:

- Wie beurteilt das Bündnis die Wahrscheinlichkeit des Entstehens von Konflikten und deren Charakter? Mit welchen politischen und militärischen Vorsorgemaßnahmen will es verhindern, daß solche zu Kriegen eskalieren? Welche militärischen Konflikte sind vorstellbar?
- Mit welchem abrüstungspolitischen Konzept gedenkt das Bündnis zu weiteren essentiellen Abrüstungsvereinbarungen mit dem Warschauer Pakt zu kommen?
- An welchem strategischen Konzept orientiert sich die Landesverteidigung der Mitgliedsländer in den nächsten Jahren?
- Wie werden die militärpolitischen Ziele und das militärische Potential des Warschauer Paktes beurteilt? Wovon sieht das Bündnis seine Sicherheit bedroht?
- An welchen Grundsätzen werden Umfang und Auftrag der Streitkräfte der Bündnisstaaten orientiert, ausgerüstet und ausgebildet?

- Welche rüstungspolitischen Ziele hat das Bündnis?
- Welche innergesellschaftlichen Aufgaben haben die Bündnisländer zur Sicherung der Landesverteidigung?

Aus den Antworten auf diese Fragen könnte ein Konsens im Bündnis über ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept hergestellt werden. Der Warschauer Pakt seinerseits wäre uns dann ergänzende Auskünfte schuldig. Der im Mai 1987 veröffentlichte Beschluß über die Militärdoktrin des Paktes enthält zwar Positionsbestimmungen und Absichtserklärungen über einige der von uns genannten Punkte. Weitergehende Inhalte, vor allem der sogenannten militärtechnischen Seite seiner Doktrin, bleiben vorerst im Dunkeln. Da die andere Seite ohne äußeren Zwang die Initiative zum ersten Schritt ergriff, ihre Militärdoktrin veröffentlichte und einen Dialog anstrebt, ist nunmehr die NATO zur Stellungnahme gefordert.

## 2. Das moderne Kriegsbild zwingt zum Dialog

Das künftige sicherheitspolitische Gesamtkonzept der NATO hat in verbindlicher Weise die Haltung der Bündnispartner zum Krieg und zur Rolle militärischer Gewalt in der Politik überhaupt zu bestimmen. Davon werden alle weiteren Aussagen dieses Konzeptes geleitet sein. Dies wäre auch das Kernproblem von Konsultationen mit dem Warschauer Pakt über Militärdoktrinen.

Wir, die Gruppe "GENERALE FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG", haben unseren gemeinsamen Standpunkt dazu bereits 1983 in unserem Buch "Generale gegen Nachrüstung" mitgeteilt. Für uns hat der Krieg aufgehört, ein Mittel zur Erreichung politischer Ziele zu sein. Das Bild eines möglichen Krieges zwischen den beiden Machtblöcken wäre auf jeden Fall vom Einsatz und den entsprechend verheerenden Folgen der Kernwaffen bestimmt. Diese stellen allein durch ihre Existenz die schwerste Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit dar. Dieser Erkenntnis können sich auch die Repräsentanten der beiden Führungsmächte nicht verschließen.



Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow haben bereits auf ihrem ersten Gipfeltreffen im November 1985 in Genf erklärt, daß ein Kernwaffenkrieg nicht entfesselt werden darf und daß es in ihm keine Sieger geben kann. Diese unzweideutige Verpflichtung zur Kriegsverhinderung fand Eingang in den Beschluß der Warschauer Pakt-Staaten über ihre Militärdoktrin vom Mai 1987 wie auch in den Text der NATO-Gipfelerklärung, der aussagt, daß jede Art von Krieg zu verhindern ist.

Dennoch sehen wir einen fundamentalen Widerspruch: Beide Bündnisse betrachten die Friedenssicherung als obersten sicherheitspolitischen Grundsatz und verstehen sich seit ihrer Gründung als Verteidigungsallianzen. Demgegenüber gingen und gehen ihre konkreten militärischen Planungen stets von der Vorbereitung auf die Führung eines Krieges aus und sehen offensive Operationen vor. Die gegenseitige Bedrohungsanalyse geht bis heute weniger von der Anerkennung der defensiv orientierten sicherheitspolitischen Absichten des potentiellen Gegners aus als vielmehr von seinen offensiven Optionen für den Kriegsfall.

Der erklärte politische Wille zur Friedenssicherung und der Verteidigungscharakter der Bündnisse werden weder von der einen noch von der anderen Seite genügend ernst genommen oder gar akzeptiert. NATO und Warschauer Pakt bezichtigen sich vielmehr unter Hinweis auf die beiderseitigen militärischen Vorbereitungen für den Kriegsfall und auf die offensiven Elemente der jeweiligen Militärstrategien gegenseitig aggressiver Absichten. Daraus wird die Schlußfolgerung abgeleitet, sich noch besser und umfassender auf den Kriegsfall vorzubereiten, was die gegenseitigen Bedrohungswahrnehmungen immer weiter verstärkt. Aus diesem Teufelskreis hat uns offensichtlich auch das Washingtoner Gipfeltreffen trotz INF-Vertrag noch nicht herausgebracht. Zu gering entwickelt ist noch das Bewußtsein, daß, unabhängig von unserer Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Bündnissystem, wir uns in erster Linie als Bewohner eines Planeten begreifen müssen, die die Verantwortung für seine Zukunft miteinander teilen. Die Widersprüche zwischen beiden gesellschaftlichen Systemen dürfen nicht zum Vorwand wechselseitiger und kollektiver Ausrottung genommen werden. Sie sollten vielmehr als Beweis vielfältiger Möglichkeiten der Menschheit zur Organisation ihrer sozialen

Existenz betrachtet und zur Grundlage einer konstruktiven Zusammenarbeit genommen werden. Verschiedene soziale Systeme bedeuten einen wachsenden Reichtum der Menschheit an sozialen Erfahrungen. Diese Erfahrungen werden wir zur Gestaltung unserer Zukunft benötigen. Vor diesem Hintergrund ist es unzulässig, mit Androhung militärischer Gewalt eine Konformität der Systeme erzwingen zu wollen. Entgegengesetzte politische und soziale Haltungen dürfen keine Feindschaften begründen und schon gar nicht den Versuch implizieren, mit militärischen Mitteln innergesellschaftliche Entwicklungen von Staaten beeinflussen oder korrigieren zu wollen.

Einer unserer sowjetischen Gesprächspartner auf internationalen Konferenzen ist Generalleutnant a.D. W. Petrenko. Wir unterstützen die von ihm vertretene Ansicht, daß die politischen Führer der Staaten beider Bündnisse zur Kriegsverhinderung und Abrüstung eine politische Übereinkunft erzielen sollten, die es ermöglicht, aus den militärischen Doktrinen das zu entfernen, was dem Verteidigungsbegriff nicht gerecht wird. Unsere Erwartungen, daß das Brüsseler Gipfeltreffen ein umfassendes und weiterreichendes sicherheitspolitisches Konzept beschließen würde, haben sich nicht erfüllt. Es verbleibt damit ein konzeptionelles Vakuum, das auszufüllen konservative Politiker und Militärs bestrebt sind. So wollen maßgebliche Führungskreise der Bündnisstaaten in Zukunft nach der Devise des Oberkommandierenden General Galvin verfahren, für jeden aus der "Mauer" nuklearer Abschreckung herausgefallenen Stein einen anderen wieder einzufügen. Nur so ist die energische Forderung der britischen Premierministerin Thatcher nach Modernisierung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu verstehen, da nach ihren Worten man niemanden mit veralteten Waffen abschrecken könne. Es grenzt schon an Zynische, hochwirksame nukleare Waffen, jede mit einer Vernichtungswirkung, die die aller im 2. Weltkrieg zur Explosion gebrachten herkömmlichen Sprengkörper zusammengekommen übertrifft, als "veraltet" zu bezeichnen. Ganz zu schweigen davon, daß die gegenwärtigen 88 Nuklearraketen vom Typ "Lance" in der BRD auf ca. 300 erhöht werden sollen.



Was die USA betrifft, so haben wir es mit einer recht widersprüchlichen Politik zu tun. Trotz richtiger Erkenntnisse des Präsidenten zu einigen Grundfragen des Nuklearzeitalters, scheuen sich er und andere, besonders konservative NATO-Politiker, daraus weitergehende Konsequenzen zu ziehen. Hier trifft Arthur Schlesingers Bewertung zu: "Die Grundthese der Außenpolitik Reagans lautet, daß militärische Stärke politische und diplomatische Stärke erzeugt. Es ist jedoch wahrscheinlicher, daß durch die Unterordnung der diplomatischen unter die militärischen Interessen Amerikas Einfluß in der ganzen Welt verringert wurde. Eine von Militärs und ideologischen Eiferern beherrschte Außenpolitik schmälert die Rolle von Verhandlungen und engt ihren Spielraum ein".<sup>4</sup> Diese Wertung trifft, mit Ausnahme einiger nationaler Positionen, auf die Bündnisstrategie zu. Dabei würde uns die Formulierung einer neuen, den Realitäten mehr Rechnung tragenden Sicherheitspolitik leichter fallen, wenn wir aufmerksamer und vorurteilsfreier zur Kenntnis nehmen würden, daß sich im strategischen Denken und in doktrinären Aussagen der Sowjetunion und ihrer Partner vieles in Bewegung befindet. In der Tat kollidierten in der Vergangenheit ihre politisch-programmatischen Bekenntnisse für eine atomwaffenfreie Welt mit ihren militärischen Vorstellungen von der Führ- und Gewinnbarkeit eines auch mit Nuklearwaffen geführten Krieges. Sich darauf noch heute zu beziehen, wie es die Iklé-Kommission bei der Begründung ihrer "integrierten Langzeitstrategie" tat, ist nicht nur Denkfaulheit. Hier offenbart sich der Unwille konservativer Leute, sich von einem politischen und militärischen Denkschema zu trennen, das die in den internationalen Beziehungen eingetretenen Veränderungen ignoriert. Korrekturen im sowjetischen strategischen Denken sind nicht nur kosmetischer Art oder dienen allein propagandistischen Absichten. Davon zeugen politische und militärische Entscheidungen der sowjetischen Führung, die schon substantiellen Charakter haben.

Solche sehen wir u. a.:

- in der Bereitschaft, ihrer Militärstrategie das Prinzip der "Suffizienz" zugrunde zu legen;

- im Verzicht der Sowjetunion, auf die amerikanische SDI-Herausforderung mit einem eigenen Weltraumrüstungsprogramm zu antworten;
- im einseitigen fast zwei Jahre durchgehaltenen Verzicht auf nukleare Testprogramme;
- im vorgezogenen Abzug der mit SS-12-Raketen ausgerüsteten Einheiten vom Gebiet der CSSR und DDR.

Die viel weitergehenden sowjetischen Vorschläge zur Liquidierung aller Nuklearwaffen können doch auf ihre Ehrlichkeit hin nur überprüft werden, wenn wir sie, ausgehend von den erwähnten tatsächlichen Verhaltensänderungen, beim Wort nehmen.

Der im Westen ungebrochene Glaube an die magische und wohltuende Wirkung von Kernwaffen auf die Erhaltung von Frieden und Sicherheit muß, natürlich in geeigneter Weise, sorgfältig und erfolgreich verändert werden. Unsere Regierungen müssen begreifen, daß, obwohl es 42 Jahre lang keinen Krieg gab, dies kein Beweis ist, daß das der Existenz der Kernwaffen geschuldet ist. Sicher dagegen ist, daß durch Kernwaffen Frieden und Sicherheit immer stärker bedroht sind. Darum sollte sich das Bündnis auf einige grundsätzliche neue Aussagen zur Nuklearpolitik einigen und diese in ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept aufnehmen.

Nach unserer Vorstellung müßten diese beinhalten:

- Bis zur Entwicklung stabiler Strukturen internationaler Zusammenarbeit, durch die das System wechselseitiger Abschreckung überwunden wird, sollten sich beide Bündnisse auf minimale Vorräte an Kernwaffen beschränken. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, daß Präsident Eisenhower den 1953 erreichten Stand an Kernwaffenvorräten (ca. 350 Sprengsätze) für die Abschreckung als völlig ausreichend betrachtete.



- Eine solche Welt mit wesentlich reduzierten Kernwaffenarsenalen macht ein System kosmischer Waffen völlig überflüssig. Das Festhalten an Plänen für eine Strategische Verteidigungsinitiative erweist sich viel mehr als ein Hindernis bei der Reduzierung nuklearer Potentiale und könnte einen Prozeß des Vor- und Nachrüstens im Kosmos einleiten, der als gemeinsames Gut der Menschheit ausschließlich friedlich genutzt werden sollte.
- Der Verzicht auf weitere Kernwaffenversuche würde bereits den weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau des Kernwaffenpotentials begrenzen. Nachdem die Sowjetunion ihre Bereitschaft hierzu unter Beweis gestellt hatte, sollte uns von diesem Schritt nichts mehr abhalten.
- Die NATO sollte den in ihrer Militärdoktrin ausgesprochenen Verzicht der Warschauer Pakt-Staaten, nicht als erste Kernwaffen einsetzen zu wollen, begrüßen. Sie erklärte ihrerseits, das Prinzip der Erstschlagsfähigkeit aufzugeben und fordert den Warschauer Pakt darüber hinaus auf, ebenfalls keine weiteren Optionen für einen "begrenzten nuklearen Krieg" in Europa mehr zu verfolgen.
- Mit der Sowjetunion sind weitere Verhandlungen zur schrittweisen Reduzierung von Kernwaffen aller Kategorien zu führen. Die NATO verzichtet ihrerseits völlig auf eine Kompensation vereinbarter Reduzierung durch andere nukleare Systeme und erwartet von den Warschauer Pakt-Staaten ein adäquates Verhalten.
- Vorrangig sollten jene Nuklearwaffen auf der Grundlage von internationalen Verträgen reduziert werden, die in Staaten stationiert wurden, die nicht Eigner dieser Waffensysteme sind.

- Im Zusammenhang mit weiteren Abrüstungsfortschritten sollten Großbritannien und Frankreich ihre Nuklearpotentiale ebenfalls in Verhandlungen einbringen und ihre Bereitschaft erklären, bis zu diesem Zeitpunkt ihre nuklearen Potentiale weder zu vermehren noch zu modernisieren.

Die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion sieht im Falle eines militärischen Konfliktes in Europa, der nach ihrem Selbstverständnis nur durch einen Angriff der Warschauer Pakt-Staaten ausgelöst werden würde, bekanntlich drei Reaktionsarten vor: die Direktverteidigung, die vorbedachte Eskalation und die allgemeine nukleare Reaktion. Die Direktverteidigung soll möglichst auf eine militärische Auseinandersetzung mit konventionellen Mitteln nach dem Prinzip der Vorneverteidigung begrenzt bleiben. Nun häufen sich in jüngster Zeit in der NATO Auffassungen, die nicht nur die Fähigkeit der NATO zur konventionellen Verteidigung mit zusätzlichen Rüstungsanstrengungen "wiederhergestellt" sehen wollen, sondern auch als Voraussetzung für weitere Abrüstungsübereinkünfte mit dem Osten vom Warschauer Pakt einen Abbau seiner "Invasionsfähigkeit" fordern.

In geradezu unverantwortlicher Weise wird in der "Erklärung der am Treffen des Nordatlantikrates am 2./3. März 1988 in Brüssel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs" behauptet: "Das Problem ist weitgehend eine Folge der Überlegenheit des Warschauer Paktes bei entscheidenden konventionellen Waffensystemen..." und weiter "Der Warschauer Pakt verfügt, gestützt auf die vorne dislozierten Streitkräfte der Sowjetunion, über die Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive".<sup>5</sup> Unter "Invasionsfähigkeit" wird die Fähigkeit des Warschauer Paktes verstanden, mit Erfolg einen konventionellen Angriff zur Inbesitznahme Westeuropas zu führen. Diese Annahme ist ausgesprochen absurd und erweist sich als Hemmnis für eine weiterführende Verständigung mit dem Warschauer Pakt.

Absurd in zweifacher Hinsicht:

- Das militärische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Bündnissen ist heute nahezu gleichgewichtig. Asymmetrien gibt es in quantitativer Hinsicht auf beiden Seiten und in qualitativer Hinsicht zu Gunsten der NATO. Den Nachweis haben wir mehrfach



in Memoranden und Sachbüchern angetreten. Damit besitzt der Warschauer Pakt kein solches "Invasionspotential".

- Das mit konventionellen Kampfhandlungen verbundene Vernichtungsausmaß der europäischen Zivilisation, das u. a. bestimmt wird von der Spezifik der Industrialisierung und der Wirkungsweise moderner konventioneller Waffen, macht jegliche politische Zielsetzung eines solchen Angriffs illusorisch. Selbst eine nur theoretisch denkbare Begrenzung auf konventionellen Waffeneinsatz würde ein tausendfaches Tschernobyl und mehrtausendfaches Bhopal auslösen, in dem Europa untergehen würde.

Die Fähigkeit dies zu erkennen, sollte man auch dem politischen Gegner zubilligen. Manipulationen mit solchen Begriffen zum Zwecke persönlicher Profilierung oder gar ihre Einführung in die Politik eines Staates oder Bündnisses sollten daher unterbleiben, da sie nicht nur vertrauensstörend, sondern sicherheitsgefährdend wirken.

Natürlich übersehen wir nicht, daß trotz gewachsener Verhandlungsbereitschaft beider Seiten überholte politische Ansprüche in grundsätzlichen Fragen fortbestehen. Das sind beispielsweise die Breshnew-Doktrin des Warschauer Paktes und die Reagan-Doktrin auf der westlichen Seite. Beide werden von der jeweiligen Gegenseite als unvereinbar mit einem Klima verständigungsbereiten Dialogs und der Zusammenarbeit angesehen. Auch wir betrachten die Breshnew-Doktrin als völlig unzeitgemäß, sehen allerdings in der gegenwärtigen Politik der Sowjetunion eine Tendenz zur Zurücknahme dieses Ordnungsanspruchs im eigenen Lager. Zugleich sehen wir einen wesentlichen Unterschied zur Reagan-Doktrin. Beanspruchte die Sowjetunion mit ihrer Doktrin, aus unserer Sicht ungerechtfertigterweise, das Recht, im eigenen Lager systemstabilisierend auch militärisch einzugreifen, so beanspruchen die USA mit der Reagan-Doktrin das Recht auf der anderen Seite, in Ländern mit kommunistischen Regierungen oder in mit den sozialistischen Staaten verbündeten/befreundeten Ländern einzugreifen um, wie Senator Richard G. Lugar meinte, "eine Umkehr der kommunistischen bzw. marxistischen Herrschaft... zu bewirken".<sup>6</sup> Ein Vergleich der beiderseitigen doktrinären Aussagen schließt ein, daß die NATO ihrerseits in einem

zu formulierenden sicherheitspolitischen Gesamtkonzept eindeutig erklären sollte, daß

- sie keine militärischen Programme verfolgt, die ähnlich der Reagan-Doktrin die Förderung militärischer Konflikte niedriger Intensität und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zum Inhalt haben;
- sie konventionell geführte Kriege in Europa für kein Mittel politischen Interessenausgleichs hält und deshalb für eine wesentliche Reduzierung herkömmlicher Rüstungen und Streitkräfte eintritt;
- kein NATO-Staat Gebietsansprüche an irgendein Land in und außerhalb Europas stellt;
- die Bündnispartner für eine Landesverteidigung eintreten, die in ihren strategischen Grundsätzen und militärischen Strukturen von einer konventionellen defensiven Bewaffnung ausgeht und daher ungeeignet ist, irgendeinen Nachbarstaat zu bedrohen oder Angriffsoperationen zu führen.

Ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept unseres Bündnisses müßte natürlich auch dem Anspruch gerecht werden, eine klare Antwort darauf zu geben, inwieweit und durch wen unsere Länder heute existentiell bedroht sind. Nur eine durch nüchterne Analyse aller realen ökonomischen, politischen und militärischen Fakten gewonnene Lagebeurteilung kann Grundlage für zukünftige Planungen im Bündnis sein. Die seit Jahrzehnten geübte Bedrohungsbeschreibung wird dem nicht gerecht. Sie wird, nach Georg F. Kennan, von Leuten bestimmt, "die das Gespenst eines großen furchterregenden äußeren Feindes, das sich nur mit riesigen militärischen Vorbereitungen und mächtigem Kriegsgetöse austreiben läßt" zeichnen, "wo künstlich geschaffene Bilder mehr gelten als Realitäten".<sup>7</sup>

General a.D. Nino Pasti hat erst im Herbst 1987 anhand amtlicher amerikanischer Quellen und Publikationen seriöser wissenschaftlicher Institutionen erneut nachgewiesen, daß z. B.



- die Militärausgaben der USA stets höher als die der Sowjetunion waren;
- die Militärausgaben der NATO seit 1976 um mehr als doppelt so hoch wie jene des Warschauer Paktes waren;
- fünf aufeinanderfolgende US-amerikanische Verteidigungsminister das strategische Atompotential der USA als dem der Sowjetunion überlegen bewerten;
- die Warschauer Pakt-Staaten auch über keine numerische Überlegenheit an konventionell gerüsteten Streitkräften gegenüber der NATO verfügen. Auf beiden Seiten gibt es Asymmetrien, zu deren Abbau sich die Sowjetunion bereit erklärte. Die NATO spricht hingegen nur von östlichen Asymmetrien.

Es ist befremdlich, wenn trotz dieser allgemeinen Gleichgewichtigkeit zwischen NATO und Warschauer Pakt und dem offensichtlichen Verzicht des Warschauer Paktes auf großräumige Angriffshandlungen in Europa von Politikern und Militärs leichtfertig die Mär einer bedrohlichen sowjetischen Überlegenheit verbreitet wird. Der Schaden solcherart manipulierte Feindbilder in den Denk- und Verhaltensweisen von Bürgern und Soldaten anrichten, ließe sich vielfach belegen. Doch entgegengesetzte politische und soziale Strukturen in den Ländern beider Pakte dürfen keine militärische Feindschaft begründen. Als Rechtfertigung für immer neue Rüstungsprogramme und Konfliktszenarien genommen, trüben sie den Blick für reale Chancen zur Abrüstung und Verständigung. Darum sollte die NATO das Bekenntnis der Warschauer Pakt-Staaten in ihrer Militärdoktrin ernst nehmen, daß der Pakt keinen Staat und kein Volk zum Feind hat.

Skeptiker werden sofort darauf verweisen, daß der bildungspolitische Alltag in Schulen und Streitkräften des Warschauer Paktes diesem Bekenntnis noch nicht entspricht. Das sollte uns nicht hindern, eigene bessere Traditionen des Umgangs mit dem Andersdenkenden aufzugreifen und realpolitische Sicherheitsanalysen anstatt manipulierte Feindbilder zur Grundlage unseres politischen Handelns zu machen. Unsere pluralistischen Gesellschaften mit ihren

erfolgreich praktizierten parlamentarischen Demokratien bieten dafür stabile Grundlagen. Das erkannte selbst der frühere Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, Georg Leber, der seinen Soldaten sagen ließ: "Der Wille zur Selbstbehauptung, notfalls zur bewaffneten Verteidigung der freiheitlichen Lebensweise, benötigt kein Feindbild."<sup>8</sup> Leider hat sich dieser Standpunkt weder in der Bundeswehr noch in den Streitkräften anderer Bündnispartner durchgesetzt. Konnte man vor 15 Jahren mit Georg Leber noch darüber streiten, ob es sinnvoll und der Wehrmotivation förderlich ist, so eindeutig auf ein Feindbild zu verzichten, so gibt es auch in dieser Hinsicht heute keine Wahl mehr. Das atomare Inferno kann nur gemeinsam verhindert werden. Gemeinsame Handlungen erfordern Kommunikation, Verständigung und keine entfremdenden, trennenden Feindbilder. Eine entschlossene Verteidigungsbereitschaft ist auch ohne Hilfe von Feindbildern möglich. Die Streitkräfte der neutralen Staaten in Europa beweisen es.

Ein zweiter Beweis ist der Austausch von Manöverbeobachtern auf der Grundlage der KSZE-Beschlüsse. Ihr Wert besteht nicht nur in der Vorortinspektion von Manöverzielen und -abläufen, sondern vor allem darin, daß man den bisher imaginären Offizier der anderen Seite als lebendigen, sachkundigen, gesprächsoffenen Partner kennenlernt. Als solchen erleben ihn nicht nur die unmittelbar betroffenen Soldaten, sondern mittels moderner Kommunikationsmittel auch weite Kreise der Bevölkerung der gastgebenden Länder. Die NATO sollte sich entschließen, in ihrer Programmatik auf bisher praktizierte Bedrohungsbilder zu verzichten.

Denkbar wären anstelle derselben:

- sicherheitspolitische Lagebeurteilungen, die das reale Kräfteverhältnis analysieren und Deutungen im Sinne des "worst case"-Denkens ausschließen;
- Klärung von Informationslücken über Stärken und Absichten der anderen Seite zunächst im direkten Gespräch mit dem Warschauer Pakt,
- Ersetzung von Konfliktszenarien durch Verhandlungsprogramme, die auf sicherheitspartnerschaftliche Lösungen mit der anderen Seite orientieren.



### 3. Für eine glaubwürdigere Verteidigung im Bündnis

Die Strategie der "flexiblen Erwiderung" ist seit 1967 verbindliche Bündnisdoktrin und soll es nach dem Willen des letzten Gipfeltreffens auch weiterhin sein. Dennoch gab und gibt es immer wieder Diskussionen um dieses Konzept, das ja wesentliche Aufgaben, Struktur und Ausrüstung der Bündnisstreitkräfte bestimmt. Entgegengesetzte Pole in dieser Strategiedebatte sind zur Zeit das Strategiepapier konservativer Kreise in den USA unter dem Titel "Discriminate Deterrence" einerseits sowie einige Entwürfe "Alternativer Strategien" andererseits, wie sie zumeist von Experten sozialistischer Parteien europäischer Bündnisländer vorgelegt wurden.

Diese Konzepte sind jedoch nur von geringem unmittelbaren Einfluß auf die gültige NATO-Strategie. Sie hat sich in den letzten Jahren vornehmlich infolge interner konzeptioneller Überlegungen der Regierungen der Führungsmächte und der NATO-Behörden weiterentwickelt. Kern des Konzepts der flexiblen Erwiderung blieb der Gedanke, den potentiellen Aggressor dadurch wirksam von möglichen Angriffsabsichten abzuschrecken, daß man ihm möglichst glaubhaft demonstriert, einen Krieg auf allen Ebenen wirksam führen zu können. Dadurch, daß man den potentiellen Gegner über die konkreten militärischen Reaktionen der NATO im Ungewissen läßt, soll dieser Abschreckungseffekt noch erhöht werden. Jedoch bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Strategie der flexiblen Erwiderung wurden massive Zweifel daran geäußert, ob die vorbedachte nukleare Eskalation eines Konfliktes das geeignete Mittel sei, um einen militärischen Konflikt in Europa unter für die NATO günstigen Bedingungen zu beenden. Ausgehend von unseren Erfahrungen, die wir in führenden militärischen Funktionen auf verschiedenen Ebenen der NATO-Strukturen sammeln konnten, bestreiten wir entschieden, daß in einem Krieg, in dem Nuklearwaffen zum Einsatz kommen, die Möglichkeiten zu einer gesteuerten Begrenzung des Konfliktes und zur vorbedachten Eskalation gegeben sind. Seiner Natur nach würde ein solcher Krieg, wie bereits erwähnt, außerordentlich rasch eskalieren und außer Kontrolle geraten.

Diese Sorge wird durch einige besorgniserregende Tendenzen in den westlichen strategischen Konzepten verstärkt.

- Zunächst ist eine stärkere Hinwendung zum Sieg-Postulat in konzeptionellen Vorstellungen von Bündnisrepräsentanten zu bemerken. Der Sieg über die gegnerischen militärischen Kräfte ist seit Jahrhunderten Inbegriff des Denkens und erstrebter Abschluß des Einsatzes von Streitkräften im Kriege. Die ritterliche Inbesitznahme des gegnerischen Feldzeichens als Ausdruck des Sieges in früheren Zeiten ist nun überhaupt nicht mehr mit einem "Sieg" im Atomkrieg zu vergleichen, der weithin mit der Vernichtung der menschlichen Zivilisation verbunden wäre. Dennoch fanden z. B. die oft zitierten Sieg-Postulate von Colin S. Gray Eingang in militärpolitische Richtlinien des Pentagon und geistern durch die Felddienstvorschriften fast aller NATO-Armeen.
- Ebenso beachtenswert ist die zunehmend offensive Auftragsgestaltung und Befähigung der Streitkräfte. Diese offensiven Fähigkeiten der Land- und Luftstreitkräfte sollen vor allem im Rahmen der Planungsrichtlinie zur Bekämpfung der Folgestaffeln des Warschauer Paktes (FOFA) verstärkt werden. Für die US-Streitkräfte sind diese Anforderungen im Airland-Battle-Konzept enthalten. Neben der offensiven Orientierung auf Schläge in die Tiefe des gegnerischen Hinterlandes ist darin auch ein frühzeitiger nuklearer Ersteinsatz vorgesehen. In Verfolgung dieser Offensivkonzepte sollen im Ernstfall in einer Tiefe bis zu 300 km 789 wichtige Objekte auf dem Territorium der Warschauer Pakt-Staaten DDR und CSSR bekämpft werden. Nach Zuführung entsprechend weitreichender neuer Waffensysteme und durch Einsatz der Luftstreitkräfte sollen im Ernstfall gar 2.683 Objekte in einer Tiefe bis zu 800 km wirksam getroffen werden.<sup>9</sup>
- Beängstigend ist weiter, in welchem Ausmaß ein übersteigertes Vernichtungsprinzip in militärische Planungen Eingang fand und weltweit das militärische Konfliktgeschehen beherrscht. Davon zeugen Atomkriegsszenarien, in denen bei 30 bis 50



Millionen Toten für die Sowjetunion oder die USA noch von hinnehmbarem Kriegsverlauf gesprochen wird, aber auch alle militärischen Konflikte von Vietnam über Afghanistan bis zum Nahostkrieg zwischen dem Irak und dem Iran.

Zum einen ist diese Entwicklung der Ideologisierung des Krieges, der Nichtakzeptanz des politischen und staatlichen Existenzrechts Andersdenkender geschuldet, zum anderen ist diese Erscheinung Ausdruck eines unbewältigten Mensch-Technik-Konflikts im Militärwesen. Mit dem gesteigerten technischen Leistungsvermögen der Waffen hielt das Kontroll- und Beherrschungsvermögen des Menschen über diese Vernichtungsmittel nicht Schritt.

Siegpostulat, Offensivdenken, Vernichtungsprinzip sind Grundkategorien militärischen Denkens, die in Planungen sowie Denk- und Verhaltensweisen der Soldaten stark vertreten sind. Diese und andere Tendenzen dürfen nicht weitergeführt werden. Deshalb muß ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept des Bündnisses dazu verbindlich Stellung nehmen, zur Korrektur von Fehlentwicklungen und für einen Dialog mit der anderen Seite geeignet sein.

Natürlich könnten wir auf Parallelentwicklungen im Warschauer Pakt verweisen. Auch seine Militärstrategie fordert die Zerschlagung der gegnerischen Kräfte, setzt also im Kriegsfall auf militärische Überlegenheit und Sieg. Wir sollten uns in unseren Absichten von der Tatsache bestärkt fühlen, daß seitens der Sowjetunion auch hierüber ein tiefes Nachdenken begann. Bereits seit Ende der 70er Jahre wiederholt die sowjetische Führung ihren Verzicht auf militärische Überlegenheit, und maßgebliche sowjetische Militärs schließen heute die Möglichkeit des Sieges in nuklear wie konventionell geführten militärischen Handlungen in Europa aus.

Noch weiter gehen die nordeuropäischen Staaten in ihren Verteidigungsdoktrinen. So verzichtet die finnische Führung in ihrer Verteidigungsplanung auf jegliche Siegoption, beschränkt sich völlig auf den Schutz ihrer Bevölkerung und der materiellen Werte des Landes im Rahmen der Staatsgrenzen. Ein eingedrungener Feind soll über diese zurückgeworfen, aber nicht in seiner staatlichen Existenz "zerschlagen" werden.

Außergewöhnliche Zeiten brauchen außergewöhnliche Männer. Diese haben wir in der NATO. Nur müssen sie sich von geschichtlichen Beispielen zum Handeln ermutigen lassen.

Als die "Strategie der massiven Vergeltung" in den 50er Jahren an die Grenze ihrer Abschreckungsmöglichkeiten stieß und umzuschlagen drohte in ein atomkriegsprovokierendes Instrumentarium, griff General M. Taylor zur Feder und begründete in seinem Buch "The uncertain trumpet" die Notwendigkeit einer neuen Strategie und lieferte mit ihm zugleich einen umsetzbaren Entwurf für eine solche.

Präsident Kennedy, der die Zeichen der Zeit verstand, bestätigte sie offiziell als "Strategie der abgestuften Abschreckung".

In ihren wesentlichen Bestandteilen wurde sie 1967 von der NATO übernommen und ist unter der Bezeichnung "Strategie der flexiblen Erwidern" noch heute verbindliche Bündnisdoktrin.

Eine gravierendere Umbruchsituation ist heute. Ideen, die dieser gerecht werden, gibt es. Es fehlt der entscheidende politische Anstoß zu ihrer Umsetzung. Die Überlegungen für ein sicherheitspolitisches Gesamtkonzept des Bündnisses sollten eine vorurteilsfreie Überprüfung vorliegender militärischer Defensivkonzepte einschließen.

Wir haben bereits in früheren Publikationen zu solchen Entwürfen Stellung genommen und eigene Vorschläge hinzugefügt. Wir sind der Meinung, daß gerade wir Soldaten wegen unserer Kenntnis der "Seele" des Krieges gefragt sind, wie man seinem verderbenbringenden Lauf heute Einhalt gebieten kann, ohne unsere Staaten schutzlos zu machen.

Oberstleutnant Nolte von der Führungsakademie der Bundeswehr versuchte diese neue politische Ethik des Soldaten wie folgt zu fassen: "Soldaten müssen sich vermehrt und erneut einem Denken in und Einstehen für Alternativen erschließen. Das Denken in Alternativen ist als Instrument der Entscheidungsfindung in Gefechtsführung unverzichtbares militärisches Handwerkszeug. Das persönliche Einstehen für alternative Vorstellungen zu Vorstellungen der Führung in Form aktenkundiger Niederlegung und Vorlage beim nächsthöheren Kommando war ein besonders tradierenswerter Rechtsanspruch und Haltungsanspruch an den Generalstabsoffizier von Reichswehr und Wehrmacht.



Die Verflechtung des Soldaten heute mit der Funktion sogenannter politischer Waffen, den Nuklearwaffen, muß angesichts heute auch politischer Mitverantwortung des Soldaten den Waffenbediener für Alternativen nicht nur sensibilisieren, sondern ihn nach Alternativen fragen lassen... . Nun steht ein dritter Schritt an, der Soldaten selbst Alternativen entwerfen läßt."<sup>10</sup>

Wir betrachten als wichtigste Grundsätze alternativer Verteidigung, an denen die heute gültige strategische Doktrin wie Verteidigungsstruktur der NATO überprüft werden sollten:

- Den Verzicht auf nukleare und chemische Waffen für das Gefechtsfeld.
- Die Orientierung künftiger Verteidigungsstrukturen der Bündnisarmeen am Prinzip der Minimalabschreckung und Hinlänglichkeit der Mittel. Die daraus resultierende Offensivunfähigkeit signalisiert dem potentiellen Gegner weitgehende Sicherheit vor einem Angriff und fordert ihn heraus, sich auf eigene Nichtangriffsfähigkeit zu beschränken.
- Modernste militärtechnische Entwicklungen begünstigen defensive Strategien und Verteidigungsstrukturen. Ihr Einsatz für abwehrstarke Strukturen und automatisierte Verteidigungsabschnitte wirkt hinreichend genug abhaltend auf einen potentiellen Gegner und verspricht den wirksamen Schutz von Bevölkerung und Wirtschaft.
- Die verbleibenden Kernwaffen strategischer Bestimmung wirken als politischer Faktor der Abschreckung. Diese Funktion macht bei gegebener defensiver Verteidigungsstruktur die heutige nukleare Triade überflüssig, da die Schutzgarantie der USA für ihre europäischen Partner durch engere politische Integration gegeben ist, und der heute vorgesehene Einsatz von Nuklearwaffen gegen Kräfte-massierungen, Führungszentren des Gegners etc. aufgrund beider-seits vorhandener Defensivstrukturen entfällt.

Seit dem Erscheinen erster alternativer Denkmodelle sind diese nicht nur Objekt kritischer Prüfung zum Zwecke weiterer Vervoll-

kommmung, sondern auch Angriffen konservativer Militärs ausgesetzt. Diese versuchen, die Undurchführbarkeit defensiver Verteidigungsstrategien und entsprechender Strukturen oft mit dem Hinweis auf ein weithin vorhandenes Offensivpotential des Warschauer Paktes nachzuweisen. In der Tat muß man eine gewisse einseitige Betrachtungsweise im Denkansatz mancher alternativer Modelle vermerken. Sie unterstellen dem Warschauer Pakt Unfähigkeit oder Unwillen, ebenfalls defensive Verteidigungsmodelle anzugehen. Daraus ergaben sich dann nicht selten unrealistische konzeptionelle Ansätze bis hin zu unzumutbarem Umfang und Kosten alternativer Verteidigungsstrukturen. Diesem Dilemma können wir nur entgehen, wenn defensive Verteidigungsmodelle mit dem Warschauer Pakt diskutiert und im Kontext mit weiteren Rüstungsreduzierungen parallel auf die Schaffung defensiver Verteidigungsstrukturen hingearbeitet wird.

Solche für einen Dialog geeigneten Ansätze in der Militärpolitik der Warschauer Pakt-Staaten sehen wir in folgendem:

- In der Budapester Erklärung des Paktes von Juni 1986, in der eine weitgehende Bereitschaft zur Reduzierung der konventionell gerüsteten Streitkräfte signalisiert wurde.
- In Aussagen höchster politischer Repräsentanten und hoher Militärs der Sowjetunion zu Gunsten defensiver Verteidigungsstrukturen. So begrüßte Generalsekretär Gorbatschow entsprechende Initiativen von BRD-Friedensforschern, und General a.D. Petrenko erklärte, daß man solche "reine Difensivstrukturen" schaffen muß, und schließlich bekennt sich die offizielle Militärdoktrin des Warschauer Paktes zur weiteren Ausprägung defensiver Strukturen der Streitkräfte.

Wenn in Gesprächen zwischen NATO und Warschauer Pakt diese Anzeichen weiter ergründet werden und in verbindliche Absprachen einmünden könnten, wären denkbare weitere Schritte in Richtung defensiver Verteidigungsstrukturen:



- Jedes Bündnis sollte planen, sich am besten weit hinter der Grenze im rückwärtigen Raum zu verteidigen. Auf diese Weise entstünde eine militärisch sterile oder ausgedünnte Zone, die etwa 150 km breit wäre. Zum Angriff geeignete Ausrüstung wie Panzer, Artillerie, Kampfhubschrauber, Brückenlegegerät und Depots wären aus dieser Zone herauszunehmen.
- Ein zweiter Schritt wäre in dieser Verteidigungszone eine weitere Reorganisation von Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte. Für raumgreifende Offensivhandlungen geeignete Waffensysteme wie Panzer und selbstfahrende Artillerie sollten durch "intelligente" Abwehrsysteme wie Panzerabwehrlenkraketen, modernste Zielerfassungssysteme und Sperrmittel ersetzt werden.
- Ein dritter Schritt wäre möglich, nachdem sich durch die Verwirklichung der beiden ersten und unter Einwirkung weiterer zu erwartender nuklearer Abrüstungsschritte und vertrauensbildender Maßnahmen ein größeres gegenseitiges Vertrauen herausgebildet hat. Dieser könnte dann eine wesentliche Reduzierung der konventionellen Potentiale bis zu einem Minimum vorsehen, das für den Grenzschutz ausreichen würde. Hieraus ergäbe sich eine Verringerung der Eskalationsrisiken des Landkrieges und infolge des Bedeutungsrückganges an transatlantischen Verstärkungen ebenfalls eine Abnahme der Bedeutung maritimer Bedrohungen und damit die Chance der Reduzierung der Seekriegsmittel.

Eine solche notwendige und unausweichliche Hinwendung zu defensiven Verteidigungsstrukturen bedarf auch frühzeitiger rüstungspolitische Weichenstellungen. Das um so mehr, da die Überleitungszeiträume moderner Waffensysteme von der Idee bis zur Einführung in die Truppe immer länger werden und sich heute im Schnitt auf mindestens 10 Jahre belaufen. Die strukturbestimmenden Waffen und Geräte für die Zeit nach der Jahrtausendwende entstehen bereits heute in den Konstruktionsbüros. Diese sind aber noch nicht an den Erfordernissen defensiver Verteidigungsstrukturen ausgerichtet, ohne zu übersehen, daß eine Vielzahl von Waffen sowohl defensiv wie offensiv verwendet werden können. Die Rüstungspolitik des Bündnisses



wird dennoch in ihrer politischen und technischen Zielsetzung bestimmt von bisher gültigen Grundsätzen. Diese orientieren sich an Offensivfähigkeiten unserer Streitkräfte und geben daher Systemen den Vorzug, für die es in Zukunft keine Verwendung mehr geben darf. Noch gilt das von Präsident Reagan formulierte rüstungspolitische Prinzip, bei Spitzentechnologien Überlegenheit über die andere Seite zu erzielen. Diese erstrebte Überlegenheit über den Warschauer Pakt, die insgeheime Hoffnung, die Sowjetunion im Rüstungswettlauf zum wirtschaftlichen Kollaps zu hetzen und die zusätzliche Konkurrenz mit den US-Rüstungszentren bestimmen auch die europäische Rüstungswirtschaft. Im Prinzip werden die Leistungsparameter strukturtypischer Waffensysteme fortgeschrieben und bestimmen weiterhin die Auftragsseiten der europäischen Rüstungsindustrie. Die Rüstungsprogramme der NATO enthalten auch für die nächsten Jahre die Beschaffung von Kampfpanzern, von schweren weittragenden Artilleriegeschützen, Kampfflugzeugen doppelter Verwendbarkeit, Flugzeugträgern, Zerstörern, raketentragenden U-Booten und dergleichen mehr. Waffensysteme, die für defensive Verteidigungsstrukturen nicht mehr oder nur noch in äußerst geringer Zahl benötigt werden. Wollen wir aus der sich stetig höher windenden Rüstungsspirale herauskommen, darf eine auf Landesverteidigung orientierte Rüstungspolitik ihre Perspektiven nicht mehr aus den gegenwärtigen überholten Verteidigungsstrukturen ableiten. Die zukünftige Rüstung muß sich bereits jetzt an neuen sicherheitspolitischen Grundsätzen orientieren. Solche sind:

- Die abrüstungspolitischen Ziele des Bündnisses, wie sie auf der Brüsseler Gipfelkonferenz für ein künftiges "Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung" genannt wurden
  - . eine 50%ige Reduzierung der strategischen nuklearen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion;
  - . die weltweite Beseitigung chemischer Waffen;
  - . die Herstellung eines stabilen und sicheren Niveaus konventioneller Streitkräfte durch die Beseitigung von Ungleichgewichten in ganz Europa;
  - . deutliche und überprüfbare Reduzierung amerikanischer und sowjetischer bodengestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite.

- Die Anforderungen künftiger defensiver Verteidigungsstrukturen mit ihrer völlig anderen Palette an Waffen und Geräten.

Der von diesen beiden Fakten vorgegebene Planungsrahmen, wobei nach unseren Vorstellungen die Abrüstungsschritte noch weiterreichen müßten, erfordert bereits in allernächster Zeit Konsequenzen in Forschung, Finanzierung und Produktionsstrukturen.

Wir wiederholen unsere bereits früher getroffene Einschätzung: Die europäische Industrie ist schon heute in der Lage, alle für defensive Verteidigungsstrukturen benötigten Waffensysteme zu entwickeln und zu liefern. Damit würde die Rüstungsindustrie einen maßgeblichen Beitrag leisten, um uns aus dem Teufelskreis von Drohung und Gegendrohung, aus dem Wettrüsten herauszubringen und zugleich mit den erforderlichen Waffen und Geräten künftige Verteidigung im Bündnis sichern helfen.

#### 4. Die nächsten Schritte

In führenden NATO-Kreisen war während des Brüsseler Gipfels die Rede davon, daß die Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts des Bündnisses ca. 2 Jahre beanspruchen werde. Diese Zeit müßte auch dem Warschauer Pakt genügen, um den von ihm vorgeschlagenen Doktrinvergleich zu konkretisieren. Dennoch lehnen wir jene Stimmen ab, die immer noch meinen, Militärdoktrinen seien im Gegensatz zu Abrüstungsschritten für Verhandlungen nicht geeignet. Natürlich darf man erste Konsultationen zu einem so diffizilen Gegenstand, wie sie der Warschauer Pakt im Mai 1987 angeboten hat, nicht mit Erwartungen belasten, die sie nicht erfüllen können. Gespräche dieser Art zwischen NATO und Warschauer Pakt, die wir entschieden befürworten, können zunächst nur die Aufgabe haben, den angestauten gegenseitigen Argwohn in bezug auf die gegenwärtig gültigen sicherheitspolitischen, strategischen und Operationskonzepte abzubauen und eine möglichst objektive Einschätzung der Absichten der Gegenseite zu ermöglichen. Allein schon das wäre von hohem Wert und könnte zu einem Mehr an Vertrauen, Sicherheit und Stabilität in Europa führen.

Wir könnten uns einen solchen Dialog in mehreren Etappen verlaufend vorstellen.

- Eine erste, sofort mögliche Gesprächsrunde von Experten würde dem Bekanntmachen mit den doch recht unterschiedlichen Auffassungen von sicherheitspolitischen Gesamtkonzepten dienen. Dabei käme es zu wesentlichen Klarstellungen inhaltlicher Aussagen, zum Ausräumen von Mißverständnissen und Fehldeutungen und so zu einem bemerkenswerten vertrauensbildenden Effekt. Flankiert werden könnten diese Expertengespräche durch einen Austausch von Offizieren und anderen Führungskräften beider Bündnisse. Wir halten z. B. einen Austausch auf der Ebene militärischer Hochschulen und Akademien auch für den Abbau von Feindbildern für sehr wesentlich. Die Entwicklung von Kontakten und der Austausch von Informationen unter Offizieren tragen dazu bei, Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der jeweils anderen Seite zu begründen, ein Unterlaufen von Abkommen über die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu erschweren und die Gefahr eines Überraschungsmoments auszuschließen. Zugleich könnte ein solcher vertrauensbildender Meinungsaustausch verhindern helfen, daß in die zu erarbeitenden sicherheitspolitischen Gesamtkonzepte konfrontativ oder provokativ wirkende Optionen einfließen.
- Eine zweite Etappe von Konsultationen zwischen den Bündnissen würde sich nach Fertigstellung der sicherheitspolitischen Gesamtkonzepte anbieten. Diese würden sich bereits inhaltlich konstruktiver mit der politischen Tragweite und den militärischen Konsequenzen beider Grundsatzdokumente beschäftigen können. Spezielle Expertenkommissionen könnten Einzelthemen behandeln und wo schon möglich, Empfehlungen für bündnisübergreifende Vereinbarungen geben. In diesem Stadium sollten neben den gemeinsamen Verpflichtungen, die sich aus den zwischenstaatlichen Abrüstungsvereinbarungen und den Empfehlungen der Europäischen Sicherheitskonferenz ergeben, weitere sich anbietende Bereiche gemeinsamen Handelns genutzt werden. Dafür bieten sich vor allem auch Einrichtungen der UNO an, wie die UNO überhaupt über Verlauf dieses Dialoges auf dem laufenden gehalten werden sollte. Die positiven



Erfahrungen mit dem Einsatz von UNO-Friedenstruppen lassen die Schlußfolgerung zu, daß bereits mit einem Bruchteil der heute für Streitkräfte und Rüstungen aufgewandten Mittel Möglichkeiten bestehen, durch einen von beiden Bündnissen geförderten Ausbau der UN-Friedenstruppe regionale Konflikte zu beseitigen bzw. zu begrenzen.

- Eine dritte Etappe könnte bereits auf einem vielfältigen und auf hohem und vertrauensvollem Niveau verlaufenden beständigen Dialog aufbauen. Nach den Prinzipien sicherheitspartnerschaftlicher Zusammenarbeit bestünde dann die Möglichkeit, ein gemeinsames Sicherheitskonzept mit Empfehlungen zu erarbeiten, wie parallel zum Abrüstungsprozeß die Staaten beider Bündnisse zu defensiven Sicherheitssystemen übergehen können.

Wir, die Gruppe "GENERALE FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG", sind überzeugt, daß dieser Weg gangbar ist und von uns allen gegangen werden muß. Wir möchten mit unseren Überlegungen dazu beitragen, daß unser Bündnis möglichst bald seine Vorstellungen von einem sicherheitspolitischen Gesamtkonzept vollendet und in den lebensnotwendigen Dialog mit dem Warschauer Pakt über den zukünftigen Beitrag der militärischen Landesverteidigung zur Bewahrung des Friedens eintritt.

# Anmerkungen:

1. Zitiert nach: Sergey Akhromeyov, The Doctrine of Averting War And Defending Peace And Socialism, in: World marxist review, Prag 1987, Heft 12, S. 40 f
2. Dieter Wellershoff, Sicherheitspolitik und Strategie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, München 1984, Heft 4, S. 201
3. Die Welt, Bonn vom 11. 12. 1987
4. Arthur Schlesinger Jr., A Demokrat Looks At Foreign Policy, Foreign Affairs, New York, Winter 1987/88, S. 276
5. Erklärung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel, in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 34/1988, S. 287
6. Richard G. Lugar, A Republican Looks At Foreign Policy, Foreign Affairs, New York, Winter 1987/88, S. 258
7. Die Zeit, Hamburg vom 29. 2. 1988
8. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Weißbuch 1973/1974, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1974, S. 51
9. Hans Joachim Belde, Aufklärung für FOFA fordert Weitsicht und Geschwindigkeit, in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, München 1986, Heft 12, S. 720
10. Wilhelm Nolte, Militärische Aspekte gemeinsamer Sicherheit. Können Soldaten Beiträge zu Gemeinsamer Sicherheit erbringen? in: Egön Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Dimensionen und Disziplinen Bd. II, Baden-Baden 1987, S. 302



**OCCASIONAL PAPERS**

**Nr. 7**

**MAJOR GENERAL (ret.)  
GÜNTER VOLLMER**

**STREITKRÄFTE IN DER  
ALTERNATIVEN VERTEIDIGUNG**

## Einleitung

Die Internationale Wehrkundetagung Ende Januar 1989 in München war die erste große Verständigungsrunde atlantischer Spitzenpolitiker und Verteidigungsexperten nach dem Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten. Mit besonderer Erwartung wurde dem Konferenzbeitrag von John Tower, dem damals designierten Verteidigungsminister der neuen Administration, entgegengesehen. Wer erwartet hatte, daß Präsident Reagans Mahnung in seiner Abschiedsrede an das amerikanische Volk, ein Atomkrieg läßt sich nicht begrenzen und sollte daher nicht geführt werden, zu neuen konzeptionellen Überlegungen im Verteidigungsmanagement der USA führen würde, sah sich enttäuscht. John Towers Kernaussagen, die Bedrohung durch die Sowjetunion habe sich nicht verringert, die Trumpfkarte der NATO liege in ihrer Entschlossenheit zur Modernisierung ihrer konventionellen und atomaren Streitkräfte und das Bündnis habe seine konventionellen Streitkräfte in den neunziger Jahren bedeutend zu verstärken, scheinen alle positiven Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen zu ignorieren. Zu befürchten ist, daß sich Tower eher von den Inhalten der "Discriminate Deterrence" hat leiten lassen, die eine US-amerikanische Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie unter Vorsitz von Fred Iklé im Januar 1988 für das Weiße Haus und das Pentagon entworfen hat.

Major General (ret.) Michiel H. von Meyenfeldt hat in einer Untersuchung aus europäischer Sicht dazu bereits kritisch Stellung genommen. Gewisse Personen in den USA werten derartige Stellungnahmen als anti-amerikanische Äußerungen.

Die Studie beinhaltet als strategisches Konzept unter anderem eine offensive Verteidigung sowie die Möglichkeiten von Invasionen und raumgreifenden Offensiven. Damit steht sie im Gegensatz zu den ursprünglichen Idealen der amerikanischen Demokratie, den ursprünglichen Zielen der NATO sowie den politischen Vorstellungen der europäischen Verbündeten der USA. Der Text der Studie steht diametral entgegengesetzt zu allen Äußerungen des derzeitigen Generalsekretärs der KPdSU Gorbatschow. Die Verwirklichung der Ideen würde ein neues, noch schlimmeres Wettrüsten als bisher in Gang setzen. Mit der Ausführung der in der Studie niedergelegten Gedankengänge würde das westliche Bündnis nicht von den Europäern sondern von den USA gesprengt. Kein europäisches Land - am wenigsten die Bundesrepublik Deutschland - kann sich mit solchen Überlegungen einverstanden er-

klären. Im Unterschied zum Auftreten der Bonner Regierungsvertreter, denen es angesichts bevorstehender Wahlen schwer fiel, ihre Zustimmung zur Modernisierung der Nuklearwaffen zurückzuhalten, machten Alfred Dregger und Egon Bahr auf die Gefahren eines solchen Kurses aufmerksam. Das Bündnis kann zum "ersten Mal in seiner Geschichte... in eine tödliche Krise geraten, wenn es sich als abrüstungsunfähig oder abrüstungsunwillig erweist," meinte Egon Bahr und erläuterte ein Streitkräftekonzept, das sich den Abrüstungszielen unterordnet und dessen "Ziel die Angriffsunfähigkeit ist."<sup>+</sup>)

Auch für Streitkräfte mit einem solchen defensiven Verteidigungsauftrag müssen rechtzeitig Konzeptionen erarbeitet und Waffen angeschafft werden. Allein durch diese Faktoren wirken sie direkt auf die Außenpolitik der Länder - oder auch der Bündnissysteme - ein. Hier soll versucht werden, die Frage zu beantworten, wie Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland aussehen müssen, die

- durch ihr Vorhandensein unseren Nachbarn nicht zugleich als eine potentielle Bedrohung erscheinen müssen, also keine Fähigkeit zum Angriff besitzen,
- in der Lage sind, unser Land und Volk verteidigen zu können, wenn wir trotz allem politischen Friedenswillen einer militärischen Pressure ausgesetzt werden,
- nicht mit solchen Waffen ausgerüstet werden, daß ein Angreifer zugleich mit der Beseitigung dieses Potentials die zu schützende Bevölkerung auslöscht.

Diese Grundsätze sind m. E. für alle Partner im westlichen Bündnis, aber auch für die Warschauer Paktstaaten relevant. Sollten letztere, wie in jüngster Zeit von mehreren Regierungen angekündigt, das Potential der WP-Streitkräfte einseitig reduzieren und entsprechende Umorganisationen vornehmen, würde dies nicht nur ein großer Schritt zu mehr Sicherheit in Gesamt-Europa und zur Beendigung des weltweiten Wettrüstens sein, sondern den Westen herausfordern, alternative Verteidigungskonzeptionen zu verwirklichen.

Mit meinen Skizzen für eine alternative Strategie und Organisation der Verteidigung soll und kann keine neue Kriegslehre aufgestellt werden. Es sollen eine Anzahl von Punkten dazu genannt werden, die

<sup>+</sup>) Egon Bahr: Das Bündnis und deutsche Interessen - Rede auf der Wehrkundetagung in München am 28. 1. 1989



aber m. E. bei einer Neuorganisation unserer Streitkräfte beachtet werden müssen. Denn außer den genannten Gesichtspunkten dürfen die Kosten für Aufstellen und Erhalten von Streitkräften nicht so ins Uferlose wachsen, daß eine Volkswirtschaft oder die von Völkern in einem Bündnis zerbricht. Auch darauf muß hingewiesen werden: Eine Umorganisation läßt sich nur über Jahre hin vollziehen. Ich halte eine Änderung für notwendig, damit unser Volk - und wohl auch alle um uns wohnenden Völker - eine Überlebenschance behält, falls doch einmal ein Fanatiker und Machtbesessener oder ein politischer Dummling uns in einen Krieg hineintreibt.

## 1. Für eine friedensbewahrende Landesverteidigung

Präsident Kennedy und Generalsekretär Chruschtschow waren die ersten Staatsmänner der USA und der Sowjetunion, die von der Möglichkeit eines nuklearen Schlagabtausches während der Kubakrise 1962 nicht nur zutiefst bestürzt waren. Sie überwandten alle Vorbehalte und vereinbarten eine Zurücknahme ihrer vorgeschobenen nuklearen Mittelstreckenraketen auf Kuba und in der Türkei. Dies war zwar noch kein Beginn der nuklearen Abrüstung, aber die Welt wurde vor einem möglichen nuklearen Inferno bewahrt. Dennoch entwickelte sich das nukleare Wettrüsten weiterhin schneller als die politische Vernunft. Weitere 25 Jahre vergingen, bevor Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow im Dezember 1987 mit dem Vertrag zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen (INF) einen ersten Abrüstungsschritt riskierten. Dabei ist seit langem bewiesen:

- Atomkriege sind nicht mehr führbar, da sie die menschliche Zivilisation insgesamt bedrohen. Bereits 10 Atomdetonationen auf dem Territorium der BRD, würden in unserem Land alle gesellschaftlichen Lebensfunktionen auslöschen.
- Konventionelle Kriege sind im hochindustrialisierten Mitteleuropa ebenso unvorstellbar. Die Zerstörung bzw. Beschädigung von hundert Kernkraft- und Chemieanlagen führt zu Folgewirkungen, die denen eines Atomkrieges gleichen würden.

Es zeugt vom Denken in den Kategorien des Zweiten Weltkrieges, wenn die NATO dennoch Kriegführungsvarianten entwirft, nach denen mit "tiefen Schlägen" unter beabsichtigtem Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen die Warschauer Paktstaaten in einem möglichen Konflikt "besiegt" werden sollen. Diese der "Strategie der flexiblen Reaktion" zuzuordnenden Vorschriften wurden von den NATO-Führungsgremien ausdrücklich wieder bestätigt.

Die Gruppe "Generale für Frieden und Abrüstung" zählt seit vielen Jahren zu jenen Militärs und Politikwissenschaftlern, die aus der Einsicht in die Gefahren eines Krieges in Europa die Meinung vertreten, daß Landesverteidigung nur mit einer alternativen, den Einsatz von Atomwaffen ausschließenden Defensivstrategie und entsprechenden Streitkräften möglich ist.

Allgemeine Grundsätze sind nach unserer Meinung:

- Modern bewaffnete Streitkräfte in Europa, die auch ohne Atomwaffen für jeden eventuellen Aggressor einen hohen Abschreckungswert haben.
- Ausbau eindeutig auf die Verteidigung des eigenen Territoriums gerichteter Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die auf offensive weitreichende Waffen verzichten können.
- Ausbau der Heimatverteidigung mit Milizcharakter, die jedem Gegner eine militärische Inbesitznahme von Territorien und Objekten aussichtslos erscheinen lassen.

#### Moderne Waffenentwicklungen ermöglichen defensive Verteidigung

Den Streitkräften der Bundesrepublik ist von der Verfassung her ein reiner Verteidigungsauftrag gegeben; unberücksichtigt gelassen jene Tendenzen, die vom strategischen Denken unseres Hauptverbündeten, den USA, ausgehend, den Auftrag der Bundeswehr berühren. Dieser Verteidigungsauftrag der Verfassung bestimmt auch die Mittel, die der Soldat zur Erfüllung desselben braucht.

Ein Verteidiger benötigt andere Waffen als ein Angreifer. Der Aggressor will vorgehen. Dazu braucht er Waffen, die den Widerstand des Verteidigers brechen und die es ihm erlauben, schnell und ungefährdet für die eigenen Soldaten in das gegnerische Land einzubrechen. Der Verteidiger dagegen will sein Land und seine Bevölkerung vor diesem Vorgehen des Angreifers schützen. Er will dem Angreifer so viel Schaden zufügen, daß dieser in seinem Vorgehen gehindert wird. Dabei versucht er, den Schaden im eigenen Land und bei seiner Bevölkerung so gering wie möglich zu halten.

Betrachten wir die notwendige Waffenausstattung vom Auftrag der Bundeswehr her. Mit den vorhandenen infanteristischen Waffen, dem Maschinengewehr und dem automatischen Gewehr, ist ein Verteidiger dem infanteristischen Angreifer klar überlegen. Diese Waffen müssen nur taktisch richtig eingesetzt werden. Es gibt Beispiele, daß ein einziger Soldat in günstigem Gelände und gut ausgebauter Stellung einen Gegner bis zur Bataillonsstärke stundenlang aufgehalten hat. Noch immer ist für einen Verteidiger der *P a n z e r* das große Problem. Panzerdurchbrüche beim Gegner sind für alle Militärs unserer Erde immer noch der Traum vom Gefechtserfolg. Oft war ein Angreifer mit seinen Panzern in der Lage, die vorderen



Linien des Verteidigers niederzuwalzen und schnell in die Tiefe des gegnerischen Territoriums vorzustoßen.

Der Verteidiger dagegen muß abwarten, wo der Angriffsschwerpunkt der anderen Seite liegen wird. Zu Beginn von Panzergefechten war er daher stets im Nachteil, da er seine Panzerabwehrwaffen gleichmäßig über die gesamte Breite des Verteidigungsgeländes verteilen mußte, während der Angreifer im ausgewählten Schwerpunkt sowohl seine Panzer als auch sein Feuer massieren konnte. Neben dieser nachteiligen Ausgangssituation hatte der Abwehrende bislang noch zwei weitere Nachteile. Erfolgversprechende Panzerabwehrwaffen waren zu groß und zu schwerfällig und damit im Duell Panzer - Panzerabwehrwaffe unterlegen. Dies dürfte einer der Gründe für die These gewesen sein, daß der Panzer die beste Abwehrwaffe gegen Panzer sei. Der weitere Nachteil lag darin, daß kleine und erfolgversprechende Abwehrwaffen sehr nah an den angreifenden Panzer herangebracht werden mußten. Für den weniger geschützten Verteidiger bestand dabei die Gefahr des Überrolltwerdens. Darum war bei einer Gegenüberstellung von Panzer und Panzerabwehr die Abwehr jahrzehntelang unterlegen.

Wir sind jedoch in ein Stadium technischer Entwicklung und bereits der Einführung neuer panzerbrechender Waffen in die Streitkräfte eingetreten, die das Verhältnis Panzer - Panzerabwehr umdrehen werden. Es handelt sich um die - so genannten - präzisionsgelenkten Waffensysteme, die das Gefechtsfeld der Zukunft bestimmen würden.

Die Entwicklung präzisionsgelenkter Munition - wie wir wohl präziser sagen müssen - revolutioniert das Verhindernkönnen von Kriegen. Sie setzte mit der Erfindung ungelenkter Raketen ein, die immer weiträumiger einsetzbar wurden. Im Zweiten Weltkrieg begannen sowohl die USA wie Deutschland, die seinerzeit bereits vorhandene Entwicklung von Lenkflugkörpern zu verbessern. Die ersten - nach heutigem Kenntnisstand noch primitiven - Waffen dieser Art wurden von den USA gegen Ziele des Deutschen Reiches am Ende dieses Krieges bereits eingesetzt. Auch drahtgelenkte Flugkörper wurden schon im Zweiten Weltkrieg entwickelt. So ließen die Deutschen den Flugkörper durch einen aus dem Heck sich abspulenden feinen Draht steuern. Der Schütze konnte damit die Abwehrrakete bis ins Ziel lenken. Im israelisch-arabischen Krieg von 1956 wurde eine derartige Rakete mit Erfolg gegen ältere Fahrzeuge mit leichter Panzerung eingesetzt. Bei diesem Lenksystem muß der Bedienungsmann sowohl den

Flugkörper als auch das Ziel im Auge behalten. Dabei machen natürlich schlechtes Wetter und Beschuß durch den Gegner die Treffermöglichkeit außerordentlich gering. Immerhin brachten im israelisch-arabischen Krieg von 1973 diese Waffen einen erheblichen Abwehrerfolg. Der hochbrisante Gefechtskopf konnte entweder von einem Infanteristen getragen oder auf ein Fahrzeug montiert ins Gefecht gebracht werden.

Den nächsten Entwicklungsschritt bildete die halbautomatische Lenkung der Panzerabwehrwaffen. Hierzu gehört z. B. die amerikanische TOW (Tube launched - Optically tracked - Wire-guided). Der Schütze brauchte nur noch das Ziel im Fadenkreuz seines Richtfernrohres zu behalten, um zu treffen. Ein neben der Richteinheit befindlicher Infrarotsensor verfolgt den Flug der Rakete. Die integrierte Richteinheit übermittelt elektrische Lenksignale durch den Lenkdraht und korrigiert automatisch alle Abweichungen zwischen Sichtlinie und Flugbahn. Als Nachteil bleibt jedoch weiter bestehen, daß der Lenkdraht durch gegnerisches Abwehrfeuer leicht beschädigt werden kann, und die Rakete damit ihr Ziel nicht erreicht.

Folgerichtig begann man nun, die Panzerabwehrwaffen nicht mehr über Draht, sondern über Funk zu lenken. Die neue Generation in der Panzerabwehr besteht aus automatisch gelenkten Waffen. Der Schütze braucht nun das Ziel nicht mehr bis zum Treffer im Auge zu behalten. Wenn er abgefeuert hat, ist seine Tätigkeit beendet.

Die USA haben heute für Flugkörper in eingeführten Waffen verschiedene Steuersysteme, die entweder

- mit Fernsehbildern,
- mit auf Wärmeabstrahlung des Ziels reagierenden Infrarotsensoren oder
- mit Laser-Markierungsstrahlen arbeiten.

Dazu sind größere Abmessungen der Flugkörper notwendig. Sie werden von Schiffen, Flugzeugen oder Hubschraubern abgeschossen.

In der Panzerabwehr ist die präzisionsgesteuerte Munition heute noch bei Nebel, Regen und Schnee in ihrer Treffsicherheit behindert. Aus diesem Grund wird wohl endgültig die Infrarot- und die Laser-version der Bildschirmversion vorgezogen werden. Da jedoch schon jetzt Treffsicherheit, Zuverlässigkeit und panzerbrechende Durch-

schlagskraft laufend verbessert werden, darf vorausgesagt werden, daß die präzisionsgelenkten Waffensysteme das Gefechtsbild der Zukunft bestimmen werden. Dies gilt auch hinsichtlich der niedrigen Kosten pro Schuß.

In Bälde dürfte eine sich selbststeuernde Panzerabwehrrakete mit Infrarotsensor zur Verfügung stehen. Das Geschöß wird eine Reichweite von zwei bis drei Kilometern haben und kann von der Schulter eines Schützen oder von einem Fahrzeug abgefeuert werden. Daneben werden für Entfernungen von fünf bis fünfzig Kilometern Geschosse entwickelt, die sich selbst lenken können und ein lasermarkiertes Ziel mit tödlicher Sicherheit treffen werden.

Die NATO-Partner entwickelten gemeinsam einen Mehrfachraketenwerfer MLRS (Multiple Launcher Rocket System), der 12 Raketen in einer Salve abschießen kann, von denen jede 600 Submunition enthält. Diese Projektile fallen auf ein Gebiet von ca. 200 Meter Durchmesser und durchschlagen leichte Panzerungen; das bedeutet: Die Panzer von oben.

Die zielgelenkten Systeme werden durch Verbesserungen der Sensoren für Infra- und Millimeterwellen noch zuverlässiger werden und unter wechselnden Gefechtsbedingungen einsatzfähig sein. Die Millimeterwellenkomponenten werden mit ihren scharf gebündelten Lenkstrahlen die Panzerabwehr in die Lage versetzen, auch aus entfernteren Stellungen den angreifenden Panzer bei jedem Wetter außer Gefecht zu setzen.

Hieraus ergibt sich, daß alles, was mit dem bloßen Auge gesehen werden kann, oder durch ein Radar- und Lenksystem - auch bei schlechtem Wetter oder bei Nacht - ausgemacht wird, getroffen wird. Aber nicht nur der angreifende Panzerverband wird damit im Feuer der Abwehr scheitern; auch im gegnerischen Hinterland werden alle auf engem Raum konzentrierten Truppen den Abwehrschlag des Verteidigers durch seine "intelligenten" Waffen zu befürchten haben.

Somit dürfte die Zukunft dem Verteidiger gehören. Er kann mit leichten, billig herzustellenden Waffen, die in großer Zahl beschafft werden können, alle teuren Panzerfahrzeuge zur Strecke bringen. Diese Waffen bieten einem Angreifer wenig neue Möglichkeiten. Sie können kaum genutzt werden, einen Bewegungskrieg besser führen zu können. Dagegen erlauben sie zum ersten Mal seit Jahr-



hundertern dem Verteidiger wieder, stärker als der Angreifer werden zu können. Wenn aber ein Angriff auf k e i n e n Fall mehr Erfolg verspricht, wird die Aggressionslust nachlassen, auch dann, wenn es nicht um Eroberung geht sondern nur darum, der anderen Seite seinen politischen Willen aufzwingen zu wollen. Diese Waffen könnten also - im Gegensatz zu den Massenvernichtungsmitteln - kriegshindernd wirken.

Die hiermit gemachten Aussagen gelten nicht nur für die Abwehr eines Angriffs zu Lande, sondern genau so für den See- und Luftkrieg. Im Jahre 1962 wurde der israelische Zerstörer "Elat" im Mittelmeer durch drei Treffer von raketengetriebenen Flugkörpern versenkt. Es handelt sich dabei um Raketen sowjetischer Bauart, die mit einem Hochbrisanzgefechtskopf ausgerüstet waren und sich selbst in das vom Radar erfaßte Ziel steuerten. Die Raketen waren von einem mehr als zehn Seemeilen entfernten ägyptischen mit nur zwei Raketenwerfern ausgestatteten 100 Tonnen-Schnellboot abgefeuert worden. Der 2500 Tonnen große Zerstörer wurde zum Untergang gebracht. Die Israelis und die Ägypter modernisierten danach sofort ihre Marine. Israel stellte seine verbliebenen Zerstörer außer Dienst und konzentrierte sich auf den Bau von Schnellbooten, die mit Lenkflugkörpern bestückt wurden. Ägypten kaufte entsprechende raketenbestückte Schnellboote und stellte die Masse seiner größeren Kriegsschiffe außer Dienst.

Der Falkland-Krieg, den Großbritannien gegen die Argentinier führte, bietet ein nächstes Beispiel. Die total kriegsunerfahrenen Argentinier brachten im Lufteinsatz einige französische Exocet-Raketen zum Einsatz. Dabei sank u. a. der britische Zerstörer "Sheffield", obwohl der Treffer durch eine Rakete, die mit einem Radarsuchkopf ausgestattet war, vielleicht nur zufällig geschah. Auch wenn diejenigen, die sich für den Erhalt von Groß-Schiff-Marinen einsetzen, nachträglich versuchten, diesen Treffer zu bagatellisieren, zeigt er, welche Möglichkeiten in der Verwendung derartiger Lenkflugkörper bestehen. Große Schiffe können durch eine einzige Rakete außer Gefecht gesetzt werden, die nur den Bruchteil der Herstellung des Schiffes kostet.

In der Luftabwehr stecken in der Verwendung von Lenkflugkörpern ebensolche großen Möglichkeiten. Wie der Einsatz der Stinger-

Raketen im Afghanistan-Konflikt zeigte, liegt die Treffergenauigkeit ähnlich hoch wie bei den Panzerabwehrraketen. Auch hier kostet die Defensivwaffe, die Abwehrrakete, nur den Bruchteil des Preises eines Kampfflugzeuges.

Die phantasielosen Vertreter einer Seekrieg- und Luftkriegführung in den Formen des Zweiten Weltkrieges übersehen geflissentlich die revolutionierende Wirkung neuer Waffenentwicklungen oder wollen diese ihren überholten Konzepten unterordnen. Beide Tendenzen sind im militärpolitischen Denken sehr gefährlich. Sie ignorieren die Gefahren, moderne Waffensysteme offensiv verwenden zu wollen und sind nicht selten Anstoß zu abenteuerlichen Entschlüssen in Politik und Militärwesen. Dem Verteidiger bietet die Nutzung präzisionsgeleiteter Waffensysteme hingegen ungeahnte Möglichkeiten und macht ihn, wenn er sie klug nutzt, zum Überlegenen. Dem Angreifer werden illusionslos alle Chancen auf erfolgreiche militärische Handlungen genommen. Je früher diese überlegene Stärke des Verteidigers über den Angreifer erkennbar wird, desto sicherer wird der Frieden.

#### Das Mensch-Technik-Verhältnis in der Landesverteidigung

Die Geschichte der Kriege lehrt uns bei allen militärischen Planungen, den Menschen als Mittelpunkt allen Verteidigungsgeschehens zu sehen. Er ist einerseits das zu schützende Subjekt und andererseits der agierende und sich wehrende Soldat. Natürlich ist immer die übergeordnete Frage jene nach dem Sinn des Einsatzes militärischer Gewalt und damit nach der Notwendigkeit, Menschen in Gefahr zu bringen. Wie oft wurden infolge von politischen Fehleinschätzungen militärische Konflikte, wie die Kriege in Vietnam, Afghanistan und um die Falklandinseln ausgelöst oder Gefechte und Operationen geführt, die unnötige Menschenopfer forderten. Aber auch unterhalb dieser Schwelle, im Frieden, gilt es, das Mensch-Technik-Verhältnis auf seine Folgen und Einwirkungen hin zu prüfen.

Die für unsere Zeit typische Technisierung aller Lebensbereiche erfaßt stärker als je zuvor auch den militärischen Sektor. Die einsetzbaren Kampfmittel werden komplizierter, ihre Vernichtungsmöglichkeiten nehmen zu. Die Anwendung der Mittel wird jedoch immer wahlloser gehandhabt. Während das Ziel von Kriegen bislang war,



die Überlegenheit über den Gegner zu erreichen und damit den Krieg zu beenden, tritt seit dem Zweiten Weltkrieg immer häufiger die wahllose Vernichtung der anderen Seite in den Vordergrund aller kriegerischen Handlungen. Ehemals gültige ethische Normen der Kriegführung werden verletzt. Mit der Steigerung der Reichweiten und Feuerkraft aller Waffenkategorien einher geht eine räumliche Trennung der kämpfenden Soldaten. Das "Sich aus dem Auge verlieren" führt zu einem Verlust an Gewissen und moralischen Hemmungen und zu einer brutaleren Kampfweise. Zerstören und Töten werden das erklärte Ziel. Davon werden in zahlreichen Armeen auch Ausbildung und Erziehung der Soldaten beeinflusst. Die Erziehung zum Killer wird, eingestanden oder nicht, das angestrebte Ausbildungsziel.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden Normen für alle Bürger unseres Staates festgesetzt, so auch die Wahrung der Würde des Menschen, seiner persönlichen Freiheit und die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Zu Beginn der Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte in den 50er Jahren sind deshalb die "Grundsätze der Inneren Führung" formuliert worden. Sie sind ein Ausfluß der im Grundgesetz festgehaltenen Richtlinien für den soldatischen Bereich. Somit ist die Innere Führung die Anleitung für Menschenführung in der Armee. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages hat den Auftrag, die Einhaltung dieser Grundsätze in der Bundeswehr zu überwachen.

Ich stelle mich nicht hinter die manchmal gehörte Kritik, daß die Grundsätze der Menschenführung in den deutschen Streitkräften zwar festgelegt wurden, daß die Praxis des Truppenalltags jedoch oft davon abweicht. Alle Ebenen der militärischen Hierarchie, besonders die oberste Führung, befassen sich zwar intensiv mit der Technik in den Streitkräften, der Mensch dagegen wird oft nur als ein notwendiges Übel angesehen, der eben zur Bedienung dieser Technik noch gebraucht wird.

Ich will dafür einige Beispiele anführen:

Umfragen in den Streitkräften belegen eine zunehmende Ablehnung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen und die Infragestellung



der Ausrüstung der Streitkräfte mit solchen. Dem Verteidigungsministerium liegt seit Anfang 1985 eine Studie des bundeswehreigenen Sozialwissenschaftlichen Instituts vor, die sich mit diesem Problem befaßte. In dieser Studie wurde die These aufgestellt: Nichts kann einen Krieg rechtfertigen, in dem Massenvernichtungsmittel eingesetzt werden. Nach einer Umfrage stimmten 83,5 % der Wehrpflichtigen, rund 70 % der Unteroffiziere und über 50 % der Offiziere dem zu.

Was kann eine unterschiedliche Betrachtung über die Notwendigkeit eines derartigen Einsatzes bedeuten? Diese Frage stellt sich natürlich im Fall einer atomaren Eskalation, wie in der NATO-Planung vorgesehen, in einem Verteidigungsfall. Die Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte wäre nicht mehr gegeben. Diese Einsatzfähigkeit wird aber von allen Ebenen der militärischen Hierarchie laufend gemeldet, ohne auf die wachsende Ablehnung des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln hinzuweisen. Ein Übergehen der Ansicht der Soldaten muß in einem Kriegsfall zum Zusammenbruch der gesamten Verteidigung führen. Entweder wissen also die Führer nicht, was die von ihnen Geführten denken oder sie übersehen diese Entwicklung geflissentlich. Ein Volk, das sich verteidigt, muß den Willen dazu haben. Die Verteidigungspolitik muß von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Schließlich geht es dabei nicht um Geschäfte oder um Macht, sondern um Leben und Tod. Wie kann diese Politik noch gewährleistet werden, wenn größere Teile der Soldaten sich beim Einsatz bestimmter Waffen versagen werden? Ein defensiver Verteidigungsauftrag und entsprechende Streitkräftestrukturen würden diesem Gewissenskonflikt und seinen politischen Folgen in den Streitkräften den Boden entziehen.

Ein weiterer ungelöster Widerspruch besteht in der Truppe darin, daß dienstpflichtige Soldaten in hochtechnisierten Spezialfunktionen des Feldheeres ausgebildet, später aber als Infanteristen der Territorialverteidigung zum Einsatz kommen. So kommen zwei Drittel der Soldaten der Territorialverteidigung von nichtinfanteristischen Truppengattungen, ja, sogar aus dem Reservistenpotential der Luftwaffe und der Marine. Diese jungen Männer werden während einer Wehrübung innerhalb von wenigen Stunden zu Infanteristen umgeschult, die gegebenenfalls sogar gegen luftgelandete Gegner im Hinterland eingesetzt werden sollen.

Kein Mensch würde darauf kommen, einen ausgebildeten Bäckerlehrling zum Beispiel als Schuster einzusetzen. Bei Soldaten, die ihre Aufgabe eventuell mit ihrem Leben bezahlen müssen, soll ähnliches möglich sein. Mir scheint, daß dies ein grober Verstoß gegen die einfachsten Regeln einer Menschenführung ist.

Schließlich beweist die gegenwärtige Art und Weise der Führung militärischer Verbände und Einheiten das unbewältigte Mensch-Technik-Verhältnis. Heute wird versucht, alle vorausschaubaren und berechenbaren Kriegshandlungen in Computer einzugeben. Man glaubt, Truppen damit schneller einsetzen zu können. Die Folge ist eine totale Zentralisierung der Truppenführung. Man nimmt an, daß von einer zentralen Führungsstelle aus das gesamte Kampfgeschehen gesteuert werden kann.

Wenn Vernichtung der Zweck eines Krieges ist, läßt sich eine militärische Organisation in diesem Sinne aufbauen. Die bereits im Frieden zu planende Beseitigung ganzer Städte sowie die Vernichtung der politischen und militärischen Führungszentren des Gegners durch Bomber- und Raketenangriffe läßt sich mittels Computer auf diese Weise vorbereiten. So planen die USA auf strategischer Ebene (SIOP) und die NATO für Operationen auf dem europäischen Kriegsschauplatz (FOFA).

Bei einem Verteidigungskampf, der einem Gegner das Vordringen auf eigenes Territorium verwehren bzw. eingedrungene Feindkräfte zurückdrängen soll, wird sich die Verteidigung in tausenden und hunderttausenden einzelnen Handlungen verwirklichen. Unter diesen Umständen muß eine totale, technisch abgestützte zentrale Führung nach kurzer Zeit versagen. Die Verteidigung eines Volkes und seines Territoriums kann mit Erfolg nur dezentral durchgeführt werden, weil die zahllosen Einzelentscheidungen des Verteidigers nur vor Ort gefällt werden können. Einer zentralen Führungsstelle dürften nach Stunden - spätestens nach 2 bis 3 Tagen - entscheidende Daten über die eigenen Truppen und erst recht über die des Gegners fehlen. Fehlende Daten müssen aber zu Fehlentscheidungen führen.

In der Verteidigung, und solche ist nur mit defensiven Strukturen und Mitteln sinnvoll, muß eine wachsende Technik mit großer Vorsicht verwendet werden, wenn sie nicht dazu führen soll, daß Feind und Freund nur noch umgebracht werden. Der Versuch, moderne technische Mittel, nur weil sie vorhanden sind, zur Führung von Truppen auf dem Land einzusetzen, ist sinnlos.

Die vorgestellten Beispiele, und nur solche sind es, verdeutlichen die ganze Problematik des Mensch-Technik-Verhältnisses in den Streitkräften. Das Festhalten an überholten militärischen Grundsätzen verschärft die Problematik und ändert den Geist in unseren Streitkräften so, daß die Technik wichtiger als der Mensch erscheint. Wir übernehmen zum Beispiel von unseren Verbündeten zu berechnen, welche Waffen beim Einsatz wieviel Menschen des Gegners töten werden. Daraus will man folgern, wann man überlegen sein wird. Der Mensch ist eine Zahl geworden. Man glaubt, einfach nur noch die eigenen und die gegnerischen Zahlen an Menschen, Waffen und Material gegenseitig aufrechnen zu müssen, um feststellen zu können, wer stärker ist oder sein wird.

Das ist Materialismus in Reinkultur. Der Mensch existiert in diesen Vorstellungen nur noch als ein Stück - wie die Waffe. Der Mensch seine Fähigkeiten und sein Können hat im Zentrum aller Verteidigungsüberlegungen zu stehen - nicht das technische Hilfsmittel. Dem haben künftige defensive Verteidigungsstrukturen Rechnung zu tragen.

## 2. Alternative Verteidigung und Wehrverfassung

Unser Überlebensinteresse und die militärgeographische Lage lassen der Bundesrepublik für die Zukunft keine andere Wahl, als eine eindeutig defensiv orientierte Landesverteidigung. Das heißt, wir greifen erst dann zu den Waffen, wenn ein Fremder uns Gewalt antun will und unsere Grenzen überschreitet. Der Aggressor würde damit vor aller Welt als solcher gekennzeichnet.

Wir wehren uns auf dem Territorium unseres Staates und marschieren nicht zum Gegenangriff in fremde Länder ein. Unsere Verteidigungsform bleibt eine passive militärische Tätigkeit; ihr Ziel ist es, den Angriff des Gegners in unserem Land versickern zu lassen. Der Aggressor wird dabei in kurzer Zeit erkennen, daß er seine überlebenden Soldaten zurückziehen muß, wenn nicht die gesamte Truppe vernichtet werden soll.

Mit Sicherheit werden die Vertreter einer sogenannten klassischen Kriegführung diese Überlegungen am heftigsten kritisieren, da nach ihren erlernten Vorstellungen eine Verteidigung erfolgreich nur im



Gegenangriff enden kann. Sie sollten einmal die vielen Kriege studieren, die in den letzten zweihundert Jahren außerhalb der zwei Weltkriege stattfanden. Danach werden sie verstehen, daß meist nicht der Sieg auf dem Kampffeld, sondern das Durchstehen und Überleben den endgültigen Erfolg brachte.

Die Abwehr eines Aggressors beginnt an der Grenze. Sie erfolgt in zahllosen Einzelgefechten durch kleine Kampfgruppen, die mit präzisionsgelenkten Panzerabwehrwaffen ausgestattet sind. Man sollte sich das Territorium der Bundesrepublik in vielfältige Planquadrate aufgeteilt vorstellen; in jedem dieser Verteidigungsräume existieren ortsansässige Verteidigungsgruppen, die bereits im Frieden im Rahmen ihrer Ausbildung den notwendigen Ausbau ihrer Abwehrstellungen vorbereiteten und ihren Verteidigungsbereich genau kennen.

Alle Gruppen wehren sich; ihr Hauptaugenmerk richtet sich auf die Vernichtung der angreifenden Panzer. Mit ihren starken, treffsicheren Abwehrwaffen vernichten sie eine Anzahl angreifender Panzer. Vor starker Übermacht ziehen sie sich zurück. Der nachstoßende Angreifer stößt immer wieder auf neue, frische Kampfgruppen, die nach dem gleichen Prinzip kämpfen. Jede neue am Abwehrkampf teilnehmende Gruppe bringt dem Aggressor neue Verluste bei. Der Angriff des Gegners erlahmt schließlich.

Der Ausbau der Verteidigungsräume richtet sich nach dem Gelände. Er wird in der Ebene der Lüneburger Heide anders aussehen als etwa im Bayrischen Wald.

Der geschilderte Abwehrkampf stützt sich auf ein alle Kampfgruppen verbindendes Fernmeldenetz. Es wird - soweit es bodenständig ausgebaut werden muß - im Frieden erstellt. Im Rahmen der territorialen Verteidigung existieren bereits nutzbare Einrichtungen. Parallel zu den aufzustellenden Kampfgruppen und zu errichtendem Fernmeldenetz müssen Feuerlenkstellen der Raketen-Artillerie aufgebaut werden.

Eine starke Artillerie ist das Rückgrat der Verteidigung. Diese Truppengattung wird ausschließlich nur noch mit Raketen und Lenk-raketen ausgestattet. Sie bleibt im rückwärtigen Raum der Bundesrepublik stationiert. Es handelt sich um weitreichende Artillerie. Das zusammengefaßte Feuer wird jeweils durch Feuerlenkstellen auf erkannte Ziele gelenkt. Die Artillerie sollte beweglich ausgerüstet bleiben, damit ein Aggressor nicht schon im Frieden ihre Feuerstel-

lungen ausmachen kann. Jedoch können Stellungen vermessen, vorbereitet und getarnt werden. Das ganze Gebiet der Bundesrepublik ist ein Verteidigungsraum. Kampfgruppen, die der Übermacht weichen müssen ziehen sich zurück und tauchen vorübergehend unter. Ortschaften eignen sich für diese Art des Verschwindens besonders.

Der Abwehrkampf wird Tag und Nacht geführt. Die Panzer des Angreifers dürften durch die Abwehr des Verteidigers mit "intelligenten" Waffen in kurzer Zeit liegen geblieben bzw. ausgebrannt sein. Ansammlungen des Angreifers werden im freien Gelände durch zusammengefaßtes Feuer der Artillerie und durch den Einsatz von Marschflugkörpern mit konventionellen Köpfen zerschlagen. In Ortschaften eingedrungener Gegner wird in Einzelkämpfen - besonders in der Nacht - bekämpft. Der Aggressor wird weder beim Essenfassen, beim Auftanken und Aufmunitionieren noch sonstwo in Ruhe gelassen. In großen Ortschaften nimmt der Abwehrkampf Guerilla-Kampfformen an. Untergetauchte Verteidiger geben aus den vorübergehend besetzten Gebieten laufend Nachrichten über die Situation und die Bewegungen der Eindringlinge.

Die Verteidigung splittert sich in tausende von Einzelkampfhandlungen auf. Es soll vermieden werden, Ziele für die schweren Waffen des Gegners zu bilden. Jede Verstrickung in Kämpfe nach den Beispielen der beiden Weltkriege muß vermieden werden. Durch die unzähligen Widerstandsnester, die von immer frischen Kampfgruppen gebildet werden, wird der Aggressor gezwungen, sich ununterbrochen neu zum Angriff zu gliedern. Damit bildet er Ziele für unsere abwehrende Artillerie.

Es wird wichtig sein, von Beginn der Aggression an die Reserven und Versorgungseinheiten des Angreifers in den Versammlungsräumen aufzuklären und mit Abwehrfeuer zu zerschlagen.

Das Ziel des Verteidigers ist, den Aggressor zum Rückzug zu zwingen. Hierbei soll der Abwehrende die geringstmöglichen Verluste an Menschen und möglichst wenig Zerstörungen im eigenen Land erleiden.

Auch ein Verteidigungskrieg würde von unserer von der Technik abhängigen Gesellschaft rasch zum Ruin allen normalen Lebens führen können. Wenn jedoch jeder einzelne bei einer Aggression direkt vom Krieg betroffen wird, sollte man alle Bürger in die Überlegungen für eine Abwehr einbeziehen und nicht - wie in den NATO-Übungen -

atavistisch darauf warten, daß sich möglicherweise Millionen unserer Bürger auf die Flucht begeben. Das Grundgesetz steht derartigen Verteidigungsüberlegungen nicht entgegen. In Artikel 12 unserer Verfassung heißt es: "Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden." In einem Verteidigungsfall gibt es unzählige Tätigkeiten, die Bürger unserer Republik auch ohne Waffe tun können. Darüber hinaus bin ich der Ansicht, daß die große Zahl von Kriegsdienstverweigerern zurückgehen wird, wenn internationale Verträge sicherstellen, daß auf unserem Territorium weder Massenvernichtungsmittel eingesetzt noch von unserem Land aus derartige Mittel gegen andere verwendet werden dürfen. Es ist in allererster Linie eine Sache der Deutschen, sich zu wehren und nicht die Aufgabe unserer Partner im Bündnis, uns verteidigen zu müssen. Über vierzig Jahre nach dem letzten großen Krieg in Europa ist es eine Phrase zu fordern, daß Verbündete ihre Truppen in unserem Land stehen lassen müssen, weil wir sonst unterlegen wären. Mit unseren Alliierten wäre nur abzusprechen, in welcher Form sie uns unterstützen können, wenn eine Aggression erfolgt. Der Abzug fremder Truppen auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze würde deeskalierend wirken und den Frieden in Europa sicherer machen - nicht umgekehrt.

Wie können nun Wille und Pflicht der Bürger zur Landesverteidigung unter den genannten Gesichtspunkten verwirklicht werden? In der Neuzeit benutzen Nationen, die im Frieden Streitkräfte für einen denkbaren Kriegsfall organisieren, drei Modelle:

#### Präsente Wehrpflichtstreitkräfte

Auf Grund der Wehrpflicht wird die Masse der männlichen Bevölkerung (in manchen Ländern auch die weibliche) zum Dienst im Frieden herangezogen. Die Soldaten werden ausgebildet und in sogenannten präsenten Verbänden eine Zeitlang in den Kasernen gehalten.

Präsente Streitkräfte - oder wie sie früher genannt wurden: Das stehende Heer - entstanden zu einer Zeit, als in Europa Fürsten regierten. Sie benötigten diese Form der Streitkraft, um jederzeit auf ihre bewaffnete Macht zurückgreifen zu können. Der Bürger ging zu jener Zeit auch im Kriegsfall seinen Geschäften nach und stand dem Fürsten für seine kriegerischen Unternehmungen nicht zur Verfügung.



Aber bereits im Unabhängigkeitskrieg der amerikanischen Armee (1775 - 1783) und in den Kriegen Frankreichs nach der französischen Revolution wurde das Prinzip des "stehenden Heeres" verlassen. Es wurden Streitkräfte aufgestellt, die geeignet waren, einen "Volkskrieg" zu führen.

In der Gegenwart sind präsenste Streitkräfte im Frieden ein Anachronismus. Sie sind nicht schneller einsatzbereit als vernünftig organisierte Miliz-Streitkräfte. Ihre Aufgabe im Kriegsfall können sie erst erfüllen, wenn sie entsprechend mit Reservisten aufgefüllt worden sind. In beiden Weltkriegen bestand bei uns Deutschen die kämpfende Truppe sehr schnell fast ausschließlich nur noch aus sogenannten Reservisten und aus kurz für ihren Einsatz ausgebildeten Bürgern.

Die Verantwortlichen für die deutschen Streitkräfte geben sich hinsichtlich einer raschen Einsatzfähigkeit einer Wehrpflichtarmee erheblichen Illusionen hin. In der Bundesrepublik wurde mit dieser Form nie eine auch nur annähernde Wehrgerechtigkeit erreicht. Die Dienstzeitdauer von Wehrpflichtigen und Ersatzdienstleistenden ist unterschiedlich und damit ungerecht. Ich halte diese Streitkraftform nicht für besonders geeignet, den Verteidigungsauftrag nach dem Grundgesetz erfüllen zu können.

### Berufsarmeen

In diesen bestehen die Streitkräfte ausschließlich aus Berufssoldaten. Hierzu werden auch solche Männer gezählt, die über einen längeren Zeitraum hinweg Dienst in den Streitkräften tun (in der Bundesrepublik: Zeitsoldaten). Berufsarmeen widersprechen dem Sinn einer demokratischen Gesellschaftsordnung. In einer Demokratie soll alle Bürger die gleichen Rechte haben; sie sollen aber auch die gleichen Pflichten erfüllen. Wenn unser Land angegriffen werden sollte, wehren sich alle Bürger. Das ist der eigentliche Sinn einer Wehrpflicht.

Eine Berufsarmee entwickelt sich sehr rasch zu einem Sonderorganismus, zu einem "Staat im Staate". In der Situation der Bundesrepublik käme hinzu, daß wir keine ausreichende Zahl von Freiwilligen zusammenbekämen, wie für die Verteidigung unseres Landes notwendig wäre. Die Kosten einer Armee, deren Soldaten diesen Beruf als Job

ausüben, liegen zudem bedeutend höher als bei einer Wehrpflichtarmee. Schließlich eignet sich diese Wehrform wohl für einen Einsatz in fremden Ländern, jedoch wenig für die Verteidigung des eigenen Landes und dessen Bevölkerung.

Diese Streitkraftform ist für die Erfüllung unseres Grundgesetzauftrages ungeeignet.

### Milizstreitkräfte

Sie bestehen in der Regel aus einem Ausbildungskader, das sind Berufssoldaten, die die Planung und die Ausbildung durchführen, und der Masse der Wehrpflichtigen. Die letzteren werden im Frieden nicht in Kasernen gehalten. Sie gehören jedoch zu einer bestimmten Einheit, die jederzeit aufgerufen und zusammengezogen werden kann. Milizstreitkräfte waren in Europa, insbesondere in den Ländern des Deutschen Reiches, lange Zeit die alleinige bewaffnete Macht. Sie waren billiger als die stehenden Heere, die sich nur die größeren deutschen Staaten leisten konnten. Bis in die Neuzeit hinein wird von vielen Deutschen diese Truppenstruktur ein wenig belächelt, die bei uns auf die Bürgerwehren und die Schützenformationen zurückzuführen ist. Noch in der Untersuchung der Wehrstrukturkommission von 1972/73, die von der Bundesregierung beauftragt war, Optionen zur Wehrstruktur vorzulegen, heißt es zur Wehrpflicht-Miliz schlicht und einfach: "Unsere sicherheitspolitische Lage und die Bündnisverpflichtungen erfordern eine beträchtliche Zahl von Verbänden, die am M-Tag präsent sind. Die Miliz genügt dieser Forderung nicht. Außerdem übersteigen die Kosten für die Ausrüstung einer Massenzmiliz bei weitem die finanziellen Möglichkeiten." Eine Begründung hierzu fehlt. Zwar wird in dem Bericht anschließend gefordert, daß zu prüfen sei, ob und in welcher Form eine kleinere Milizkomponente in der Bundeswehr zweckmäßig ist: "Dabei müsse untersucht werden: Die Stärke der Milizkomponente, ihre taktische Verwendbarkeit, ihre Kosten und - unter dem Gesichtspunkt der inneren Ordnung - ihre gesellschaftliche Problematik".<sup>+)</sup>

<sup>+)</sup>  Aus: Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Analyse und Optionen, 1972/73, Seite 30

Der Präsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr äußerte 1973 dazu in einem Vortrag, daß eine reine Milizlösung in Mitteleuropa nicht vertretbar sei. Zu den Vorschlägen der Kommission hinsichtlich einer kleineren Milizkomponente bei den deutschen Streitkräften meinte der Präsident, daß deren Abschreckungswirkung gering sei.

In Deutschland wird übersehen, daß zwei neutrale Staaten Europas sich Truppen in Milizform halten; die Schweiz in absoluter Form, Schweden mit seiner Heimwehr. Beide Staaten konnten sich aus den großen Kriegen dieses Jahrhunderts heraushalten. Selbst Hitler versuchte nicht, die Schweiz zu vereinnahmen. Die Abwehrkraft der Schweizer Miliz-Truppen ließ ihn davor zurückschrecken.

Miliztruppen besitzen viele Vorteile. Für die Verteidigung eignen sie sich besonders. Die Motivation der "Bürger-Soldaten" dürfte beim Einsatz zum Schutz ihrer engeren Heimat kaum überbietbar sein. Für Angriffsunternehmen sind Miliz-Soldaten zwar wenig verwendbar. Miliztruppen sind - großzügig gerechnet - spätestens in 72 Stunden zu einer Abwehr bereit. Ihre Präsenz ist damit mindestens so groß, wenn nicht größer, als die der Truppen der sogenannten Präsenten Bundeswehr.

Miliztruppen sind billiger als Truppen eines stehenden Heeres, wenn man sie mit defensiven Waffen ausstattet.

Die Ausbildungszeit der Milizsoldaten kann kurz gehalten werden. Damit entfällt das berüchtigte Gammeln, das in hochtechnisierten Verbänden eines kasernierten Heeres nicht zu umgehen ist. Die Wehrgerechtigkeit wird durchführbar. Ich würde dieses Problem lieber Verteidigungsdienstgerechtigkeit oder einfacher Dienstgerechtigkeit nennen, um den Ersatzdienst mit einbeziehen zu können. Diese Art des Dienstes kann selbstverständlich gewählt werden. Der Ersatzdienst umfaßt die gleiche Ausbildungszeit wie eine Ausbildung an den Waffen.

In einem denkbaren Verteidigungsfall muß vom Einsatz moderner Waffen und Geräte ausgegangen werden. Es gibt Waffensysteme, die eine sehr lange Ausbildungszeit erforderlich machen. Hierzu Milizsoldaten zu verwenden, wäre nicht vertretbar und unrentabel. Für bestimmte Waffen und Geräte braucht man somit Langdiener, also Berufssoldaten. Schätzungsweise wird die benötigte Zahl - ein-



schließlich der Kader für die Planung und Ausbildung - um einhunderttausend Mann liegen. Die anderen Teile der deutschen Streitkräfte können in Milizform organisiert werden. Sie sind für unsere Verteidigung optimal.

Ich möchte den Typus des Milizsoldaten kurz beleuchten. Die Mitglieder der o. g. Wehrstrukturkommission forderten doch, daß ihre gesellschaftliche Problematik unter dem Gesichtspunkt der inneren Ordnung untersucht werden müsse.

Der Milizionär ist in vieler Hinsicht das Gegenteil eines Berufssoldaten. Während letzterer seine Tätigkeit in den Streitkräften ausübt, weil sie sein Beruf ist, bleibt der Miliz-Soldat Bürger, der zwar kurz in einer soldatischen Tätigkeit ausgebildet wird, diese jedoch nur ausübt, wenn er sich notfalls wehren muß. Das geschieht ohne Gewalt. Hierin ähneln sich der Miliz-Soldat und der Wehrpflichtdienende während seines Grundwehrdienstes.

Sowohl beim Berufssoldaten wie beim Wehrpflichtigen im Grundwehrdienst wird versucht, eine bestimmte Spezies des Menschen heranzuziehen - den Soldaten im Gegensatz zum Zivilisten. Das gibt es beim Miliz-Soldaten nicht. Er bleibt der "Bürger", der nur an einer Waffe ausgebildet wird, um sich notfalls wehren zu können. Zum Berufssoldaten gehört der Drill an Waffen und Geräten. Drill gehört im gewissen Umfang zur Ausbildung der Wehrpflichtigen im Grundwehrdienst, auch wenn man sich scheut, den Ausdruck Drill zu verwenden. Beim Miliz-Soldaten muß wegen der Kürze der Ausbildungszeit gänzlich auf Drill verzichtet werden. Dafür muß dieser nachdenken und mitdenken können. In jeder Hinsicht entspricht der Miliz-Soldat dem Staatsbürger in Uniform, wie er von den Reformern in der Inneren Führung gefordert wurde, am meisten.

Bei Aufstellung einer Miliz-Streitkraft gibt es eine gesellschaftliche Problematik, die man - je nach Standpunkt - positiv oder negativ sehen kann. Es gibt Politiker, die ein Milizsystem ablehnen, weil das "Waffenmonopol des Staates" gelockert werden würde. Waffen könnten in die Hände von Gruppen kommen, die diese in die Lage versetzten, Spannungen in der Gesellschaft mit Waffengewalt auszutragen. Bei derartigen Erwägungen muß gefragt werden dürfen, vor wem wir mehr Angst haben sollen? Ist ein Aggressor, der dem Volk von außen Gewalt antun will, gefährlicher oder der

eigene Bürger, der mit einem entstandenen Gesellschaftszustand nicht mehr einverstanden ist? Ein Staat, der soziale Erschütterungen mehr als eine Aggression von außen fürchtet, ist auf Dauer nicht überlebensfähig. Der Zwang, sich mit den Fragen der Verteidigung befassen zu müssen, wie es der Miliz-Soldat zwangsläufig tun muß, würde die Menschen unseres Volkes dazu bringen, sich in Verteidigungsfragen - und damit auch in anderen Bereichen - nicht länger von irgendwelchen angeblichen Experten bestimmen zu lassen. Der Gedanke zum Beispiel, deutsche Soldaten eventuell am Persischen Golf einsetzen zu wollen, könnte von Politikern kaum noch laut geäußert werden.

Eine Miliz-Streitkraft kann jederzeit der äußeren Situation des Landes angepaßt werden, ohne dazu große Veränderungen vornehmen zu müssen. So kann es bei einem Milizsystem kein Aufheizen der außenpolitischen Lage durch eine Mobilmachung oder auch nur Teilmobilmachung geben, weil jedermann seine Heimat dort verteidigt, wo er wohnt.

Eine Milizarmee dürfte - im Gegensatz zu einem stehenden Heer - nur einen Bruchteil dessen kosten, was heute die Bundeswehr verschlingt. Zur Voraussetzung der weniger Kosten gehört selbstverständlich eine andere Organisation und eine auf den Verteidigungsauftrag zugeschnittene Bewaffnung.

Trotz weniger Kosten sowie dem Verzicht auf Massenvernichtungsmittel und überdimensionierte Waffensysteme dürfte unsere Sicherheit größer als derzeit werden. Nicht teure Waffen bringen den Völkern mehr Sicherheit, sondern der Wille der Bürger, bereit zu sein, ihre Art zu leben zu verteidigen.

In modernen Streitkräften werden neben der Masse kurz auszubildender Soldaten eine Anzahl Berufssoldaten gebraucht. Es gibt hochtechnische Geräte, zu deren rationeller Bedienung nicht nur eine lange Ausbildung, sondern auch eine große Erfahrung gehört. Beides würde einem kurz Auszubildenden fehlen.

Ich werde nachstehend versuchen, eine Aufgabenverteilung nach diesem Gesichtspunkt für den Miliz- und den Berufssoldaten vorzunehmen.

Neben dem Gesichtspunkt, sich erfolgreich wehren zu können, tritt noch die Überlegung, der anderen Seite eine Streitkraft gegenüber-

zustellen, die von ihrer Struktur und Ausstattung her nicht zum Angriff geeignet erscheint. Beide Faktoren lassen einen Milizsoldaten am besten als den kämpfenden Teil dieser Streitkraft erscheinen. Nur bestimmte Unterstützungskräfte werden aus Berufssoldaten bestehen müssen. Diese Kräfte würden jedoch nicht in der Lage sein, ohne die Miliz einen Verteidigungskampf führen, noch viel weniger angriffsfähig sein zu können. In einer so organisierten Streitkraft steckt somit - im Gegenteil zu der sogenannten präsenten - bereits ein beruhigendes Potential für zwei sich gegenüberstehende Gegner. Eine Milizorganisation unserer Streitkräfte sowie eine alternative Form der Verteidigung bringen einen weiteren Effekt. Im Frieden kann auf jede größere und großräumige Truppenübung verzichtet werden. Dies würde dem Steuerzahler jährlich große Summen ersparen. Das in allen großen Übungen enthaltene Drohgebaren, das mir ein Überbleibsel der Urinstinkte unserer Vorfahren zu sein scheint, kann abgebaut werden. Die Nervosität, die bei einem Abhalten von Großübungen auf der jeweils anderen Seite aufkommt, dürfte bei einem Verzicht darauf verschwinden.

### 3. Struktur und Organisation der alternativen Streitkräfte

Die Erörterung alternativer Streitkräfte begegnet in der Bundesrepublik vielen Zweifeln und stößt nicht selten auf offene Ablehnung. Zweifel und Sorgen leiten sich zumeist aus der Vorstellung ab, daß eine entsprechende Umbildung unserer Bundeswehr mit zu großen finanziellen Belastungen verbunden sei. Vorbehalte stützen sich vornehmlich auf die allgemeine These, defensiv geprägte Streitkräfte hätten gegenüber dem Potential des Warschauer Paktes keine Chance, unser Land sicher vor Aggressionen zu schützen. Alternative Verteidigung und die Bildung entsprechender Streitkräfte setzen jedoch nicht nur unsere Abkehr von bisher gültigen Militärkonzeptionen voraus; sie schließen auch die Erwartung ein, daß die Diskussion im Warschauer Pakt über seine Militärdoktrin nicht nur zu ähnlichen Konzeptkorrekturen, sondern auch zu überprüfbaren Veränderungen seines Potentials führt. Die Ankündigung mehrerer Warschauer Paktstaaten, ihre konventionellen Truppen und Rüstungen einseitig reduzieren und die Streitkräfte defensiv gestalten zu wollen, sind hoffnungsvolle Vorzeichen für eine solche Entwick-



lung. Damit erhöhen sich die Chancen für eine Streitkräfteorganisation, wie sie mir auch vorschwebt.

### Landstreitkräfte

Moderne Landstreitkräfte sollen in ihrer Gefechtsführung beweglich sein. Das bedeutet nicht, vollmotorisiert zu sein, um schnell überall hinfahren zu können. Diese Art von Beweglichkeit kann sich sogar unheilvoll auswirken. Ein motorisierter Verband, der durch den Druck des Angreifers zurückgedrängt wird, ist erfahrungsgemäß erst dann wieder zum Halten zu bringen, wenn der Angreifer auf-tanken muß. Beweglich kämpfen heißt wendig sein. Der Verteidiger soll sich in seinen Reaktionen rasch auf jede neue Situation einstellen können.

#### - Infanterie

Der sich verteidigende Kämpfer im eigentlichen Sinn ist der Infanterist. Man muß daher fragen, weshalb nach der NATO-Konzeption die Verteidigung Europas fast ausschließlich mit Panzer- und gepanzerten Verbänden erfolgen soll.

Die Erfahrung der letzten Kriege zeigt, daß, im Gegensatz zum Angriff, nicht der Großverband (Division, Korps und Armee) den Schwerpunkt der Abwehr bildet. Im Verteidigungskampf ist die kleine militärische Einheit der entscheidende Faktor. Bei diesem kommt es auf den Widerstandswillen des einzelnen Menschen, auf dessen Wendigkeit und Durchhaltekraft und weniger auf die Führungskunst der Strategen an. Der Schwerpunkt der infanteristischen Abwehr liegt somit bei den Gruppen, Zügen, Kompanien und ggf. noch bei den Bataillonen. Höhere Stäbe haben im weitesten Sinne nur Koordinierungsaufgaben.

Solange damit zu rechnen ist, daß ein Angreifer mit zahlreichen Panzern und gepanzerten Fahrzeugen in unser Land eindringen kann, werden die abwehrenden Truppen vor allem mit Panzerabwehr-Raketen auszurüsten sein. Deren Abschußgestelle sollten auf handelsübliche Kraftfahrzeuge montiert werden können und so leicht sein, daß sie notwendigenfalls nach Abschuß von mehreren Panzern fortgeworfen werden können. Ein unbemerkbares Absetzen der Kampfgruppen wird damit erleichtert. Da derartige Gestelle sehr billig herzustellen sind, wären für einen erneuten Einsatz andererseits nur neue Abschußgestelle bereit zu halten.

Für den Aufbau einer oberen Führungsorganisation eignet sich die bestehende territoriale Organisation der Bundeswehr. Sie deckt im Gegensatz zu den gedachten Verteidigungsstreifen im Rahmen der NATO-Strategie das gesamte Territorium der Bundesrepublik ab. Da eine Zusage der Bundesregierung besteht, der NATO 12 Großverbände - zur Zeit = 12 Divisionen - zur Verfügung zu stellen, ließe sich die Territorialorganisation sehr leicht auf 12 Kommandos erweitern.

Neben dem infanteristischen Teil, der von Milizsoldaten in ihren Heimaträumen gebildet wird und dessen Aufgabe es ist, den Infanterie- und Panzerangriff des Aggressors aufzufangen, werden einige weitere Komponenten (Truppengattungen) benötigt.

#### - Artillerie

Die sowjetischen Abwehr- (und Angriffs-) Erfolge während des Zweiten Weltkrieges waren nicht zuletzt auf den quantitativ und qualitativ starken Einsatz ihrer Artillerie zurückzuführen. Im Vergleich zur artilleristischen Ausstattung der Verbände der Warschauer-Pakt-Organisation ist diese Komponente wieder bei allen NATO-Verbänden vernachlässigt. Der Grund dafür dürfte sein, daß man insgeheim auf die Feuerkraft der taktischen Atomwaffen vertraut. Beim Aufbau einer alternativen Verteidigung darf dieser verhängnisvolle Fehler nicht wiederholt werden. Es wäre zweckmäßig, sich auf eine Raketenartillerie zu konzentrieren. Diese ist billiger als die Rohrartillerie. Sie ist mindestens genau so zielsicher und geeignet, sie gegen mögliche Infanteriemassen eines potentiellen Gegners einsetzen zu können. Hinzu kommt heute ein weiterer Vorteil: Eine Raketenartillerie kann ihr Feuer im Zielraum auf weite Entfernungen zusammenfassen. Ihre Stellungen können somit im rückwärtigen Abwehrraum verbleiben. Es muß nur sichergestellt sein, daß bei den abwehrenden Infanteristen genügend Feuerlenkgruppen abgestellt sind, die die notwendigen Feuerzusammenfassungen schnell veranlassen können.

Im Gegensatz zum reinen Milizcharakter der infanteristischen Einheiten dürfte es zweckmäßig sein, in dieser Truppengattung im Frieden einen Teil längerdienendes Personal zu halten. Die Teile der Artillerie, die mit technischen Systemen und unbemannten Lenkflugkörpern das Gefechtsfeld zu überwachen haben, werden mit Sicherheit aus Berufssoldaten bestehen müssen. Ähnliches kann für die

Werferführer und die Richtschützen gelten.

#### - Pioniere

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine große Anzahl Bau-firmen mit riesigen Maschinenparks. Da in einem Verteidigungsfall in kürzester Zeit alle Bürger direkt und indirekt vom Krieg betroffen sein dürften, wäre es die billigste Maßnahme, diese Firmen mit ihrem Personal und Material für Pionieraufgaben zu beordern. Hierzu brauchte es nur eines Gesetzes. Damit können im Verteidigungsfall alle Aufgaben, die mit Maschinen erledigt werden müssen, von diesen Truppen (Firmen) getätigt werden. Einfache Pionieraufgaben kann der infanteristische Milizsoldat selber erledigen.

#### - Aufklärungstruppe

Es sollte gesondert untersucht werden, inwieweit neben den vorhandenen Systemen zur Gefechtsfeldüberwachung eine fahrende Aufklärungstruppe noch notwendig ist. Bejahendenfalls könnte der Bundesgrenzschutz dazu herangezogen werden. Dieser hat im Frieden die Aufgabe der Überwachung unserer Staatsgrenzen. Im Verteidigungsfall fällt diese Aufgabe fort. Somit kann den Einheiten des Grenzschutzes die Aufgabe der Aufklärung zugewiesen werden.

#### - Sanitätsdienst

In den kämpfenden Einheiten kann der Sanitätsdienst von Milizsoldaten durchgeführt werden. Ihre Ausbildung kann in enger Verbindung zu zivilen Organisationen erfolgen.

Das notwendige Netz fester Sanitätseinrichtungen sowie die Versorgung der Truppe mit Sanitätsmaterial sollte mit dem zivilen Krankenhausdienst verknüpft werden. In einem Verteidigungsfall dürfte nur wenig Unterschied zwischen verwundeten Soldaten und verwundenen Zivilpersonen gemacht werden können, wenn der Krieg auf unserem Boden stattfindet. Beide Personenkreise stehen mit Sicherheit unter dem Schutz des internationalen Roten Kreuzes.

#### - Fernmeldewesen

Die unzähligen kleinen Kampfgruppen, die selbständige Kampfaufträge zu erfüllen haben, können nur wirksam eingesetzt werden,



wenn das gesamte Territorium der Bundesrepublik durch ein überlagerndes Fernmeldenetz ergänzt wird. Es gibt für die im Abwehrkampf einzusetzenden Einheiten leicht tragbare und einfach zu bedienende Geräte. Jeder Soldat kann nach kurzer Einweisung diese Geräte bedienen. Es ist nur notwendig, diese Ausrüstungsgegenstände in ausreichendem Umfang zu beschaffen. Zusätzlich lassen sich eine Anzahl der Milizsoldaten für den Gebrauch von Fernmeldematerial gesondert ausbilden. In den von Kampfhandlungen nicht unmittelbar betroffenen Räumen kann das vorhandene bodenständige Fernmeldenetz genutzt werden. Die Zivilpersonen, die das Netz im Frieden bedienen, können für den Verteidigungsfall im Rahmen der Mobilisierungsplanung dafür vorgesehen werden.

### Luftstreitkräfte

In der deutschen Luftwaffe gibt es zwei KampfkompONENTEN: Den fliegerischen Dienst und den Flugabwehrraketendienst.

Kenner der Flugzeugentwicklung behaupten, daß von Menschen gesteuerte Kampfflugzeuge bereits heute überholt sind. Sie können durch Flugkörper (ohne Piloten) ersetzt werden, die den gleichen Zweck erfüllen. Moderne Kampfflugzeuge, wie etwa das Tornado-Flugzeug, sind zudem in der Anschaffung so teuer, daß eine für den Kampfeinsatz ausreichende Stückzahl nicht mehr beschafft werden kann. Der Einsatz dieser Flugzeuge mit konventioneller Bewaffnung wird daher unrentabel. So bleibt für derartige Flugzeuge nur noch die Aufgabe, Nuklearwaffen in den Gegner hineinzutragen. Da es im Sinn des Überlebens unserer Bevölkerung liegt, den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln in Europa zu ächten, brauchen wir die dazu vorzusehenden Flugsysteme nicht mehr.

Die Abwehr gegnerischer fliegender Angriffsverbände kann durch den Flugabwehrraketendienst erfolgen. Dieser ist auch dazu in der Lage, wenn er über modernste und einsatzfähige Systeme in ausreichender Stückzahl verfügt. Bei einem Verzicht auf die unerschwinglich teuer gewordenen Kampfflugzeuge dürfte die notwendige Zahl von Abwehrraketen angeschafft werden können.

Folgender Gesichtspunkt tritt hinzu: Wenn wir von der anderen Seite annehmen, daß sie uns derzeit mit Sicherheit nicht anzugreifen gedenkt, daß ihre Bewaffnung ihr jedoch die Fähigkeit da-

zu gibt, so gilt diese These natürlich genauso für uns. Mit Sicherheit kann man Kampfflugzeuge als Angriffswaffen bezeichnen. Also verzichten wir auf sie.

Inwieweit beim Stand der heutigen Satellitentechnik ein fliegerischer Aufklärungsdienst noch notwendig ist, bedarf einer speziellen Untersuchung. Das Personal an den Flugabwehrraketen und - wenn die Untersuchung ergibt, daß auch in Zukunft für bestimmte Aufgaben noch Flugzeuge benötigt werden - das Personal im fliegenden Dienst dürfte zum erheblichen Teil aus längerdienenden Soldaten bestehen müssen, da die Geräte sehr kompliziert sind und die Ausbildungszeit daran langfristig ist.

Der Luftwaffe sollten die fliegerischen und die Fliegerabwehrdienste, die heute bei Heer und Marine sind, zugeschlagen werden, soweit diese Dienste in einer alternativen Verteidigungsform benötigt werden. Dadurch können nebeneinander bestehende Ausbildungs- und Schulorganisationen aufgelöst werden. Hierbei handelt es sich um Transportflugzeuge sowie Flugzeuge und Hubschrauber, die für den Beobachtungs- und Verbindungsdienst gebraucht werden sowie um die Einheiten der Heeresflugabwehrtruppe.

Mit Sicherheit können die Panzerabwehrhubschrauber beim Heer fortfallen. Sie sind ein sehr kostspieliges Waffensystem. Bei einem Einsatz gegen gegnerische Panzerkräfte besitzen sie wenig Chancen des Überlebens, wenn - wie beim Ostblock - die Großverbände des Gegners unverhältnismäßig viel mehr Fliegerabwehrwaffen bei den Kampftruppen mitführen als sie je bei den westlichen Truppen vorgesehen sind. Noch weniger passen sie in die beabsichtigte Gefechtsführung einer alternativen Verteidigung.

Die leichten Luftabwehrraketen-Gruppen, deren Personal (heute meist Reservisten) aus Milizsoldaten rekrutiert werden kann, wären den kleinen Heereskampfgruppen zuzuordnen und damit über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik zu verteilen.

### Seestreitkräfte

Die deutsche Marine kann ihren Auftrag nur in Zusammenarbeit mit verbündeten Marinestreitkräften erfüllen. Sie soll eine Bedrohung der Landstreitkräfte von der Seeflanke her verhindern helfen, ins-

besondere auch die Inbesitznahme der Ost- und Nordseezugänge durch den Gegner. Zum anderen soll sie in der Lage sein, die unseren Küsten vorgelagerten Seegebiete der Nordsee - ebenfalls in Verbindung mit anderen Nordseeanrainern - zu behaupten. Gerade bei der zuletzt angeführten Aufgabe sollte man an eine Aufgabenverteilung zwischen uns und unseren europäischen Verbündeten denken.

Außer durch die Verminung der Ost- und Nordseezugänge kann ein Eindringen gegnerischer Seestreitkräfte in die Hoheitsgewässer der Bundesrepublik sowie mögliche Anlandungen an unseren Küsten am wirkungsvollsten durch mobile landgestützte Abwehrraketen ( z. B. Typ Exocet) erreicht werden.

Soweit für den Verteidigungsauftrag der Bundesrepublik Schiffseinheiten benötigt werden, sind die Marinesoldaten vorwiegend als Berufssoldaten heranzuziehen.

Nach den Erfahrungen beider Weltkriege scheint es wenig begründet, in der deutschen Marine Unterseeboote zu halten. Die Verluste dieser Boote standen in keinem Verhältnis zur Wahrscheinlichkeit, mit ihrem Einsatz den Krieg schneller zu beenden und den Friedenszustand wiederherzustellen. Die Ostsee ist wegen ihrer geringen Tiefe sowieso für einen Einsatz dieser Waffe wenig geeignet.

Für die Marine muß, wie für die beiden anderen Teilstreitkräfte, gelten, daß eine Aggression gegen uns aussichtslos erscheinen muß, daß wir jedoch bei der Abwehr so wenig wie möglich Verluste und Zerstörungen erleiden wollen.

#### Ausrüstung der Streitkräfte

Die Waffen, die für den infanteristischen Einsatz, die Panzer- und die Fliegerabwehr notwendig sind, habe ich bereits genannt. Ich wiederhole, weil es mir besonders wichtig erscheint: Die Raketenartillerie sollte mit weittragenden Werfern ausgestattet werden, um Feuerzusammenfassungen vor den oft weit auseinander kämpfenden Kampfgruppen zu ermöglichen. Es erscheint wahrscheinlich, daß eine Cruise-Missiles-Rakete mit konventionellem Kopf für die Abwehr besonders gut geeignet ist. Die Artillerie muß in der Lage sein, alle Massierungen des Aggressors vor den Widerstand leistenden Kampfgruppen zerschlagen zu können.



Im übrigen sollte gelten, daß auf Geräte zurückgegriffen wird, die auch in der zivilen Wirtschaft gebraucht werden. Das ist zweckmäßiger und wirtschaftlicher als - wie heute - für einen Verteidigungsfall benötigte Geräte über Jahrzehnte ungenutzt auf Lager zu halten. Fast alles, was über bestimmte Waffen hinaus in modernen Streitkräften gebraucht wird, wird in der Bundesrepublik hergestellt. Soweit eine Lagerhaltung notwendig ist, braucht durch Verordnungen nur festgelegt zu werden, welcher Prozentsatz der Produktion für welchen Zeitraum für die Streitkräfte abzuzweigen ist. Damit kann auch sichergestellt werden, daß nur neuestes Gerät zur Verfügung gehalten wird. Wenn dafür aus dem Verteidigungsetat Mittel für die Lagerhaltung bei der Industrie zur Verfügung stehen, ist das erheblich billiger, als eine eigene Lagerhaltung durch die Streitkräfte.

Ein Beispiel für diese Überlegung bietet die Nutzung von Kraftfahrzeugen. Die Bundesrepublik ist eines der Länder dieser Erde mit der größten Fahrzeugdichte. Sie besitzt eine über die ganze Fläche des Landes verstreute Automobil-Industrie. Das Straßennetz ist eines der dichtesten in allen Erdteilen. Es gibt kaum einen Punkt unseres Staates, der nicht bis auf 500 Meter mit einem handelsüblichen Fahrzeug erreicht werden kann. Somit ist es unsinnig und teuer, die Streitkräfte mit einem eigenen riesigen Wagenpark auszustatten. Dies gilt generell bis auf eine sehr kleine Zahl von Spezialfahrzeugen, was aber noch zu prüfen wäre.

In einem Verteidigungsfall dürfte der zivile Kfz-Verkehr sehr rasch stark eingeschränkt werden. Es ist daher bedeutend billiger, die Masse der für eine Verteidigung benötigten Kraftfahrzeuge durch eine mob-Gestellung heranzuziehen. Bei der in unserem Land vorhandenen Fahrzeugdichte wären die benötigten Kraftfahrzeuge überall "am Ort".

Zudem ließe sich ebenfalls gesetzlich regeln, daß die Kfz-Hersteller für einen Verteidigungsfall einen bestimmten Bestand an Fahrzeugen auf Lager zu halten haben.

### Instandsetzung und Nachschub

Bei Verwendung von Gerät, das sowieso auf dem zivilen Sektor genutzt wird, läßt sich die Instandsetzung - abgesehen von Spezialgeräten und einigen Waffen, die nicht von Firmen in der Bundesrepublik hergestellt werden - in zivilen Werkstätten durchführen. Wiederum am Beispiel von Kraftfahrzeugen soll dies erläutert werden.

Nach dem Beginn eines Verteidigungsfalles dürften zivile Instandsetzungskapazitäten - in einem Gefälle von der Seite des Angreifers her abnehmend - rasch ungenutzt bleiben. Sie können den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden. Es bedarf nur gewisser Regelungen, diese Kapazitäten auch im Frieden nutzen zu können. Eine Abstützung auf zivile Werkstätten dürfte weitaus billiger sein als die Aufrechterhaltung einer eigenen Organisation mit teuren Ersatzteilständen und enormen Lagerkosten. Auch der Nachschub an Kraftstoffen und Öl für die Streitkräfte kann vergleichsweise geregelt werden. Die übrig bleibende kleine Logistikkomponente läßt sich an die entsprechenden Hersteller in der Bundesrepublik koppeln.

In der Bundeswehr haben wir zur Zeit eine Logistik aufgebaut, die zwar der US-amerikanischen entspricht, die Truppen über den gesamten Globus zu versorgen hat, aber nicht den deutschen Bedürfnissen entspricht, die laut Grundgesetz ausschließlich auf unser Territorium begrenzt sind.

Ich wiederhole: Ein Großteil dessen, was wir in der NATO mit Logistik bezeichnen, kann im Frieden und auch in einem Verteidigungsfall von den Herstellern, d. h. der Wirtschaft wahrgenommen werden. Es erspart im Verteidigungshaushalt enorme Summen und verhindert viele unnütze Tätigkeiten bei der Truppe im Frieden.

### Abschlußbetrachtung

Das Grundgesetz ist für uns Deutsche der Ausgangspunkt aller Verteidigungsüberlegungen. Nach den Bestimmungen unserer Verfassung dürfen deutsche Menschen ausschließlich nur zur Verteidigung unseres Volkes und Landes herangezogen werden. Das schließt den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb unseres Territoriums aus. Alle Verteidigungsüberlegungen unseres Landes haben sich - auch inner-

halb des NATO-Bündnisses - im Rahmen dieses Gesetzes zu bewegen.

Es gilt festzuhalten, daß der Ausgangspunkt der gültigen NATO-Strategie ebenfalls die Abwehr eines denkbaren Angriffs, also Verteidigung ist. Die Verbündeten im Bündnis wollen nur zu den Waffen greifen, wenn sie angegriffen werden sollten. Kein westeuropäisches Land würde anderes tun.

Ein Verteidigungskampf in Europa würde mit Sicherheit auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ausgefochten werden. Alle Übungen der NATO gehen hiervon aus. Die wichtigste Forderung der Deutschen für diesen Fall muß sein, daß die Verluste der Bevölkerung sowie die Kriegsschäden in unserem Land so gering wie möglich gehalten werden. Es darf keine Politik der verbrannten Erde geben. Unsere Kampfweise und unsere Bewaffnung muß nach dieser Maxime erfolgen.

Es gibt eine Anzahl von Menschen in der Bundesrepublik, die der Ansicht sind, daß eine totale Beseitigung von Atomwaffen in Mitteleuropa, ja, bereits schon die Vereinbarung über Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, die Möglichkeit eines konventionellen Krieges erhöht. Sie fordern daher schon jetzt eine Verstärkung der konventionellen Rüstung, insbesondere bei Panzern, Flugzeugen und anderen Großgeräten. Dies würde bedeuten, daß der Rüstungswettlauf auf dem konventionellen Sektor weiter getrieben würde. Wir sollten jedoch endlich begreifen, daß ein Sich-Wehrender, ein Verteidiger, nicht mehr, sondern andere Waffen als ein Aggressor benötigt.

Gegenüber den derzeitigen atomaren Abschreckungs- und Kriegsführungsstrategien müssen die hier vorgebrachten Gedanken zu einer möglichen alternativen Verteidigung skizzenhaft bleiben. Sie sollen zum Nachdenken anregen. Insbesondere müssen sie durchgerechnet werden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß eine solche Rechnung nicht nur ökonomische und finanzielle Aussagen zu Gunsten alternativer Verteidigungsstrukturen erbringen würde. Wenn beide Seiten daran gehen, und die Gelegenheit dafür ist günstig, ihre Massenvernichtungsmittel zu vermindern oder sogar zu beseitigen, dürfte in überschaubarer Zeit kaum ein Krieg in Europa ausbrechen. Eine Umrüstung auf Streitkräfte, die nur defensiv kämpfen können, baut das Mißtrauen der anderen Seite ab. Wenn darauf auch die andere Seite auf rein defensive Streitkräfte umrüstete, dürfte in Europa ein Zustand vergrößerter Sicherheit entstehen.



Eine nur auf Verteidigung abgestellte Streitkraft bringt in einer Periode des Aufeinanderzugehens der Supermächte und des Abgleichens ihrer Interessen bedeutende Vorteile für beide Seiten. Wenn die andere Seite erkennt, daß der Gegner seine Angriffsfähigkeit abschafft, muß diese Maßnahme vertrauensbildend wirken. Wenn eine Seite durch die Ausrüstung mit präzisionsgelenkten Waffen befähigt wird, jeden möglichen Angriff zerschlagen zu können - das bedeutet, die gegnerischen Panzerarmeen zu Schrott zu verwandeln -, wird die andere Seite eines Tages erkennen, daß der Panzer eine zu teure und unnötige Bewaffnung geworden ist. Wenn diese dann ebenfalls auf eine Ausrüstung mit Panzern verzichtet, kann der Verteidiger wiederum seine Panzerabwehrwaffen abbauen.

Im Gegensatz zum derzeitigen Zustand des beiderseitigen Wett-rüstens und des vergeblichen Aufrechnens von Zahlen in der Bewaffnung kann mit der Umrüstung der einen Seite eine Abrüstungsautomatik in Gang gesetzt werden.

**OCCASIONAL PAPERS**

**Nr. 8**

**MAJOR GENERAL (ret.)**

**MICHIEL H. VON MEYENFELDT**

**ÜBERLEGUNGEN  
ZUR ABSCHRECKUNG**

---

THE CHAIRMAN

MAJOR GENERAL (ret.) MICHIEL H. v. MEYENFELDT

LOBELIASTR. 8, NL-6014 BT ITTERVOORT, NETHERLANDS, TEL.: (4756)-5870



## Überlegungen zur Abschreckung (deterrence reconsidered)

Abschreckung ist ein außerordentlich vielschichtiges und widersprüchliches Phänomen. Sie ist sowohl objektiver Sachverhalt als auch Strategie. Als strategisches Konzept wiederum kann Abschreckung einerseits bloße Deklaration sein, hinter der sich offensive militärische Zielstellungen nur verbergen wollen, andererseits aber auch die wirklichen Absichten seiner Urheber zum Ausdruck bringen. Daß diese Absichten, so ehrlich sie auch gemeint sein mögen, zu den tatsächlichen Wirkungen von Abschreckungsstrategien in einem scharfen Kontrast stehen, ist ein weiterer Punkt, der Berücksichtigung finden muß.

So bietet die Abschreckungsdiskussion das Spiegelbild einer Vielzahl von widersprüchlichen Fakten und Intentionen, von realen und vermeintlichen Zielen sowie von Täuschungen und Selbsttäuschungen. Diese "Abschreckungsmetaphysik" ist ein außerordentlich guter Nährboden für Mißverständnisse und Fehlinterpretationen. Es verwundert daher nicht, daß sich die Debatte über die Abschreckungsstrategie des atlantischen Bündnisses seit 25 Jahren im Grunde im Kreise dreht. Alle denkbaren Fakten und Zusammenhänge sind schon unzählige Male genannt worden, und doch herrscht heute in Sachen Abschreckung kaum mehr Klarheit als am Vorabend des Harmelberichts.

Auch der NATO-Gipfel in Brüssel Ende Mai 1989 hat das Festhalten des westlichen Bündnisses an der Strategie der nuklearen Abschreckung bekräftigt. US-Präsident Bush zweifelte in seiner Rede an, daß konventionelle Waffen allein den Frieden in Europa garantiert hätten. Er unterstrich die Auffassung der USA, daß Nuklearwaffen auch weiterhin eine Schlüsselrolle spielen werden, um jeglichem Aggressor zu demonstrieren, daß ein Krieg in Europa undenkbar sei. Die als "Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung" bezeichneten Beschlüsse des Brüsseler Jubiläums-Gipfels geben der konventionellen Abrüstung den Vorrang. Der zeitliche Aufschub der Verhandlungen über atomare Kurzstreckenwaffen, die Ablehnung weiterer Null-Lösungen sowie die generelle Ausklammerung anderer atomarer Waffenkategorien aus dem NATO-Abrüstungskonzept deuten nicht nur auf eine Fortsetzung der Nuklearrüstung hin, sondern könnten, so Kritiker des Brüsseler Beschlusses, angesichts angestrebter



deutlicher Abrüstungsschritte auf konventionellem Gebiet einen Bedeutungszuwachs der Rolle des Nuklearpotentials bewirken. Da das Bündnis auch in Brüssel zu keiner Änderung seiner veralteten Strategie willens und in der Lage war, werden die beim Raketenstreit sichtbar gewordenen Konflikte, bei denen es vordergründig um die Stationierung neuer nuklearer Kurzstreckenraketen, im Kern jedoch um die NATO-Strategie geht, bald wieder aufbrechen.

Mit den vorliegenden Überlegungen soll ein Beitrag geleistet werden, um die Diskussion zur NATO-Abschreckungsstrategie endlich über den toten Punkt zu bringen und klar zu machen, daß sie als Konzept der Friedenssicherung nicht taugt.

#### 1. Die fehlende Sprosse in der Eskalationsleiter

Die Diskussion um die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung ist während der letzten Jahrzehnte im Grunde niemals wirklich zur Ruhe gekommen. Es gelang nicht, die Einwände und Bedenken ihrer Kritiker überzeugend zu widerlegen. Nach Inkrafttreten des INF-Vertrages hat sich diese Diskussion erneut zugespitzt. Das ist kein Zufall. Der INF-Vertrag ist das erste wirkliche nukleare Abrüstungsabkommen. Die NATO stand damit vor der Herausforderung, ein in sich geschlossenes Programm für weitere Abrüstungsschritte zu entwickeln. Mit ihren Verhandlungsvorschlägen und einseitigen Initiativen geben die Sowjetunion und deren Verbündete hierfür einen kräftigen Takt an. Die Beschlüsse des Brüsseler NATO-Gipfels, als Antwort des Westens seit langem gefordert und jetzt als Zurrückeroberung der abrüstungspolitischen Initiative gefeiert, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, spart aber den eigentlichen Kern des Problems aus. Der Brüsseler Gipfel konnte nicht verdecken, daß die NATO beträchtliche Schwierigkeiten hatte, auf die Abrüstungsoffensive des Warschauer Paktes schnell und angemessen zu antworten. Das mag zum einen daran liegen, daß es in politischen und militärischen Spitzenpositionen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten nach wie vor nicht wenige Kräfte gibt, die sich mit der Idee eines fortschreitenden Abrüstungsprozesses zwischen Ost und West nicht anfreunden wollen. Diese Kräfte hat es immer gegeben, und sie werden auch weiterhin als konsequente Abrüstungsgegner einzukalkulieren sein. Ihr Widerstand allein erklärt indessen noch nicht das Ausmaß



der Schwierigkeiten, denen sich die NATO bei der Abfassung eines umfassenden Abrüstungskonzepts gegenübersteht.

Das Hauptproblem besteht vielmehr darin, daß die Idee fortschreitender nuklearer und konventioneller Abrüstung, die durch den INF-Vertrag enormen Auftrieb erhalten hat, im Widerspruch zu den geltenden strategischen Grundsätzen des nordatlantischen Bündnisses steht. Die NATO hat sich im Mythenlabyrinth der nuklearen Abschreckungsdoktrin verheddert und kommt aus dem Teufelskreis gegenseitiger Bedrohungsparanoia und Feindbilder nun nicht mehr heraus. Genau das ist es, was ihre Abrüstungsbereitschaft und -fähigkeit untergräbt, denn: Abschreckung und Abrüstung sind nicht kompatibel.

Besonders deutlich zeigt sich das an der Debatte um eine Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen der NATO. Wer in Abschreckungskategorien denkt, für den hat der INF-Vertrag in der Tat eine wichtige Sprosse aus der Eskalationsleiter der Strategie der flexiblen Reaktion herausgebrochen. Sein Sinnen und Trachten geht ganz zwangsläufig dahin, dieses Handicap auf die eine oder andere Weise und so schnell wie möglich wieder auszugleichen. Er will die fehlende Sprosse wieder einfügen - und womöglich sogar noch aus einem härteren Holz.

So betrachtet, ist die Idee der Kompensation eine durchaus logische Konsequenz von Abschreckungsdenken. Sie erweist sich - und das macht die Auseinandersetzung so schwierig - vordergründig nicht etwa nur als Ausdruck des bösen Willens prinzipieller Abrüstungsgegner, sondern sie ergibt sich vielmehr direkt aus den Grundsätzen der gegenwärtig gültigen Strategie des Bündnisses. Wer also keine neuen Nachrüstungen will, weder im nukleartaktischen Bereich noch bei anderen Waffensystemen, sondern weitere Abrüstungsschritte, der kommt deshalb nicht umhin, an jenen strategischen Grundsätzen zu rühren, die seit mehr als vierzig Jahren die Geschäftsgrundlage der NATO bilden. Bisher ließen sich diese Grundsätze in gewissem Maße an die sich verändernden internationalen Realitäten anpassen. So geschehen das letzte Mal am Ende der sechziger Jahre nach langen und harten Auseinandersetzungen. Das Ergebnis waren seinerzeit der Harmel-Bericht und das Dokument MC 14/3, die auch heute noch die politische Philosophie und die militärische Strategie des Bündnisses zum Ausdruck bringen.



In der gegenwärtigen Situation geht es aber um etwas anderes als um eine solche Anpassung. Die nukleare Abschreckungsdoktrin generell ist von der Entwicklung überholt worden. Sie zu modernisieren wäre genauso gefährlich wie die Modernisierung der taktischen Kernwaffen selbst.

Bisher wurde immer wieder behauptet, die NATO müsse an der nuklearen Abschreckung festhalten, um die überlegenen und offensiv orientierten konventionellen Potentiale des Warschauer Paktes militärisch-strategisch zu egalisieren. Jetzt, wo Gorbatschow und seine Verbündeten nicht nur eine Beseitigung bestehender Asymmetrien anbieten, sondern sich sogar - was noch vor einem Jahr niemand für möglich gehalten hätte - einseitig und in beträchtlichen Größenordnungen zu ihrem Abbau bereiterklären, da läßt die NATO die Katze aus dem Sack und stellt auf einmal fest, daß es zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung mit Kernwaffen prinzipiell keine Alternative gibt. Genau das ist die Botschaft der Erklärung des Staats- und Regierungschefs vom März 1988.

Man hält sich an der Legende fest, daß die Abschreckung in den letzten vierzig Jahren den Frieden gesichert hat und schlußfolgert in einer recht simplen Logik, daß das, was bisher gut war, auch weiterhin gut sein müsse.

Zweifellos war die Abschreckung schon immer gefährlich und insofern keineswegs das optimale Sicherheitskonzept der beiden gegenüberstehenden Weltmächte und Bündnisse. Sie hat allenfalls mittelbar, und das vor allem nach Herstellung der strategischen Parität zwischen USA und UdSSR, im Ost-West-Verhältnis eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem direkten Einsatz militärischer Macht bewirkt. Mehr aber nicht.

Vor dem Hintergrund einer rasanten technologischen Entwicklung und stürmischen Umgruppierung der internationalen Kräfteverhältnisse droht heute jedoch selbst diese äußerst schwache und nur schwer zu kalkulierende Eindämmungswirkung verloren zu gehen. Es entsteht eine qualitativ neue Gefährdungssituation. Die relative und brüchige Sicherheit, die die gegenseitige Abschreckung den Staaten des Westens und des Ostens in den zurückliegenden Jahrzehnten vielleicht verbürgt hat, droht in der bevorstehenden Periode mit Gewißheit in ihr Gegenteil umzuschlagen: In absolute Unsicherheit.



Das Bündnis braucht also nicht nur ein umfassendes Abrüstungskonzept, es benötigt als unabdingbare Voraussetzung dafür auch eine neue Strategie, die sich vom Grundsatz der nuklearen Abschreckung, der Abschreckung überhaupt, löst. Ohne die Aufgabe der Abschreckungsstrategie wird man allenfalls zu begrenzten Rüstungskontrollprogrammen finden, die keinen Ausweg aus der qualitativ neuen Gefährdungssituation bringen. Man wird derartige Konzepte natürlich als "umfassendes Abrüstungskonzept" bezeichnen, doch sie werden diese Bezeichnung vom Inhalt her nicht rechtfertigen.

Es geht nicht um den Ersatz fehlender Sprossen in einer Eskalationsleiter, die nur in den nuklearen Holocaust führen kann, sondern um eine neue Strategie, die wirkliche Abrüstung fördert und es den Regierungen des Bündnisses in einer Krisensituation ermöglicht, ihr militärisches Potential tatsächlich zur politischen Beruhigung und Beherrschung der Situation zu nutzen. Dafür ist in der Tat neues Denken erforderlich.

## 2. Was ist eigentlich Abschreckung?

Abschreckung existiert im Grunde, seitdem militärische Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen angedroht und angewandt wird. Schon immer bewirkten effiziente Streitkräfte und Waffen in den Händen eines Staates bei seinen potentiellen Gegnern ein bestimmtes Maß an Respekt und Zurückhaltung in bezug auf deren Bereitschaft zur Anwendung militärischer Macht. Dieser Abschreckungseffekt beruhte in erster Linie auf der Furcht vor einer möglichen oder gar sicheren militärischen Niederlage. Die gravierenden Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen für die Existenz- und Lebensbedingungen der Völker spielten indessen als Abschreckungsfaktor in der Geschichte kaum eine Rolle. Wo immer auch ein Sieg lockte, waren die Herrschenden früherer Perioden der Menschheitsgeschichte nur allzu häufig bedenkenlos und auch voreilig bereit, zu den Waffen zu greifen.

Das war vor allem immer dann der Fall, wenn der betreffende Staat seinen potentiellen Gegnern überlegen war oder sich ihnen überlegen wähnte. Seine herrschenden Kreise hatten in diesem Falle keine Niederlage zu befürchten

oder glaubten es zumindest. Sie waren folglich durch nichts abgeschreckt, einen Krieg zu beginnen, es sei denn, es gab nichtmilitärische Gründe, die gegen einen Waffengang sprachen. Der Überlegene konnte es sich auch leisten, mit dem Säbel nur zu rasseln, um so die Gegenseite einzuschüchtern. Nicht selten erreichte er sein Ziel auf diese Weise auch ohne Krieg. Diese vorteilhafte Position des Überlegenen währte jedoch nur selten lange. Die Gegner ruhten nicht, bis sie den Rückstand aufgeholt und nach Möglichkeit selbst Überlegenheit erlangt hatten. Früher oder später geriet die Situation auf des Messers Schneide, und es mußte sich zeigen, wer nun überlegen war. In diesem Fall gab es in der bisherigen Geschichte kein anderes Mittel zur Feststellung des realen Kräfteverhältnisses als den Krieg. Keine Macht in der Welt war dann mehr in der Lage, ihn zu verhindern. Abschreckung funktionierte im vornuklearen Zeitalter also nur, und das ist wesentlich, unter zwei einschränkenden Bedingungen:

- Sie basierte nicht auf der Angst vor Vernichtung, sondern auf der Furcht vor einer militärischen Niederlage. Das war zweifellos ein wichtiger, doch verglichen mit heute wesentlich schwächerer Druckfaktor. Der lockende Preis des Sieges rechtfertigte allemal das Risiko einer Niederlage.
- Sie wirkte nur in einer Richtung, vom militärisch Überlegenen gegenüber dem eindeutig Schwächeren. Umgekehrt oder bei einem annähernden Gleichstand der Potentiale konnte von Abschreckung keine Rede sein.

Insofern bildete tatsächliche militärische Abschreckung in der bisherigen Geschichte eher den Ausnahmefall als die Regel. Typisch war vielmehr die weitgehend bedenkenlose Anwendung militärischer Gewalt durch die Staaten, so bald sie sich davon einen Vorteil erhofften.

Diese Situation hat sich im Atomzeitalter grundlegend verändert. Abschreckung, wie wir sie heute verstehen, ist ein Ergebnis jener tiefgreifenden Wandlungen, die sich in der Waffentechnik und in der weltpolitischen Situation seit 1945 vollzogen haben. Die Erfindung der Kernwaffen hat das heutige militärische Abschreckungsd Denken ebenso beeinflußt wie die Herausbildung der bipolaren Struktur der internationalen Beziehungen mit dem Gegensatz der beiden Weltmächte und Blöcke als ihrem Kern. Es wäre also ein Fehler, das Wesen der Abschreckung im Atomzeitalter allein auf die Existenz der Kernwaffen zu



reduzieren. Sie ist vielmehr ein komplexes Phänomen, das durch vielschichtige militärische, wissenschaftlich-technische und politische Entwicklungen bedingt ist. Worin bestehen ihre spezifischen Merkmale:

a) Nukleare Abschreckung beruht in erster Linie auf der Vernichtungswirkung von Kernwaffen. In einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten und Blöcken ginge es nicht mehr um Sieg oder Niederlage für die eine oder die andere Seite, sondern um das Überleben beider Kontrahenten. Keine Seite könnte sich den existentiellen Folgen des Einsatzes von Kernwaffen entziehen. Der Kern der Abschreckung im Atomzeitalter ist mithin nicht mehr nur die Angst vor einer militärischen Niederlage, sondern die Furcht vor vernichtender Vergeltung.

b) Die beispiellose Vernichtungswirkung von Atomwaffen hatte des weiteren zur Folge, daß Abschreckung von einer einseitigen Option zu einem gegenseitigen Verhältnis wurde. Sie wirkt eben nicht mehr nur vom Starken gegenüber dem Schwächeren, sondern auch in umgekehrter Richtung und natürlich erst recht bei einem annähernden Gleichstand der Potentiale und Optionen. Beiderseitig gesicherte Zerstörung (mutual assured destruction = MAD) ist faktisch zu einem beiderseitigen Verhängnis geworden. Es besteht relativ unabhängig vom konkreten militärischen Kräfteverhältnis und wirkt, solange Gewißheit besteht, daß jede Seite auf einen nuklearen Erstschlag unter allen nur denkbaren Bedingungen mit einem für den Angreifer vernichtenden Antwortschlag reagieren kann. Diese Fähigkeit zum nuklearen Vergeltungsschlag ist der Kern des faktischen gegenseitigen Abschreckungsverhältnisses der beiden Weltmächte und Blöcke.

Wie Robert McNamara mit einiger Berechtigung feststellt, bestand sie bereits während der Kuba-Krise im Oktober 1962, als das strategische Kräfteverhältnis noch etwa 17 : 1 zugunsten der USA war. (R. McNamara, Blundering Into Disaster, New York 1986)

Es ist diese relativ große Bandbreite des Kräfteverhältnisses in deren Rahmen MAD funktioniert, die die scheinbare Friedenssicherungsrolle der nuklearen Abschreckungsstrategie bewirkt. Es ist eben nicht mehr möglich, eine relativ geringe militärische Überlegenheit durch einen siegreichen Krieg in politischen Vorteil zu verwandeln. Solange der potentielle Gegner zum nuklearen Gegenschlag fähig ist, kann selbst eine haushohe quantitative und auch qualitative Überlegenheit



keinen Sieg in einem Nuklearkrieg verbürgen. Wenn ein Minimum an Vernunft die Politik der Kernwaffenmächte regiert, wird also die Furcht vor vernichtender Vergeltung als Abschreckungsfaktor gegenüber potentiellen Aggressoren wirken. Gleichzeitig liegt jedoch in dieser enormen Bandbreite, in der MAD funktioniert, eines der gefährlichsten Risiken für die Zukunft.

Die Gefahr der horizontalen Weiterverbreitung der Kernwaffen wächst. Verbrecherische Regimes oder gar terroristische Gruppen könnten sich Kernwaffen verschaffen und die internationale Gemeinschaft erpressen, ohne daß sie etwas dagegen tun kann. Und wenn die Überlegenheit der Nuklearpotentiale der etablierten Kernwaffenmächte gegenüber den wenigen, primitiven Kernwaffen dieser nuklearen Erpresser noch so groß wäre, sie hätten die Realität von MAD zu akzeptieren. Eine solche Entwicklung würde die ganze Fragwürdigkeit der Friedenssicherung durch Abschreckung offenbaren. So manche Nuklearmacht würde dann ihre Arroganz, mit der sie bisher auf die Macht der Bombe setzte, zweifellos verfluchen. Wenn es nicht sehr bald zu einer radikalen nuklearen Abrüstung kommt, könnte die Welt früher als manche glauben in eine solche heikle Situation kommen. 1995 z. B. läuft der Nichtweiterverbreitungsvertrag aus, und seine Verlängerung könnte scheitern.

- c) Abschreckung als gegenseitig gesicherte Vernichtungsfähigkeit impliziert, daß zumindest im Verhältnis der beiden Weltmächte und Blöcke die direkte Anwendung militärischer Gewalt aufgehört hat, ein rationales Mittel der Politik zu sein. In Gestalt der nuklearen Abschreckung hat somit die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt ihre absoluteste und zugleich letzte Ausdrucksform erlangt. Sie ist die erste Etappe des Abstiegs militärischer Macht als Faktor der Politik. Die bekannte These von Clausewitz, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit Einmischung anderer Mittel sei, hat durch die Realitäten des Atomzeitalters unwiderruflich ihre Geltung eingebüßt. Auch die fieberhaftesten Versuche, aus MAD wieder auszusteigen und zur Überlegenheitsabschreckung des vornuklearen Zeitalters zurückzukehren, müssen angesichts dessen erfolglos bleiben. "Star wars" und "discriminate deterrence" können nur zu einer Erhöhung des Einsatzes und des Risikos für beide Seiten führen. Die Dämmerung militärischer Macht läßt sich dadurch nicht aufhalten.



- d) Ihre spezifische Bedeutung erhält die nukleare Abschreckung jedoch vor allem dadurch, daß sie von der NATO nicht nur als eine objektive Gegebenheit betrachtet wird, sondern zur Strategie gemacht wurde. Nukleare Abschreckung als NATO-Strategie verfolgt das Ziel, die Sowjetunion und den Warschauer Pakt durch die Androhung des Ersteinsatzes von Atomwaffen sowie einer vorbedachten nuklearen Eskalation bis hin zu einem allgemeinen Vernichtungsschlag durch die strategischen Potentiale der USA von einem Angriff bzw. dessen Weiterführung abzuschrecken.

Die UdSSR und ihre Verbündeten sollen in Verfolgung ihrer vermeintlichen Aggressionsabsichten mit einem Risiko konfrontiert werden, das jeden denkbaren militärischen Gewinn um ein Vielfaches übersteigt und sie somit von einer praktischen Ausführung ihrer Pläne, ja sogar von der erpresserischen Drohung damit, zurückschrecken lassen soll.

Es ist vor allem diese NATO-Abschreckungsstrategie, die mit ihren Risiken, Dilemmata und gefährlichen Folgen seit Jahrzehnten im Zentrum der Kritik steht und gegenwärtig mehr denn je zum Stolperstein der Abrüstung und der Entspannung wird.

- e) Eine gründlichere Analyse des Phänomens der Abschreckung im Zeitalter der Hochtechnologie muß offenbar auch Faktoren in Rechnung stellen, die über die militärischen Strategien weit hinaus gehen. In den modernen Industriegesellschaften des Nordens mit ihren Chemiewerken und Atommeilern, mit ihrer existentiellen Abhängigkeit von kontinuierlicher Stromversorgung und reibungslosen Transportströmen, mit ihren äußerst verwundbaren Wohnstädten, die mit Plasten und anderen brennbaren Materialien vollgestopft sind, würde jeder militärische Konflikt, der über ein Grenzgefecht hinausgeht, auch ohne den Einsatz von Kernwaffen zum allgemeinen Kollaps der Zivilisation und zu unzähligen Opfern führen. Im Grunde besteht zumindest in Europa heute bereits eine strukturelle Kriegsunfähigkeit, von der perspektivisch eine noch größere, aber weniger gefährliche Abschreckungswirkung ausgehen könnte als von MAD.

Diese Abschreckung durch strukturelle Kriegsunfähigkeit ist gleichsam eine historische Chance, um die Abschreckung durch gegenseitig gesicherte Vernichtung zu überwinden. Um wirksam zu werden, bedarf sie jedoch der bewußt und planmäßig hergestellten sowie zuverlässig gesicherten Angriffsunfähigkeit der verbleibenden, auf ein hinlängliches Minimum reduzierten konventionellen Waffen und Streitkräfte.



### 3. Dilemmata, Risiken und Folgen der NATO-Abschreckungsstrategie

Durch die NATO wird immer wieder die These vertreten, allein durch die Abschreckungsstrategie des Bündnisses sei der Frieden in den letzten vier Jahrzehnten dauerhaft und zuverlässig gesichert worden. Ihr sei die längste Friedensperiode des Jahrhunderts zu verdanken.

Wer jedoch die Schilderungen Robert Kennedys oder Robert McNamaras über die Kuba-Krise 1962 oder des Nah-Ost-Krieges 1973 liest, der wird feststellen, wie gefährlich kriseninstabil die Abschreckung war, wie nahe sie die Menschheit schon mehrfach ihrem Untergang gebracht hat.

Die These von der friedenssichernden Rolle der Abschreckung ist folglich entweder unverantwortlich demagogisch oder gefährlich blauäugig, vielleicht auch beides zugleich. Das begrenzte und rational kaum zu kalkulierende Maß an militärischer Zurückhaltung, das die gegenseitige nukleare Abschreckung im Ost-West-Verhältnis vielleicht bewirkt hat, wurde um einen unglaublich hohen Preis erkaufte. Aus dem brüchigen Abschreckungsfrieden erwuchs ein gigantisches Wettrüsten, bei dem beide Seiten alles andere als zurückhaltend waren. Es wurden Waffenarsenale angehäuft, deren Einsatz ein mehrfaches Overkill-Potential freisetzen würde. Die Menschheit läßt sich jedoch nur einmal vernichten.

Die gegenseitige nukleare Abschreckung hat also nicht den Frieden gebracht, sondern sie hat im Grunde nur den Einsatz und das Risiko für den Krieg in eine beispiellose Höhe getrieben. Dieser Einsatz übersteigt heute bereits bei weitem das Maß dessen, was sich die Menschheit leisten kann und leisten sollte. Abgesehen von der ständigen Gefahr eines nuklearen Holocausts gehen ihr durch das Wettrüsten jene Ressourcen verlustig, die sie für die Lösung sich verschärfender globaler Probleme dringend benötigt. Das Wettrüsten beginnt, dem Besen in Goethes "Zauberlehrling" zu gleichen, der sich verselbständigt hat und sich nicht mehr beherrschen läßt. Ein aus den Gleisen politischer Kontrolle laufendes Wettrüsten auf der Erde und womöglich noch im Kosmos, ist vielleicht die größte Gefahr, die einer Beibehaltung der Strategie der nuklearen Abschreckung innewohnt. Die traditionellen Dilemmata der Abschreckungsstrategie und neue Risiken drohen sich so zu einem qualitativ neuen Gefahrenknoten zu schürzen. Was sind seine wichtigsten Aspekte:



- a) Wer Krieg durch Abschreckung verhindern will, muß glaubhaft die Fähigkeit nachweisen, ihn auch praktisch führen zu können. Folglich muß er den Krieg, um ihn zu verhindern, planmäßig vorbereiten. Es bleibt also trotz Abschreckung beim jahrtausendealten Prinzip "si vis pacem para bellum". Allein das ist schon ein Widerspruch in sich. Das eigentliche Problem besteht nun aber darin, daß sich prinzipiell nicht unterscheiden läßt, ob die erworbene Fähigkeit zur Kriegsführung tatsächlich nur zur Abschreckung eines Angriffs dient oder ob sie zur Verwirklichung eigener Angriffsabsichten gebraucht wird. Abschreckung wirkt also auf den potentiellen Gegner in jedem Fall als Bedrohung. Er sieht sich seinerseits veranlaßt, vom schlimmsten Fall, also von Aggressionsabsichten der Gegenseite, auszugehen und zu ihrer Abwehr nun seinerseits entsprechende Abschreckungsvorkehrungen zu treffen. Diese wiederum wirken als Bedrohung auf die erste Seite zurück und führen zu einer Eskalation der gegenseitigen Abschreckung auf die nächsthöhere Stufe. Dieser Mechanismus wirkt im Grunde als endlose Spirale. Er führt letztlich genau zu dem, was verhindert werden soll: Der Führung des Krieges. Nicht wenige Strategieexperten haben nachgewiesen, daß Abschreckung kein statisches Konzept ist, sondern daß sich von Drehung zu Drehung der Rüstungsspirale ihr Schwerpunkt hin zur Kriegsführungsfähigkeit entwickelt. In diesem Prozeß kommt gesetzmäßig einmal der Punkt, wo Abschreckung im Grunde aufhört Abschreckung zu sein und nur noch Fähigkeit zur offensiven Kriegsführung ist. Wer ganz genau den im Januar letzten Jahres vorgelegten "Report of the commission on integrated long-term strategy" der USA mit dem Titel "discriminate deterrence" liest (vgl. hierzu: Occasional Papers No. 6), der wird den Eindruck bekommen, daß dieser Punkt bereits überschritten ist.
- b) Wer einen potentiellen Aggressor mit Kernwaffen abschrecken will, droht mit der Ausführung militärischer Handlungen, mit denen er im Kriegsfall nicht nur den Gegner, sondern auch sich selbst vernichten würde. Abschreckung mit nuklearen Waffen wirkt folglich selbstabschreckend. Dieser Selbstabschreckungseffekt gibt wiederum Zweifel an der tatsächlichen Ausführung dessen, was angedroht wird und damit an der Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie Nahrung. Dieses Glaubwürdigkeitsdilemma ist ein unmittelbares Resultat der Ablösung der Abschreckung durch nukleare Überlegenheit, über die die USA in den ersten Nachkriegsjahren verfügten, durch die gegenseitige Abschreckung der beiden Weltmächte auf der Grundlage

von MAD. Alle Versuche eines einseitigen Ausbruchs aus dieser Situation führten letztlich nur zu einer Reproduktion der Selbstabschreckung auf einer höheren Stufenleiter.

Auch dieses Dilemma ist im Rahmen der Abschreckungsstrategie nicht lösbar.

- c) Die Wirkung der Abschreckungsstrategie beruht auf der beim potentiellen Gegner induzierten Furcht vor vernichtender Vergeltung. Dieser Terror des Schreckens ist eine von vornherein beabsichtigte Komponente der Irrationalität in der Abschreckungsstrategie. Auf Irrationalität setzt auch die Absicht der NATO, den Gegner über Zeitpunkt und Ausmaß des Überschreitens der nuklearen Schwelle im unklaren zu lassen. Das praktische Funktionieren der NATO-Abschreckungsstrategie hingegen hängt von einem Höchstmaß an Rationalität auf seiten des potentiellen Gegners ab. Von ihm wird verlangt, daß er im voraussichtlichen Chaos von Kriegshandlungen, die mit bisherigen Erfahrungen überhaupt nicht zu beurteilen sind, die Wirkungen einzelner Maßnahmen der Gegenseite genau einschätzt, ihren begrenzten Charakter im Sinne der vorbedachten Eskalation erkennt und daraus die beabsichtigten Schlußfolgerungen für sein weiteres Vorgehen ableitet. Es mehren sich die Stimmen derer, die das Funktionieren dieses Mechanismus kalkulierter Atomschläge, auf den die NATO-Strategie der flexiblen Erwidern baut, entschieden in Frage stellen.

Die Irrationalität des Schreckens von Atomwaffen steht im unauflösbaren Widerspruch zur vom Gegner geforderten Rationalität. Es ist nicht zu erwarten, daß die gezielte Eskalation militärischer Handlungen, noch dazu über die entscheidende nukleare Schwelle hinweg, eine Deeskalation bzw. Beendigung des gegnerischen Angriffs zur Folge hätte. Eher dürfte das Gegenteil eintreten.

- d) Die Abschreckungsstrategie der NATO ist auf einen vermeintlichen Angriff der Sowjetunion und des Warschauer Paktes fixiert. Davon leiten sich gleichsam axiomatisch alle Kriegsszenarien ab. Unter dem Eindruck Gorbatschowscher Friedenspolitik beginnt jedoch diese Grundlage der Abschreckungsstrategie brüchig zu werden. Immer mehr Menschen im Westen befreien sich vom Gespenst der sowjetischen Bedrohung und weigern sich, dem Schema wechselseitiger Verdächtigungen weiterhin zu folgen. Das schärft ihren Blick für

die tatsächlichen Bedrohungen des Friedens, die in zunehmendem Maße in einem nichtsanktionierten Einsatz nuklearer und anderer Waffen infolge menschlichen und technischen Versagens liegen. Auf derartige Eventualitäten hat jedoch die derzeit gültige Strategie der NATO keine Antwort parat. Hier ist das Bündnis konzeptionslos.

- e) Theoretisch reichen zur Aufrechterhaltung der gegenseitigen Abschreckung im Sinne von MAD nur einige wenige, unverwundbar stationierte strategische Kernwaffen aus. Warum gibt es aber heute dann bereits 25.000 dieser strategischen Sprengköpfe und mindestens noch mal so viele für taktische Verwendungszwecke? Warum wächst diese Zahl trotz inzwischen erreichten mehrfachen overkills und trotz des Tauwetters zwischen den Weltmächten von Jahr zu Jahr weiter an, und zwar um etwa 1500 allein bei den strategischen Kernsprengköpfen? Warum werden, wenn es doch nur auf einige wenige unverwundbar stationierte Kernwaffen ankommt, immer ausgeklügeltere Trägersysteme geschaffen? Der Hauptgrund allerdings ist offenbar, daß sich weder die USA noch die UdSSR ihrer Zweitschlagfähigkeit absolut sicher sein können und sicher sein wollen. Anscheinend befürchtet jeder von ihnen, die andere Seite könnte doch einmal aus MAD ausbrechen und trifft für diesen Fall entsprechende Vorkehrungen. Eine Erhöhung der Zahl der Waffen ist dabei das Naheliegende. Auf diese Weise hofft man, auch die kleinste Möglichkeit für einen erfolgreichen Erstschlag der Gegenseite auszuschließen.

Gegenseitige Abschreckung auf der Grundlage von MAD ist auch aus diesem Grunde außerordentlich instabil. Sie ist so fürchterlich, daß sich niemand wirklich auf sie verlassen kann. Mit seiner Vision von einer Abschaffung der Kernwaffen bis zum Beginn des neuen Jahrtausend hat Gorbatschow die einzig richtige und mögliche Schlußfolgerung aus dieser prekären Situation gezogen.

- f) Ein Denken in Abschreckungskategorien erfordert, den potentiellen Gegner als tatsächlichen Feind zu betrachten. Man muß immer so handeln, als ob dieser definitiv zum Feind erklärte Gegner in jedem Moment auch tatsächlich aus den gedachten Schützengräben herauskommen könnte. Er hat gemäß der Abschreckungsstrategie eine aggressive Rolle zu spielen, unabhängig davon, wie er sich wirklich verhält.



Abschreckungsdenken verfestigt also nicht nur gegenseitige Bedrohungsvorstellungen, sondern auch Feindbilder. Die NATO bestreitet diesen Sachverhalt und unterstellt die Beibehaltung von aggressiven Feindbildern ausschließlich dem Warschauer Pakt. In der Truppe ist es indessen ganz normal, wenn z. B. Aufklärer zu ihren regulären Übungsflügen im Bewußtsein aufsteigen, daß es zu einem Einsatz "am Feind" geht.

Hier sollen nicht die sicher komplizierten Fragen einer unserer Zeit angemessenen Motivierung der aktiven Soldaten behandelt werden. Es geht nur um den Hinweis, daß Abschreckung und Feindbilder untrennbar zusammengehören. Dadurch wird die Entstehung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses, wie es für die Schaffung einer zuverlässigen Friedensordnung in Europa notwendig ist, zumindest erheblich erschwert.

#### 4. Wege aus der Abschreckung

Die Ablösung der gegenwärtig gültigen nuklearen Abschreckungsstrategie der NATO erscheint vielen als eine schwierige und keinesfalls von heute auf morgen zu bewältigende Aufgabe. Zu groß sind die subjektiven Widerstände und objektiven Probleme. Angesichts der Unvereinbarkeit von Abrüstung und Abschreckung sind aber andererseits sehr schnelle Veränderungen notwendig, wenn neue Abrüstungsabkommen tatsächlich zustande kommen sollen. Liegt hier ein unüberwindbarer Widerspruch? Scheinbar ja. Was kann man denn tun, um zu verhindern, daß Abschreckung die Abrüstung blockiert? Man könnte z. B. ohne daß die Strategie der flexiblen Erwidern gleich morgen für ungültig erklärt werden muß, ein deutliches politisches Zeichen setzen. Das Bündnis könnte erklären, daß es seine Strategie überdenkt und alle Möglichkeiten prüft, sie mittel- und längerfristig durch ein zuverlässigeres Konzept der Friedenssicherung abzulösen. Das wäre allemal vernünftiger als die Schwüre auf das nukleare Abschreckungskonzept, die man z. Z. allenthalben vernimmt. Zugleich sollte die NATO durch ein möglichst restriktives rüstungs-politisches Verhalten der gefährlichen Tendenz in Richtung einer Abschreckung durch die Fähigkeit zur offensiven Kriegsführung entgegenwirken. Des weiteren könnten geeignete Abrüstungsschritte sowie vertrauensbildende Maßnahmen positiv auf den Prozeß der Herausbildung einer neuen Strategie des Bündnisses zurückwirken. Besonders wichtig wären in diesem Sinne:

- a) Ein Verzicht auf die Übernahme des AirLand-Battle-Konzepts und anderer militärischer Offensivkonzepte durch die NATO. Aufhebung aller in dieser Richtung bereits beschlossener Vereinbarungen und Maßnahmen, insbesondere des FOFA-Konzepts.
- b) Deutliche Ablehnung von "star wars" und SDI als vermeintliche Alternative zur Abschreckung. Empfehlung an alle europäischen NATO-Verbündeten, sich nicht an diesem Programm der US-Administration zu beteiligen und eventuell bereits geschlossene Vereinbarungen aufzuheben oder zu stornieren. Verzicht auf jegliche militärische Komponente der europäischen Welt-raumforschung, die über die Schaffung einer eigenständigen Satellitenüberwachung hinausgeht.
- c) Unterstützung der Bemühungen der Weltmächte um eine Vereinbarung zur 50prozentigen Reduzierung ihrer strategischen Kernwaffen. Verurteilung aller Maßnahmen, die auf eine Verzögerung oder Vereitelung dieser entscheidenden Aufgabe im Abrüstungsprozeß hinauslaufen. Unterstützung aller weiterführenden Überlegungen und Schritte, die, solange auf nukleare Abschreckung nicht generell verzichtet werden kann, die Zweitschlagfähigkeit der Kernwaffenmächte mit einem möglichst kleinen Potential strategischer Kernwaffen sichern wollen (Minimalabschreckung).
- d) Zielgerichtete Bemühungen um eine schrittweise Reduzierung und schließlich völlige Abschaffung aller anderen Kernwaffen. Insbesondere in Europa gilt es, eine Situation anzustreben, in der nur noch die europäischen Kernwaffenmächte auf ihrem eigenen Territorium bzw. auf See über strategische Kernwaffen verfügen.  
Es sollte möglich sein, die weit vorn stationierten nuklearen Gefechtsfeldwaffen, vor allem die nukleare Artillerie, zu einem sehr frühen Zeitpunkt völlig abzurüsten. Zum Zwecke der Abrüstung der taktischen Atomwaffen sind zwischen NATO und Warschauer Pakt bzw. den Kernwaffenmächten, die in Europa derartige Waffen stationiert haben, so bald wie nur möglich Verhandlungen aufzunehmen. Diese dürfen keinesfalls erst dann beginnen, sobald die Implementierung eines Ost-West-Abkommens über die Verminderung der konventionellen Streitkräfte aufgenommen ist, wie es in dem vom Brüsseler

NATO-Gipfel Ende Mai d. J. verabschiedeten "Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung" heißt.

- e) Ein solcher entschlossener Kurs in Richtung nukleare Abrüstung würde als integrales Element natürlich auch den Verzicht auf jegliche Anschaffung neuer Kernwaffen in sich einschließen. Mit den Plänen zur Modernisierung ihrer taktischen Nuklearwaffen setzt sich die NATO gegenwärtig dem Verdacht aus, ein neues Kernwaffenpotential zu schaffen, das die durch das INF-Abkommen aus der nuklearen Eskalationsleiter herausgebrochene Sprosse ersetzen soll. Die NATO braucht aber keine neuen Atomwaffen und schon gar nicht verkappte Mittelstreckenwaffen, wie es die neuen Abstandsflugkörper für ihre Jagdbomber und die Lance 2 faktisch sind.
- f) Solange die NATO zu ihrer Verteidigung noch nicht völlig auf Atomwaffen verzichten kann, sollten diese aller Kriegsführungsaufgaben enthoben werden. Die Atomwaffen des Bündnisses sollten nur noch über die Funktion verfügen, einen potentiellen Aggressor vom Gebrauch von Atomwaffen abzuhalten. Das schließt ein, daß die NATO auf ihre nukleare Ersteinsatzoption und auf alle Pläne verzichten sollte, konventionelle Angriffshandlungen mit Kernwaffenschlägen zu beantworten.
- g) Das dürfte der NATO um so leichter fallen, als die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Paktes in den letzten Wochen und Monaten mit der Ankündigung einseitiger Abrüstungsmaßnahmen eindeutig die Bereitschaft zum Abbau vorhandener Asymmetrien und zur praktischen Veränderung der bislang offensiven militärischen Strategie des östlichen Bündnisses haben erkennen lassen.  
Diese einseitigen Reduzierungen konzentrieren sich auf Panzer, Artillerie und Flugzeuge, also jene Waffensysteme, die für offensive Operationen besonders geeignet sind. Ihr Abzug soll, wie der sowjetische Außenminister erklärte, auch taktische Atomwaffen umfassen und Umstrukturierungen der verbleibenden Streitkräfte und Rüstungen in Richtung eines strikten Verteidigungscharakters einschließen.  
Angesichts dessen sollte die NATO in Erwägung ziehen, als konstruktive Antwort und als Zeichen des guten Willens ihrerseits einseitig die Hälfte ihrer taktischen Atomwaffen aus Europa abzuziehen. Dabei ginge es nicht nur um



den in Montebello beschlossenen Ersatz einer größeren Anzahl veralteter Kernsprengköpfe durch eine kleinere Zahl hocheffektiver, modernerer, sondern um eine wirkliche ersatzlose 50 %ige Reduzierung der tatsächlich stationierten Kurzstreckensysteme, also ihrer Trägermittel und Kernsprengköpfe.

- h) Als grundsätzliche Alternative zur Strategie der nuklearen Abschreckung zeichnet sich immer deutlicher das Konzept struktureller Angriffsunfähigkeit ab. Nachdem es der Warschauer Pakt bereits im Mai 1987 politisch aufgegriffen hat, unternimmt er nunmehr praktische Maßnahmen, um die Idee der ausschließlichen Defensivität im militärischen Bereich praktisch zu verwirklichen. Auch im Westen hat das Konzept struktureller Angriffsunfähigkeit inzwischen weit über die Friedensforschung hinaus an Resonanz gewonnen, darunter auch bei Politikern und aktiven Militärs.

Sicher bleiben in der Diskussion um strukturelle Angriffsunfähigkeit zur Zeit noch viele Fragen offen. Das kann bei einem solchen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik, wie er sich gegenwärtig vollzieht, auch gar nicht anders sein. Deshalb wäre es mehr als angebracht, wenn die NATO endlich das Angebot der anderen Seite zu einem Vergleich der Militärdoktrinen aufgreifen würde, um im konstruktiven Dialog zu klären, wie sich die konzeptionelle Idee der strukturellen Angriffsunfähigkeit zu einem ausgewogenen stabilen und zuverlässigen militärischen Sicherheitskonzept weiterentwickeln läßt.

- i) Der weitere Ausbau der vertrauensbildenden Maßnahmen nach dem Muster des Stockholmer Dokuments von 1986 sowie verschiedene Vereinbarungen über ein militärisches Disengagement in der Berührungszone von NATO und Warschauer Pakt, insbesondere in Zentraleuropa, würde nicht nur den Prozeß der nuklearen und konventionellen Abrüstung in Europa fördern, sondern auch eine Ablösung der auf gegenseitiger Abschreckung beruhenden Militärstrategien begünstigen. Die Idee der Schaffung kernwaffenfreier Zonen und Korridore könnte in diesem Zusammenhang in ein neues, helleres Licht rücken.
- j) Im Zuge der notwendigen Ablösung der Strategie der nuklearen Abschreckung werden die Streitkräfte beider Bündnisse immer stärker die Funktion einer allerletzten Sicherheitsgarantie erhalten. Als operatives Instrument der Krisen- und Konfliktbewältigung wird demgegenüber die Politik an Bedeutung gewinnen. Konfliktregelung, Krisenmanagement und Interessenausgleich mit politischen

Mitteln entwickeln sich zu den entscheidenden Sicherheitsinstrumenten für die zweiten fünfzig Jahre des Atomzeitalters.

Bei der Ausarbeitung einer neuen NATO-Strategie muß diese Gewichtsverlagerung und Funktionsänderung im Verhältnis des militärischen und des politischen Faktors der Sicherheit unbedingt in Rechnung gestellt werden. Sie muß primär als eine politische Strategie entwickelt werden, in der die militärische Verteidigung zwar weiterhin eine wichtige, jedoch nicht mehr jene dominierende Rolle spielt, wie in den zurückliegenden Jahrzehnten. Das schließt auch einen grundlegenden Wandel im Selbstverständnis der Militärs ein, der für so manchen Soldaten sicher schmerzhaft und frustrierend sein wird.

Es gibt jedoch keine Alternative zu Streitkräften, die ihre Waffen niemals mehr einsetzen dürfen. Der Krieg hat ein für allemal aufgehört, wirklich führbar zu sein.

## ANHANG: Varianten und Begriffe

Flexible Erwiderung (flexible response): Gegenwärtig gültige Variante des NATO-Abschreckungskonzepts. Sie ist im 1967 beschlossenen Dokument MC 14/3 niedergelegt und sieht vor, auf jede Art von Angriff angemessen zu reagieren und den Gegner durch eine gezielte Erhöhung des militärischen Einsatzes zur Beendigung seiner Aggression zum frühest möglichen Zeitpunkt zu veranlassen (vorbedachte Eskalation, Eskalationsdominanz, Eskalationskontrolle).

Diese Strategie schließt den Ersteinsatz von Kernwaffen durch die NATO ausdrücklich ein und beruht auf folgenden drei Stufen:

- Direkte Verteidigung auf dem vom Angreifer gewählten Niveau der militärischen Gewaltanwendung;
- vorbedachte Eskalation, wenn mit der Direktverteidigung keine Beendigung der Aggression erreicht wird, einschließlich des nuklearen Ersteinsatzes;
- allgemeine nukleare Reaktion durch das strategische Nuklearpotential der USA, falls auch die vorbedachte Eskalation wirkungslos bleibt.

Die Strategie der flexiblen Erwiderung wurde nach längerem Tauziehen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten eingeführt, um die Glaubwürdigkeitskrise zu beenden, in die die Strategie der massiven Vergeltung durch den Verlust der strategischen Überlegenheit der USA geraten war. Nichtsdestoweniger ist auch die Strategie der flexiblen Erwiderung von Anfang an mit beträchtlichen Widersprüchen behaftet. Das betrifft vor allem die vorbedachte Eskalation, die von vielen Experten unter Kriegsbedingungen für unrealisierbar gehalten wird. Auf immer massivere Ablehnung und Kritik stößt auch die Option des nuklearen Ersteinsatzes.



Abschreckung durch Bestrafung (deterrence by punishment):

Variante der nuklearen Abschreckung, die im wesentlichen der Strategie der massiven Vergeltung adäquat war. 1954 durch die USA formuliert, wurde sie mit dem Dokument MC 14/2 im März 1957 in leicht abgewandelter Form von der NATO übernommen. Ihr zufolge sollte ein konventioneller Angriff der UdSSR auf Westeuropa mit dem sofortigen massiven Einsatz strategischer Kernwaffen der USA vergolten werden. Diese nukleare Bestrafung zielte vor allem auf die Zerstörung der großen Städte und industriellen Zentren der UdSSR ab.

Die konventionellen Streitkräfte und taktischen Atomwaffen des atlantischen Bündnisses in Europa hatten nach diesem Szenario lediglich die Aufgabe, die Sowjetunion in Verfolgung ihrer vermeintlichen Angriffspläne zu militärischen Operationen in solchen Größenordnungen zu zwingen, die einen sofortigen massiven nuklearen Vergeltungsschlag der NATO rechtfertigen würden. Ihnen war die Rolle eines Schildes zugedacht, während die strategischen Kernwaffen der USA als Schwert wirken sollten.

### Abschreckung durch Verweigerung (deterrence by denial):

Gegenstück zur Abschreckung durch Bestrafung. Dem Angreifer soll nicht ein massiver nuklearer Vergeltungsschlag zugefügt werden, sondern "nur" solche Schläge, die geeignet sind, den Erfolg seiner Aggression zu vereiteln. Diese Variante der Abschreckung hat scheinbar eine gewisse Affinität zu jenen alternativen Sicherheitskonzepten, die den Schwerpunkt der Verteidigung auf einen möglichst hohen und damit letztlich nicht vertretbaren Aufenthaltspreis für die Invasionsstreitkräfte des Aggressors auf dem besetzten Territorium legen. Tatsächlich orientiert Abschreckung durch Verweigerung jedoch vor allem auf die Schaffung effektiver counter-force-Optionen, die den Erfolg eines Angriffs durch gezielte Schläge gegen sensitive Punkte tief im Hinterland des Gegners vereiteln sollen. Abschreckung durch Verweigerung ist somit keineswegs passiv, sondern verstärkt die gefährliche Tendenz zur Schaffung von Kriegsführungsoptionen, die nicht nur defensiv, sondern auch offensiv genutzt werden können. Sie ist somit außerordentlich gefährlich und verstärkt die Risiken der Abschreckungsstrategie.

Gegenseitige Abschreckung (mutual deterrence):

Zwischen den beiden Weltmächten bzw. Blöcken objektiv existierendes Verhältnis beiderseitig gesicherter Zerstörung, das auf der Fähigkeit jedes Kontrahenten beruht, einen wie auch immer gearteten nuklearen Angriff unter beliebigen Bedingungen mit einem für den Aggressor vernichtenden Gegenschlag zu beantworten.

Dieses Verhältnis ist unter dem Acronym MAD (mutual assured destruction) in das politische und militärische Vokabular eingegangen.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten, die über keine Abschreckungsstrategie im Sinne der NATO verfügen, räumen ein, daß unter den Bedingungen nuklear-strategischer Parität zwischen den beiden Weltmächten faktisch ein Zustand gegenseitiger Abschreckung bzw. Eindämmung besteht, der auf der wechselseitigen Furcht vor Vergeltung beruht.



Erweiterte Abschreckung (extended deterrence):

Konzept, das die konventionellen und nuklear-taktischen Streitkräfte der NATO in Europa mit den strategischen Kernwaffen der USA verbindet. Dieses für die Wirksamkeit der Strategie der flexiblen Erwidern entscheidende Bindeglied wurde und wird vor allem von den europäischen Verbündeten der USA eingefordert. Sie drängen darauf, daß der Schutzschirm der strategischen Atomwaffen der USA möglichst uneingeschränkt auch über ihrem Territorium aufgespannt wird, seine Abschreckungswirkung also über die Vereinigten Staaten und Kanada hinaus erweitert wird.

Wenn man der zwar widersprüchlichen und brüchigen, jedoch durchaus nachvollziehbaren inneren Logik des NATO-Abschreckungskonzepts folgt, so war, ist und bleibt diese erweiterte Abschreckungswirkung der strategischen Kernwaffen der USA sein springender Punkt. Entsprechend intensiv sind die Auseinandersetzungen zu dieser Frage. Während die Europäer von ihrer Interessenlage her eine möglichst automatische Wirkung der erweiterten Abschreckung wollen, ist den Vereinigten Staaten umgekehrt daran gelegen, jeden Automatismus in der vorbedachten Eskalation zu verhindern und vor dem Einsatz ihrer strategischen Systeme eine möglichst hohe Barriere zu errichten.

Während die USA befürchten, daß die Europäer sie wegen jedes vergleichsweise geringen Konflikts mit der UdSSR in Europa in den nuklearen Holocaust treiben wollen, argwöhnen die Europäer, ihr großer atlantischer Verbündeter beabsichtige, auf ihre Kosten einen auf Europa begrenzten Atomkrieg möglich zu machen.

Seit der Mitte der siebziger Jahre versuchen die USA deshalb durch "Limited Nuclear Options" ein weiteres Zwischenglied zwischen vorbedachte Eskalation und allgemeine nukleare Reaktion zu schieben. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob diese LNO im Kriegsfall die UdSSR vom vollen Einsatz ihres strategischen Potentials abschrecken würde.

Abschreckung vor Krieg (deterrence against war):

Variante des Abschreckungskonzepts, die den Schwerpunkt auf die Verhinderung eines Krieges legt. Ein möglicher Aggressor soll deshalb vor einem Angriff zurückschrecken, weil er mit Risiken bis hin zu seiner Vernichtung durch einen atomaren Gegenschlag konfrontiert wird, die für ihn unakzeptabel sind.

Diese passive Abschreckung oder Kriegsverhinderungsabschreckung, wie sie häufig noch genannt wird, ist jedoch mit dem Widerspruch behaftet, daß sie nur dann glaubhaft ist, wenn die praktische Fähigkeit zu diesem Gegenschlag (also zur Führung des Krieges, der verhindert werden soll) tatsächlich nachgewiesen wird.

Auch Kriegsverhinderungsabschreckung ist somit letzten Endes Abschreckung durch die Fähigkeit zur Kriegsführung.

Sie ist deshalb eher ein politisches denn ein militärisches Konzept. Häufig wird sie auch im rein deklarativen Sinne benutzt oder gar demagogisch mißbraucht, um das Streben nach Erlangung von Kriegsführungsoptionen zu verschleiern.

In der Abschreckungspraxis kommt es zur Nivellierung von Kriegsverhinderungsabsicht und Kriegsführungsfähigkeiten. Sie stellen zwei verschiedene, nicht voneinander zu trennende Momente der Abschreckungsstrategie dar, deren Verhältnis variabel ist. Durch objektive Entwicklungen in der Waffentechnik hat sich dieses Verhältnis in den zurückliegenden Jahrzehnten immer mehr in Richtung Kriegsführungsfähigkeiten verschoben.

Abschreckung im Kriege (intra war deterrence):

Variante der Abschreckungsstrategie, die den Schwerpunkt darauf legt, einen Aggressor nach bereits erfolgtem Angriff durch geeignete militärische Aktionen, unter Einschluß nuklearer Erst- und Vergeltungsschläge zur Beendigung der Kriegshandlungen und zum Rückzug zu bewegen.

Abschreckung im Krieg ist ein integrales Element der NATO-Strategie der flexiblen Erwidern. Sie soll in Kraft treten, wenn die Abschreckung vor einem Angriff versagt hat. Durch nuklearen Ersteinsatz und vorbedachte Eskalation bis hin zu einem allgemeinen Nuklearkrieg soll der Aggressor zur Beendigung seiner Angriffshandlungen veranlaßt und von einer Fortführung des Krieges abgeschreckt werden. Es ist allerdings äußerst umstritten, ob diese Abschreckung im Kriege tatsächlich funktionieren würde.

Abschreckung im Kriege ist nicht nur unglaubwürdig, sondern äußerst gefährlich. Indem sie die militärische Strategie auf Aufgaben der praktischen Kriegführung orientiert, vernachlässigt sie zwangsläufig die Aufgabe der Kriegsverhinderung. Abschreckungsstrategien werden auf diese Weise zu Kriegsführungskonzepten, in denen das Ziel der Kriegsverhinderung kaum noch zu erkennen ist. Ihr einziges Axiom besteht darin, daß es einen Angriff der UdSSR auf die Interessen der USA und der NATO gibt. Alles weitere ist praktisch nicht zu unterscheiden von eigenen Angriffsszenarien.

Abschreckung im Kriege kann so durchaus zu einer Tarnformel für die Vorbereitung von Aggressionen werden.



Abgestufte Abschreckung (discriminate deterrence):

Titel und Grundkonzept des im Januar 1968 vorgelegten Abschlußberichtes der vom Pentagon eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung einer integrierten Langzeitstrategie der USA unter Leitung von Fred. C. Iklé und Albert Wohlstetter.

Obwohl er von Regierung und Kongreß noch nicht offiziell bestätigt wurde, ist der Bericht außerordentlich repräsentativ für eine Hauptrichtung des strategischen Denkens in den Vereinigten Staaten.

Bereits in den zurückliegenden Jahrzehnten wurde die Formel einer abgestuften, differenzierenden Abschreckung häufig benutzt, um den Grundgedanken der Strategie der flexiblen Erwidern zu erläutern. Damit hat jedoch discriminate deterrence absolut nichts mehr zu tun. Die vorgelegte Studie steht vielmehr für ein ausgewachsenes Kriegsführungskonzept, das im Titel den Begriff der Abschreckung demagogisch mißbraucht. Es betrachtet nicht die Kriegsverhinderung, sondern die Fähigkeit zur effektiven Kriegführung auf den unterschiedlichsten Ebenen als Hauptzweck. Es wird geradezu einer Unvermeidlichkeit von Kriegen das Wort geredet. Die in der Abschreckungsdoktrin von Anfang an angelegte Unlogik der Kriegsverhinderung durch die Fähigkeit zur Kriegführung wird durch "discriminate deterrence" faktisch auf die Spitze getrieben, so daß nur noch die Vorbereitung auf unvermeidliche Kriege zählt.

Wie auch SDI ist sie gewissermaßen der Versuch des einseitigen Ausbruchs aus dem Dilemma der gegenseitig gesicherten Zerstörung, das von den Falken in den USA seit jeher nur als demütigendes Handicap empfunden wurde. In "discriminate deterrence" materialisieren sich die niemals aufgegebenen Träume großer Teile der "strategic community" der USA nach Wiedererlangung des großen Knüppels (big stick), der leider verloren ging, noch ehe mit ihm richtig zugeschlagen werden konnte.

Eine offizielle Übernahme des Konzepts durch die USA-Regierung hätte verhängnisvolle Konsequenzen für die Sicherung des Weltfriedens und die Fortführung des Abrüstungsprozesses.

Minimalabschreckung (minimum deterrence):

Konzept der Gewährleistung der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit im Verhältnis der beiden Weltmächte, Blöcke und Systeme auf einem möglichst geringen Niveau nuklearstrategischer Parität, bis die Voraussetzungen für eine Welt ohne Atomwaffen geschaffen sind.

Experten gehen davon aus, daß hierfür 1000 oder gar nur einige hundert unverwundbar stationierter strategischer Nuklearwaffen auf beiden Seiten ausreichend wären. Die strategischen Arsenale beider Weltmächte könnten mithin auf 10 oder gar nur 5 % der heutigen mehrfachen overkill-Bestände reduziert werden, ohne aus MAD auszubrechen. Taktische Atomwaffen ließen sich völlig abschaffen.

Unverzichtbar für das Funktionieren einer solchen zeitlich begrenzten Minimalabschreckung wäre indessen eine angemessene Einbeziehung der anderen Kernwaffenmächte in den nuklearen Abrüstungsprozeß sowie eine Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Das Konzept der Minimalabschreckung ist noch nicht umfassend ausgearbeitet, wird jedoch in zunehmendem Maße unterstützt, darunter auch in der Sowjetunion. Langfristig ist es auf eine gänzliche Überwindung der nuklearen Abschreckung und völlige Abschaffung der Kernwaffen orientiert. Es geht jedoch davon aus, daß bis zur Schaffung zuverlässiger politischer Sicherheitsmechanismen und angriffsunfähiger, nichtnuklearer Verteidigungsstrukturen noch ein längerer Zeitraum vergehen wird, in dem die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung auf einem möglichst niedrigen Niveau für die Gewährleistung der internationalen Stabilität unverzichtbar ist.

Das Konzept der Minimalabschreckung ist geeignet, eine Brücke des Konsenses zwischen den Befürwortern allgemeiner nuklearer Abrüstung und jenen Vertretern zu bauen, die heute noch keine prinzipielle Alternative zur nuklearen Abschreckung sehen.

# Appell an die KSZE in Madrid, Mai 1981

Wir wenden uns mit diesem Papier an die Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Gegenwärtig tagen die Vertreter dieser Staaten in Madrid. In einer Zeit wachsender Konfrontationsgefahr tragen sie eine große Verantwortung gegenüber den Völkern Europas, der USA und Kanadas.

Die Unterzeichner dieses Appells sind Militärs, die nicht die Ab- sieht haben, als unerwünschte politische Berater aufzutreten. Aber seit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist klar geworden, daß die Zukunft unseres Kontinents zunehmend von einer Überwindung militärischer Probleme abhängt. Aufgrund dieser Tatsache halten wir uns für legitimiert und verpflichtet, unsere Erfahrung als Militärsachverständige in die Debatte über die Zukunft unserer Völker und Staaten einzubringen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß weder in Europa noch in den USA politisch wichtige Entscheidungen ohne Berücksichtigung der folgenden Prämissen getroffen werden sollten:

*Erstens* – Die amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bezeichneten das Ende einer Periode der menschlichen Zivilisation. Die neue Periode, in der wir uns jetzt befinden, erfordert vollkommen neue Überlegungen. Einem einzigen Gedanken gehört oberste Priorität: diese neuen Waffen sind nicht anwendbar.

Solange nur die Amerikaner im Besitz der Atombombe waren, hätten Skrupel sich auf moralische Aspekte beschränken können. Heutzutage kommen Atomwaffen auch aus militärischen Gründen nicht mehr in Frage. Die beiden mächtigsten Militärblöcke, die je existiert haben, sind im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Es gibt absolut keinen Zweifel, daß diejenigen, die sie einsetzen, selbst getötet werden.

*Zweitens* – Die Vereinigten Staaten ebenso wie die Sowjetunion sind in der Lage, auf militärische Aktionen der anderen Seite zu antworten. „Neue Strategien“, die diese Tatsache zu leugnen versuchen, können nur Erfindungen ambitüöser und karrierebesessener Militärs zur Beeindruckung leichtgläubiger Politiker sein oder umgekehrt. Niemand kann das militärische Axiom bestreiten, daß es aussichtslos ist, Pläne entwickeln zu wollen, die die andere Seite durch den Einsatz atomarer Machtmittel überraschen sollen. Wenn eine Seite ihre Trägersysteme oder Bomben verfeinert, dann wird die andere Seite einen Schritt darüber hinausgehen. Hat es irgendeinen Sinn, diesen Teufelskreis fortzusetzen? Die einzige Chance für das Überleben der Menschheit kann man darin sehen, Slogans, die militärische Stärke demonstrieren sollen, endlich zu überwinden, statt neue solche Slogans zu kreieren; auf neue Waffensysteme zu verzichten, statt sie zu bauen.

*Drittens* – Langjährige Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung offensiver strategischer Waffen (SALT) haben nicht nur klare Ergebnisse erbracht, sondern zugleich demonstriert, daß es möglich ist, bestimmte Waffen und Waffensysteme auf einer Basis der Gegenseitigkeit zu begrenzen. Es wäre verheerend, wenn die US-Administration annähme, ohne die Einhaltung des SALT-Abkommens – einschließlich der dazu erforderlichen verfassungsrechtlichen Maßnahmen – und ohne eine Fortsetzung der SALT-Verhandlungen auskommen zu können. Europa reagiert empfindlich darauf, daß die Vereinigten Staaten über die „Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung“ grübeln, aber sich nicht um die Glaubwürdigkeit ihrer Haltung gegenüber Abrüstungsverträgen kümmern – wie in der Debatte über die SALT-II-Ratifizierung demonstriert.

Dies kann auch nicht im Interesse des amerikanischen Volkes liegen und ist kein brauchbares Mittel zur Stärkung der NATO – einer Einrichtung, die nur als ein auf guten Willen (good sense) gestütztes Bündnis lebensfähig bleiben kann. Aber für friedliche Koexistenz ist ebenso wichtig, daß die Sowjetunion es vermeidet, das Mißtrauen der anderen Seite dadurch zu verschärfen, daß sie ihre Sicherheit übertrieben betont, was sie manchmal tut.

*Viertens* – Die vielzitierten Interessen der „Nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten“ können nicht geschützt werden, wenn das relative militärstrategische Gleichgewicht, das seit vielen Jahren bestanden hat und – realistischen Einschätzungen zufolge – immer noch besteht, von einer Seite zerstört wird. Nationale Sicherheit kann nicht durch übertriebene Aufrüstung erreicht werden. Wie jeder andere von Menschen erfundene Begriff würde auch der der „Nationalen Sicherheit“ sinnlos, wenn die von beiden Blöcken aufgehäuften atomaren Kapazitäten eingesetzt würden.

Nationale Sicherheit kann nur garantiert werden, wenn die beiden gegnerischen Gesellschaftssysteme Koexistenzmöglichkeiten entwickeln, statt militärische Konfrontation zu suchen. Es ist notwendig, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite auf die gleiche Weise zu respektieren, wie die eigenen Sicherheitsinteressen von der anderen Seite respektiert werden müssen. Dabei müssen die Sicherheitsinteressen kleinerer Länder ebenso respektiert werden wie die der größeren. So würde z. B. der Einsatz von



„Cruise-Missiles“ – aufgrund ihrer technischen Eigenschaften – notwendigerweise die Souveränität einer Reihe kleinerer, sogar neutraler Länder verletzen.

*Fünftens* – Schon heute ist Europa mit Atombasen übersät. Früher oder später werden sie verschwinden müssen. Es gibt keine Alternative dazu. Die Zahl der Atombasen noch zu erhöhen, ist militärisch gesehen weder nützlich noch klug. Die Unterzeichner halten es für gefährlich, den dringend nötigen SALT-Prozeß und die – für Europa so entscheidenden – Verhandlungen über Mittelstreckenraketen dadurch aufs Spiel zu setzen, daß der Status quo einseitig angetastet wird.

Es ist schwer einzusehen, warum rund 600 Pershing-II und Cruise-Missiles stationiert werden sollen, wenn Westeuropas Sicherheit durch die bereits existierenden Waffen auf angemessene Weise garantiert werden kann. Niemand war bisher in der Lage, das Gegenteil zu beweisen, und selbst wenn ein solcher Beweis möglich wäre, müßten erst alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

*Sechstens* – Für Europa sind militärische Entspannung und Abrüstung von äußerster Wichtigkeit. Die internationale Lage ist, wie jedermann weiß, gespannt. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem schon einige undurchdachte, übereilte Entscheidungen die europäischen Friedensanstrengungen vieler Jahre aufs Spiel setzen können, ja, unseren Kontinent und die ganze Welt an den Rand der Katastrophe treiben könnten. Helsinki schuf die Voraussetzungen dafür, geduldig auf dem Weg friedlicher internationaler Zusammenarbeit voranzukommen. Madrid wird eine militärische Entspannung sichern müssen, um Europa zu retten. Wenn Madrid zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz durch die KSZE-Unterzeichnerstaaten führt, wäre dies eine konkrete Tat für den Frieden. Eine solche Konferenz könnte eine realistische Militärpolitik in Übereinstimmung mit den Interessen unserer Völker formulieren und schrittweise verwirklichen; eine Militärpolitik, die die Sicherheit aller Beteiligten im Auge hat.

Nur wenn Sie bereit sind, die gegenwärtige Lage in dieser Perspektive zu sehen, werden Sie fähig sein, den Erfordernissen unserer Zeit gerecht zu werden. Wenn Sie eine friedliche Zukunft für unseren Kontinent sichern wollen, dann müssen Sie zu einem neuen Verständnis der Weltlage kommen. Die Existenz unterschiedlicher sozialer Systeme als eine politische, ökonomische und militärische Realität zu akzeptieren, ist ein integraler Bestandteil dieser Denkweise. Wenn Sie dies nicht verstehen, werden Sie nicht in der Lage sein, die praktische Notwendigkeit der Entspannung zu begreifen. Nicht nur Militärs müssen erkennen, daß es eine Vorstellung aus der Vergangenheit ist, auf Schlachtfeldern militärische Ehren zu erlangen. Es gibt keine Ehre, die man auf nuklearen Schlachtfeldern gewinnen kann. Und kein Mensch wird heimkehren, um diese Ehre zu beanspruchen.

Heute muß militärische Ehre darin bestehen, den Krieg zu verhüten. Die Unterzeichner, die dazu erzogen worden sind, ihre militärische Pflicht gegenüber ihren jeweiligen Völkern zu erfüllen, werden an der Seite aller Bewegungen und Gruppen sein, die neue, absurde Waffen im Interesse des Überlebens durch Verhandlungen ersetzen wollen.

Einen begrenzten Atomkrieg kann es nicht geben. Aber es ist möglich, die Rüstung zu begrenzen.

Militärische Vernunft und Verantwortungsbewußtsein sollten die Anhäufung weiterer Waffen und die Verschärfung der Konfrontation verbieten.

Militärische Vernunft und Verantwortungsbewußtsein gebieten, daß „moderne Waffen“ vernichtet werden und daß keine neuen Rüstungsprogramme aufgenommen werden.

Wir meinen, daß es der KSZE entspräche, wenn alle europäischen Völker einschließlich ihrer Soldaten ihre elementaren Menschenrechte nutzen, um den Frieden zu sichern.

Die Regierungen der KSZE-Unterzeichnerstaaten sollten den Willen ihrer Völker respektieren und militärischer Vernunft folgen. Sie sollten alles tun, um einen Atomkrieg zu verhüten.

Lassen Sie uns Verbündete sein im Interesse eines sicheren Europas und einer sicheren Welt.

gez.:

General a.D. M.H. von Meyenfeldt, Niederlande

General a.D. F. da Costa Gomes, ehemaliger Präsident der Republik Portugal

General a.D. G. Koumanakos, Griechenland

General a.D. N. Pasti, Senator der Republik Italien

General a.D. G. Bastian, Bundesrepublik Deutschland

*Die Schreibweise des Originals wurde beibehalten.*

Quelle: Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Zweite erweiterte Auflage, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1982, S. 377 – 380.

# **Memorandum an die Außen- und Verteidigungsminister, an die Befehlshaber und Stabsoffiziere der NATO, November 1981**

Der Friede ist in Gefahr. Mit großer, berechtigter Sorge blicken die Menschen in Europa und weiten Teilen der Welt auf dieses Ergebnis einer gefährlich zugespitzten Politik der Konfrontation und des Wettrüstens.

In dieser Situation tagen in Kürze die NATO-Führungsgremien, und sie haben Entscheidungen zu treffen.

Es geht dabei um Grundfragen: Wird die gegenwärtige Lage als Folge der unzureichenden Ausgestaltung der Entspannungspolitik oder als Ergebnis ungenügender Rüstungsanstrengungen des Bündnisses bewertet? Wird die Reaktion der NATO darauf bestimmt von entschlossenen Schritten zur kooperativen Regelung strittiger weltpolitischer und kontinentaler Probleme, oder von einem weiteren Ausbau des konventionellen und atomaren Potentials für eine auf militärische Überlegenheit zielende Konfrontationspolitik?

Als ehemalige hohe Offiziere der im NATO-Bündnis stehenden Streitkräfte haben wir, im Bewußtsein unserer menschlichen Verantwortung und militärischen Kompetenz, Veranlassung dies zu sagen: Militärische Überlegenheit als effektives Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen ist angesichts des vorhandenen Potentials sowie der rüstungswirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten in Ost und West für jede Seite illusionär. Ein dritter Weltkrieg als Ultima ratio wäre weder zu gewinnen noch regional zu begrenzen. Die ungeheure Vernichtungskraft moderner Waffensysteme bedroht die gesamte Menschheit in ihrer Existenz. Eine Auseinandersetzung, mit diesen Mitteln geführt, würde keinen Sieger, sondern nur Verlierer kennen.

Diese Realität muß in Rechnung gestellt werden. Nur so können tiefgreifende Erschütterungen des Bündnisses vermieden werden. In Übereinstimmung mit der 1974 angenommenen Deklaration über die atlantischen Beziehungen betrachten wir den Nordatlantikvertrag als Grundlage für die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses und ihr Streben nach Entspannung. Im Sinne dieser Vereinbarungen liegt auch die Wahrnehmung einer gleichberechtigten Partnerschaft aller Mitgliedsstaaten, die nicht durch Forderungen nach „Gefolgschaft“ entwertet werden darf. Nur eine an den Lebens- und Sicherheitsinteressen aller Mitgliedstaaten orientierte Verteidigungspolitik kann im Rahmen integrierter Streitkräfte erfolgreich sein.

Für einen verantwortungsbewußten Soldaten ist heute die Wahrnehmung seiner militärischen Pflicht von seinem Gewissen nicht zu trennen. Er muß seinem Gewissen folgend handeln, ehe es zu spät ist und ein „Befehlsnotstand“ eintritt: Die erste Pflicht des Soldaten in unseren Tagen ist, den Krieg zu verhindern.

Als Offiziere, deren ganzes Leben der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit für die Staaten des Bündnisses gewidmet war, appellieren wir deshalb an die Regierungen unserer Länder, an die Verteidigungsminister, Parlamentarier und an unsere Kameraden im aktiven Dienst,

- die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen zu stellen,

- alles für den Abbau der politischen Spannungen und der militärischen Konfrontation zu tun und
- entschieden gegen alle Versuche zur Erlangung militärischer Überlegenheit und zur Lösung politischer Konflikte mit militärischen Mitteln aufzutreten.

Wir rufen auf zu einer realistischen Überprüfung jener politisch-militärischen Konzeptionen, die das NATO-Bündnis zu einem Instrument riskanter Konfrontationspolitik zu machen drohen, die seinen Zusammenhalt gefährden und es in immer breiteren Bevölkerungskreisen mit Gefühlen der Angst und Gefahr statt der Gewißheit militärischer Sicherheit in Verbindung bringen.

## *1. Die NATO zu den Fragen unserer Zeit*

### **1. Was bedroht uns?**

Alljährlich bekräftigt die NATO in den Tagungsprotokollen ihrer Führungsgremien, daß die sowjetische Rüstung „weit über die Verteidigungserfordernisse hinausgehe“. Bereits bei der Beurteilung dieser „sowjetischen Verteidigungserfordernisse“ werden nicht selten falsche Ausgangswerte angenommen, indem das Konfrontationsspektrum dieses sich über zwei Kontinente erstreckenden riesigen Landes auf den europäischen Befehlsbereich der NATO zurückgeschnitten wird. Weit schlimmer wirken sich in unserer Lagebeurteilung politische Voreingenommenheit und Wunschdenken aus. Der Umstand, daß das sowjetische Gesellschaftssystem unseren westlichen Wertvorstellungen nicht entspricht, darf kein Anlaß sein, diesem Land für sein Verhalten in den internationalen Beziehungen von vornherein Unaufrichtigkeit zu unterstellen und es als bedrohlichen militärischen Feind aller nichtkommunistischen Länder zu verteufeln. Ist es nicht viel eher so, daß die sowjetischen Führer nichts mehr fürchten, als daß Wettrüsten und Krieg ihre ehrgeizigen politischen und wirtschaftlichen Absichten verhindern könnten?

Wir sorgen uns keineswegs um das Ansehen jenes Landes. Es ist allein Angelegenheit der Sowjetunion, ihr politisches Erscheinungsbild auf der internationalen Bühne zu vertreten; was uns bewegt, ist eine Konzeption, wonach dieses politische Feindbild zur Rechtfertigung und Grundlage einer Konfrontationspolitik zwischen zwei Weltmächten und zwischen den beiden mächtigsten Militärblocken der Gegenwart dient. Wir sind in Gefahr, Opfer einer in dieser Weise nicht existierenden Bedrohung zu werden. Es ist hohe Zeit, unsere reale Situation zu erkennen, zu begreifen und zu steuern.

Uns bedroht:

- Ein Feindbild, das die Menschen dem Friedensgedanken entrickt, sie auf konfliktbetonte und kriegsnahe Denk- und Verhaltensweisen festlegt und damit für ein kooperatives Zusammenleben aller Völker untauglich macht.

- Eine ins Abenteuerliche abgleitende Politik, die die internationalen Beziehungen nur am eigenen Vorteil mißt und Chancen zu Verhandlungen über die Lebensfragen unserer Zeit nicht erkennt oder ausschlägt.

- Unser Unverständnis gegenüber den Interessen der Länder der 3. Welt, ihrem Unabhängigkeitsstreben und ihrem berechtigten Anspruch auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Aufstieg und nationales Prestige, das Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten einschließt.

- Überheblichkeit gegenüber den sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen in unseren Ländern, die die ganze Last inflationärer Preisentwicklung, der Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Massenkriminalität erdulden müssen und deren Verständnis dafür erschöpft zu sein scheint, daß statt Besserung ihrer Lage weiterhin die dafür erforderlichen Mittel in die Rüstung fließen.

Es bleibt zu befürchten, daß auch die bevorstehende Zusammenkunft der NATO-Führungsspitzen dieser Lage wenig Aufmerksamkeit schenkt und weiterhin von einem Bedrohungsbild ausgeht, das auf politischer Voreingenommenheit und sachlicher Ungenauigkeit fußt und für die praktische Politik unseres Bündnisses eine irreführende und daher gefährliche Entscheidungshilfe wäre.

### **2. Nukleares Rüsten bis zum atomaren Kollaps?**

Die Kernwaffenarsenale der NATO und der Sowjetunion sind übertoll. Das Detonationsäquivalent der Atomwaffen reicht aus, alles Leben auf unserer Erde nicht nur einmal, sondern viele Male zu vernichten. Jede Seite verfügt über die Mittel, dem potentiellen Gegner im Falle eines Angriffs einen vernichtenden Gegenschlag zu versetzen. Diese Fähigkeit hat bisher die politischen und militärischen Möglichkeiten beider Seiten begrenzt und sie der Rationalität des Überlebens unterworfen.

Diese Lage sollte durch Vereinbarungen zur Begrenzung strategischer Rüstungen bewahrt und später auf ein niedrigeres Niveau der nuklearstrategischen Konfrontation geführt werden. Das hätte auch eine Reduzierung der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa ermöglicht und dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in West- und Osteuropa entsprochen. Doch bereits lange vor dem Eingreifen der Sowjetunion in Afghanistan wurde deutlich, daß die maßgeblichen politischen Kreise der USA das SALT-II-Abkommen nicht ratifizieren wollten. Sie brachen den



SALT-Prozeß faktisch ab. Enorme Rüstungsprogramme wurden verabschiedet. Vorstellungen über eine Begrenzung der Rüstungen dagegen ließen auf sich warten. Der Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion kam faktisch zum Erliegen; Washington brauchte mehr als ein halbes Jahr, um einen Botschafter für Moskau zu nominieren. Statt stabilisierender vertraglicher Vereinbarungen nahmen die USA – sogar mit Unterstützung einiger westeuropäischer Politiker – Kurs auf die Einführung neuer Kernwaffensysteme im strategischen Bereich, bei den Gefechtsfeld- und taktischen Kernwaffen.

Die Dislozierung der MX- und Trident-II-Raketensysteme zielt nach Einschätzung kompetenter Gremien in den USA auf eine Möglichkeit der Erstschlagskapazität ab, also auf die Fähigkeit, sowjetische Raketen und Kommandozentralen zu zerstören und unter Ausnutzung eines Überraschungsmoments selbst den strategischen Nuklearkrieg zu „gewinnen“.

Der am 12. Dezember 1979 in der NATO gefaßte Beschluß zur Stationierung neuer Systeme mittlerer Reichweite in Westeuropa – der sogenannte Doppelbeschluß – verfolgt die gleiche Zielstellung bei verlagertem Risiko. Die ICBM-Sprengköpfe der USA brauchen 30 Minuten, um ihre Ziele innerhalb der Sowjetunion zu erreichen, was den Einsatz der sowjetischen ICBM ermöglicht, ehe sie am Boden von den ankommenden Sprengköpfen der USA vernichtet werden. Die Pershing II benötigen nur 5 bis 6 Minuten, um die sowjetischen politischen und militärischen Kommandozentralen sowie deren Verbindungswege zu zerstören. Damit wird jegliche sowjetische Reaktion zumindest für jene 30 Minuten unmöglich gemacht, die die anfliegenden ICBM-Sprengköpfe der USA benötigen. So machen die Pershing II den „begrenzten Kernwaffenkrieg“ möglich. Sie haben nichts mit einer Reaktion auf die sowjetischen SS-20 zu tun. Was die Cruise Missiles betrifft, so machen ihre geringe Größe und die Flexibilität ihrer Starttrampen es nahezu unmöglich, irgendein zukünftiges Abkommen über ihre Begrenzung zu kontrollieren.

Schon wird darüber gesprochen, daß die gleichen Pershing-II-Raketen und Cruise-Missiles, die für Westeuropa vorgesehen sind, auch in Japan, in Südkorea und auf mobilen Basen stationiert werden sollen. Eine solche Einkreisung mit nuklearen Trägersystemen zwar mittlerer Reichweite, aber eindeutig strategischer Funktion, kann und wird die Sowjetunion ebenso wenig hinnehmen, wie die USA und Präsident Kennedy sich mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba abfinden.

Auch der Beschluß zur Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen entspricht dieser Strategie. Wer glaubt, mit Neutronenwaffen sowjetische Panzerverbände vernichten zu können wie man Fliegenschwärme mit einem Insektenspray vertreibt, gibt sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hin. Neutronenwaffen sind und bleiben Kernwaffen. Wer sie einsetzt, beginnt einen Kernwaffenkrieg mit all seinen absehbar verheerenden Folgen.

Die Entwicklung und Einführung dieser neuen Kernwaffensysteme ist besonders gefährlich, weil sie mit der klaren Absicht des Ersteinsatzes von Kernwaffen auch gegenüber Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, gekoppelt ist. Diese Politik stellt für alle Schwellenmächte eine direkte Aufforderung zur Herstellung eigener nuklearer Kampfmittel dar, ganz abgesehen davon, daß die Sowjetunion versucht sein könnte, ihre Verbündeten damit auszurüsten.

Auch Gefahren eines beabsichtigten oder unbeabsichtigten Kernwaffenmißbrauchs, tragischer Unfälle oder schwerwiegender Computerpannen sind nicht zu übersehen. Das schlimmste jedoch ist, daß wir uns in einen nuklearen Rüstungswahn steigern, der unausweichlich in einer Katastrophe enden muß.

Dieses Verhalten ist in höchstem Maße irrational. Die in den USA getroffenen Entscheidungen und geplanten Maßnahmen schaffen Gefahren, die für Europa nicht akzeptabel sind. Niemand in Westeuropa glaubt ernsthaft, daß Sicherheit unter den gegenwärtigen Bedingungen atomar errüstet werden kann. Statt dessen sehen wir mit einer tiefen Sorge, wie wir darangehen, unsere Sicherheit zu zerrüsten.

### 3. Können wir unbegrenzt rüsten?

Auch vor der diesjährigen Herbsttagungsserie der NATO gibt es keinerlei Anzeichen dafür, die mit dem 1978 beschlossenen Langzeitprogramm eingeleitete neue Phase intensiven Rüstens zu stoppen. Vielmehr setzte Präsident Reagan mit seiner rüstungswirtschaftlichen Kampfansage an die Sowjetunion vom September 1981 auch den Verbündeten ein Signal, dem amerikanischen Beispiel zu folgen und ihre Rüstungsanstrengungen zu mehren. Erhöhten sich bei Zugrundelegung einer 3%igen jährlichen Steigerungsrate die Verteidigungsausgaben des Bündnisses von

104,2 Mrd. \$ 1970 auf 218,1 Mrd. \$ 1980, so legt die US-Regierung ihren jetzigen Planungen eine 7%ige jährliche Erhöhung zugrunde. Damit werden allein die Vereinigten Staaten 1982 222,2 Mrd. \$ für militärische Belange verausgaben.

Die Rüstungslogik früherer Jahrzehnte, wonach mehr Wehrpotential einen Zuwachs an nationaler Sicherheit implizierte, gilt jedoch nicht mehr. Mehr Sicherheit läßt sich heute nur noch aus Rüstungsreduzierung gewinnen. Diese Umkehr ist kein leichter Prozeß, aber machbar. Der Entschluß erfordert nicht weniger politische Klugheit, staatsmännische Kunst, Mut und kultivierten Führungsstil, als seinerzeit die Konzeption für den Einsatz militärischer Macht zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, staatlicher Souveränität und Freiheit.

Neue Bedingungen verlangen neue Lösungen. Wir wiederholen: Unsere NATO-Gremien stehen vor der Entscheidung, mit aller Konsequenz den Weg der Rüstungsreduzierung zu beschreiten und Sicherheit für unsere Völker zu gewinnen oder am bisherigen Aufrüstungskonzept festzuhalten, das die gesellschaftlichen Entwicklungsprogramme in unzulässiger Weise beschneidet, das Konfliktpotential und damit Kriegsgefahren mehrt.

Wir empfehlen die erste Variante. Wir halten sie für militärisch vertretbar und einen Akt politischer Vernunft.

#### 4. Verschärfung der Konfrontation oder Verhandeln mit der Gegenseite?

Wer den Kalten Krieg mit seinem für den Westen wenig ermutigenden Ausgang, mit seiner Orientierung auf Embargolisten und Boykottandrohungen, mit seiner durchgängigen politischen Konfrontationsstruktur in Erinnerung hat, kann nicht wünschen, daß sich das schon einmal Erlebte in unseren Tagen wiederholt. Der Kollisionskurs gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten hat die NATO und den Westen insgesamt seinerzeit nicht stärker gemacht. Auch gegenwärtig gibt es keinen Grund zu glauben, daß wir mit einer Politik der Untergrabung der Beziehungen zur UdSSR einen Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit leisten. Dennoch hat sich die US-Regierung entschlossen, einen solchen Weg zu beschreiten, der UdSSR mit Konfrontationen auf militärischem, politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet entgegenzutreten. Ihr Druck auf die anderen Staaten der Allianz, diesem Kurs zu folgen, ist von beträchtlicher Stärke. Es gibt jedoch keine Bündnisklausel des NATO-Vertrages, wonach einer oder mehrere Partner, auch wenn es sich um die anerkannte militärische Vormacht dieses Bündnisses handelt, NATO-Interessen im eigenen nationalen Interesse und nach aktueller Situation allein definieren darf.

Jedes souveräne Mitglied der Allianz – und ohne diese Souveränität wäre das Bündnis seiner Stärke beraubt –, muß jederzeit zu fragen bereit sein, ob es dem Auftrag des NATO-Bündnisses wirklich entspricht, was ihm an Verpflichtungen auferlegt wird, oder ob die zumutbaren Ausweitungen überschritten werden. Uns scheint die Grenze – auch für die Führungsmacht – erreicht.

Einflußreiche. Kräfte in den USA tun so, als ließen sich politische Interessen, weltweite Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, kulturelle Verbindungen, menschliche Begegnungen nur noch mit militärischer Präsenz im Ausland und unbeschränktem Wettüben sichern.

Alle NATO-Mitglieder haben die Schlußakte der KSZE unterzeichnet. NATO-Staaten schlossen zahlreiche bilaterale Verträge mit Staaten des östlichen Bündnisses. Diese Verträge werden wenig genutzt. Sie werden entweder „lustlos verwaltet“ oder sie werden, wie es die USA mehrmals praktizierten, einfach gebrochen.

Soll und kann man so selbst auf politische und militärische Schritte der UdSSR reagieren, die nicht zu billigen sind? Glauben wir wirklich, mit politischen und ökonomischen Sanktionen unsere Sicherheit zu erhöhen und auf einen Zustand des Friedens hinwirken zu können? Der Unterstaatssekretär für sowjetische und osteuropäische Fragen im State Department, John D. Scanlan, behauptet: „Der Handel gehört zu unseren stärksten Druckmitteln, um das sowjetische Verhalten zu beeinflussen.“

Alle Erfahrung besagt jedoch: Ob ein Staat sich im Recht oder Unrecht sieht – auf Sanktionen reagiert eine große und selbstbewußte Macht immer noch mit Trotz und Widerstand, keinesfalls aber mit Nachgiebigkeit.

Politisches Abenteuerium mag zu der Idee verführen, den Druck auf die UdSSR militärisch, ökonomisch, politisch und psychologisch so zu steigern, daß sie total isoliert wird und zusammenbricht. Realisierbar ist eine solche Idee nicht.

Besser wäre es, an die vorhandenen positiven Erfahrungen in den Ost-West-Beziehungen anzuknüpfen. Auch in jüngerer Zeit hat sich erwiesen, daß vernünftige Gespräche, wie sie westeuropäische Regierungen mit der UdSSR führen, höher als die Strategie der Konfrontation zu bewerten sind.

Schon im Harmel-Bericht vom Dezember 1967 heißt es über die künftigen Aufgaben der Allianz: „Der Weg zu Frieden und Stabilität in Europa beruht vor allem auf dem konstruktiven Einsatz der Allianz im Interesse der Entspannung. Die Beteiligung der UdSSR und der Vereinigten Staaten wird zur wirksamen Lösung der politischen Probleme Europas erforderlich sein.“

Gibt es einen Grund, von dieser Linie abzuweichen? Auch heute erheben sich gewichtige Stimmen, die für Gegenwart und Zukunft ihrer Länder und damit auch der Allianz keinen Grund für eine Wende von der Entspannung zur Konfrontation sehen.

Der erfahrene US-Politiker George F. Kennan mahnt: „Wenn die Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses überhaupt aufzuhalten und umzukehren ist, dann nur dadurch, daß mit Moskau geredet wird.“ Und offenbar in klarer Kenntnis des politischen Kurses, der gegenwärtig in Washington gesteuert wird, fügte er hinzu: „Ich sehe niemanden außer den europäischen NATO-Partnern, der solche Kommunikation derzeit leisten könnte.“

## 5. Die Haltung gegenüber den Entwicklungsländern

Der Standpunkt der NATO-Staaten gegenüber den Entwicklungsländern kann nicht allein durch die Zwänge der Versorgung der Industrienationen mit Rohstoffen und Energieträgern bestimmt werden. Er muß auch die Glaubwürdigkeit unseres Bekenntnisses zu Freiheit, Souveränität und Menschenwürde einschließen.

Trägt es zur Ausformung eines realistischen Standpunktes bei, alle sozialen und politischen Entwicklungsprozesse, die unseren Auffassungen und Interessen nicht von vornherein entsprechen, als das Werk sowjetisch-kubanischer Infiltration und als Auswüchse eines internationalen Terrorismus zu betrachten? Warum sollten wir vergessen, daß es derartige Entwicklungen bereits lange vor dem Entstehen der Sowjetunion gegeben hat und daß ihnen eine eigenständige, durch soziale wie nationale Interessen beeinflusste Dynamik innewohnt! Um die gewaltigen ökonomischen und politischen Potenzen der Staaten des NATO-Bündnisses im Sinne einer konstruktiven Gestaltung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern erfolgreich einzusetzen, bedarf es realistischer Konzeptionen, die den sozialen Problemen, nationalen Interessen und Souveränitätsrechten dieser Staaten Rechnung tragen. Die Ursachen sowjetischer Erfolge in der 3. Welt sind augenscheinlich nicht so sehr in überlegenen ökonomischen oder militärischen Potenzen der Sowjetunion zu suchen. Sie scheinen vielmehr in erfolgreichen politischen Aktionen, in der Handhabung tauglicher Konzeptionen zu liegen.

Anstatt den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung entgegenzukommen und sie vorteilhaft und perspektivreich in unser Wirtschaftssystem zu integrieren, vergeuden wir die dafür erforderlichen Mittel in Militärausgaben. Anstatt den berechtigten Forderungen nach ökonomischer und politischer Selbständigkeit dieser Staaten Rechnung zu tragen, verbünden wir uns mit Terrorregimes, nennen sie schamhaft „autoritär“ und diffamieren so unseren Anspruch auf Freiheit, Menschenrechte und Souveränität.

Ergebnis und Folge einer solchen Politik ist der Zwang zu immer stärkerem Einsatz militärischer Macht. Die Errichtung immer neuer Militärstützpunkte und die Koordination und Unterstützung militärischer Aktionen in der NATO tendieren dazu, ihren Geltungsbereich auszudehnen und die im Nordatlantikvertrag ausdrücklich genannten Grenzen zu unterlaufen.

Wir sehen mit Bestürzung, wie militärische Pflichten der Landesverteidigung zu einer Neuauflage kolonialer Kriegsführung degenerieren. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn durch die Teilnahme der NATO an militärischen Konflikten in anderen, nicht zum Geltungsbereich des Vertrages gehörenden Gebieten politische und militärische Konsequenzen auf die Lage in Europa und die Sicherheit der westeuropäischen Bündnispartner übergreifen. Zunehmende Rüstungsexporte in Entwicklungsländer lösen kein einziges der in diesen Staaten existierenden Probleme. Insbesondere die gleich- und wechselseitige Aufrüstung der Konfliktparteien im Nahen Osten – die gleichzeitige Lieferung modernster Waffensysteme an Israel und seine arabischen Kontrahenten – ist politisch in höchstem Maße unsinnig und gefährlich.



Sie widerspiegelt deutlich den zur Destabilisierung politischer Verhältnisse beitragenden Einfluß rüstungswirtschaftlicher Interessen.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf die daraus resultierenden Eskalationsgefahren hinzuweisen.

Die Politik des Bündnisses muß der Tatsache Rechnung tragen, daß die westeuropäischen Staaten von funktionierenden, d. h. friedlichen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit vielen Regionen in stärkerem Maße als die USA abhängig sind. In diesem Bereich ist ihre Sicherheitslage graduell anders als die der USA zu definieren. Vor dem Bündnis steht die Frage, ob durch die Projektion militärischer Macht in andere Regionen Konflikte dauerhaft gelöst werden können oder nicht. Alle bisherigen Erfahrungen – von Südkorea über Südvietsnam, Afrika bis Lateinamerika – sprechen nicht dafür. Sie belegen vielmehr, daß eine solche Politik nur geeignet ist, Konfliktstoff anzuhäufen und Widersprüche gefährlich zuzuspitzen. Gerade das aber ermöglicht die Erfolge der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und fügt unseren Interessen den größten Schaden zu.

## *II. Sieben Thesen für eine realitätsbezogene NATO-Politik*

### 1. These: Für politische statt militärischer Lösungen im Ost-West-Konflikt

Seitdem die USA und die UdSSR weitreichende atomare Massenvernichtungswaffen besitzen, seit dem Vorhandensein einer unvorstellbaren overkill-capacity, sind militärische Ansätze für die Lösung von Konflikten in den Ost-West-Beziehungen unrealistisch. Der Grundsatz, den Krieg als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln anzusehen, hat im atomaren Zeitalter seine Bedeutung verloren. Ihn anzuwenden hieße, die Menschheit in das Inferno einer apokalyptischen Vernichtungskatastrophe zu stürzen, im Extremfall wäre es die Ausrottung der Menschheit überhaupt.

Frieden und damit Fortbestand der Völker erfordern heute neue Antworten, politische Antworten auf die komplizierten Fragen unserer Zeit.

Der weitere Ausbau des militärischen Instrumentariums, die immer kostspieligere Anhäufung und Vervollkommenung des Atomwaffenpotentials der beiden Militärallianzen, ihr Wettrennen zu einem nicht erreichbaren Ziel militärischer Überlegenheit, verbauen jede Möglichkeit des Wirksamwerdens konstruktiver Politik.

Verlassen wir diesen konfliktträchtigen Weg und gehen wir dazu über, der Politik wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Im politischen Dialog zwischen NATO und WVO, zwischen den USA und der UdSSR, liegt die einzige Möglichkeit zur Lösung von Konflikten, deren Existenz wir nicht ausweichen und die wir nicht mit einem atomaren Schlagabtausch aus der Welt schaffen können, ohne für uns selbst den sicheren Untergang herbeizuführen.

Die NATO muß sich als ein politisches Bündnis begreifen, das Sicherheit durch Politik gewährleistet. Das heißt: Schluß mit der Politik des Wettrüstens und der atomaren Konfrontation, Einschnwenken auf einen Rüstungsstopp, auf Moratorien für den Bau und die Stationierung neuer Massenvernichtungssysteme, Nutzung aller schon existierenden Verhandlungsebenen zwischen Ost und West, um endlich zu vernünftigen Kompromissen zu gelangen. Weiterführung des KSZE-Prozesses auf allen Gebieten unter Einschluß des militärischen, vor allem auf dem Gebiet vertrauensbildender Maßnahmen. Schluß auch mit einer Politik unvernünftiger Junktimes, womit nur unnötige Belastungen vergrößert und Lösungen auf Einzelgebieten erschwert bzw. verhindert werden. Schritt für Schritt, auf der ständigen mühsamen Suche nach Kompromissen, muß ein Konfliktregelungsmechanismus gefunden werden, der es erlaubt, frei von der Bedrohung der Menschheit durch eine atomare Katastrophe zu politischen Lösungen in den Beziehungen der Staatensysteme und der Nationen zu kommen.

### 2. These: Für Sicherheit ohne Atomwaffen

Die NATO kam in ihren ersten Jahren ohne Atomwaffen in Europa aus. Auch hat die Sowjetunion ihre damalige konventionelle Überlegenheit nicht benutzt, um die politisch und militärisch schwachen westeuropäischen Staaten zu bedrohen. Erst recht würde ihr ein militärisches Vorgehen in der Gegenwart keinen denkbaren politischen, ökonomischen und militärischen Gewinn versprechen. Im Gegenteil wäre dies der erste Schritt zum nuklearen Inferno. Dies wissen die Führer der Sowjetunion. Deshalb ist ihre Verhandlungsbereitschaft ernst und gestattet, sie beim Wort zu nehmen. Eine Chance für die Begrenzung und Reduzierung nuklearer Waffen ist gegeben.

Deshalb sollte die NATO unverzüglich  
– den Beschluß über die Stationierung von weiteren nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa aufheben.

Die NATO sollte weiterhin

– ihre europäischen Mitgliedstaaten verpflichten, in der Zukunft auf jegliche nukleare Bewaffnung ihrer Streitkräfte zu verzichten, alle dem entgegenstehenden NATO-Direktiven zurückziehen und Großbritannien und Frankreich bitten, ihre nuklearen Streitkräftekomponenten abzuschaffen.

– den Warschauer Pakt auffordern, einen ebensolchen Verzicht für seine nichtsowjetischen Armeen zu verkünden.

die USA drängen, in sofortige Verhandlungen mit der Sowjetunion zu treten, um einen Vertrag über den Abzug aller atomaren Waffen der amerikanischen Streitkräfte aus Europa und der entsprechenden Nukleareinheiten der Sowjetarmee aus den osteuropäischen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und den westlichen Teilen der Sowjetunion abzuschließen.

– jegliche Initiativen zu Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung strategischer Waffen unterstützen.

### 3. These: Für eine friedliche Lösung der neuen Entwicklungsprobleme der Volkswirtschaften

Wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit sind im Artikel 2 des Nordatlantik-Vertrages als Gebot der Allianz verankert.

In der Gegenwart werden alle Staaten und Nationen von den sich verschärfenden Problemen abnehmender Energie- und Rohstoffressourcen berührt. Die Arbeitslosenzahlen nehmen ständig zu, während die Zuwachsraten der Volkswirtschaften sich in den Minusbereich hineinentwickeln. Der soziale Sprengstoff im Innern der Allianz wächst. Ohne soziale Stabilität in den einzelnen Mitgliedsländern der Allianz steht unsere Sicherheitspolitik auf tönernen Füßen.

Die NATO-Mitglieder müssen in diesen Prozeß zielgerichtet eingreifen. Wirtschaftliche Hilfsprogramme zur Stärkung der NATO-Flanken dürfen nicht für rein militärische Zwecke wirksam werden, ökonomisch zurückgebliebenen Partnern muß der wirtschaftliche Anschluß ermöglicht werden. Die zur Verfügung stehenden – geringer werdenden – finanziellen Mittel müssen im Sinne der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität eingesetzt werden. Zu Lasten der überdimensionierten militärischen Stäbe kann sich die Allianz im Generalsekretariat kompetente wirtschafts- und sozialpolitische Organe schaffen, die im Verein mit der EG die Verpflichtung des Artikels 2 des Nordatlantik-Vertrages erfüllen.

### 4. These: Für eine die nationale Existenz und territoriale Integrität wahrende Landesverteidigung

Die Strategiediskussion der NATO wird gegenwärtig von Überlegungen beeinflusst, die praktisch auf eine Aufhebung von Teilen der Strategie der flexiblen Reaktion abzielen. Diese hatte jedoch in den 60er Jahren die NATO von dem selbstmörderischen Zwang des Atomkrieges in jedem Fall befreit, indem sie mit der der jeweiligen Konfliktebene angepaßten Reaktionsweise die Atomschwelle anhebte. Damit war nicht nur die Möglichkeit gegeben, ernste Konflikte unterhalb der Schwelle zum Atomkrieg zu lösen, sondern auch zu vermeiden. Heute wird unser strategisches Denken von solchen Kategorien beherrscht, wie:

– Option des nuklearen Erstschlages

– Einführung der Neutronenwaffe

– Koppelung der atomaren Reaktion der NATO mit beliebigen Konflikten in der Welt und Versuche zur Begrenzung auf bestimmte Regionen unter Ausschluß anderer

– Atomare Vorwärtsstrategie.

Im Interesse des Überlebens unserer Völker gibt es demgegenüber nur einen strategischen Denkansatz: Absicherung einer aktiven erfolgsorientierten Verhandlungspolitik mit den Warschauer Paktstaaten durch eine militärische Strategie, die den Bestand unserer Länder und das Überleben ihrer Bürger garantiert.

Sie sollte sich, flankiert von entsprechenden vertraglichen Ergebnissen der Denuklearisierung Europas, auf folgende Komponenten stützen:

- Modern bewaffnete Streitkräfte in Europa, die auch ohne weitere Atomwaffen für jeden eventuellen Aggressor einen hohen Abschreckungswert haben.
- Ausbau eindeutig auf die Verteidigung des eigenen Territoriums gerichteter Land-, Luft- und Seestreitkräfte, die auf offensive weitreichende Waffen verzichten können.
- Ausbau der Heimatverteidigung mit Milizcharakter, die jedem Gegner eine militärische Inbesitznahme von Territorien und Objekten aussichtslos erscheinen lassen.

#### 5. These: Für die Stärkung nationaler Souveränität

In der Allianz verfügen die USA über das stärkste und in Gestalt der Kernwaffensysteme auch politisch bedeutendste Militärpotential. Die Vereinigten Staaten können ihr Nuklearpotential und ihre Einsatzdoktrin ohne Konsultation ihrer Verbündeten entwickeln. Der Beschluß über die Aufnahme der Produktion von Neutronenwaffen zeigt, daß Westeuropa nicht gefragt wird. Die USA haben auch die Möglichkeit, ohne die Zustimmung ihrer Verbündeten Kernwaffen in Westeuropa zu dislozieren und einzusetzen. Wer wird sie daran hindern?

Dieser Zustand kann nicht hingenommen werden. Es bedeutet eine unzulässige Einschränkung der Souveränitätsrechte unserer Staaten, solche Lebensfragen, wie die Auslösung eines Nuklearkrieges auf europäischem Boden, einer Regierung in Washington zu überlassen. Es muß ein Vetorecht und eine wirksame Kontrolle über die in Europa stationierten Kernwaffensysteme geschaffen werden.

Die Regierungen der europäischen NATO-Staaten haben die Pflicht, die Bevölkerung ihrer Länder vor einem Einsatz amerikanischer Kernwaffen in Europa zu bewahren, was zugleich sowjetische abwehrt. Vor der Frage von Krieg oder Frieden, von Tod oder Leben kann es keine Begrenzung für die Souveränität der Entscheidung geben!

Der Sinn des NATO-Vertrages kann sich nicht in einer Einschränkung, sondern nur in einer Gewährleistung nationaler Souveränität bewähren. Eine dauerhafte atlantische Partnerschaft erfordert die Achtung sicherheitspolitischer, ökonomischer und sozialer Interessen der Bündnisstaaten; sie verbietet eine Bevormundung im verteidigungspolitischen Bereich ebenso wie im Hinblick auf außenwirtschaftliche oder sozialpolitische Belange. Wir fordern deshalb eine Bündnispolitik, die frei von Versuchen ist, atomare Überlegenheit zu einer Dominanz der Allianz zu mißbrauchen, stattdessen friedliche Beziehungen im Bereich der Wirtschaft, der Kultur und des Sports fördert und Gelegenheit gibt, unsere demokratischen Grundwerte überzeugend zur Geltung zu bringen.

#### 6. These: Keine Erweiterung des Geltungsbereiches des Bündnisses

Die Tendenzen zur Ausweitung des Geltungsbereiches der NATO entsprechen nicht unseren Sicherheitsinteressen. Sie sind mit der Gefahr verbunden, Konfliktherde in anderen Regionen auf den Bündnisbereich zu übertragen. Sie schwächen das Bündnis bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben im europäischen Raum. Sie sind zugleich mit der Gefahr verbunden, unterschiedliche Einschätzungen und Interessenlagen der Bündnispartner in fernen Regionen als Sprengsatz in die politische Geschlossenheit der Allianz zu übertragen.

Es ist Aufgabe des Bündnisses, den Frieden an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Vertrages zu sichern. Diese Funktion der Allianz verträgt keine Abstriche. Probleme in anderen Regionen müssen mit den dafür adäquaten politischen und wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden, ohne NATO-Aktivitäten in Anspruch zu nehmen.

Die beabsichtigte Erweiterung der NATO durch die Aufnahme Spaniens in das Bündnis ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet, innere und äußere Probleme der Allianz zuzuspitzen. Es liegt im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der NATO und ihrer glaubhaften Dialogfähigkeit im Entspannungsprozeß, sowohl von einer Erweiterung des Geltungsbereiches, des Aktionsraumes als auch der Zahl der Mitgliedstaaten Abstand zu nehmen.

#### 7. These: Für den Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen mit den Ländern des Warschauer Vertrages

Die Situation in Europa ist von der Existenz zweier sich gegenüberstehender Militärkoalitionen gekennzeichnet. Ein Krieg zwischen ihnen würde für die Völker Europas zu einer nie dagewesenen



Katastrophe führen. Beide Koalitionen und die ihnen angehörenden Staaten sind daher auf friedliche Beziehungen zueinander angewiesen.

Die Praxis entspricht diesem Bedürfnis jedoch noch nicht. Trotz des vielversprechenden Ausbaus der politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen in den 70er Jahren kann man noch nicht von einem Zustand gutnachbarlicher Beziehungen sprechen. Nur auf dem Weg der Herstellung solcher Beziehungen jedoch kann das tiefe Mißtrauen gegeneinander allmählich abgebaut werden.

Die NATO muß ihrem Auftrag für Entspannung und Frieden heute gerecht werden. Jeder ihrer Mitgliedstaaten verfügt über spezifische Möglichkeiten, um sowohl politisch wie ökonomisch und kulturell die Beziehungen zu den Ländern der WVO auf eine höhere Stufe zu heben. Unter gegenseitigem Verzicht auf Einmischung und Verletzung der souveränen Rechte anderer, können auf der Basis der in der Schlußakte der KSZE verankerten Prinzipien Verhältnisse in den Staatenbeziehungen geschaffen werden, die Vertrauen und wirkliche Sicherheit gewährleisten. Dazu sind Begegnungen der höchsten Repräsentanten der Staaten von großer Wichtigkeit. Dialog und Zusammenarbeit müssen die Oberhand über Mißtrauen und Konfrontation gewinnen.

Wir appellieren an die mit Verantwortung betrauten Minister des Bündnisses, unsere früheren Dienstvorgesetzten und unsere aktiven Kameraden, diese unsere Lagebeurteilung, unsere tiefe Sorge und unsere konstruktiven Vorstellungen als einen Beitrag dafür zu werten, daß die NATO eingangs der 80er Jahre den Verteidigungsauftrag erfüllt, dem wir gedient haben.

gez.:

General a.D. Gert Bastian (Bundesrepublik Deutschland);

General a.D. Johan Christie (Norwegen);

General a.D. Francisco da Costa Gomes (Portugal), ehemaliger portugiesischer Staatspräsident;

General a.D. Georgios Koumanakos (Griechenland);

General a.D. H. M. von Meyenfeldt (Niederlande);

General a.D. Nino Pasti (Italien);

Admiral a.D. Antoine Sanguinetti (Frankreich)

*Die Schreibweise des Originals wurde beibehalten.*

Quelle: Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Zweite erweiterte Auflage, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1982, S. 381 – 395.

---

---

## **Memorandum der Gruppe Generale für Frieden und Abrüstung, unterbreitet der 2. UN-Sondertagung für Abrüstung, Juni 1982**

### *I. Militärs für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung*

Die UNO beschäftigte sich auf ihrer X. Sondertagung im Jahre 1978 ausschließlich mit dem dringenden Erfordernis einer weltweiten Abrüstung. Sie erklärte in ihrem Schlußdokument: „Wenn dem Wettrüsten nicht Einhalt geboten wird, wird es den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und selbst das Überleben der Menschheit in wachsendem Maße bedrohen.“

Dennoch wurde das Wettrüsten in den Folgejahren nicht nur fortgesetzt, sondern nahm noch größere und gefährlichere Dimensionen an. Rund 500 Mrd. Dollar werden heute jährlich weltweit für diese Zwecke verausgabt. Das Friedensgebot der UNO und die Rüstungspraxis vieler Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stehen in einem eklatanten Widerspruch. Diese Tatsache, noch mehr die dem Wettrüsten innewohnende Gefahr eines Raketenkernwaffen-krieges, bestimmt nachhaltig das militärische Denken unserer Zeit und politisiert die Offizierskorps der Armeen.

Wir, eine Gruppe ehemaliger Generale/Admirale aus NATO-Staaten, kamen unabhängig voneinander zu dem Schluß, daß sich Soldatsein im Atomzeitalter nicht mehr in militärischen Siegen auf dem Schlachtfeld verwirklicht, sondern nur noch darin seinen Sinn findet, Krieg zu verhindern; das schließt ein, am gesellschaftlichen und politischen Prozeß der Förderung des Friedens und der Gerechtigkeit zwischen den Menschen teilzunehmen und für die Beseitigung von Armut, Unterdrückung und Rassendiskriminierung einzutreten.

Wir sind Zeitgenossen und aktive Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges, kämpften für unsere Länder in der Nachkriegszeit auf verschiedenen Schauplätzen und dienten in der UNO-Friedenstruppe. Obwohl wir den Krieg mit seinen Siegen und Niederlagen, mit Tod und Lebenswillen der Kämpfenden aus eigenem Erleben kennenlernten, folgten viele von uns dem Auftrag unserer Regierungen und nahmen, im guten Glauben, der Landesverteidigung zu dienen, am Aufbau der Militärorganisation des Nordatlantischen Bündnisses teil. Die militärische Funktionsskala ist recht weit, die wir als Generale der NATO innehatten, die jetzt in loser Verbindung miteinander stehen, um unsere reichen Erfahrungen in militärischen Diensten aufzuarbeiten. Auf Grundlage unseres militärischen Dienstes als Divisionskommandeure oder militärpolitische Berater von Ministern, als Direktoren militärischer Bildungsanstalten oder als Stellvertreter des Obersten Befehlshabers der NATO in Europa für nukleare Planungsangelegenheiten kamen wir zu diesen allgemeinen Schlußfolgerungen:

- Ein umfassender allgemeiner Einsatz der gewaltigen und rasch wachsenden Kernwaffensysteme würde eine unvorstellbare weltweite Katastrophe hervorrufen. Es gäbe die echte Gefahr, daß die menschliche Rasse ausgerottet würde.

- Jedweder auch noch so begrenzter Einsatz von Kernwaffen würde zu einer unzulässig hohen Wahrscheinlichkeit führen, daß er sich zu einem umfassenden allgemeinen Einsatz ausweitete. Die Möglichkeit der Begrenzung, Beschränkung oder Kontrolle eines Kernwaffenkonflikts<sup>4</sup> ist äußerst gering.

- Alle größeren Feindseligkeiten zwischen Kernwaffenstaaten oder -bündnissen, die dabei konventionelle Waffen einsetzen, bergen eine unzulässig hohe Wahrscheinlichkeit in sich, sich zu einem Kernwaffenkrieg zu entwickeln.

- Folglich hat die Verhinderung eines allgemeinen Kernwaffenkrieges und anderer Feindseligkeiten, die nahezu unausweichlich zu einem allgemeinen Kernwaffenkrieg führen würden, ersten Vorrang vor allen anderen Problemen, mit denen die Menschheit heute konfrontiert ist.

Unsere zweite Laufbahn widmen wir deshalb dem Kampf gegen das Wettrüsten, für Abrüstung und die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten. So sind heute ehemalige Generale Direktoren und Mitarbeiter von Friedensforschungsinstituten. Das Wissen darum, daß die Erhaltung des Friedens auch – und vielleicht vor allem – des aktiven Engagements breiter Bevölkerungskreise bedarf, die im Falle eines Krieges die Hauptbetroffenen wären, führte eine wachsende Zahl von Generalen und Offizieren in Abrüstungsausschüsse, Friedenskomitees oder in die Reihen politischer Bewegungen mit dem Ziel des Friedens und der Abrüstung, die sich gegen ausländische Militärstützpunkte und den Mißbrauch militärischer Macht als Mittel internationaler Politik wenden. In Übereinstimmung mit dem Schlußdokument der X. UN-Sondertagung von 1978 zur Abrüstung bemühen sich heute ehemalige Generale und Offiziere, Informationsmaterial für das Wettrüsten und die Abrüstung zu verbreiten. Interessierte Aufnahmen fanden Publikationen über Möglichkeiten und Methoden der kooperativen Rüstungssteuerung, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Eine Gruppe von acht Generalen und Admiralen veröffentlichte als einen Beitrag zur Vorbereitung dieser 2. UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung ein Buch: „Generale für den Frieden“. Es ist eine erste Bilanz unseres Wirkens für Frieden und Abrüstung und erläutert der Öffentlichkeit unsere weiteren Vorstellungen darüber.

Die mit diesem „Soldatendienst“ gegen das Wettrüsten gemachten guten Erfahrungen ermutigen uns, auch vor diesem hohen internationalen Forum unsere Vorstellungen darzulegen, wie das Wettrüsten und die Gefahren militärischer Konflikte abgebaut werden können.

## *II. Kernwaffen gefährden unsere Zukunft!*

Die moderne Wissenschaft ermöglicht uns heute, Krankheiten erfolgreich zu bekämpfen, den Hunger zu besiegen und die Reichtümer der Natur zu erhalten und zu erschließen. Zugleich aber hat uns diese Wissenschaft auch die Mittel zu unserer Selbstvernichtung in die Hand gegeben. Zum erstenmal in ihrer Geschichte steht die Menschheit am Scheideweg: Soll sie ihre gewachsenen Möglichkeiten zur Bewältigung ihrer existenziellen Probleme nutzen – oder soll sie diese Probleme durch die Selbstvernichtung gegenstandslos machen? Die Antwort auf diese Frage ist der Maßstab für die Entwicklung menschlicher Weisheit und Vernunft, ist der Maßstab für das Verhältnis zwischen wissenschaftlich-technischem Können und gesellschaftlicher Verantwortung in unseren Tagen.

Wir wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Für einen verantwortlichen Soldaten und militärischen Befehlshaber kann es in unserer Zeit nicht genügen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nur unter dem Aspekt zunehmender militär-technologischer Möglichkeiten und der daraus erwachsenen Optionen auf dem Schlachtfeld zu sehen. So wie die modernen Waffen den Unterschied zwischen Front und Hinterland beseitigt haben, wie die Rüstung zu einem das gesamte Wirtschaftsgeschehen beeinflussenden Faktor geworden ist und die Ergebnisse der Militärtechnologie heute zu potentiellen Gefahren für den Fortbestand der Menschheit geworden sind, so müssen sich die Militärs unserer Tage den Folgen ihrer Entscheidungen im Sinne der Interessen der gesamten Gesellschaft stellen.

Krieg ist heute keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln mehr. Er ist das wahrscheinliche Ende jeder Politik.

### *1. Das Ausmaß der Bedrohung*

Wir wollen aus unserer Sorge und Beunruhigung keinen Hehl machen, die wir angesichts der vorhandenen Arsenale von Kernwaffen empfinden. Ihre weitere Aufstockung ist nicht geeignet, uns irgendein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln. Wir wissen, daß die Unsicherheit über die Zukunft der Menschheit und das Ausmaß der ihr drohenden Gefahren durch jede Form nuklearer Rüstung nur noch vergrößert werden kann.

Unser Globus gleicht einem Pulverfaß: Nach vorsichtigen Schätzungen von Experten beläuft sich allein das Potential der Kernwaffenarsenale auf ein Detonationsäquivalent, das 50 000 Megatonnen herkömmlichen Sprengstoffes TNT entspricht. Das sind mehrere Tonnen Sprengstoff, die auf jeden Bewohner unseres Planeten entfallen. Es ist die 10.000fache Sprengstoffkraft aller im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Bomben und Granaten, denen ca. 55 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Dieses ungeheure Vernichtungspotential würde ausreichen, täglich das ganze Ausmaß der Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges über einen Zeitraum von 30 Jahren herbeizuführen. Ein Zug, mit 50.000 Megatonnen herkömmlichen Sprengstoffs TNT beladen, wäre etwa 400mal so lang wie der Erdumfang – oder ca. 50mal so lang wie die Entfernung von der Erde zum Mond.

Die Wirkung dieser Waffen ist eine so ungeheure, daß ihr Einsatz das Ende aller Zivilisation und des menschlichen Lebens bedeuten könnte. Eine von tödlicher Strahlung verseuchte, von Detonationen zernarbte und jeglichen Lebens beraubte Erde – das ist heute eine reale Gefahr. Wir teilen deshalb die im Schlußdokument der X. UN-Abrüstungs-Sondertagung vertretene Auffassung, daß die Menschheit „heute vor einer nie dagewesenen Gefahr der Selbstvernichtung als Folge der massiven, sich gegenseitig überbietenden Anhäufung von Waffen von beispielloser Zerstörungskraft“ steht.

Computerpannen und schwere Unfälle haben deutlich gemacht, mit welchen Gefahren die bloße Existenz vielfältiger Arten und Systeme von Kernwaffen verbunden ist. Mit ihrer Anhäufung entstand und wuchs die Wahrscheinlichkeit ungeheurer, nicht beabsichtigter Zerstörungen, ja selbst des Mißbrauchs und der Auslösung eines Krieges.

Völlig zu Recht betont das Abschlußdokument der X. UN-Sondertagung: „Mit dem Scheitern der Bemühungen um Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, wächst die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen.“

Diese Entwicklung stellt zweifellos ein zunehmend unkalkulierbareres Element negativer Auswirkungen auf das gesamte System der internationalen Beziehungen dar.



Die schwerste Gefährdung des Friedens, die ernsteste Bedrohung für die Existenz der Menschheit aber bilden jene Rüstungsmaßnahmen und Strategiekonzeptionen, die auf die Führung „begrenzter“ Nuklearkriege vor dem Hintergrund einer „strategischen Überlegenheit“, eines „Sicherheitsvorsprungs“, oder wie immer man derartige Illusionen bezeichnen mag, abzielen. Es erscheint höchst zweifelhaft, daß ein Nuklearkrieg regional zu begrenzen ist, und aus der Sicht einer mit höchster Wahrscheinlichkeit in eine nukleare Auseinandersetzung verwickelten Region wie Europa ist das eine sekundäre Frage: Europa wird nur überleben, wenn es nicht zu einem Kernwaffeneinsatz kommt. Dieser Kontinent war Ausgangspunkt zweier verheerender Weltkriege. Heute ist hier in Ost und West die größte Konzentration von Kernwaffen festzustellen – ca. 5000 davon allein auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland – unmittelbar an der Grenze zu den Staaten des Warschauer Paktes.

Wir fragen aus der Kenntnis militärischer Zusammenhänge mit größter Sorge, welchen Sicherheitsgewinn sich verantwortliche Politiker aus der Stationierung noch weiterer Kernwaffensysteme in und gegen Westeuropa versprechen. Nur Vereinbarungen zur Begrenzung und zum Abbau nuklearer Waffen können der Erhaltung des Friedens dienen und das Niveau der militärischen Konfrontation senken. Kontrolle und Reduzierung der gefährlichsten Waffensysteme, der Kernwaffen, sind heute unserer Überzeugung nach Lebensfragen nicht nur für Europa, sondern für alle Menschen. Deshalb unterstützen wir voll die von der UN-Sondertagung getroffene Feststellung, daß „die Kernwaffenstaaten die Hauptverantwortung für die nukleare Abrüstung und – gemeinsam mit anderen militärisch bedeutenden Staaten – für die Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens“ tragen.

Wir begrüßen jeden Vorschlag, der auf die Einstellung des nuklearen Rüstens – und sei es in Form eines Moratoriums – gerichtet ist. Wir wenden uns gegen alle Maßnahmen, die durch die Stationierung und Lagerung weiterer Kernwaffen eine Zuspitzung der militärischen Konfrontation und damit die Erhöhung des Risikos eines Atomkrieges bewirken.

Zur Verwirklichung einer Welt ohne Waffen, dem Endziel der Bemühungen um eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle, bleibt noch viel zu tun. Der Weg zu diesem Ziel schließt ein umfassendes Abrüstungsprogramm, sowohl für konventionelle als auch Kernwaffen, ein, wie es in § 109 des Schlußdokuments der 1. Sondertagung über Abrüstung ausgeführt wird:

„Die Verwirklichung dieser vorrangigen Ziele sollte zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle führen, die das Endziel aller Bemühungen auf dem Gebiet der Abrüstung bleibt. Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung werden gleichzeitig mit Verhandlungen über Teil-Abrüstungsmaßnahmen geführt. Zu diesem Zweck wird der Abrüstungsausschuß die Ausarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms in Angriff nehmen, das alle für wünschenswert erachteten Maßnahmen umfaßt, damit sichergestellt wird, daß das Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle in einer Welt verwirklicht wird, in der Frieden und internationale Sicherheit herrschen und in der die neue Weltwirtschaftsordnung gestärkt und gefestigt wird.“

Wir betonen das Prinzip, daß die nukleare und die konventionelle Abrüstung miteinander verbunden sein müssen, und es ist deshalb unser erstes und wichtigstes Anliegen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen und wirksame Maßnahmen zur Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens – vor allem im nuklearen Bereich – zu ergreifen. Im Bewußtsein unserer menschlichen Verantwortung und unserer militärischen Kompetenz müssen wir feststellen:

- Kernwaffen sind zur Durchsetzung politischer Ziele nicht geeignet;
- ihr Einsatz ist mit dem Risiko der Selbstvernichtung verbunden; es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ihre Anwendung auf bestimmte Regionen der Welt oder auf bestimmte Zielsysteme begrenzt werden könnte;
- in einem Nuklearkrieg wird es deshalb keinen Sieger geben – die gesamte Menschheit wird der Verlierer sein.

Aus diesen Gründen ist heute für einen verantwortungsbewußten Soldaten die Wahrnehmung seiner militärischen Pflicht mehr als je zuvor eine Gewissensfrage. Er kann diese Frage nur positiv beantworten, wenn er seinen Dienst der Erhaltung des Friedens, der Sicherung des Fortbestehens der Menschheit widmet. Seine erste Pflicht in unseren Tagen ist, den Krieg zu verhindern.

## *2. Positive Erfahrungen nutzen – Abrüstung ist möglich!*

Es genügt heute nicht mehr, der Möglichkeit und Notwendigkeit von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich zuzustimmen. Ebenso wichtig ist es, mit Sachkenntnis Wege zu finden, wie eine Reduzierung des Niveaus der militärischen Konfrontation erreicht werden kann. Positive Erfahrungen liegen vor und können ausgebaut und weitergeführt werden. Dabei kann die UNO, wie die Verträge und Abkommen über das Verbot verschiedener Waffensysteme zeigen, eine ebenso wichtige Rolle spielen wie regionale und bilaterale Vereinbarungen. Der SALT-Prozeß und die Beschlüsse der KSZE waren wichtige Elemente im Prozeß der Entspannung und der Verminderung der Kriegsgefahr.

Wir halten es für erforderlich, auf einige unerläßliche politische Voraussetzungen zu einer konsequenten Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen hinzuweisen:

1. a) Ausgangspunkt jeder Rüstungsbegrenzung und Abrüstung muß der politische Wille sein, auf militärische Überlegenheit zu verzichten und das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit für alle Abrüstungs- oder Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu akzeptieren.
2. b) Rüstungsbegrenzung und Abrüstung dürfen nicht als Zugeständnis aufgefaßt oder ausgegeben werden. Alle Staaten haben ein grundsätzliches Interesse daran und das Recht, ihre Sicherheit durch die Minderung der militärischen Konfrontation zu wahren.
3. c) Vertrauensbildende Maßnahmen können nur politisch wirksam werden, wenn sie über die Phase gegenseitiger Information und Kontakte hinaus durch eine defensive Entwicklung militärischer Strukturen, Konzeptionen und Rüstungen ergänzt und materialisiert werden.
4. d) Die militärischen Blöcke, insbesondere die NATO und die WVO, können nur dann dem Anspruch kollektiver Vertretung von Sicherheitsinteressen gerecht werden, wenn sie durch eindeutig defensive Rüstung und Militärpolitik Bedrohungen und Bedrohungs-vorstellungen abbauen und auf alle Versuche verzichten, militärische Macht zur Lösung politischer Probleme einzusetzen.
5. e) Rüstung und Konfrontationspolitik müssen als Erscheinungen begriffen werden, die nicht nur die physische Existenz der Menschheit bedrohen, sondern auch in zunehmendem Maße die Voraussetzungen zur Lösung existenzieller Probleme der Welt unterlaufen. Von wachsender Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten des Westens über globale Umweltprobleme bis zu den Schwierigkeiten der Entwicklungsländer reicht die Skala der Fragen, die durch die Vergeudung ungeheurer Mittel für militärische Zwecke nicht oder nur unbefriedigend gelöst werden können. Die Irrationalität fortschreitender Rüstung schafft neben den Gefahren des Augenblicks Risiken für die Zukunft der Menschheit.

Wir müssen begreifen, daß unsere gemeinsamen Interessen – die Sicherung des Friedens und des Überlebens der Menschheit – wichtiger sind als die Vergrößerung der Macht einzelner Staaten und von Militärblöcken. Ungeachtet internationaler oder zwischen den Blöcken bestehender Differenzen können diese lebenswichtigen gemeinsamen Interessen nur realisiert oder in Angriff genommen werden, wenn Verhandlungen und Aktionen vom Grundsatz kooperativen Verhaltens ausgehen. Es ist eine neue Wahrheit des Atomzeitalters, daß die Sicherheit des Gegners für die eigene Sicherheit wesentlich ist.

## *3. Die militärische Konfrontation kann abgebaut werden*

Welche Fragen erscheinen aus der Sicht unserer militär-politischen Erfahrungen kurz- und mittelfristig besonders lösungsbedürftig? Das sind jene Fragen, von denen gegenwärtig die stärkste Bedrohung des Friedens und die bedeutendsten Hemmnisse für eine Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation ausgehen: die Probleme der nuklearen Rüstung und der Nuklearstrategie. Konfrontation erhöht zwangsläufig Furcht und Mißtrauen. Sie schafft auch die Spannungen, die jene Furcht und jenes Mißtrauen verewigen. Als Teil des vertrauensbildenden Prozesses sollte eine schließliche militärische Entflechtung in Europa erwogen werden, bei der die dort gemäß bestehender Verträge der NATO und des Warschauer Pakts stationierten ausländischen Truppen nach Hause zurückkehren. Eine solche Entflechtung macht nicht die

unverzügliche Auflösung der Blöcke notwendig, die weiter als Vertragsbündnisse bis zu der Zeit handeln können, wo sie nicht länger als wesentlich erachtet werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Vereinten Nationen ihren Einfluß vor allem auf den folgenden Gebieten geltend machen sollten:

- Die USA und die UdSSR sollten als die Hauptnuklearstaaten vereinbaren, die Entwicklung, Erprobung, den Bau und den Einsatz aller Kernwaffenarten zu beenden und darüber hinaus eine tiefgreifende und fortschreitende Verringerung bei allen Arten ihrer bestehenden Waffen vorzunehmen. Auf alle anderen Nuklearstaaten sollte Druck ausgeübt werden, sich sowohl am Einfrieren als auch an der Verringerung ihrer Kernwaffenkräfte zu beteiligen.

- Alle im Besitz von Kernwaffen befindlichen Staaten sollten auf den Ersteinsatz solcher Waffen verzichten und dadurch den rechtmäßigen Einsatz von Kernwaffen einzig auf die Reaktion auf einen Kernwaffenangriff beschränken.

- Staaten, die Kernwaffen in anderen Ländern stationiert haben, sollten vereinbaren, diese abzuziehen; und alle kernwaffenbesitzenden Staaten sollten auf die Stationierung solcher Waffen im Ausland verzichten. Das würde die rechtmäßige Lagerung von Kernwaffen auf das Staatsgebiet des Besitzers und auf die Hochseegewässer begrenzen.

- Verträge zur Schaffung neuer kernwaffenfreier Zonen nach dem Modell des Vertrags von Tlatelolco sollten vereinbart werden für Gebiete Afrikas, Asiens und mit besonderer Dringlichkeit in Europa unter Einschluß von Staaten auf beiden Seiten der Grenzlinie zwischen NATO und Warschauer Vertrag.

- Verträgen und Abkommen unter Einschluß der NATO und des Warschauer Vertrags sollte stärkste Aufmerksamkeit geschenkt werden, da eben dort der Großteil der Kernwaffenkräfte konzentriert ist und die beiden Blöcke aneinandergrenzen. Neben den o. g. Vereinbarungen sollte Druck auf diese beiden Bündnisse dahingehend ausgeübt werden, daß sie vorrangig folgendes in Angriff nehmen:

- a) Einstellung der Entwicklung und Stationierung taktischer Waffen, die die wichtige Grenzlinie zwischen Kernwaffen- und Nichtkernwaffenoperationen schwächen können, und von Counterforce-Waffen (Waffen, die auf gegnerische Ziele von strategischer Bedeutung gerichtet sind), die theoretisch zur Möglichkeit eines entwaffnenden Angriffs führen bei äußerst gefährlicher Erosion der Abschreckung.

- b) Zurückhaltung bei allen Kernwaffenprogrammen, um Systeme zu vermeiden, die entweder die Spannungen erhöhen, da sie besondere Besorgnis bei der anderen Seite auslösen, oder die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle verringern, da sie zu schwer oder unmöglich zu kontrollieren sind.

- c) Alle Anstrengungen unternehmen, um die Spannungen zwischen den Blöcken abzubauen, indem man sich aggressiver oder bedrohender Handlungen über die eigenen Grenzen hinaus enthält oder durch Konfrontationspolitik. Sie sollten sich darauf konzentrieren, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern, das Verständnis zu fördern sowie die Entspannung voranzubringen.

#### *4. Für eine realistische Sicherheitspolitik*

Verteidigungspolitik hat nur dann einen Sinn, wenn sie zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit eingesetzt wird. Oberstes Gebot einer an den nationalen Interessen orientierten realistischen Sicherheitspolitik ist die Gewährleistung des Fortbestandes des Staates und der Nation. Wer in unseren Tagen eine Politik der Konfrontation verfolgt und mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung seiner politischen und ökonomischen Ziele droht, schätzt die Realität des internationalen Kräfteverhältnisses falsch ein. Wer die militärischen Potenzen anderer Staaten vorsätzlich überhöht darstellt und mit abenteuerlichen politischen Absichten in Verbindung bringt, kann keine realistische Verteidigungskonzeption entwickeln. Wer seine Verteidigung auf eine Strategie des Erstschlags gründet, hat seinen Selbstmord im Sinn. Wer Strategiekonzeptionen und Waffensysteme zur Regionalisierung des Nuklearkrieges entwickelt, höhlt die Substanz jedes realistischen Verständnisses vom Nutzen verteidigungspolitischer Bündnisse aus und entfernt sich von dem international anerkannten Prinzip des Rechts auf kollektive Verteidigung.

In der Überzeugung, daß alle internationalen Streitigkeiten heute auf friedlichem Wege durch Verhandlungen gelöst werden können und müssen, plädieren wir für eine an der Wahrung nationaler Grundwerte und Interessen orientierte, realistische Sicherheitspolitik nach folgenden Grundsätzen:



1. Rückzug aller Kernwaffen auf das Territorium der Kernwaffenstaaten und der Hochseegewässer. Diese Staaten dürfen dieses Potential nur zur eigenen Verteidigung und als Garantiemächte für ihre Verbündeten nutzen.
2. Radikale Reduzierung der strategischen Arsenale aller Kernwaffenmächte auf ein für die Androhung eines Vergeltungsschlages notwendiges Minimum und die Abschaffung taktischer Kernwaffensysteme. Counterforce-Waffen sind auf ein Minimum zu reduzieren.
3. Veränderung der Struktur der konventionellen Bewaffnung, die allein an den defensiven Erfordernissen der Landesverteidigung zu orientieren ist und offensive, als Bedrohung zu empfindende Komponenten und Positionen vermeidet.
4. Ausbau gegenseitiger Kontakte zwischen Politikern und Militärs der einander gegenüberstehenden Militärböcke zur Abstimmung und gegenseitigen Information über Rüstungsplanungen und Verteidigungsmaßnahmen, um jeden Überraschungseffekt zu vermeiden und Bedrohungsvorstellungen auszuschließen.

Eine derartige, am Prinzip der parallelen und minimalen Hinlänglichkeit (sufficiency) der Verteidigungspotentiale orientierte kooperative Rüstungssteuerung bietet die materielle Grundlage für eine Vertrauensbildung und stellt einen realistischen Beitrag zur Friedenssicherung dar.

Wir halten die von verantwortungsbewußten Militärs und Friedensforschern entwickelten Gedanken über eine an so verstandenen Defensiverfordernissen orientierte Wehrstruktur und die Möglichkeiten des kooperativen Informationsaustausches über Rüstung für wesentliche Beiträge zur Lösung des Problems der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Mehr noch als Verhandlungen, Konsultationen und Inspektionen ist der materielle Abbau militärischen Droh- und Offensivpotentials die eigentliche Substanz gegenseitiger Vertrauensbildung, der einzig glaubhafte Weg, um vertrauensbildende Prozesse im militärischen Bereich zu materialisieren.

Wir sind der Überzeugung, daß die Gesamtheit dieser Maßnahmen einen substantiellen Beitrag dazu leisten kann, den nationalen Sicherheitsinteressen im Rahmen der bestehenden Militärrallianzen optimal zu entsprechen, eine Einheit zwischen den nationalen Sicherheitsinteressen und der in den Militärböcken beschlossenen Politik zu gewährleisten und die Tendenz zur Umsetzung der militärischen Potenz in politische Dominanz abzubauen.

### *III. Militärs und die Abrüstungsziele der UNO*

Der Wille der Völker, den Krieg zu überwinden und den Frieden zu wahren, bildete das bestimmende Element für ihren Zusammenschluß in der Organisation der Vereinten Nationen. Alle Bemühungen um Abrüstung entsprechen dem historischen Auftrag, den die Gründungsversammlung der UNO im Jahre 1945 dem Sicherheitsrat erteilte. In dieser Tradition stehend, deckt sich unser Standpunkt völlig mit jenen Forderungen, die im Schlußdokument der X. UN-Sondertagung enthalten sind. Bedauerlicherweise ist es noch keine selbstverständliche Regierungspraxis aller UNO-Mitgliedstaaten geworden, alle politischen und militärischen Entscheidungen mit dem Maßstab dieses bedeutenden UNO-Dokuments zu messen. Viele Armeen erziehen und bilden ihre Offiziere so aus, daß deren politische Denk- und Verhaltensweisen einer solchen neuen Einstellung zu diesen Fragen diametral entgegenstehen. Sie sind davon geprägt, immer vom ungünstigsten, unwahrscheinlichsten Fall auszugehen. Das führt zu übertriebenen Vorstellungen von einer möglichen militärischen Bedrohung und zu Forderungen nach destabilisierender Erhöhung der Kräfte. So streben Militärs in der Regel nach Überlegenheit und stehen unter dem Trauma, mögliche Kriege gewinnen zu müssen. Sie versuchen in ihren Ländern, in beständiger Art und Weise deren Verteidigungsbereitschaft zu stärken und sich militärische Vorteile zu verschaffen.

Im Nuklearzeitalter läßt sich Sicherheit nur noch aus Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gewinnen sowie durch Entmilitarisierung der nationalen Politik. Das erfordert eine Umkehrung traditionellen militärischen Denkens. Das verlangt ebensoviel Mut, Entscheidungsfreude und Konsequenz, wie sie bisher dem Offizier in militärischen Auseinandersetzungen abverlangt wurden.

Mehr noch: Wenn der Krieg nicht mehr als politisches Mittel akzeptiert werden darf, müssen Militärs lernen, auch in den Sicherheitsinteressen eines potentiellen Gegners zu denken. Heute ist fehlende Sicherheit des Gegners, nicht vereinbar mit der eigenen Sicherheit. Es kommt angesichts der Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungsmittel heute nicht mehr darauf an,

eine militärische Lagebeurteilung mit dem Ziel vorzunehmen, die günstigsten taktischen und strategischen Konzeptionen zu seiner Niederwerfung zu finden. Es muß vielmehr darum gehen, eine realistische Einschätzung der militärischen Optionen beider Seiten zum Ausgangspunkt einer Analyse des beiderseitigen Sicherheitsinteresses zu machen und durch Zurückhaltung, die Nutzung politischer Mittel zur Konfliktregelung und die Wahrung der Prinzipien friedlicher Koexistenz dem wechselseitigen Interesse an der Kriegsverhütung und Friedenssicherung zu entsprechen.

Unsere Erfahrung besagt, daß jene Militärs, die das Militärwesen, Rüstung und Militärpolitik in einem solchen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang sehen, schließlich die Förderung des Friedens über vordergründige militärische Erfordernisse stellen, in vielen Ländern ihre Ansichten nicht vorbehaltlos vertreten können, solange sie im aktiven Dienst stehen.

Wir betrachten die UN-Sondertagungen zu Fragen der Abrüstung als eine Gelegenheit, die Offiziere zu unterstützen, die für Frieden, internationale Kooperation und Abrüstung arbeiten. Wir sind überzeugt davon, daß diese Sondertagungen einen bedeutenden Beitrag bei der Vermittlung jener Erkenntnis zu leisten vermögen, daß die überlieferten Vorstellungen von Sicherheit und der „Gewinnbarkeit“ von Kriegen angesichts der neuen Qualität moderner Waffensysteme ihre Berechtigung zunehmend verlieren. Strategien von gestern für die Waffen von morgen – das kann ein verantwortungsbewußter Offizier nicht billigen.

Das veranlaßt uns, hier vor dieser UN-Sondertagung das Ergebnis unserer Überlegungen darzulegen, und ergänzend zur Arbeit der Regierungsexperten, der UN-Abrüstungskommission, den Expertengruppen derselben und dem Generalsekretariat unsere guten Dienste anzubieten. Diese könnten sich u. a. auf folgende erste Maßnahmen erstrecken:

1. Wir empfehlen der 2. Sondertagung, eine Expertengruppe einzusetzen, die das Thema „Nukleare Abrüstung und nationale Landesverteidigung“ untersucht, um den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, insbesondere den Nuklearmächten, entsprechende Vorschläge zuleiten zu können. Wir und vermutlich zahlreiche weitere nicht mehr aktive Generale und Offiziere sind bereit, dieses Vorhaben mit eigenen Studien, Analysen und Gutachten zu fördern.
2. Im Sinne der Förderung realistischer Verteidigungskonzeptionen empfehlen wir das von uns an die Außen- und Verteidigungsminister des Nordatlantik-Paktes gerichtete und von sieben ehemaligen Generalen/Admiralen aus verschiedenen NATO-Staaten unterzeichnete Memorandum für eine realitätsbezogene Verteidigungspolitik der Aufmerksamkeit der 2. UN-Sondertagung zu Fragen der Abrüstung. Wir übergeben dieses Memorandum dem UN-Generalsekretariat und der UN-Abrüstungskommission gleichermaßen, mit der Bitte, seine Verwendung im Rahmen der Dokumente der Sondertagung zu prüfen. Wir stehen für Konsultationen zu den darin aufgeworfenen Fragen zur Verfügung.
3. Wir messen einem ausdrücklichen Verzicht auf jede Form der nuklearen Kriegführung höchste Priorität bei. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn die UN-Sondertagung unter maßgeblicher Beteiligung nichtstaatlicher Organisationen für führende Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten ein Seminar durchführen würde, das sich mit den Folgen eines möglichen Kernwaffeneinsatzes beschäftigt und diesem Personenkreis die Konsequenzen eines Einsatzes nuklearer Massenvernichtungswaffen veranschaulicht. Wir erklären uns bereit, an der Gestaltung eines solchen Seminars mitzuwirken und entsprechend unseren Erfahrungen und Kenntnissen Beiträge zur Aufklärung dieses Personenkreises zu leisten.
4. Die Menschen haben ungenügende Kenntnisse über das Wesen des Problems der Kernwaffen und über das Ausmaß der Bedrohung, das diese für ihr eigenes Überleben darstellen. In der Welt fehlen die notwendigen Informationszentren, die die Tatsachen verbreiten und die Aufklärungsquellen bieten könnten, damit die Menschen besser informiert werden. Andererseits werden falsche Informationen zu Propagandazwecken eingesetzt. Die vorgeschlagene internationale UNO-Kampagne für Abrüstung, die auf der Tagesordnung der 2. Sondertagung über Abrüstung zur Debatte steht, soll solche Informationen und Aufklärungsquellen liefern, die auf regionaler und nationaler Ebene benötigt werden.

Wir sind der Auffassung, daß eine solche Struktur von erstrangiger Bedeutung ist und von der Sondertagung geschaffen werden sollte.

In Erkenntnis dessen, daß in die Hände der Militärs heute Zerstörungsmittel ungeheuren Ausmaßes gegeben sind, Spezialisierungen und Geheimhaltung ihr Tun der Öffentlichkeit kaum noch durchschaubar werden lassen, die Probleme der „nationalen Sicherheit“ nur noch von wenigen hinter verschlossenen Türen behandelt werden und der Aufforderung der X. UN-Sondertagung, die Verbreitung von Informationsmaterial über das Wettrüsten und die Abrüstung zu fördern, nachkommend, beabsichtigen wir:

– Im Jahre 1982 in Rom oder Wien ein Treffen ehemaliger Generale und Offiziere aus Ost und West abzuhalten, um über Erfahrungen des Kampfes für nukleare Abrüstung und seiner weiteren Entfaltung zu sprechen. Das Ergebnis dessen wollen wir der Öffentlichkeit bekanntmachen. Als Koordinatoren dieser Aktivitäten stellten sich freundlicherweise die Generale a. D. von Meyenfeldt, Niederlande, und Nino Pasti, Italien, zur Verfügung.

– Die auf der 2. UN-Sondertagung erzielten Fortschritte auf dem Wege zu einer weltweiten Abrüstung möglichst vielen Menschen zu erläutern. In diesen Dienst stellen wir unsere Verbindungen zu ehemaligen Kameraden in den Streitkräften unserer Staaten, nutzen unsere Möglichkeiten in Friedensforschungsinstituten und den Medien und mehrten unsere Aktivität in der Friedensbewegung.

gez.:

General a.D. Gert Bastian

General a.D. Johan Christie

Marshall Francisco da Costa Gomes

General a.D. Michael N. Harbottle

General a.D. Georgios Koumanakos

Admiral a.D. John Marshall Lee

General a.D. Michiel Hermann von Meyenfeldt

General a.D. Antonios Papaspyrou

General a.D. Miltiades Papatathanasiou

General a.D. Nino Pasti

Admiral a.D. Antoine Sanguinetti

General a.D. Michailis Tombopoulos

General a.D. Günter Vollmer

*Die Schreibweise des Originals wurde beibehalten.*

Quelle: Generale für den Frieden. Interviews von Gerhard Kade, Zweite erweiterte Auflage, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1982, S. 396 – 409.

---



# Impressum

## Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft

Erscheinungsweise: online

<https://das-blaettchen.de>

Herausgeber: Wolfgang Sabath †  
und der Freundeskreis des Blättchens

**Redaktion/Dienstanbieter i.S.d. TMG:**

Jürgen Hauschke, Detlef-Diethard Pries, Wolfgang Schwarz GbR,  
vertreten durch deren Gesellschafter

Jürgen Hauschke (Schillerfalterstr. 28, 12683 Berlin),

Detlef-Diethard Pries (Barther Str. 80, 13051 Berlin),

Wolfgang Schwarz (Fritz-Reuter-Str. 8, 12623 Berlin)

**Kontakt:**

Redaktion DAS BLÄTTCHEN

c/o Jürgen Hauschke

Schillerfalterstr. 28

12683 Berlin

E-Mail: [redaktion@das-blaettchen.de](mailto:redaktion@das-blaettchen.de)

**Hinweis für Autoren:**

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.

Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Es werden keine Honorare gezahlt.

Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung.

Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

**Soli-Konto:**

Wolfgang Schwarz

IBAN: DE43 1203 0000 1011 4525 03

BIC: BYLADEM1001

Zweck: Blättchen-Online

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des MStV für den Inhalt dieser Ausgabe:

Wolfgang Schwarz; E-Mail: [redaktion@das-blaettchen.de](mailto:redaktion@das-blaettchen.de);

Redaktionsschluss: 15. Januar 2026